

Die Frauenredaktion und das neue Argument	323
Dorothee Sölle: Soweto	327
Günther Anders: Über die »continuity of Western Values«	328

Geschlecht und Rassismus

Verena Stolcke Das Erbe sichern	329
--	-----

Michèle Barrett und Mary McIntosh Ethnozentrismus im sozialistischen Feminismus	347
--	-----

Hamburger Frauengruppe aus der Türkei Türkinnen in der Initiative	364
--	-----

* * *

Klaus Holzkamp »Wirkung« oder Erfahrung von Arbeitslosigkeit? Widersprüche und Perspektiven psychologischer Arbeitslosenforschung	367
---	-----

Helmut Thielen Agrarreform und Ökologie in Nicaragua	384
---	-----

Frieder O. Wolf Staatliches Gewaltmonopol als Definitionsmonopol von »Gewalt«	397
--	-----

Literaturbericht

Alternative Kommunalpolitik (Bullmann/Gitschmann)	401
---	-----

Kongreßberichte

Rüstungskonversion; Werte und Arbeit; Ingenieurinnen; Arbeit und Gesundheit; Alltagswelt; Homosexuelle in der EG; Sozialistische Feministinnen aus Europa	414
---	-----

Besprechungen

Didaktik und Geschichte der Philosophie; Literatur und Revolution; Ethnologie, Religion; Erziehung und Politik; Frauen in der Geschichte	428
---	-----

Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries	472
--	-----

Besprechungen

Philosophie

<i>Rehfus, Wulff D.</i> : Der Philosophieunterricht. Kritik der Kommunikationsdidaktik und unterrichtspraktischer Leitfaden (<i>E.Völker</i>)	428
<i>Totok, Wilhelm</i> : Bibliographischer Wegweiser der philosophischen Literatur (<i>J.M.Ripalda</i>)	429
<i>Totok, Wilhelm</i> : Handbuch der Geschichte der Philosophie. Bd.5: Bibliographie 18. und 19. Jahrhundert (<i>J.M.Ripalda</i>)	429
<i>Motrošilova, Nelli Vasil'evna (Hrsg.)</i> : Studien zur Geschichte der westlichen Philosophie. Elf Arbeiten jüngerer sowjetischer Autoren (<i>H.-E.Schiller</i>)	430
<i>Schönherr, Hans-Martin</i> : Philosophie und Ökologie. Philosophische und politische Essays (<i>S.Beer mann</i>)	432
<i>Breuer, Stefan</i> : Aspekte totaler Vergesellschaftung (<i>M.Hinz</i>)	433

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Sucharowski, Wolfgang (Hrsg.)</i> : Gesprächsforschung zum Vergleich. Analysen zur Bonner Runde nach der Hessenwahl 1982 (<i>Ch.Sauer</i>)	434
<i>Knobloch, Clemens</i> : Sprachpsychologie. Ein Beitrag zur Problemgeschichte und Theoriebildung (<i>W.Kühnert</i>)	436
<i>Römer, Ruth</i> : Sprachwissenschaft und Rassenideologie in Deutschland (<i>G.Simon</i>)	437
<i>Kolkenbrock-Netz, Jutta, u.a. (Hrsg.)</i> : Wege der Literaturwissenschaft (<i>W.Kindermann</i>)	438
<i>Stephan, Inge, und Hans-Gerd Winter</i> : »Ein vorübergehendes Meteor«? J.M.R. Lenz und seine Rezeption in Deutschland (<i>J.Pelzer</i>)	440
<i>Briegleb, Klaus</i> : Opfer Heine? Versuche über Schriftzüge der Revolution (<i>C.Albert</i>)	442
<i>Knopf, Jan (Hrsg.)</i> : Brecht-Journal 2 (<i>P.Baab</i>)	443
<i>Hecht, Werner (Hrsg.)</i> : Brechts Theorie des Theaters (<i>P.Baab</i>)	444
<i>Mausser, Wolfram (Hrsg.)</i> : Erinnerter Zukunft. Elf Studien zum Werk Christa Wolfs (<i>G.Friedrich</i>)	445
<i>Schulz, Genia</i> : »Die Ästhetik des Widerstands« — Versionen des Indirekten in Peter Weiss' Roman (<i>Ch.Bommert</i>)	446

Soziologie

<i>Gennep, Arnold van</i> : Übergangsriten (<i>I.Freitag</i>)	447
<i>Bargatzky, Thomas</i> : Einführung in die Ethnologie (<i>H.Goldinger</i>)	448
<i>Zinser, Hartmut (Hrsg.)</i> : Der Untergang von Religionen (<i>Y.Karow</i>)	449
<i>Gellner, Ernest</i> : Leben im Islam — Religion als Gesellschaftsordnung (<i>L.Hanisch</i>)	450
<i>Renner, Erich</i> : Sozialisation in zwei Kulturen (<i>G.Auernheimer</i>)	451

Erziehungswissenschaft

<i>Hohmann, Joachim S.</i> : Vom Elend politischer Bildung (<i>F.Schulz</i>)	452
<i>Herrmann, Ulrich (Hrsg.)</i> : Die Formung des Volksgenossen (<i>H.Zimmer</i>)	453
<i>Otto, Hans-Uwe, und Heinz Stünker (Hrsg.)</i> : Soziale Arbeit und Faschismus (<i>S.Schnurr</i>)	455
<i>Paul, Gernot</i> : Lehrerbildung und Politik (<i>F.Neumann</i>)	457
<i>Apel, Hans-Jürgen, und Michael Klöcker</i> : Schulwirklichkeit in Rheinpreußen (<i>I.Lohmann</i>)	458

(Fortsetzung auf Seite IX)

Die Frauenredaktion und das *neue* Argument

Das Argument hat sich erneuert. Es ist aus den vielfältigen Krisen kräftiger hervorgegangen, bestimmter. Gilt dies auch für die autonome Frauenredaktion, für jenes »Quotierungsprojekt« im Argument? Die Wellen erfaßten uns ungleichzeitig. Wir waren zerstritten, als die gemischte Redaktion noch ruhig dahinarbeitete. Wir hatten uns konsolidiert, als die ökonomische Krise durch die der Redaktion verstärkt wurde. Wir gerieten erneut in Unruhe, als die gemischte Redaktion sich vergrößerte, erstarbte und in »rot-grüner Perspektive« einen Neustart begann. Wer sind wir und was wollen wir mit unserem Feminismus im Argument?

Vor allem sind wir ein lebendiger Widerspruch. Unsere Ansprüche greifen unseren Möglichkeiten voraus. Kämpfend mit unseren (Un-)Fähigkeiten bei der Verwirklichung unserer Projekte, halten wir an der sozialistisch-feministischen Perspektive fest, denn wir glauben, daß die utopische Hoffnung nötig ist — auch für kleine Schritte.

Wir wollten die Zeitschrift verändern — wir veränderten zunächst uns selbst und veränderten doch auch die Zeitschrift, indem wir einen größeren Raum in ihr einnehmen. Die Quote der schreibenden Frauen konnten wir in den fünf Jahren unserer Existenz fast vervierfachen (von 8 auf 31 Prozent). Wir geben dem Projekt »Wissenschaftlicher Feminismus« einen Ort, zu dem wir gleichzeitig selbst erst aufbrechen. Wir wollten den Feminismus in den Marxismus einschreiben, diesen so gleichzeitig erweitern und für uns nutzen. Bei der Aneignung werden wir erst zu feministischen Marxistinnen, als die wir schon begonnen zu haben glaubten. Unsere Ziele werden schwieriger und zugleich bescheidener. Stück um Stück gewinnen wir Neuland aus dem Meer von Selbstverständlichkeiten.

Immer noch halten wir die Form von Forschungsprojekten für die geeignete, um eine feministische Wissenschaft voranzubringen, die eingreifend ist und viele ergreift. Von daher sind die Redakteurinnen und Mitarbeiterinnen der Frauenredaktion zugleich Autorinnen, Reisende, Organisatorinnen. Unsere langjährige Forschung zur Vergesellschaftung von Frauen (mit inzwischen vier Buchveröffentlichungen: *Frauenformen I*; Sexualisierung der Körper; *Subjekt Frau*; *Der Widerspenstigen Lähmung*) geschieht im Projekt *Frauenformen*. Zu diesen Bänden gibt es eine Reihe von Studiengruppen im Inland und im deutschsprachigen Ausland. Und soeben ist unser »Sexualisierungsband« in englischer Sprache erschienen (Verso, London 1987). Eine andere unserer Aktivitäten ist das *Frauengrundstudium*, ein Versuch, feministische Wissenschaft in den Institutionen so zu betreiben, daß die kräfteverschleißenden Kämpfe mit den Institutionen das eigentliche feministische Studium nicht vollends ersetzen. Eine andere die Gründung einer *feministischen Universität* in Hamburg, die sich die Aufgabe stellt, Politik und Wissenschaft in sozialistisch-feministischer Perspektive zusammenzubringen.

Viel Energie verwenden wir darauf, Diskussionen aus dem fremdsprachigen Ausland für die Frauenbewegung bei uns zugänglich zu machen. Auch diese Arbeit wendet sich uns sogleich in politische Praxis. Wir haben eine *feministisch-sozialistische internationale Frauenkonferenz* mitbegründet — dies in europäischem Maßstab. Sie tagt im November 1987 zum dritten Mal — diesmal in Spanien. Im allgemeinen Trend zu mehr Innerlichkeit und Privatheit wenden wir uns verstärkt nach außen. Unsere derzeitigen Forschungsfelder sind *Frauenpolitik* und *Internationalismus*.

In dieser Weise sind wir — wie auch die gesamte Zeitschrift — ein *Projekt*, nicht bloß ein Organ. Und mehr als die gemischte Redaktion sind wir selbst Teil einer

Bewegung mit eigenem politischem Anspruch in ihr. — Als wir uns fragten, wie denn nun diese eigentümlichen Abstempelungen, das Argument sei ein DKP-Organ gewesen, jetzt sei es ein SPD-Organ, mit unserer Arbeit zusammenpaßten, stellte sich sogleich jenes ungemütliche Gefühl ein, das uns ergreift, wenn wir in einem Warenhaus die letzte Mode anprobieren, die nicht für uns gemacht ist (und vor allem wir nicht für sie). Unsere Adressatinnen, unsere Mitstreiterinnen sind Frauen aus allen Organisationen (also u.a. auch aus der SPD, von den Grünen, den Gewerkschaften und der DKP), die die Befreiung der Frauen und die Veränderung der Gesellschaft zusammen angehen wollen — aber ebenso auch Frauen, die in keiner Organisation tätig sind. Nicht nur die vorhandenen Politikformen, auch die der Wissenschaft müssen von uns ergriffen und zugleich verändert werden. Wir halten die Frauenbefreiung für ein so zentrales Moment von Gesellschaftsveränderung, daß wir an der Radikalität von Eingriffen zweifeln, die diese Frage nicht grundlegend einbeziehen. Diese Unbescheidenheit durchzusetzen überfordert uns ständig, und so brauchen wir dringend Hilfe: Vorschläge, Kritik, Mitarbeit.

Zum vorliegenden Heft

Marilyn French schildert in ihrem Roman »Frauen« (deutsch 1978, 1985 im 245. Tausend), wie aus dem friedlichen Mitglied einer Frauengruppe eine verzweifelte Kämpferin gegen Staat und Polizei wird. Ihre Tochter wird von einem schwarzen Jungen vergewaltigt. Im Prozeß, in dem der Junge verurteilt und die Tochter von den männlichen Richtern und verhörenden Beamten erniedrigt und wie eine Hure behandelt wird, die mal »schwarzes Fleisch« wollte, erkennt die Mutter, daß Sexismus und Rassismus aus dem gleichen Stoff gemacht sind. Die gierige Verachtung der Frauen und die Behandlung der Schwarzen als bloßes »Fleisch« lassen auf der anderen Seite der Barriere Herrenmenschen entstehen. Ein gleichzeitiger Kampf gegen Rassismus und Frauenunterdrückung, gegen Staat und Klassenherrschaft muß aufgenommen werden.

Die Heftigkeit, mit der das Thema von Rasse, Klasse und Geschlecht in den USA und England die Diskussionen unter Feministinnen durchquerte, finden wir in der Bundesrepublik nicht. Zum einen sind unsere historischen Voraussetzungen andere. Zum anderen hat sich die Gegenwart noch nicht mit der gleichen Unruhe in die feministischen Diskussionen gedrängt. Aber es ist abzusehen, daß die Fragen von Sexismus und Rassismus auch bei uns an Dynamik gewinnen werden. Für die weitere Diskussion scheinen uns die beiden Hauptbeiträge besonders geeignet, in denen zum einen Grundlagen für ein Zusammendenken von Rassismus, Klasse und Frauenunterdrückung vorgestellt werden (Verena Stolcke), zum anderen der Versuch unternommen wird, bisherige feministische Auffassungen zu Familie und Patriarchat unter dem Gesichtspunkt ethnischer Unterschiede noch einmal durchzurechnen (Barrett/Mackintosh). Der Beitrag der türkischen Frauen aus der BRD macht auch umgekehrt deutlich, wie verschlossen die Diskussionen eingewanderter Frauen für feministische Forschung noch immer sind.

In einer Kurzfassung bringen wir den Beitrag von Klaus Holzkamp über Arbeitslosigkeit aus dem *Forum Kritische Psychologie* (18, 1986), dem wir wegen seines orientierenden Charakters eine weitere Verbreitung wünschen. Holzkamp macht eine Bestandsaufnahme zur Arbeitslosigkeitsforschung, kritisiert den — insbesondere in linken Kreisen — verbreiteten Trend, das Thema Arbeitslosigkeit zu psychologisieren und erstellt in der Auseinandersetzung einen methodischen Rahmen für die Subjektforschung, der ausprobiert werden sollte.

Die Frauenredaktion

Das Argument-Konzept

In Heft 130 vom November 1981 veröffentlichten wir zum erstenmal das »Argument-Konzept«, das seither auf der Umschlag-Innenseite aller Argument-Sonderbände zu finden war. Was zunächst nur eine Zeitschrift im »Selbstverlag« gewesen war, hatte sich ausdifferenziert.

»Ein Verlagskonzept ganz eigener Art (mit spezifischen Vorteilen, aber auch Risiken) hat sich herausgebildet. Da das Ganze nur als Projekt seiner Leser und Schreiber existieren kann, also auch transparent sein muß, skizzieren wir den Zusammenhang.« (Argument 130, 777)

Inzwischen hat sich das politische Umfeld wieder einmal verändert. Das »Argument« hat neue Krisen hinter sich; Akzente haben sich verschoben, Projekte sind verschwunden, neue entstanden. Die Aktivitäten haben sich weiter ausdifferenziert. Da überdies viele neue Mitarbeiter/innen in Verlag und Redaktion(en) eingetreten sind, ist es nötig geworden, das Gesamtkonzept neu zu diskutieren. Wir bringen im folgenden den Text zur Kenntnis, der den Konsens (und den Kompromiß) der Mitwirkenden ausdrückt. W.F.H.

Das Verlagsprogramm trägt zur Entwicklung der theoretischen Kultur einer Linken bei, die sich in der Arbeiterbewegung und der kritischen Universität, den Kräften der Frauenbefreiung, der ökologischen Umgestaltung, der Kultur-von-unten und der Friedensbewegung verankert. Dabei orientieren wir uns am Ziel eines erneuerten sozialistischen Projekts, in dem diese Bewegungen sich aneinanderlagern. Die Veröffentlichungen beziehen sich v.a. auf folgende Bereiche:

- Übergang zur elektronisch-automatischen Produktionsweise und entsprechenden Lebensweisen; Entwicklung der Arbeit
- Bedingungen einer rot-grünen Alternative
- Alternative Wirtschafts- und Umweltpolitik; Friedensforschung und -politik
- Geschlechterverhältnisse; Frauengrundstudium und Frauenpolitik
- Kritische Medizin; Kritische Psychologie
- Internationale Sozialismus-Diskussion; Weiterentwicklung des Marxismus
- Materialistische Geschichtsschreibung; Faschismus-Theorien
- Kultur(en); Ideologieforschung; Migration und neuer Rassismus
- Literatur im historischen Prozeß; Kritische Anglistik & Amerikanistik (Gulliver)

Der Verlag fördert die Volksuniversität und das alternative Radio. Er kooperiert mit Studentengruppen an vielen Orten. Er ist als alternatives Non-profit-Unternehmen organisiert und bildet zusammen mit Argument-Diskussions- und Rezensentengruppen ein Element der theoretischen Kultur.

Die wissenschaftliche Taschenbuchreihe *Argument-Sonderbände* mit ihren Unterreihen ist ein überregionaler Projektverbund. Wie bei einem Buchklub kann man AS-Bände auch billiger beziehen (z.B. im *Auswahl-Abo*).

Die einzelnen Projekte werden verbunden über die Zeitschrift *Das Argument*. Sie ist die erste in der BRD, die neben der allgemeinen Redaktion eine autonome Frauenredaktion hat. Im *Argument* werden

- politische, philosophische und Methoden-Diskussionen ausgetragen;
- Entwürfe und Ergebnisse aus den einzelnen Gebieten einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht;
- mit Hilfe von Literaturberichten und einem beispiellosen Rezensionsteil Überblicke und Anschluß an die Forschung vermittelt;
- theoretische Entwicklungen auch aus anderen Ländern kritisch und gemeinsam (d.h. diskutierend) angeeignet, um die Erneuerung marxistischer Theorie zu fördern;

— Frauenforschungen entwickelt (und aus anderen Ländern zugänglich gemacht), in denen feministische Fragen und sozialistische Perspektive verbunden werden. In der Reihe *Argument-Studienhefte* werden Materialien von und für Arbeitsgruppen veröffentlicht und Studientexte verfügbar gehalten.

Die *Edition Philosophie & Sozialwissenschaften* bringt Dissertationen und andere Forschungsarbeiten.

Die *Marxismus-Werkstatt* arbeitet an einem Wörterbuchprojekt, das der Erneuerung, Selbstkritik und Internationalisierung marxistischer Theorie dient und den Zugriff auf die Quellen verallgemeinern soll.

Verlagsmitteilungen

Rüstungskonversion, die Umstellung der Produktion von Waffen auf zivile Fertigung, ist mehr als eine ökonomische Strategie. Ihre Einbindung in eine gewerkschaftliche Politik für das Recht auf nützliche Arbeit eröffnet Wege zur Vernetzung der sozialen Bewegungen und zur Demilitarisierung unserer Gesellschaft. Im neuen Band der Reihe *Alternative Wirtschaftspolitik* berichten Autoren aus der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung über Konversionsstrategien in der BRD, Italien, Frankreich, Österreich, Belgien und Großbritannien (*Rüstungskonversion und Alternativproduktion*. Hrsg. von György Széll. AS 118).

Forum Kritische Psychologie 19 (AS 143) befaßt sich mit der Verkenning von Handlungsbegründungen in sozialpsychologischen Theorien (Klaus Holzkamp) und zeigt am Beispiel der Ausländerpolitik, wie Ausgrenzungsmechanismen als Mittel der Herrschaftssicherung funktionieren (Ute Osterkamp). Weitere Themen sind Familientherapie, die Bedeutung der Wissenschafts- und Erkenntnistheorie für die Psychologie und Werk und Wirken Walter Hollitschers.

Das *Jahrbuch für Kritische Medizin 12: Medizin, Moral und Markt* (AS 146) widmet sich dem Geschäft mit der Krankheit und der Diskussion um eine neue Ethik für die Medizin. Untersucht werden u.a. marktradikale Varianten der Sozialpolitik und die ethische Debatte um Gentechnologie und »Humanes Sterben«. Hinzu kommen Beiträge zur aktuellen gesundheitspolitischen Diskussion (z.B. zur ärztlichen Ausbildungsordnung) und zur anthropologischen Medizin.

Die Festschrift für Erich Wulff (*Fremde Nähe. Zwischen Psychiatrie und Politik*. AS 152), ursprünglich für Januar angekündigt, erscheint zum Gesundheitstag im Mai. Diskutiert werden die Perspektiven der im Umbruch befindlichen sozialen Praxisfelder von der Psychiatrie bis zur Sozialarbeit. Der Band enthält eine Bibliographie der Schriften Erich Wulffs und seinen neuesten Aufsatz: »Norm, Delinquenz, Persönlichkeit, Ideologie und Moral. Prozesse und Querverbindungen«.

Das Buch »Der hilflose Antifaschismus« von W.F. Haug hatte sich 1967 ungeplant aus der Überarbeitung einer im *Argument* veröffentlichten Sammelrezension entwickelt. Ungeplantermaßen hat es sich auch diesmal so ergeben: aus der vorgesehenen Neuauflage mit aktualisierendem Überblick über die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um das Verhältnis der BRD zur NS-Vergangenheit ist bei der Überarbeitung ein neues Buch entstanden: *Vom hilflosem Antifaschismus zur »Gnade der späten Geburt«*. Es analysiert die Diskurse der »Vergangenheitsbewältigung« der 60er und der 80er Jahre im Vergleich und gibt so zugleich einen Einblick in die westdeutsche Nachkriegsgeschichte der Faschismus-Verarbeitung. Die Frage des Verhältnisses zur NS-Vergangenheit und der Lehren aus ihr wird weiterhin eine Schlüsselfrage für die politische Identität der Westdeutschen bleiben.

Zuguterletzt: Erste Presseechos auf das »neue Argument« sind ermutigend: »Insgesamt ein Argument im neuen Kleid und mit neuem Biß.« (Zitty) P.S.

Dorothee Sölle

Soweto

Zum 16. Juni

South west townships

vor zehn jahren

hab ich die abkürzung buchstabieren gelernt

das größte ghetto afrikas

für mehr als eine million menschen

So We To

vor zehn jahren

hab ich die schulkinder gesehen

die die sprache des unterdrückers nicht lernen

Hört auf sie durch unsere kehlen zu zwingen

Soweto

und seit zehn jahren

sind die toten immer jünger geworden

das alter der ermordeten sank

von siebzehn auf zwölf auf elf

Soweto

eine die acht war als es geschah

ist jetzt achtzehn

und immer noch würgen sie unsere kehlen

die sprache der unterdrücker zu lernen

SOWETO

heute

ist es verboten die toten zu nennen

sich an die fünfhundert schulkinder zu erinnern

heute wird das beten verboten

in Soweto

für Soweto

aber ihr werdet die sechsundzwanzig bezirke der southwesttownships

nicht los werden

weil diese toten lebendiger sind

als ihre mörder

und ihre zuschauer und ihre geldgeber und ihre waffenlieferanten

weil diese stadt auf der weltkarte der befreiung eingezeichnet ist

eingetragen in das buch des lebens

in dem auch die stehen die wir tot nennen

SOWETO

Günther Anders

Über die »continuity of Western Values«

(zwei College-boys vor dem Kultur-Tape sitzend)

Fred: »How do you spell ...?«

Tom: »Why should I spell? I don't need spelling. Why do *you*?«

Fred: »... cause I've to write a paper on the com...«

Tom: »communism?«

Fred: »no«

Tom: »computerism?«

Fred: »No. (reading) On the continuity of Western values.«

Tom: »Of all things! What was the damned word?«

Fred: »Hittler. How do you spell it?«

Tom: »It? Why it?«

Fred: »What do you mean?«

Tom: »*Him!* He was a guy!«

Fred: »No! — Anyhow. How do you spell him?«

Tom: »And why do you need that guy?«

Fred: »Didn't I tell you? ... cause ...

Tom: »Anyhow. H.I.T.T.L.E...R.«

Fred: »Thank you so much. That's what I thought anyhow.«

Tom: »You are welcome!«

Verena Stolcke

Das Erbe sichern

Die »Naturalisierung« der gesellschaftlichen Ungleichheit

»Sie läßt sich um ihre Geschichte bringen.
 Läßt sich die Seele absprechen. Den Verstand.
 Das Menschsein. Die Verantwortung für sich selbst.
 Läßt sich verheiraten. Dient dem Mann. Schenkt ihm Erben.
 Muß ihm glauben, daß die Lust, die er genießt,
 ihr leider ein für allemal versagt ist.
 Sie verbirgt ihr Unglück. Tanzt.
 Hört seinen Vorwurf: Ich möchte schlafen,
 aber du mußt tanzen.«
 (Christa Wolf. Bühner-Preis-Rede, 1980)

Über die Ursachen der Unterordnung der Frauen im allgemeinen und in der Klassengesellschaft im besonderen ist viel diskutiert worden. Liberale und radikale Feministinnen sowie marxistische Sozialwissenschaftlerinnen neigten dazu, vorwiegend den ökonomischen oder zumindest materiellen Behinderungen Aufmerksamkeit zu schenken, die den Frauen aus ihren Pflichten in der Ehe und in der Familie entstehen und ihre Bewegungsfreiheit einschränken. Weniger Beachtung fanden die ideologischen Vorgänge, die das Verständnis der Reproduktion in der Klassengesellschaft und ihre Auswirkungen auf die Geschlechterrollen geprägt haben (Rowbotham 1974, 69; vgl. auch Meillassoux 1978). Dabei wurde außerdem meist übersehen, daß die bürgerliche Familie und deren ideologische Rechtfertigung eine strukturell andere Bedeutung für die Reproduktion der Klassenbeziehungen hat als die Arbeiterfamilie.

In diesem Aufsatz möchte ich im Gegensatz dazu zeigen, daß die Ursprünge der Unterordnung der Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft auf der ideologischen Ebene in einer naturalistischen Rechtfertigung der Klassenungleichheit zu suchen sind.

Man definiert die Frauen durch das, was sie nicht sind

Obwohl sie von unterschiedlichen Gesichtspunkten ausgehen, stimmen marxistische und feministische Forscherinnen darin überein, daß die Unterordnung der Frauen (zumindest in der Klassengesellschaft) verursacht wird durch die Belastung der Mutterschaft und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Frauen daran hindert, gleichberechtigt mit den Männern an der sogenannten produktiven Arbeit teilzuhaben. Frauen werden als untergeordnet eingestuft, weil sie untergeordnete Funktionen erfüllen. Marxisten begründen dies damit, daß die Hausarbeit privatisiert und somit unproduktiv sei. Für viele Feministinnen ist die untergeordnete Rolle der Frauen darin begründet, daß ihre Bewegungsfreiheit überall durch ihre vorrangige Verantwortung für das Gebären und das Aufziehen der Kinder eingeschränkt wird; was sie daran hindert, an der gesellschaftlichen Arbeit teilzuhaben und in der Öffentlichkeit aufzutreten, gerade in jenen

Bereichen, auf die Männer anscheinend ihre gesellschaftliche und politische Vorherrschaft gründen. Keine dieser Thesen befriedigt mich. Einerseits haben Marxistinnen versäumt, den grundlegenden Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Ungleichheit und der Beziehung zwischen Produktions- und Reproduktionsverhältnissen darzulegen. Andererseits neigen Feministinnen dazu, die Unterschiedlichkeit der Geschlechterrollen in verschiedenen Kulturen ebenso zu übersehen wie die kulturspezifische Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion und ihre gesellschaftliche Bedeutung in verschiedenen geschichtlichen Zusammenhängen. Als logische Schlussfolgerung dieser produktivistisch-politischen Einstellung befürworten Marxistinnen wie Feministinnen die Einbeziehung der Frauen in die sogenannte produktive Arbeit und die Beseitigung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung als grundlegende Bedingung für die Befreiung der Frauen; d.h. so wie sie es sehen, werden Frauen nur dann frei sein, wenn sie die »Privilegien« der Männer errungen haben. Wenn jedoch die Unterordnung der Frauen in der Klassengesellschaft auf ihre als minderwertig angesehene Hausarbeit zurückgeführt wird, verwandelt man das, was ein Symptom dieser Unterordnung ist, nämlich die Unterbewertung ihrer Arbeit, in deren Ursache. Mehr noch, dadurch ergibt sich gar nicht erst die grundlegende Frage nach der Ursache dafür, daß Frauen vorzugsweise für die Hausarbeit bestimmt sind oder daß diese im Gegensatz zur sogenannten produktiven Arbeit als minderwertig gilt. Meine Absicht ist es jedoch nicht, nachzuweisen, daß Hausarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft letzten Endes doch produktiv ist, sondern ich möchte vielmehr die gesellschaftlichen Gründe für dieses spezifische Verständnis der Hausarbeit und dessen Folgen für die Frauen sowie für deren allgemeine Unterordnung aufdecken. Kurz gefaßt möchte ich zeigen, daß es nicht die Minderwertigkeit der Hausarbeit als solche, sondern die Unterordnung der Frauen ist, die dazu führt, daß die ihnen zugewiesene Arbeit als untergeordnet angesehen wird. Diese These erfordert dann natürlich eine neue Erklärung für die Unterordnung der Frauen.

Himmelweit und Mohun (1977, 22) haben auf ähnliche Weise darauf hingewiesen, daß es sich hier zum Teil um eine Frage des Standpunkts handelt:

»Hausarbeit war für Marx unsichtbar, weil er die Arbeitskraft vom Standpunkt des Kapitals betrachtete. (...) Wenn man aber das Proletariat von seinem eigenen Standpunkt aus betrachtet, von dem der Produktion und des Verkaufs der Arbeitskraft, das heißt, wenn man die Arbeitskraft vom Standpunkt ihrer eigenen Produktion, von ihrer Wertseite und nicht ihrer Gebrauchswertseite betrachtet, dann wird nicht nur die Hausarbeit eine sichtbare Kategorie, sondern die Tendenz von Marx, die Familie und das Problem der Gleichheit der Geschlechter von einem spezifisch männlichen Standpunkt aus zu betrachten, wird begreifbar und kann korrigiert werden.«

Eine Revision der marxistischen These in diesem Sinne hat zu einem besseren Verständnis der Arbeiterfamilie, noch nicht aber der bürgerlichen Familie geführt. In letzterem Fall kann es sich bei der Hausarbeit ja nicht vorrangig um die billige Produktion von Arbeitskraft handeln.

Ein vorwiegend produktivistischer Gesichtspunkt hat Forscherinnen oft daran gehindert, das spezifisch Gesamtgesellschaftliche an der Unterordnung der Frauen zu erfassen, das gerade in der allgemein gesellschaftlichen und nicht nur rein ökonomischen Funktion der Familie besteht. Es handelt sich hierbei nicht nur um die Reproduktion von billiger Arbeitskraft, sondern um die Reproduk-

tion der ungleichen Beziehungen zwischen den Klassen als solche. Das Arbeits- und Leistungsideal, das für die bürgerliche Gesellschaft so charakteristisch ist und das aus dem Fortschrittsbegriff des 19. Jahrhunderts entstand, der nur jene Tätigkeiten als gesellschaftlich wertvoll ansieht, die in direkter Beziehung zur materiellen Produktion stehen, verdeckt weitgehend den spezifisch gesellschaftlichen und ideologischen Charakter der Unterordnung der Frauen. Diesem Ideal zufolge sind es nur die Männer, die tatsächlich Arbeit leisten; nur diese Arbeit ist produktiv, so daß nur Männer aktiv am Fortschritt der Gesellschaft mitwirken und dementsprechend Anspruch auf Respekt und Macht haben. Wie Naredo (1979, 63ff.) schreibt, »preist dieser phalokratische Standpunkt die Produktion als die einzige Quelle von Wohlstand und behandelt die Frauen ebenso wie die Natur, nämlich als passive und beherrschte Objekte, die sich ohne Gegenleistung den räuberischen Wünschen des Vaters Arbeit hingeben ... der sie aller darüber hinausgehenden Bedeutung, die sie besitzen möge, beraubt«.

Engels' Deutung des Ursprungs und der Rolle der monogamen Ehe in der Klassengesellschaft und ihrer Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Frauen hat für die marxistischen Analysen der Unterordnung der Frauen eine große Bedeutung gehabt. Seine Thesen können jedoch von zwei sehr verschiedenen Standpunkten gedeutet werden, wenn auch im allgemeinen nur eine seiner Schlußfolgerungen, nämlich jene, die sich auf die Veränderungen in der Struktur der Produktion bezieht, weiterverfolgt wurde.

Anfänglich führt Engels die Unterordnung der Frauen auf ihre Erniedrigung zum »bloßen Werkzeug der Kindererzeugung« ihres Ehemannes zugunsten der rechtmäßigen Vererbung des privaten Eigentums zurück (MEW 21, 61). Um sich seiner tatsächlichen biologischen Vaterschaft in bezug auf seine Erben zu versichern, mußte die absolute eheliche Treue der Frau geltend gemacht werden; so entwickelte sich die monogame Ehe, die den Männern große sexuelle Freiheit bietet, aber die Frau der ausschließlichen Kontrolle ihres Ehemannes unterwirft. Die Kleinfamilie ist das Endergebnis dieser Entwicklung. In bezug auf die ökonomische Rolle der Frauen bedeutete dies folgendes:

»Die Führung des Haushalts verlor ihren öffentlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein *Privatdienst*: die Frau wurde erste Dienstbotin, aus der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt.« (Ebd., 75)

Ich werde später auf Engels' Begriff der biologisch begründeten Vaterschaft zurückkommen. Vorerst möchte ich auf die Tatsache hinweisen, daß der Autor seinen Standpunkt im Verlauf seiner Analyse merklich veränderte, und zwar kommt er von einer anfänglichen Untersuchung der geschichtlichen Gestaltung der Reproduktionsformen, d.h. der Paarungssysteme und der Verwandtschaftsverhältnisse, zu einer Analyse der Sphäre der Produktion, d.h. der Arbeitsteilung, und kehrt dabei die Bedingtheit der Unterordnung der Frau um:

»Die rechtliche Ungleichheit beider [wohl im Familienrecht, das die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Ehegatten festlegt; Anm. d. Verf.], die uns aus früheren Gesellschaftszuständen vererbt, ist nicht die Ursache, sondern die Wirkung der ökonomischen Unterdrückung der Frau.« (Ebd.)

Die Vorherrschaft der Männer und die Unterordnung der Frauen erscheinen nun als die Folge ihrer jeweiligen Stellung in bezug auf die »gesellschaftliche Arbeit«:

»Der Mann muß heutzutage in der großen Mehrzahl der Fälle der Erwerber, der Ernährer der Familie sein, wenigstens in den besitzenden Klassen, und das gibt ihm eine Herrscherstellung, die keiner juristischen Extrabevorrechtung bedarf.« (Ebd.)

Die Schlußfolgerung, daß die Befreiung der Frau erst dann möglich wird, »sobald diese auf großem, gesellschaftlichem Maßstab an der Produktion sich beteiligen kann und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maß in Anspruch nimmt« (Ebd., 75 u. 158), folgt logisch.

Diese Umkehrung in Engels' Ausführungen ist nicht zufällig. Sie entspringt der ökonomistischen Einstellung, die Engels' und Marx' Begriff der bürgerlichen Gesellschaft kennzeichnet, der zufolge in dieser Gesellschaftsform »alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse« — sogar innerhalb der Familie und zwischen den Eheleuten — zerstört und ausschließlich durch Geldverhältnisse ersetzt werden (Marx, MEW 4, 464). Das heißt, in der bürgerlichen Gesellschaft würden jegliche Überreste eines außerökonomischen Zwanges, sogar innerhalb der Familie, der intimsten Sphäre des gesellschaftlichen Lebens, abgebaut. Im Kapitalismus seien die Beziehungen zwischen Ehegatten ausschließlich von ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Rolle bestimmt, ähnlich jenen Gegebenheiten, die die gesellschaftlichen Produktionsbeziehungen kennzeichnen:

»Er (der Mann) ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat.« (Engels, 75)

Engels' Unterbewertung der Hausarbeit war keine Ausnahme. Lenins Einstellung gegenüber der Unterordnung der Frauen ist ähnlich:

»Solange die Frauen sich mit der Hausarbeit befassen, ist ihre Stellung noch beschränkt. Um die völlige Unabhängigkeit der Frauen zu erlangen und sie den Männern wirklich gleich zu machen, benötigen wir einer gesellschaftlichen Wirtschaft und der Beteiligung der Frauen an der allgemeinen produktiven Arbeit. Nur dann werden Frauen dieselbe Stellung wie die Männer innehaben ... Sie wissen alle, daß sogar im Falle einer völligen Gleichheit Frauen sich immer noch in einer Stellung der tatsächlichen Minderwertigkeit befinden, weil ihnen alle Hausarbeit aufgebürdet wird. Der größte Teil dieser Hausarbeit ist weitgehend unproduktiv, äußerst mühsam und wird von Frauen ausgeführt.« (Lenin 1972)

Die Teilnahme der Frauen am Wiederaufbau des Landes nach den Verheerungen des Bürgerkrieges in der Sowjetunion war zweifellos unerlässlich und mag zum Teil die große Bedeutung erklären, die Lenin der Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Arbeit beimaß. Es geht mir hier nicht darum, in Frage zu stellen, daß die Befreiung der Frauen aus der zunehmenden häuslichen Isolierung und Einsamkeit und aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit wünschenswert ist. Vielmehr geht es darum, inwieweit die Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Arbeit, von der Engels und Lenin die Befreiung der Frauen abhängig machten, die tatsächlichen Grundlagen ihrer Unterordnung anfecht. Angesichts der fortdauernden Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, trotz ihrer massiven Einbeziehung in den letzten Jahren, ist das zu bezweifeln. Lenin und andere waren sich dessen bewußt, daß die Befreiung der Frauen auch deren politische und rechtliche Gleichstellung sowie die Vergesellschaftung der Hausarbeit erfordert (vgl. Trotzki 1970, 61). Daß es vor allem notwendig ist, die ihnen durch die und in der Ehe auferlegte Kontrolle ihrer Sexualität und somit ihrer Person aufzuheben, sah man jedoch entweder gar nicht oder mit viel größerer Skepsis. Lenin z.B. zeigt sich äußerst kritisch gegenüber der großen Be-

deutung, die die Arbeiterinnen Fragen der Sexualität und der Ehe im Zusammenhang mit ihrer Befreiung beimaßen. Und die sowjetische Regierung reformierte lediglich die Ehegesetze und führte die Scheidung ein, anstatt die Ehe an sich als Instanz der Regulierung der Geschlechterbeziehungen zum Nachteil der Frauen abzuschaffen. Lenin selbst weigerte sich, das Besondere der Frauenfrage und die Notwendigkeit einer getrennten Organisation anzuerkennen.¹ Die gegenwärtig relativ größere sexuelle Freiheit in den westlichen Ländern, die mit der Verbreitung von Verhütungsmitteln zu tun hat, zeigt andererseits, daß größere Freizügigkeit nicht unbedingt einen grundlegenden gesellschaftlichen Umschwung mit sich bringt. Dennoch, ohne eine radikale Veränderung jener Institutionen — der Ehe und der Familie —, die dem Fortbestehen der gesellschaftlichen und sexuellen Ungleichheit dienen, ist eine gesellschaftliche Revolution unvollkommen (vgl. auch Martinez-Alier 1974).

Um dieses ökonomistische Mißverständnis der Unterordnung der Frauen auszuräumen ist es notwendig, die ausschlaggebende Rolle zu untersuchen, die die monogame Ehe und auf ihr begründete Familie für das Fortbestehen der gesellschaftlichen Ungleichheit und der Machtverhältnisse spielt. Obwohl die Klassenunterdrückung und die gesellschaftliche Arbeitsteilung auf dem ungleichen Zugang zu den Produktionsmitteln beruhen, denke ich, daß die gesellschaftliche Reproduktion, d.h. das Fortbestehen der Klassen- und Machtverhältnisse — direkt vermittelt durch die Institutionen der Ehe, Familie und Erbschaft —, sowohl die vorrangige Zuweisung der Frauen zur Hausarbeit als auch die Unterbewertung dieser Tätigkeiten erfordert und bedingt. In anderen Worten: In der Klassengesellschaft ist die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung — die Verhausfrauung der Frauen — letztlich das Ergebnis der Tatsache, daß es den Männern zusteht, über die Gebärfähigkeit der Frauen zu bestimmen, im Zusammenhang mit der Fortdauer des ungleichen Zugangs zu den Produktionsmitteln. Da geschichtlich gesehen die Gebärfähigkeit der Frauen mit ihrer Sexualität verschmolzen war, bedeutet dies, daß Männer in ihrer Rolle als Ehegatten, Väter und Brüder über die Sexualität »ihrer« Frauen bestimmen.

Es ist natürlich irreführend, im Falle der Klassengesellschaft verallgemeinernd von *der* Familie und von *der* Rolle der Frau zu sprechen. Die bürgerlichen Institutionen der Ehe und der Familie mögen formell denen der Arbeiter ähnlich sein. Ihre gesellschaftliche Bedeutung ist jedoch sehr verschieden und daher sind unterschiedliche Ansätze zu ihrer Untersuchung erforderlich. Darüber hinaus unterscheidet sich die durch die Gesellschaft ausgeübte Kontrolle der Frauen über die Form der Ehe je nach Gesellschaftsklasse und hat unterschiedliche Bedeutung.

Trotzdem muß ein jeglicher Versuch, das Fortbestehen der Arbeiterfamilie zu erklären, die vorhandenen Verbindungen zwischen der bürgerlichen und der Arbeiterfamilie mit in Betracht ziehen, ähnlich wie das Kapital nicht ohne die Arbeitskraft vorstellbar ist. Eine Betrachtung der Arbeiterfamilie, die sich lediglich auf ihre wirtschaftliche Funktion beschränkt, d.h. auf deren Beitrag an unbezahlter Hausarbeit zur Reproduktion der Arbeitskraft, kann ihre Fortdauer nicht erklären. Nur unter Berücksichtigung der bürgerlichen Ideologie ist es möglich, der Art und Weise Rechnung zu tragen, wie die Institutionen der Ehe, Familie

und Erbschaft in der Arbeiterklasse dazu beitragen, die Arbeiter als solche zu erhalten und zu reproduzieren. Da die herrschende Klasse die Regeln des gesellschaftlichen Spiels bestimmt, muß der erste Schritt zur Erklärung der Ehe und der Familie darin bestehen, nach den Gründen des Fortbestehens dieser Institutionen innerhalb des Bürgertums zu suchen. Ich will mich hier mit dieser Frage befassen (zur Arbeiterfamilie vgl. Stolcke 1985).

Erbschaft und Vererbung: Das Fortbestehen der bürgerlichen Familie

Die monogame Ehe und die daraus entstandene Familienform sind weder eine ausschließliche Erscheinung der warenproduzierenden Klassengesellschaft noch sind sie mit dem Kapitalismus entstanden. Diese Institutionen existieren auch in anderen hierarchischen Gesellschaftsformen, z.B. der Kasten- oder Feudal-Gesellschaft, in denen sie ebenfalls eine grundlegende strukturelle Bedeutung hatten. Die Ehe als Institution besteht stets darin, den Ehegatten wechselseitig eine Reihe von Vorrechten an bestimmten ihrer Fähigkeiten einzuräumen, wie z.B. in bezug auf ihre Sexualität, ihre Arbeitskraft, ihr Eigentum (vgl. Leach 1961). Das Erbrecht bestimmt stets, wie bestimmte Rechte von einer Generation auf die nächste übertragen werden (vgl. Goody u.a. 1976). Somit bestimmen die Heiratsysteme und das Erbrecht teilweise oder ausschließlich die gesellschaftliche Stellung einer Person. Dies ist am offensichtlichsten in jenen Gesellschaftsformen, wie z.B. der Kasten- oder Lineage-Gesellschaft, in denen die gesellschaftliche Stellung ihrer Mitglieder gänzlich von der Abstammung bestimmt wird. In der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet jedoch das Fortbestehen einer Familienform, die auf Beziehungen der persönlichen Abhängigkeit und auf der Unterordnung der Frau beruht, einen klaren Widerspruch. Wie Hobsbawm (1975, 239) aufgezeigt hat, besteht

»der entscheidende Punkt darin, daß die bürgerliche Familie der bürgerlichen Gesellschaft klar widerspricht. In ihr herrschen weder Freiheit, Chancengleichheit, Geldverhältnisse noch das Prinzip des individuellen Profitstrebens.«

Eine rein ökonomische Analyse kann diesen Widerspruch nicht aufklären. Die Bestimmung der gesellschaftlichen Stellung durch die Abstammung erscheint unangebracht in Gesellschaften (der typischste Fall ist die bürgerliche Gesellschaft), in denen die Stellung des einzelnen auf eigene Leistungen zurückgeführt wird. John Stuart Mill (1806-1873) war sich des Widerspruchs zwischen dem liberalen Ethos und der Unterordnung der Frauen klar bewußt:

»In den fortgeschrittenen Ländern sind die Unfähigkeiten der Frauen, mit einer Ausnahme (dem Königstum), der einzige Fall, in dem Gesetze und Institutionen Personen von dem Moment ihrer Geburt an erfassen und bestimmen, daß sie niemals in ihrem Leben sich um gewisse Dinge werden bewerben können ... Die gesellschaftliche Unterordnung der Frauen sticht somit als allein dastehender Fall aus den modernen Institutionen hervor; eine allein dastehende Verletzung ihrer grundlegenden Gesetze (Wettbewerb und individuelle Leistung); ein einziges Überbleibsel einer alten Welt des Denkens und Handelns, das in allem anderen zerstört wurde, aber in dem einen Ding von größtem allgemeinem Interesse erhalten blieb.« (Mill 1977, 236f.)

Ist es jedoch gerechtfertigt, die Unterordnung der Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft lediglich als ein Überbleibsel aus vergangenen Zeiten zu betrachten? Es ist tatsächlich verwunderlich, daß die bürgerliche Familie in ihrer

repressivsten Form gerade im viktorianischen England auf dem Höhepunkt des Konkurrenzkapitalismus in Erscheinung trat. Die Formulierung von biologischen Theorien, im Zusammenhang mit der Verbreitung eines wissenschaftlichen Naturalismus in den westlichen Ländern im 19. Jahrhundert, die dazu dienten, die gesellschaftliche Ungleichheit zu legitimieren, sind entscheidend für ein Verständnis dieses scheinbaren Widerspruchs der Unterordnung der Frauen und Kinder in der bürgerlichen Gesellschaft. Denn gleichzeitig mit der auf tiefgreifenden gesellschaftlichen Ungleichheiten begründeten Klassengesellschaft entstand der Mythos der Chancengleichheit, der durch die Hoffnung auf gesellschaftliche Mobilität dazu beitrug, potentielle Klassenkonflikte zu unterbinden. Es bestand somit eine ständige Spannung zwischen den hierarchischen gesellschaftlichen Gegebenheiten und einem dem Anschein nach egalitären Ethos. Die Spannung zwischen dem Drang zur Eroberung und Beherrschung der Natur durch den Menschen und der gleichzeitigen Naturalisierung des gesellschaftlichen Menschen, die andererseits in der Debatte über den Platz des Menschen in der Natur zum Ausdruck kam, bot die Möglichkeit, diesen Widerspruch zwischen reeller gesellschaftlicher Ungleichheit und vorausgesetzter Chancengleichheit ideologisch zu verbergen (vgl. auch Young 1973). Die biologisch begründete Bestimmung der Frauen — das Schicksal der Frauen ist die Mutterschaft, weil die Natur sie dazu bestimmt hat — im Zusammenhang mit einem individualisierten, ebenfalls biologisch begründeten Begriff der Vaterschaft, war eine der Folgen davon, daß man zunehmend dazu neigte, die gesellschaftlichen Gegebenheiten als in der Natur begründet darzustellen.

Im 19. Jahrhundert lagen die Widersprüche der Klassengesellschaft für die Vorherrschaft des Bürgertums auf der Hand, nämlich die Verarmung des arbeitenden Volkes und die wachsende Arbeiterbewegung; sie spiegelten sich auch auf der ideologischen Ebene wider. Im 17. und 18. Jahrhundert hatten die Liberalen die freie Marktwirtschaft befürwortet, konnten oder wollten jedoch nicht deren klassenbedingte gesellschaftliche Folgen wahrnehmen. Anfang des 19. Jahrhunderts sahen sie sich jedoch zunehmend gezwungen, kapitalistische Arbeitsbeziehungen und damit Klassenunterschiede in ihre Gesellschaftsmodelle mit aufzunehmen. Um die Exzesse dieses Wirtschaftssystems in Grenzen zu halten und gleichzeitig die Illusion der Mitbestimmung zu schaffen, wurde das allgemeine Wahlrecht — jedoch noch unter Ausschluß der Frauen — als Grundlage einer repräsentativen Regierung gewährt (vgl. Macpherson 1977). Andererseits konnte aber auch das Bürgertum, wie Hobsbawm gezeigt hat, die zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit nicht mehr ausschließlich durch eine Ethik der Enthaltsamkeit und der Arbeit, d.h. der persönlichen Leistung, rechtfertigen; nicht zuletzt, weil diese »Tugenden« auch den Erfolg des Bürgertums selbst nicht mehr erklären konnten:

»Daher die zunehmende Bedeutung alternativer Theorien der *biologischen* Klassenüberlegenheit, die in einem so großen Maße die bürgerliche Weltanschauung des neunzehnten Jahrhunderts prägen. Diese Überlegenheit war das Ergebnis der natürlichen Auswahl, genetisch übertragen. Das Bürgertum gehört, wenn nicht einer anderen Art, doch zumindest einer höheren Rasse an, einer fortgeschritteneren Stufe in der Entwicklung des Menschen, abgesondert von den unteren Schichten, die auf der Stufe zurückgeblieben waren, die geschichtlich oder kulturell der Kindheit oder, wenn es weit kam, der Adoleszenz entsprach.« (Hobsbawm 1975, 247f.)

Diese biologischen Theorien, der Sozial-Darwinismus, der Sozial-Spencerismus, die Eugenik etc., kamen einer rassistischen Begründung der gesellschaftlichen Ungleichheit sehr nahe. Obwohl biologische Theorien dieser Art manchmal als eine Nebenerscheinung des Kolonialismus betrachtet worden sind, als eine ideologische Legitimation der »Zivilisationsaufgabe« der Kolonialmächte, war ihre politische Funktion, die wachsenden Klassenunterschiede zu Hause zu rechtfertigen, mindestens ebenso ausschlaggebend. Letzten Endes ging es in beiden Fällen um dasselbe, nämlich um den Versuch, die gesellschaftlichen Folgen des Kapitalismus, d.h. die Armut der Mehrheit, auf natürliche Ursachen, die dann auch noch als erblich dargestellt wurden, zurückzuführen.

Man neigt manchmal dazu, nur in jenen Fällen von Rassismus zu sprechen, in denen gesellschaftliche Diskriminierung und Unterordnung auf anscheinend tatsächlich vorhandene phänotypische Gruppenunterschiede bezogen werden. Daher mag eine Definition angebracht sein. Unter Rassismus verstehe ich jene Art von Diskriminierung, die verbunden ist mit einer ideologischen Rechtfertigung von gesellschaftlich und politisch gegebenen Unterschieden, die angeblich auf einer in der »Rasse« begründeten und daher natürlich bedingten Minderwertigkeit beruhen. Diese Minderwertigkeit ist somit erblich und die Abstammung spielt dann eine ausschlaggebende Rolle in der Bestimmung der gesellschaftlichen Stellung des einzelnen (vgl. Bock 1986, Vorwort). So reagierte die Elite in Deutschland z.B. auf die zunehmende politische Polarisierung der Gesellschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit verschiedenen rassistischen Theorien, die alle darauf hinausliefen, daß die gesellschaftliche Ungleichheit nicht auf der Arbeitsteilung, sondern auf grundlegenden, angeborenen Unterschieden unter den Menschen beruht (vgl. Struve 1973). Zur gleichen Zeit erfreuten sich in England und in den Vereinigten Staaten der Sozial-Darwinismus und die Eugenik enormer Beliebtheit sowohl außerhalb als auch innerhalb akademischer Kreise (vgl. Glick 1972). Die eugenischen Theorien brachten vor allem die subjektive Furcht der Oberschicht vor den Folgen des angeblich klassenspezifischen Geburtenrückgangs zum Ausdruck. Wenn die Oberschicht weniger Kinder habe im Vergleich zu den Unterschichten, bestünde die Gefahr, daß die Erbmasse der ersteren zersetzt werde. Denn die Klassenstellung offenbare ja letzten Endes die Qualität der Erbmasse (vgl. Searle 1981; Gordon 1977). Es ist unterdessen nachgewiesen, daß es keine merklichen klassenspezifischen Unterschiede in dem Geburtenrückgang zu der Zeit gab. Die Zunahme der Anzahl der Armen war eine Folge der industriellen Entwicklung, die auf Grund der eugenischen Vorurteile der Oberschicht als geburtenbedingt betrachtet wurde.

Unter Eugenik versteht man im allgemeinen die human-genetische Forschung unter dem Gesichtspunkt der Züchtung von positiven Eigenschaften und der Auslese oder Verminderung solcher, die als negativ betrachtet werden, um die menschliche Erbmasse aufzubessern. Die grundlegende Frage ist natürlich, was »positive« und was »negative« Eigenschaften sind und wer diese als solche bestimmt. All diese Theorien, der Sozial-Darwinismus, der Sozial-Spencerismus, der Sozial-Lamarckismus und die Eugenik, bestanden in unterschiedlichem Maße darauf, daß gesellschaftliche Ungleichheiten nicht sozial, sondern genetisch bedingt und daher erblich seien. Wie gesagt, beschränkte sich die Eugenik

nicht auf gewisse akademische Kreise — z. B. Biologen und Genetiker —, sondern brachte weitverbreitete rassistische Vorurteile in der Verbrämung einer scheinbar wissenschaftlichen Theorie zum Ausdruck. Die Tatsache, daß Ende der dreißiger Jahre die Eugenik außerhalb von Deutschland an Bedeutung verlor, hängt wohl mit dem verschiedenen Maße der Verfestigung des Bürgertums und deren Diskreditierung durch den Nationalsozialismus zusammen, in dem eine Variante, die Rassen-Hygiene, die wissenschaftliche Legitimation für seinen mörderischen Rassismus lieferte.

Jedoch ist auch heute sowohl ein verschwommener, gefühlsmäßiger wie auch ein theoretischer biologischer Reduktionismus vorhanden. Die in den siebziger Jahren formulierte sozio-biologische Synthese ist ein gutes Beispiel hierfür. Zu Zeiten wachsender gesellschaftlicher Spannungen erheben biologische, rassistische Theorien wiederum ihre Stimme. Die Soziobiologie versucht nachzuweisen, daß alle gesellschaftlichen Institutionen genetisch bedingt sind. So sind Paarungsstrategien in den menschlichen Gesellschaften, wie Inzest-Verbote, Endogamie, Exogamie, Heiratssysteme, die Geschlechterrollen, alles Ausdrücke eines genetischen Imperativs, der in der genetischen Maximierung des einzelnen besteht, d. h. in der größtmöglichen Vermehrung seiner Gene in der nächsten Generation (vgl. u. a. Sahlins 1976).

Welche Bedeutung hat diese Neigung zu einer naturalistischen Rechtfertigung der Klassenungleichheit für die Unterordnung der Frauen, für die Institutionen der Ehe und der Familie? Ein Ausdruck dieses biologischen Reduktionismus ist die Tendenz, die Begriffe der *Vererblichkeit* im Sinne der Übertragung von materiellen Gütern mit dem der *Vererbung* als Übertragung der genetisch begründeten Anlagen zu verschmelzen, d. h. gesellschaftliche in natürliche Vorgänge zu verwandeln. Bezeichnend für solcherart begriffliche Verschmelzungen ist z. B. die zweideutige Definition des englischen Begriffs *to inherit* (erben), der sich nicht nur auf die Übertragung von »Eigentum, Rang, Titel durch gesetzliche Abstammung oder Erbfolge«, sondern auch auf »die Herleitung (von Eigenschaften und Charakter) von dem Vorfahren« bezieht.² Charakterliche Anlagen werden somit ähnlich wie materielle Dinge *ererb*t. Und da die Regeln der Vererbungslehre unabänderlich sind, bieten sie eine äußerst überzeugende Erklärung für gesellschaftliche Unterschiede. In einer Gesellschaft, die vorgibt, allen ihren Mitgliedern uneingeschränkte Freiheit und Chancengleichheit zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu gewähren, erscheint die anachronistische Bedeutung, die der *Vererblichkeit* — im Sinne der »Tendenz, seinesgleichen zu erzeugen« — beigemessen wird, als eine subtile und sehr wirkungsvolle Rechtfertigung dafür, daß letztlich manche gleicher sind als andere. Ähnlich ist es mit der weitverbreiteten Ambivalenz in bezug auf die Adoption von Kindern, die gegenwärtig durch die neuen Fortpflanzungstechniken noch stärker zum Ausdruck gebracht worden ist.³

Diese ideologisch bedingten begrifflichen Verschmelzungen brachten einen ausschließlich biologischen Begriff der Verwandtschaftsbeziehungen im bürgerlichen Denken zum Ausdruck. Verwandtschaftliche Vorrechte, die kulturell bedingt sind, wurden auf »Blutbeziehungen« zurückgeführt. »*Blut ist dicker als Wasser.*« Ethnologen haben jedoch nachgewiesen, daß unterschiedliche Ver-

wandtschaftssysteme kulturell unterschiedliche Begriffe der Abstammung, des gemeinsamen Blutes und der Substanz und unterschiedliche gesellschaftliche Beziehungen beinhalten, die kaum etwas mit Biologie zu tun haben (vgl. Sahlins 1976).

Sozialisten im 19. Jahrhundert prangerten die Erbschaft als eine der Ursachen der gesellschaftlichen Ungleichheit an, aber es gab auch bürgerliche Denker, die (übereinstimmend mit dem Ethos der Chancengleichheit) die Erbschaft als unvereinbar mit der bürgerlichen Gesellschaft betrachteten. Der Soziologe Durkheim z.B. hielt die Abschaffung des Erbrechts für notwendig:

»Diese Ungerechtigkeit, die uns zusehends unerträglich erscheint, wird immer unvereinbarer mit den Existenzbedingungen unserer gegenwärtigen Gesellschaft.« (Zit. n. Lukes 1973, 184)

Was Durkheim hier zum Ausdruck brachte, war die scheinbare Unvereinbarkeit der Erbschaft mit dem Leistungsprinzip. Er leitete die moderne Gesellschaft aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ab. Im Zusammenhang mit der Frage jedoch, was nun die Stellung der einzelnen Gesellschaftsmitglieder in der Arbeitsteilung bestimme, griff er wiederum auf eine Art Naturalismus zurück. Zwar werde die Stellung des einzelnen in der Gesellschaft nicht durch seine Abstammung bedingt, doch

»ist die einzige Ursache, die die Art und Weise bestimmt, wie die Arbeit geteilt wird, die Unterschiedlichkeit der Anlagen ... die Arbeit ist spontan geteilt (und erzeugt Solidarität anstatt von Konflikt) nur dann, wenn die Gesellschaft so gebildet ist, daß gesellschaftliche Ungleichheiten genau natürliche Ungleichheiten zum Ausdruck bringen« (Durkheim 1964, 376ff.).

Durkheim versucht hier wiederum, die gesellschaftliche Arbeitsteilung mit dem Prinzip der Chancengleichheit zu vereinbaren, indem er sich auf natürliche Unterschiede beruft. Natürliche Unterschiede in den Anlagen oder Fähigkeiten müssen jedoch nicht unbedingt zu gesellschaftlicher Ungleichheit führen. Im Gegenteil, damit diese zur Ursache und zum Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichheiten werden, ist vorerst eine ungleiche Gesellschaft notwendig (vgl. Dobzhansky 1973; Chomsky 1973).

Wenn nun aber gesellschaftliche Ungleichheiten auf natürliche Unterschiede, die erblich sind, zurückgeführt werden, und wenn die Erbschaft den Regeln der Vererbung folgt, wird die monogame Ehe, d.h. das ausschließliche Anrecht des Gatten auf die Sexualität und generative Fähigkeit seiner Frau, zu dem entscheidenden gesellschaftlichen Mechanismus, der dafür sorgt, daß die Reproduktion zwischen gesellschaftlich und daher angeblich genetisch gleichen Partnern stattfindet. Wie der Anthropologe Leach schon vor einiger Zeit bemerkte:

»Auf eine ganz grundlegende Art und Weise unterscheiden wir alle jene, die von unserer Art sind, von jenen anderen, die es nicht sind, indem wir uns die Frage stellen: würden wir sie heiraten?« (Leach 1967, 19)

In der Klassengesellschaft bezieht sich »dieselbe Art« auf »dieselbe Klasse«. Die klassenendogame Heirat und die Kontrolle der generativen Fähigkeit der Frauen dient dazu, die angestrebte Klassenvorherrschaft aufrechtzuerhalten. Diese Verschmelzung von sozial und genetisch bedingten Eigenschaften und ihre Auswirkungen auf das Recht der Frauen, selbst über ihre generative Fähigkeit zu bestimmen, wird offensichtlich in der Debatte über die Abtreibung im Zusammenhang mit dem Geburtenrückgang in europäischen Ländern wie z.B. in Frank-

reich und der Bundesrepublik. Obwohl der Geburtenrückgang keineswegs auf die Abtreibung oder die Verhütungsmittel zurückgeführt werden kann, erklärte der französische Politiker Michel Debré (1979, 50) Ende der siebziger Jahre: »Die Abtreibung auf Verlangen bedeutet den Selbstmord eines Volkes«. Und Franz Josef Strauß bezichtigte die Bundesregierung 1983, sie habe nicht genug getan, um den Geburtenrückgang aufzuhalten. Es sei notwendig,

»ein neues umfassendes sittliches Bewußtsein für die ethischen und sittlichen Grundlagen unseres Volkes« zu erwecken. »Wir benötigen mehr junge Väter und junge Mütter. Wir brauchen eine neue Generation, die die biologischen Ressourcen unseres Volkes fördert.« (Zit. n. Financial Times 1983)

Ein derart aggressiver Natalismus ist selten. Die angeblich negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Überalterung der Bevölkerung auf die zukünftige soziale Sicherung werden unterdessen bezweifelt, und ein größeres Problem ist vorerst die Arbeitslosigkeit (Familienbericht 1986). Trotzdem besteht jedoch eine diffuse Furcht vor der »Überfremdung« des Landes durch die Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften, begleitet von rassistisch gefärbten Vorurteilen ihnen gegenüber. Man fürchtet hier nicht mehr, daß die Armen im eigenen Lande überhandnehmen, sondern daß Europa auf Grund des Geburtenrückgangs seine Vorrangstellung auf internationaler Ebene verlieren könnte. In der Auffassung von Michel Debré z.B. führt die Weigerung der Frauen, mehr Babies für die Nation zu gebären, zu folgendem:

»Produzenten ohne Märkte, Sozialleistungen, die der Staat nicht mehr zahlen kann, eine soziale Gesetzgebung, die völlig in Frage gestellt wird, eine gefährliche Isolierung alternder Europäer in einer überbevölkerten Welt, in der die Dritte Welt die Geburtenkarte ausspielt.« (Debré 1979)

Das Recht und die Fähigkeit der Frauen, über ihre Gebärfähigkeit zu verfügen, erscheint als eine Bedrohung der rassistisch begründeten politischen Vorherrschaft der Ersten Welt. Somit wird ein einschränkender Begriff der Nation als Gemeinschaft all derer, die zu deren »Volk« gehören, verstärkt, der immer weiter entfernt ist von dem modernen, der französischen Revolution entsprungenen voluntaristischen Begriff der Nation. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch, die in den letzten Jahren in verschiedenen europäischen Ländern wahrnehmbare Tendenz, die Staatsbürgerschaftsgesetze strenger auf die Abstammung auszurichten, wodurch der Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Ausländer erschwert wird. England ist ein Beispiel, ein anderes der neue »Code de la nationalité«, der von der Chirac-Regierung in Frankreich kürzlich vorgelegt worden ist, aber auf starken Widerstand der Antirassismus-Gruppen stieß (*die tageszeitung* v. 16.3.87).

Als Engels die monogame Ehe dem Wunsch zuschrieb, die unumstrittene Vaterschaft der Kinder zu sichern, um die rechtmäßige Übertragung des Eigentums zu schützen, war er von gleichen biologisch-naturalistischen Ideen infiziert. Denn, wie das alte lateinische Sprichwort sagte, *pater semper incertus*. Rein unter dem Gesichtspunkt der Erbschaft dürfte es eigentlich egal sein, ob es sich um eine soziale oder biologische Vaterschaft handelt, solange diese gesellschaftlich anerkannt ist.

»In dem Verhältnis also, wie die Reichtümer sich mehrten, gaben sie einerseits dem Mann eine wichtigere Stellung in der Familie als der Frau und erzeugten andererseits den Antrieb, diese verstärkte Stellung zu benutzen, um die hergebrachte Erbfolge zugunsten der Kinder umzustößen. Dies ging aber nicht, solange die Abstammung nach Mutterrecht galt.« (MEW 21, 60)

Engels' Schlußfolgerung ist lediglich ein weiteres Beispiel für die Tendenz, gesellschaftliche Gegebenheiten zu »naturalisieren«. Wie Marx selbst zu dieser Annahme bemerkte:

»Dies scheint überhaupt der *natürlichste* Übergang.« (Zit. b. Engels, ebd.)

Engels setzte hier eine Art väterlichen Instinkts voraus, der Männer dazu verleitet habe, ihre eigenen Kinder als Erben einsetzen zu wollen, wenn sie erst einmal etwas zu vererben hatten. Hinter dieser Annahme steckt jedoch die Überzeugung, daß Vaterschaft und Mutterschaft rein biologische Beziehungen seien.

Die bürgerlich-naturalistische Rechtfertigung der gesellschaftlichen Ungleichheit bekräftigte diesen biologischen Begriff der Elternschaft, und die Verbindung beider Begriffe führte zu einer Überbewertung der ehelichen Treue der Frau. Bachofen hatte schon bemerkt, daß die Mutterschaft stets eine natürliche, die Vaterschaft dagegen immer eine gesellschaftliche Gegebenheit sei. Die Vaterschaft muß mittels gesellschaftlicher Mechanismen offenkundig gemacht werden, während die Mutterschaft (außer bei bestimmten Formen der künstlichen Befruchtung) unanfechtbar ist, es sei denn, sie wird kulturell, also nicht biologisch begriffen (Bachofen 1861). Dadurch, daß man den Frauen zusammen mit der klassen-endogamen Heirat Keuschheit vor und Treue in der Ehe auferlegte, versuchte die Oberschicht, sich vor einer biologisch begriffenen »Entartung« zu schützen.

Ich möchte meine Ausführungen mit zwei Beispielen verdeutlichen: Kuba im 19. Jahrhundert und Deutschland unter dem Nationalsozialismus. Der offenkundige Rassismus in beiden Fällen wird dazu dienen, gewisse gemeinsame grundlegende Aspekte des hier zur Diskussion stehenden Problems zu enthüllen, die, obwohl weniger offenkundig, doch nicht minder ausschlaggebend in der modernen Klassengesellschaft sind (vgl. Martinez-Alier 1974; Mason 1976; Rupp 1977; Koonz 1977).

Kuba war im 19. Jahrhundert eine Sklavengesellschaft. Die gesellschaftliche Stellung des einzelnen wurde jedoch nicht nur durch die Geburt oder den »rassischen« Ursprung bestimmt. Wirtschaftliche Erfolge konnten die Unterordnung der Schwarzen bis zu einem gewissen Grade aufheben. Die Ehe zwischen Weißen und Schwarzen war jedoch verboten, während jene zwischen gesellschaftlich und »rassisch« Gleichen die Norm war. Wie man damals in Kuba sagte, *cada uno con su cada uno* (jeder mit seinesgleichen). Trotzdem bezeugt das Heiratsverbot, daß diese Regel keinesfalls immer befolgt wurde, was seinerseits dazu beitrug, die Weißen in ihrer Furcht vor der Rassenmischung zu bestärken. Eine gehobene gesellschaftliche Stellung war bedingt durch Reichtum und »rassisch reine«, d.h. weiße Abstammung. Somit erforderte das Fortbestehen der Vorherrschaft der weißen Oberschicht nicht nur die geregelte erbliche Übertragung des Eigentums, sondern außerdem die Wahrung ihrer »Rassenreinheit« durch die Kontrolle der Vererbung. Man erreichte dies auf ähnliche Weise wie im viktorianischen England mittels einer durch die Männer der Oberschicht ausgeübten strengen Kontrolle über die Sexualität ihrer Frauen und deren betonte Häuslichkeit. Das Schicksal einer Frau bestand darin, ihrem Gatten eheliche, d.h. »rassisch reine« Kinder zu gebären. Auf Grund dieser Rassenideologie waren es die Frauen, denen es oblag, die Familien-Merkmale von einer Genera-

tion auf die nächste zu übertragen. Die Aufgabe der Männer bestand darin, die Frauen der Familie zu überwachen und für sie zu sorgen. Sie erfüllten die Nebenrolle, die gesellschaftlich korrekte Übertragung der Familien-Merkmale durch die Frauen zu sichern, das Familien-Vermögen zu verwalten und, wenn möglich, es zu vermehren. Dieses Verständnis der Frauen als »Aufbewahrerinnen« der Familien-Merkmale kommt klar zum Ausdruck in den Ehebruchsgesetzen, die scharfe Strafen für Frauen vorsahen, aber äußerst nachsichtig gegenüber den Männern waren:

»... ein vernünftiger und gerechter Unterschied, denn, abgesehen von den Auswirkungen der Untreue zwischen Gatten, die die gesellschaftlichen Beziehungen schwächen, die guten Sitten angreifen und Krieg und Streitigkeiten ins Heim einführen, kann die Frau Bastarde in die Ehe bringen.« (Martinez-Alier 1974, 117)

Die Erfahrungen in Deutschland unter dem Nationalsozialismus waren etwas anders, doch wurden die Frauen ebenfalls zu Instrumenten einer aggressiven Rassenpolitik. Während die Bewegungsfreiheit der Frauen der weißen Ober- und Mittelschicht in Kuba extrem eingeschränkt war — die Arbeit war Sache der Sklaven —, stieg die Anzahl der Lohnarbeiterinnen und weiblichen Angestellten, letztere vorwiegend aus der Mittelschicht, in Deutschland in den zwanziger Jahren merklich. Die Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre brachte diesen Trend zu einem plötzlichen Ende. Gleichzeitig waren die Geburten rückläufig, und die Familie wurde kleiner. Die politische Rechte reagierte hierauf, indem sie die Rolle der Frauen als Mütter bekräftigte. Dies wurde nach Hitlers Machtübernahme weiter verfestigt mit dem Aufruf an alle deutschen Frauen, Kinder für das Reich zu gebären. Nach 1937 erfuhr diese Politik eine neue Wende, als die Frauen erneut in die Industrie eingegliedert wurden, um aktiv an den Kriegsvorbereitungen teilzunehmen. Ihre wachsende Beteiligung an der Produktion änderte jedoch wenig an dem gesellschaftlichen Bild der Frauen. Sie gelangten nie in jene Stellungen, in denen sie über gewisse Entscheidungen hätten verfügen können. Von den Nazis wurde währenddessen die Mutterschaft weiterhin als die vorrangige Aufgabe der Frauen im Dienste der rassistischen Erstarbung des deutschen Volkes propagiert. Wie Mason (1976, 87f.) in diesem Zusammenhang zutreffend bemerkt hat:

»Alle rassistischen Bewegungen, die die biologischen, pseudowissenschaftlichen Bestandteile ihrer Ideologie ernst nehmen, sind gezwungen, der Gebärfähigkeit der Frauen eine besondere Bedeutung beizumessen. Die Reinheit des Blutes, die zahlenmäßige Überlegenheit und die Vitalität der Rasse waren ideologische Ziele von derartigem Vorrang, daß alle anderen Tätigkeiten der Frauen, mit Ausnahme des Gebärens, in der Partei-Rhetorik als absolut zweitrangig behandelt wurden.«

Eine der extremsten Erscheinungen der Rassenpolitik unter dem Nationalsozialismus waren die Lebensborn-Anstalten, in denen nach rassen-hygienischen Gesichtspunkten ausgewählte junge Mädchen dazu bestimmt wurden, mit ebenfalls ausgewählten jungen Männern »rassisch« reine Kinder zu gebären, ohne jedoch eine Ehe einzugehen (vgl. etwa Koonz 1977). In diesem Fall bestimmte der Staat die Wahl der Partner und kontrollierte somit direkt die generative Fähigkeit dieser Frauen. Daß diese jungen Mädchen die »Rassenzüchtung« aktiv unterstützten, ähnlich wie wahrscheinlich ein bedeutender Teil der weißen Frauen in Kuba die vorherrschenden rassistischen Vorurteile teilte, stelle ich hiermit nicht in Frage.

Beide Beispiele zeigen, daß die *Vererbung* zu einer grundlegenden Frage wird, wenn gesellschaftliche Hierarchien und Vorherrschaft auf natürliche Anlagen (entweder die Rasse oder andere angeblich genetisch übertragene Eigenschaften) zurückgeführt und nicht als sozial bedingt (z.B. von der ungleichen Verteilung der Produktionsmittel) betrachtet werden. Dies hat direkte Folgen für die Frauen, denn der Fortbestand der gesellschaftlichen Hierarchie hängt dann von der Kontrolle der Fortpflanzung (d.h. wer mit wem) durch Kontrolle der generativen Fähigkeit der Frauen ab.

Die Tatsache, daß die künstliche Befruchtung mit dem Samen eines Mannes, der nicht der Gatte ist, in gewissen konservativen Kreisen heute noch als Ehebruch begriffen werden kann, zeigt jedoch deutlich, daß es sich hier nicht um die sexuelle Keuschheit der Frauen als solche, sondern um die gesellschaftliche Reinheit handelt (vgl. etwa Balz 1980; Balcells 1980). Ebenso aufschlußreich ist es, daß zumindest das englische bzw. spanische Wort für Ehebruch, nämlich *adultery* oder *adulterio*, wörtlich Vermischung bedeutet, d.h. »Verfälschung durch die Beigabe von minderwertigeren Bestandteilen«, die ein beflecktes oder unechtes Produkt hervorbringt« (*Concise Oxford Dictionary*). Die Art der Rechtfertigung der gesellschaftlichen Ungleichheit in einer offenkundig rassistischen Gesellschaft unterscheidet sich von jener in der Klassengesellschaft letzten Endes lediglich in ihrer Intensität.

Welche Beziehung besteht nun aber zwischen der monogamen Ehe als der Form der Reproduktion der Klassenprivilegien und dem bürgerlichen Ideal der Häuslichkeit der Frauen sowie der Unterbewertung ihrer Hausarbeit? Wenn die vorrangige Funktion der Frauen darin besteht, genetisch legitime Erben zu gebären, ist eine Überwachung in diesem Sinne erforderlich. Dies kann man dadurch erreichen, daß man die Bewegungsfreiheit der Frauen auf die häusliche, typisch weibliche Sphäre einschränkt. Die Männer der Familie (der Vater, die Brüder und der Gatte) treten dann als die natürlichen Beschützer und Versorger der Frauen auf. Damit jedoch die Frauen die Mutterschaft und die damit verbundene Häuslichkeit sowie ihre Abhängigkeit von den Männern akzeptieren, werden diese als naturbedingte Funktion dargestellt. Die Mutterschaft und die damit verbundenen Pflichten erscheinen somit als die *Quellen* der Erfüllung der Frauen, während sie für erwerbsberufliche Tätigkeiten als von Natur aus ungeeignet gelten. Die Frauen werden somit dargestellt als seien sie von einer anderen Art als die Männer, schwach und abhängig von ihnen und daher weitgehend unfähig, ihr Leben selbst zu bestimmen. Da sie von Natur aus dazu bestimmt sind, Kinder zu gebären und sie aufzuziehen, werden diese Pflichten, deren Erfordernisse ihnen angeboren sind und ihre innersten Neigungen befriedigen, außerdem nicht als *Arbeit* angesehen, die entsprechend entgolten werden müßte. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Mutterschaft nicht als eine wertvolle Funktion anerkannt wird. Im Gegenteil, die Mutterschaft ist so außerordentlich wertvoll, daß sie geschützt und kontrolliert werden muß. Das Problem ist aber nicht die Mutterschaft als solche, sondern es sind die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Frauen bestimmte Einschränkungen auferlegen. Diese Einschränkungen werden dadurch gerechtfertigt, daß man diejenigen, die zu kontrollieren sind, selbst davon überzeugt, daß sie des Schutzes der Männer bedürfen, weil sie schwach

sind. Auf diese Weise wird die Vorherrschaft der Männer legitimiert und alle anderen Tätigkeiten der Frauen werden in bezug auf die der Männer als untergeordnet dargestellt, denn sie sind von der gesellschaftlich konstruierten Unterordnung der Frauen infiziert (vgl. French 1978).

Die Unterordnung der Frauen in der Klassengesellschaft beruht somit auf dem *bürgerlichen Verständnis* der gesellschaftlichen Reproduktion — d.h. der bürgerlichen Ehe und Familie. Obwohl ständig von Freiheit und Gleichheit die Rede ist, ist doch die rechtlich geregelte Ehe in den Industrie-Gesellschaften weiterhin der bestimmende Rahmen, in dem Kinder zur Welt gebracht werden, wenn auch gewisse neue Widersprüche, wie z.B. sogenannte »ehe-ähnliche Gemeinschaften« häufiger in Erscheinung treten und auf eine größere individuelle Freiheit hinzuweisen scheinen. Die wachsende Einbeziehung von Frauen in die Berufswelt hat nicht dazu geführt, ihre mütterliche Bestimmung und Unterordnung, nun auch im Beruf, in Frage zu stellen. Im Gegenteil, die berufliche Erwerbsarbeit der Frauen ist meist durch den schwankenden Bedarf des Arbeitsmarktes bestimmt, wird aber selten als ein Recht der Frauen angesehen. Sogar dann, wenn der Beruf den Frauen eine größere ökonomische Unabhängigkeit verschafft hat, ist der Preis hoch. Denn dies bedeutet dann meist entweder eine doppelte Belastung durch die Hausarbeit zusätzlich zu der bezahlten Arbeit oder den Verzicht auf die Mutterschaft.⁵ Ferner hat die Verbreitung der Verhütungsmittel wohl die enge Beziehung zwischen Sexualität und Gebären aufgelöst und eine größere sexuelle Freiheit ermöglicht. Jedoch dienen die Verhütungsmittel ebenfalls dazu, die unerwünschten Folgen dieser größeren Freiheit, nämlich »verfälschte« Kinder, zu vermeiden. Und Ehen werden weiterhin vorwiegend unter gesellschaftlich Gleichen geschlossen. Die merkliche Zunahme der sogenannten »ehe-ähnlichen Gemeinschaften« seit Anfang der siebziger Jahre hat zum einen die Ehe als solche nicht in Frage gestellt und zum anderen steht deren formelle Gleichstellung mit der Ehe in verschiedenen Ländern schon seit einiger Zeit zur Debatte. Die Zahl der Scheidungen ist ebenfalls gestiegen, eine Folge von ehelichen Konflikten. Jedoch dient die Scheidung letzten Endes dazu, die Ehe als Institution zu beschützen, denn es handelt sich dabei vor allem um die Regelung der Lage der Kinder und des Vermögens. Letztlich deuten die Entwicklungen auf dem Gebiet der künstlichen Befruchtung, die darin bestehen, unfruchtbaren Ehepaaren ein Kind ihres eigenen »Blutes« zu verschaffen, darauf hin, daß das biologische Verständnis der Elternschaft bei weitem nicht überholt ist, wenn auch diese Techniken im Falle der Teilnahme eines außerehelichen Samenspenders mit dieser Auffassung in Widerspruch geraten können (vgl. Stolcke 1987).

Schlußfolgerungen

Man könnte mir nun aber vorhalten, daß ich letzten Endes ebenfalls auf die naturbedingten Unterschiede zwischen den Geschlechtern zurückgreife, d.h. auf eine Art biologischen Reduktionismus ver falle, wenn ich die Unterordnung der Frauen der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Gebärfähigkeit zuschreibe. Ich stimme jedoch nicht mit jenen Feministinnen überein, die die Unterordnung der Frauen geschichtlich deren Belastung durch die Mutterschaft zuschreiben und

technologische Lösungen von der Art der Retorten-Babies vorschlagen (vgl. Firestone 1979). — Wenn man gesellschaftliche Ungleichheiten auf wesentliche Unterschiede in der Natur der Individuen zurückführt, dann kann gesellschaftliche Gleichheit logischerweise nur durch natürliche Gleichheit geschaffen werden. Aber die These, daß geschlechtliche Hierarchien nur durch die Beseitigung von biologischen Unterschieden aufgehoben werden könnten, ist genauso irrig wie die Annahme, daß der Rassismus nur dann abgeschafft werden könne, wenn alle Menschen denselben Phänotyp hätten. Rassismus ist nicht die Folge von phänotypischen Unterschieden als solchen. Vielmehr werden reale oder erfundene phänotypische Unterschiede dazu benutzt, gesellschaftliche und politische Ungleichheiten dort zu bezeichnen, wo Rassismus vorherrscht. Ähnlich sind es nicht die biologischen Geschlechtsunterschiede als solche, die geschlechtliche Hierarchien hervorbringen, sondern deren gesellschaftliche Konstruktion und die Bedeutung, die man ihnen beimißt. Geschlechtliche Hierarchien setzen gesellschaftliche Ungleichheiten voraus. Beide werden legitimiert, indem man sie als naturbedingt darstellt. Was nun die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung anbelangt, so bedeuten unterschiedliche Pflichten und getrennte Geschlechterrollen weder unbedingt Unterordnung noch eine hierarchische Ordnung (vgl. auch Leacock 1978). Die Frage ist vielmehr, ob getrennte Rollen einen komplementären Beitrag zum allgemeinen Wohl leisten, ohne jedoch auf Formen der Ausbeutung zu beruhen, oder ob sie eine geschlechtliche Unterordnung beinhalten, die dazu dient, gesellschaftliche Ungleichheiten zu sichern. Wenn die Unterordnung der Frauen mit ihrer Ausschließung aus der Produktion begründet wird, dann erfordert die Geschlechtergleichheit natürlich ihre Eingliederung. Jedoch beruht diese Denkweise auf der Vorstellung, daß Gleichheit zwischen Frauen und Männern nur dann errungen werden kann, wenn es den Frauen gelingt, jene Vorrechte zu erobern, nämlich die Nicht-Beteiligung an der Mutterschaft und die Beteiligung an der produktiven Arbeit, auf denen die Vorherrschaft der Männer in der Klassengesellschaft zu beruhen scheint, d.h. indem Frauen sich in Männer verwandeln. Sogar diejenigen, die aus rein strategischen Gründen für die Einbeziehung der Frauen in die sogenannte produktive Arbeit plädieren, weil sie meinen, nur so würden sich die Frauen ihrer Ausbeutung bewußt werden und sich organisieren, neigen dazu, Strategien von einer rein männlichen Perspektive zu sehen. Zu meinen, daß Frauen erst zu Männern werden müßten, um frei zu sein, ist letzten Endes nicht weniger paradox, als wenn man die Überwindung der klassenbedingten Ausbeutung davon abhängig machen würde, daß die Arbeiter sich in Kapitalisten verwandeln.

Der Verzicht auf Mutterschaft oder berufliche Arbeit sind nicht geeignet, die Unterordnung der Frauen zu überwinden. Emma Goldman (1970) betonte schon vor langer Zeit, daß Unabhängigkeit, Emanzipation und Gleichheit solange eine Illusion sein werden, wie die Enge und Unfreiheit des Heims lediglich durch die Enge und Unfreiheit der Fabrik, der Heimarbeit, des Warenhauses oder des Büros ersetzt wird. Um dies zu ändern, ist jedoch die Abschaffung der klassenbedingten erblichen Privilegien und Machtverhältnisse notwendig, für deren Fortbestehen die Unterordnung der Frauen so grundlegend ist wie die Ausbeutung der Arbeiter.

Anmerkungen

- 1 Die Familie spielt offensichtlich auch heute noch eine ausschlaggebende Rolle in der »Vererbung« von Privilegien der Bürokraten im real existierenden Sozialismus, vgl. Bahro 1977, z.B. 251. Als Havemann (1967) voraussagte, daß die Ehe in der Gesellschaft der Zukunft abgeschafft würde, wurde er der Propagierung der Polygamie bezichtigt.
- 2 Concise Oxford Dictionary. Die semantische Lage im Deutschen ist in diesem Zusammenhang komplexer. Anfang des Jahrhunderts bedeutete der Begriff *Erblichkeit* sowohl »das Wiederauftreten körperlicher und geistiger Eigentümlichkeiten der Vorfahren in mehr oder minder vollkommenem Grade bei den Nachkommen« als auch »im juristischen Sinne die Übertragbarkeit der Rechtsverhältnisse eines Verstorbenen auf die mit ihm durch die Bande des Blutes [sic] oder der Ehe verbundenen oder auf solche Personen, denen der Erblasser selbst letztwillig eine Zuwendung machte.« (Meyers Großes Konversations-Lexikon, Leipzig 1903). In der Nachkriegs-Ausgabe des Lexikons hat dieser Begriff jedoch nur noch die genetische Bedeutung, nämlich der »Übertragbarkeit bestimmter, nicht umweltbedingter elterlicher Merkmale auf die Nachkommen« (Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Mannheim 1971). Die historischen Gründe für diese Einschränkung des Begriffes dürften offensichtlich sein.
- 3 Wie J. Goody gezeigt hat, wurden Adoptiv-Erben in hierarchischen Gesellschaften wie China, Indien, Griechenland und Rom oft innerhalb der Deszendenzgruppe ausgesucht (Goody u.a. 1976). In den modernen westlichen Gesellschaften handelt es sich jedoch meist um nicht verwandte Kinder. Dies ist wahrscheinlich der Grund für die Zweifel, die Adoptivkindern entgegengebracht werden. Bei den modernen Fortpflanzungstechniken handelt es sich gerade darum, auf künstlichem Wege ein »blutverwandtes« Kind zu zeugen (vgl. Stolcke 1987).
- 4 Somit betrachtete der Code Napoléon all jene Kinder als die des Ehegatten, die einem Paar während deren Ehe geboren wurden. Einerseits diente diese Regelung dazu, mögliche Widersprüche zu lösen zwischen der Bedeutung, die der biologischen Vaterschaft beigemessen wurde, und gelegentlichen Schwierigkeiten, sich der ehelichen Treue der Frauen zu versichern. Andererseits sorgten die Ehebruchsgesetze dafür, daß die Kinder einer Frau meistens wirkliche Abkommen ihres Ehemannes waren.
- 5 Bundespräsident von Weizsäcker brachte in seiner Weihnachtsansprache 1986 den Wert der Familie, aber auch die Besorgnis über die gesellschaftlichen Folgen ihres möglichen Zerfalls von einem fürwahr sehr männlichen Standpunkt zum Ausdruck: »Es ist auch eine Gefahr, wenn Gesellschaft, Werbung und manche Medien ein Ehe- und Familienbild als reine Freizeitpartnerschaft vermitteln ... Wer sich mit einem anderen Menschen fürs Leben verbindet, muß wissen, daß er arbeitslos oder krank werden kann oder daß er Fehler macht. In solchen Belastungen, von denen kaum ein Leben verschont bleibt, zeigt sich erst der tiefe Wert der Familie. Jeder Mensch hat seine Stärken und Schwächen. Jeder stößt an Grenzen. In der Familie hat er die Chance, so angenommen zu werden, wie er ist — mit allem Licht und Schatten.« Der Bundespräsident unterstrich dabei wiederum die traditionelle Rolle der Frauen: »Es wird Zeit, besser verstehen zu lernen, daß es Arbeit auch außerhalb der beruflichen Erwerbsarbeit gibt, vor allem die Familienarbeit ... Unglaublich viel Gutes geschieht in den Familien. Ist es uns bewußt, daß ungefähr 90 Prozent der alten oder pflegebedürftigen Menschen nicht erwerbsberuflich betreut werden, sondern von ihren Angehörigen? Weiß man, daß diese selbstlose Pflegeleistung ganz überwiegend von Frauen erbracht wird, von Müttern, Schwestern, Töchtern und Schwiegertöchtern?«

Literaturverzeichnis

- Bachofen, J.J., 1861: Das Mutterrecht. Stuttgart. Neuausgabe (Auswahl) Frankfurt/ 1975
- Bahro, Rudolf, 1977: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln, Frankfurt/M.
- Balcells Gorina, A.: 1980: Le inseminación artificial, zootecnia en el hombre. In: La Vanguardia, 3.5.
- Balz, M., 1980: Heterologe künstliche Samenübertragung beim Menschen. Tübingen
- Bock, G., 1986: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik. Opladen
- Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1986: Vierter Familienbericht. Die Situation der älteren Menschen in der Familie. Bonn
- Chomsky, N., 1973: Language Development, Human Intelligence and Social Organisation. In: W. Feinberg (Hrsg.): Equality and Social Policy. Chicago

- Debré, M., 1979: Interview in: *Le Nouvel Observateur*, 30.4.
- Dobzhansky, T.G., 1973: *Genetic Diversity and Human Equality*. New York
- Durkheim, E., 1964: *The Division of Labour in Society*. New York
- Financial Times, The, 1983: 'Strauss call to boost birth rate'. 27.8.
- Firestone, S., 1979: *The Dialectic of Sex*. London
- French, M., 1978: *Women's Room*. London
- Glick, T.F. (Hrsg.), 1972: *The Comparative Reception of Darwinism*. Dallas
- Goldman, E., 1970: *The Traffic of Women*. New York
- Goody, J., J. Thirsk, und E.P. Thompson (Hrsg.), 1976: *Family and Inheritance*. Cambridge Univ. Press
- Gordon, L., 1977: *Women's Body, Women's Right*. London
- Havemann, R., 1967: *Dialektik ohne Dogma*. Reinbek
- Himmelweit, S., und S. Mohun, 1977: *Domestic Labour and Capital*. In: *Cambridge Journal of Economics* 1, 22
- Hobsbawm, E., 1975: *The Age of Capital*. London
- Koonz, C., 1977: *Mothers of the Fatherland: Women in Nazi Germany*. In: R. Bridenthal und C. Koonz (Hrsg.): *Becoming Visible: Women in European History*. Boston
- Leach, E., 1967: *Characterisation of caste and class systems*. In: A. de Reuck und J. Knight (Hrsg.): *Caste and Race: Comparative Approaches*. London
- ders., 1961: *Polyandry, Inheritance and the Definition of Marriage*. In: ders.: *Rethinking Anthropology*. London
- Leacock, E., 1978: *Women's Status in Equalitarian Society: Implications for Social Evolution*. In: *Current Anthropology* 19
- Lenin, V.I., 1972: *On the Emancipation of Women*. Moskau
- Lukes, S., 1973: *Emile Durkheim: His Life and Work*. London
- Macpherson, C.B., 1977: *The Life and Times of Liberal Democracy*. Oxford
- Martinez-Alier, V. (Stolcke), 1974: *Marriage, Class and Colour in Nineteenth Century Cuba*. Cambridge
- Mason, T., 1976: *Women in Nazi Germany, 1925-1940*. In: *History Workshop Journal* 1 und 2
- Meillassoux, C., 1978: *Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft*. Frankfurt/M.
- Marx-Engels-Werke. Berlin/DDR
- Mill, J.S., 1977: *The Subjection of Women*. London
- Naredo, J.M., 1979: *La ideología del progreso y de la producción encubre la práctica de la destrucción*. In: *Cuadernos de Ruedo Ibérico*
- Rose, S., R.C. Lowentin und L.J. Kamin, 1984: *Not in Our Genes. Biology, Ideology and Human Nature*. Harmondsworth
- Rowbotham, S., 1974: *Women, Resistance and Revolution*. New York
- Rupp, L.J., 1977: *Mother of the Volk: The Image of Women in Nazi Ideology*. In: *Signs* 3/2
- Sahlins, M., 1976: *The Use and Abuse of Biology: An Anthropological Critique of Sociobiology*. Detroit
- Searle, G.R., 1981: *Eugenics and Class*. In: C. Webster (Hrsg.): *Biology, Medicine and Society, 1840-1940*. Cambridge
- Stolcke, V., 1985: *Cafecultura, Homens, Mulheres e Capital (1850-1980)*. Sao Paulo
- ders., 1987: *Old Values, New Technologies: Who is the Father?* Colloquium am Wissenschaftskolleg zu Berlin, 12.3.
- Struve, W., 1973: *Elites against Democracy: Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany, 1890-1933*. Princeton
- Trotzky, L., 1970: *Women and the Family*. London
- Young, R., 1973: *The Historiographic and Ideological Contexts of The Nineteenth Century Debate on Man's Place in Nature*. In: M. Teich und R. Young (Hrsg.): *Changing Perspectives in the History of Science*. London

Michèle Barrett und Mary McIntosh

Ethnozentrismus im sozialistischen Feminismus*

Der politische Kontext

Alles, was in Großbritannien als »feministische Theorie« veröffentlicht wurde, stammte bis vor kurzem aus der Feder weißer Frauen. Die meisten von ihnen halten — anknüpfend an die in Selbsterfahrungsgruppen entwickelten Vorstellungen — die persönliche Erfahrung für einen wichtigen Ausgangspunkt in der Entwicklung politischer Theorie. Die meisten dieser weißen feministischen Autorinnen sind bürgerliche Intellektuelle, tief verwurzelt in einer spezifisch britischen, überwiegend linken und freiheitlichen Tradition von Bildung und politischem Denken. Die meisten von ihnen sind — auch wenn sie als Frauen benachteiligt sind — durch ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse und »Rasse« höchst privilegiert: Sie können publizieren, lehren, sich verschiedener Medien bedienen und in verschiedenster Weise öffentlich auftreten. Diese privilegierten weißen Feministinnen (das heißt also wir selbst) konnten sich Gehör und bis zu einem gewissen Ausmaß auch Respekt verschaffen.

Schwarze Frauen versuchen bereits seit geraumer Zeit, uns diese Vorteile klarzumachen, aber die meisten von uns haben nie richtig zugehört: Wir waren zu sehr mit unserem eigenen unterdrückten Frausein beschäftigt, waren zu sehr in unserer eigenen Lage befangen und hatten vielleicht auch zu sehr darauf beharrt, immer nur aus der eigenen Erfahrung heraus zu sprechen. Viele Feministinnen haben sich so wie wir selbst aus den spannungsgeladenen Auseinandersetzungen 1983 in der Zeitschrift *Spare Rib* eher herausgehalten, in deren Verlauf »farbige Frauen« dem damaligen Kollektiv Rassismus vorwarfen und Frauen, die den israelischen Staat angriffen, des Antisemitismus bezichtigt wurden, wobei diejenigen, die dies kritisierten, ihrerseits als rassistisch bezeichnet wurden. Statt dessen war es einfacher, *Outwrite* zu abonnieren, eine Zeitung, die seit März 1982 über die antirassistischen und antiimperialistischen Kämpfe von Frauen und über die internationale Frauenbewegung allgemein berichtet. Unsere Unterstützung dieser Kämpfe und unser Engagement in Kampagnen gegen die Abschiebung und Dreimonatsspritze ist wichtig; aber ebenso wichtig ist es, unsere Politik im Lichte der Kritik schwarzer Frauen an uns neu zu überdenken.

Natürlich gab und gibt es weiße Feministinnen, die ihre Ohren vor der Kritik schwarzer Feministinnen nicht verschlossen hielten; aber bislang haben zu wenige von uns ernsthaft angefangen, unsere Theorien zu überprüfen. Tatsächlich verbirgt sich dahinter für uns als weiße Autorinnen auch ein Dilemma. Wenn wir uns öffentlich für die Überprüfung der eigenen Arbeit stark machen, dann unterstellen wir damit gleichzeitig, daß diese Arbeit auch wichtig genug war (und ist), um »zurechtgerückt« zu werden. Von daher hat eine öffentliche Selbstkritik immer auch etwas Selbstgefälliges an sich. Außerdem besteht die Gefahr, daß das

* Ethnocentrism and Socialist-Feminist Theory. Zuerst erschienen in: *Feminist Review* 20, summer 1985. Übersetzung: Nora Räthzel und Gabi Mischkowski; gekürzt.

Vorhaben zu einer Pflichtübung gerät, bei der man sich öffentlich anprangert, um dann genauso weiterzumachen wie bisher, nun aber mit dem beruhigenden Bewußtsein, einige modische Schuldgefühle geäußert zu haben. Dennoch sind wir der Meinung, all dies riskieren zu müssen, weil unsere eigene Geschichte feministischer Kritik an Männern und am Sexismus uns eine Lehre erteilt hat, die jetzt, da wir uns selbst als Kritisierte wiederfinden, eine neue und beunruhigende Bedeutung gewinnt.

Schwarze Feministinnen erheben vor allem zwei Einwände gegen die Theorien weißer Frauen, die zusammengenommen auf eine ähnliche Kritik hinauslaufen wie die, die weiße Feministinnen in den siebziger Jahren gegen die vorwiegend männlichen Politiker, Sozialisten und Theoretiker vorgebracht haben. Sie kritisieren, daß einerseits schwarze Gruppen nach Klischeevorstellungen eingeteilt, typisiert und ghettoisiert werden, und daß die herrschenden rassistischen Ideologien, vor allem im Hinblick auf schwarze Frauen, in den Schriften weißer Feministinnen eher reproduziert als in Frage gestellt werden. Schwarze Frauen, so sagen sie, tauchen in den Arbeiten weißer Feministinnen nicht anders auf als im Fernsehen: als Hilfsarbeiterinnen im Krankenhaus, als Busfahrerinnen, als Beispiel des karibischen Matriarchats oder aber gefügte Opfer arrangierter Ehen. Andererseits aber und — im Hinblick darauf, daß die vorherrschende ideologische Konstruktion der schwarzen Frau, diese unsichtbar machen soll — noch häufiger bleiben schwarze Frauen in den Arbeiten weißer Feministinnen unsichtbar und unhörbar. Weiße Feministinnen arbeiten also entweder mit Klischees, oder aber sie unterstellen, daß all ihre Aussagen automatisch auch auf schwarze Frauen zutreffen. Sie interessieren sich nicht dafür, ob und inwieweit ihre Aussagen über Renten, Pornographie oder auch Dichtung auf Frauen anderen ethnischen Ursprungs passen. Damit leugnen weiße Feministinnen die Bedeutung ethnischer Unterschiede und die Bedeutung des Rassismus. Ihre Arbeiten beanspruchen Allgemeingültigkeit, tatsächlich aber beruhen sie auf den spezifischen Erfahrungen der weißen Frauen — sie sind ethnozentrisch.

Diese doppelte Kritik ist Feministinnen nicht fremd. Stellen wir doch selbst nach wie vor fest, daß Männer Frauen in Klischees pressen und unterstellen, ihre Vorstellungen über Männer trafen ebensogut auf Frauen zu. Wir haben als weiße Feministinnen genügend Erfahrungen mit der Taubheit sozialistischer Männer gesammelt, um die Unfähigkeit zuzuhören bei uns selbst zu erkennen. Genauso wie früher feministische Schriften nur am Rande des Hauptstroms sozialistischer Veröffentlichungen existierten, genauso sind jetzt die Schriften schwarzer Feministinnen ghettoisiert und bloße Randerscheinungen des breiten Stromes feministischer Veröffentlichungen. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß schwarze Frauen andere Themen aufgreifen, anderes zu sagen haben und ihr eigenes Publikum brauchen. Es zeigt aber auch, wie sehr der Hauptstrom unserer Veröffentlichungen von der schwarzen Strömung unberührt und unverändert dahintreibt.

Die Einwände der schwarzen Feministinnen ergeben insgesamt eine überzeugende Kritik an vielem, was weiße sozialistische Feministinnen geschrieben haben. Damit sagen wir nicht, daß diese Arbeiten notwendig rassistisch sind oder gar von vornherein unbrauchbar für die Analyse der Lebenssituation von

Frauen anderer ethnischer Gruppen. Das wäre eben zu prüfen. Wir weisen auch einige der geäußerten Rassismuskritiken zurück. Vor allem finden wir es falsch, daß Frauen, die die Unterschiede zu diskutieren versuchten, des Rassismus bezichtigt wurden, während diejenigen, die die »Rassen«-Frage umgehen, fein raus sind. Aber wir akzeptieren den Haupteinwand, der gegen uns als weiße Feministinnen erhoben wurde: daß unsere Arbeiten von einem nicht erkannten spezifisch ethnischen Standpunkt ausgehen; ihre vermeintlich universelle Anwendbarkeit war trügerisch. Wir müssen unsere Arbeit grundsätzlich überprüfen, um zu sehen, wo die Theorie standhält und wo sie verändert werden muß, um den Ethnozentrismus darin zu überwinden. In unserem Buch »The Anti-social Family« (vgl. den Beitrag von Barrett in *Argument* 136/1982) haben wir versucht, unsere spät gekommene Besorgnis im Nachhinein durch eine dem Vorwort angehängte Passage auszudrücken:

»Auf die Frage, ob die vorliegende Analyse auf die Familienformen der verschiedenen ethnischen Gruppen übertragbar ist oder nur für die vorherrschende 'weiße' Familie gilt, gehen wir nicht weiter ein. Die Anziehungskräfte dieser verschiedenen Familienformen sind ebenso wie ihre Zwänge und Spannungen zweifellos spezifisch, dies um so mehr, da sie als Formen ethnischer Solidarität in einer feindlichen Umwelt existieren. Wir glauben aber, daß unsere Kritik der Familie prinzipiell auch auf sie zutrifft, halten es allerdings nicht für die Aufgabe weißer Feministinnen, herauszuarbeiten, wie diese Kritik im einzelnen auszusehen hätte. Einige der von uns vorgeschlagenen Veränderungsstrategien sind neue Möglichkeiten für alle in der Gesellschaft, unabhängig von der ethnischen Herkunft.«

Dieser Abschnitt ist nicht deshalb unangemessen, weil er politisch falsch ist — wir verteidigen nach wie vor die Auffassung, daß die Familie unabhängig vom ethnischen Kontext zutiefst antisozial ist —, sondern weil er Versäumnisse und Unkenntnisse offenbart, die sich durch das ganze Buch ziehen. Wir kannten eben keine dieser Einzelheiten, deren Untersuchung wir anderen als Aufgabe zuwies, und wir sahen keine Notwendigkeit, uns mit den verschiedenen Familienformen vertraut zu machen. Nicht die Aussage selbst, sondern die unglaubliche Ignoranz gegenüber Rassismus und Ethnizität im Rest des Buches machte die Bemerkung im Vorwort haltlos.

Mit diesem Artikel wollen wir mit der notwendigen Überarbeitung unserer Theorien beginnen. Die Analyse des Verhältnisses Klasse, Rasse und Geschlecht fällt nicht ausschließlich in die Verantwortung schwarzer Frauen; sie sollte auch ein Projekt weißer Feministinnen sein. Allerdings können die theoretischen Probleme dieses Projektes nicht hoch genug veranschlagt werden; wir wollen daher im folgenden nicht mehr versuchen, als einige einleitende Überlegungen darzustellen, die sich auf unsere eigenen früheren Arbeiten beziehen.

Der Begriff »Rasse«

»Rasse« ist kein biologischer Begriff, sondern eine soziale Konstruktion. Er ist der sozial konstruierten Kategorie des Geschlechts nicht analog, denn diese bezieht sich — trotz aller grotesken Verzerrungen in zahlreichen Lesarten von »Geschlecht« — tatsächlich auf einen biologischen Unterschied zwischen Frauen und Männern. Die soziale Kategorie »Rasse« hat keinen vergleichbaren biologischen Bezug; die geringfügigen phänotypischen Unterschiede, auf die rassisti-

sche Ideologien die soziale Kategorie »Rasse« gründen, sind wissenschaftliche Chimären (vgl. Rose u.a. 1984).

Als soziale Kategorie stützt sich »Rasse« sowohl auf eine Selbstdefinition als auch auf Definitionen von anderen: Daley Thompson mag zwar behaupten, kein »schwarzer Athlet« zu sein, aber in dieser Kultur gelten nun einmal die Kinder z.B. eines weiß-afrokaribischen Elternpaares als »schwarz«. »Rasse« ist eine soziale und politische Kategorie, aber sie folgt keiner biologischen Logik und entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Basis (Miles 1982). Ohne Zweifel gibt es Rassismus, und ohne Zweifel ist »Rasse« in der Praxis etwas sehr Reales, aber wir dürfen nie vergessen, daß die Realität, die wir in empirischen Daten festzuhalten suchen, keine absolute Realität ist, sondern eine Konstruktion zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort.

Die Diskussionen über die Kategorie »Rasse« sind enorm wichtig für feministische Politik. Floya Anthias und Nira Yuval-Davis wenden sich gegen eine Einteilung der Frauen in schwarze und weiße, da dadurch die Existenz von Frauen, die in keine der beiden Kategorien passen, ebenso gelegnet wird wie die Komplexität der behandelten Probleme. So verweisen sie darauf, daß einige Kämpfe alle Migrantinnen betreffen und nicht nur schwarze Frauen, während andere vielleicht nur die Kämpfe einer bestimmten religiösen oder kulturellen Gruppe sind. Von daher sei die Kategorie »schwarz« zugleich zu weit und zu eng, um ein brauchbarer Ausgangspunkt für politische Mobilisierung zu sein (1983, 63). Sie ziehen es daher vor, von einem *ethnischen* Gegensatz zu sprechen, da uns dies erlaube, die Auswirkungen des Rassismus und die Beziehungen zwischen Ethnizität, Geschlecht und Klasse umfassender zu analysieren.

Floya Anthias und Nira Yuval-Davis verweisen zu Recht darauf, daß Schwesterlichkeit nicht einfach vorausgesetzt werden kann, sondern über die Schranken ethnischer Zugehörigkeit hinweg erstritten werden muß. Ihr Ansatz gegenüber den Unterscheidungen schwarz/weiß und Mann/Frau ist »dekonstruktiv«: Sie halten diese Verallgemeinerungen für nutzlos zur Formulierung von Zielen für Kampagnen und Kämpfe: »Politische Kämpfe, die von einem geschlechtlichen oder ethnischen Wesen ausgehen, halten wir für reaktionär« (73). Dem stimmen wir zu: Politik, die auf biologischen Geschlechtsunterschieden oder angeblichen rassistischen Wesensmerkmalen beruht, ist vom sozialistisch-feministischen Standpunkt aus reaktionär. Aber wir dürfen auch nicht zu puristisch sein, denn dann würden wir uns vermutlich von der Mehrheit der Kämpfe sowohl der feministischen als auch der antirassistischen Bewegung entfernen, da viele dieser Kämpfe ihre politische Mobilisierungskraft gerade daraus gewinnen, daß Menschen sich bewußt werden, bestimmte Erfahrungen gemacht zu haben, weil sie schwarz oder eine Frau sind. Natürlich können wir aufzeigen, daß Slogans wie »Black ist beautiful« oder »Sisterhood is powerful« auf einer falschen Auffassung der Begriffe von Rasse und Geschlecht beruhen, daß diese darin als einheitliche Kategorien erscheinen, ohne daß die jeweiligen historischen Zusammenhänge und die komplexen, wechselseitigen Beziehungen zwischen Ethnizität, Geschlecht und Klasse beachtet werden. Aber diese Kritik läuft Gefahr, die breite politische Mobilisierung zu bremsen, die solche Slogans braucht. Die Politik, die aus dieser Kritik am Essentialismus hervorgeht, ist — bei aller Korrekt-

heit auf theoretischer Ebene — eng und begrenzt. — In der Argumentationsweise von Floya Anthias und Nira Yuval-Davis erscheint Rassismus als ein schwer faßbares Problem mit ganz verschiedenen Auswirkungen. Wenn man die schwarz/weiß-Unterscheidung zugunsten eines Konzeptes ethnischer Differenzierung zurückweist, dann negiert man zugleich die politische, soziale und ideologische Macht des Rassismus in unserer Gesellschaft. Die Unterdrückung anderer ethnischer Gruppen in Großbritannien ist unbestritten; aber das Ausmaß des unmittelbar gegen schwarze Menschen gerichteten Rassismus ist — dafür gibt es überzeugende Beweise — einfach überwältigend. So hat bereits 1974 das Institut für politische und ökonomische Planung (PSI) nachgewiesen, daß Arbeitskräfte direkt nach der Hautfarbe eingestellt werden. Dabei ergaben die Forschungen, daß ethnische Minderheiten, die gemeinhin nicht als schwarz gelten, auch nicht dem gleichen Ausmaß an Diskriminierung ausgesetzt waren wie die Schwarzen (Smith 1975). Die Beweise waren überzeugend genug, um zum Motor einer Gesetzgebungskampagne zu werden; das »Race-Relation«-Gesetz von 1975 war Folge dieses Nachweises institutionalisierter Diskriminierung von Schwarzen. Auch in seinem letzten Bericht verteidigt das PSI die schwarz/weiß-Unterscheidung, da das Institut es nach wie vor für unwiderlegbar erwiesen hält, daß »Vorurteile und Diskriminierungen sich gegen die Hautfarbe richten«, im Gegensatz zu den vielfältigen Kennzeichen von Einwanderergruppen und nicht-schwarzen ethnischen Minderheiten (Brown 1984,4). Wir teilen die Auffassung von Robert Miles und Annie Phizacklea, daß Iren und Juden zu früheren Zeiten in der englischen Geschichte in ähnlicher Weise »rassialisiert« wurden (wie sie es nennen), wie heute Schwarze. Überbleibsel dieses Rassismus können bei Bedarf wieder mobilisiert werden. Aber die zahlreichen Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten und die vielen Diskriminierungen von Migranten erreichen nicht die Form des Rassismus; ihre Berücksichtigung darf den Kampf gegen den Rassismus nicht verzetteln.

Diese Thesen sind Teil eines sehr viel breiteren Streits über die Natur gesellschaftlicher Realität und über die politischen Implikationen der verschiedenen Versuche, gesellschaftliche Gegensätze wie die von Geschlecht und »Rasse« zu begreifen. Die Position von Floya Anthias und Nira Yuval-Davis ist eine verhältnismäßig milde Variante der dekonstruktivistischen Position, die, wenn man sie als Leitlinie für eine politische Strategie logisch zu Ende denkt, politische Mobilisierung höchstens in sehr kleinem Maßstab zuläßt. Deshalb meinen wir, daß es politisch wichtig ist, auf der ökonomischen, sozialen und ideologischen Existenz von »Rasse« und von Rassismus zu bestehen, ebenso wie auf einer gegensätzlichen Definition von »schwarz«, auch wenn die angeblich biologischen Determinanten dieser Kategorie klar verneint werden müssen.

Ethnizität unterscheidet sich prinzipiell von »Rasse«. Der Begriff muß nicht unbedingt in Anführungszeichen gesetzt werden, denn er bezieht sich auf existierende Unterschiede zwischen den Völkern: in der Kultur, den Traditionen, der Geschichte, den Gewohnheiten, Glaubensvorstellungen und Bräuchen. In ihrer ethnischen Identität haben die Individuen Wahlmöglichkeiten, in bezug auf »Rasse« nicht. Trotz prinzipieller Unterschiede können die sozialen Grenzen zwischen beiden verschwimmen: Gruppen, die als »Rasse« konstruiert werden,

können in sich von unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit sein. Für England trifft dies mit Sicherheit zu: Immigrantengruppen mit nicht-englischer Kultur und Tradition wurden zu »Rassen« gemacht. Das heißt, die Situation von Schwarzen in Großbritannien ist von Rassismus und Ethnizität gekennzeichnet; eine Analyse der Situation schwarzer Frauen wird daher beides gleichermaßen berücksichtigen müssen. Wir haben in unserem Titel den Begriff Ethnozentrismus verwandt, weil dies einer der Vorwürfe schwarzer Frauen ist. Der Rassismus weißer Feministinnen, so sagen sie, tritt ethnozentrisch auf, da die ethnisch andersartigen Sichtweisen und Erfahrungen schwarzer Frauen ausgeschlossen werden. Aber der andere Vorwurf, weiße Feministinnen würden die Wirkung des Rassismus auf schwarze Frauen ignorieren und sie nur als Opfer des Sexismus sehen, ist ebenso wichtig.

Definitionen und Materialgrundlage

Die Definitionen von Ethnizität und Rasse sind verwirrend und politisch strittig. Die empirischen Daten werden oft nach verschiedensten Kriterien gesammelt, womit ein angemessener Vergleich natürlich erschwert wird. Wir schlagen vor, die im britischen Kontext allgemein gebräuchliche Definition von »schwarz« zu übernehmen und den Begriff auf Menschen aus Asien, Afrika und Westindien anzuwenden. Das heißt, wir meinen damit Menschen aus dem indischen Subkontinent und ihre Nachkommen (die in einer engen Definition von »schwarz« manchmal ausgeschlossen bleiben), Afrikaner und ihre Nachkommen sowie die für Großbritannien wichtigste Gruppe von Menschen aus Westindien (manchmal auch als »afro-karibische« Gesellschaft bezeichnet) und ihre Nachkommen. Mit dieser Definition grenzen wir »schwarze« Menschen ab von Mitgliedern anderer ethnischer Minderheiten (Chinesen, Zyprioten, Iraner etc., die in mancher Hinsicht allerdings unter ähnlichen Bedingungen hier leben). Diese Definition ist sicher auch problematisch, erscheint uns aber zur Zeit die einzig brauchbare zu sein. Die britischen Statistiken teilen die Kategorie »schwarz« meist in zwei Gruppen auf, in Menschengruppen asiatischer und westindischer Herkunft.

Es gibt im wesentlichen zwei Quellen zur Gewinnung empirischer Informationen über ethnische Minderheiten: den regierungsoffiziellen *Labour Force Survey* von 1983 und den letzten Forschungsbericht des Policy Studies Institute (PSI) von 1984. Die erste Erhebung enthält wichtige Informationen über die ethnische Herkunft, so wie sie von den Befragten selbst definiert wird; ihre Funktion bestand darin, genauere Daten über die Verteilung ethnischer Minderheiten in Großbritannien zu erhalten. Für einige Fragen, vor allem in bezug auf die Erwerbsarbeit, lassen sich auch frauenspezifische Informationen herausziehen. Die PSI-Erhebung liefert dagegen ganz andere, detailliertere Informationen; sie beruht auf langen Interviews mit einem niedrigeren Repräsentativitätsgrad, unterscheidet systematisch nach Geschlecht und deckt daher viele für Feministinnen interessante Bereiche ab, wie zum Beispiel die Zusammensetzung des Haushaltes.

In dem folgenden Versuch, unsere eigenen Arbeiten neu zu überdenken, werden wir zunächst die Beziehung zwischen Haushalt und Lohnarbeit betrach-

ten und uns dann der breiteren Thematik von Theorie und Ideologie zuwenden, um schließlich am Ende noch einmal auf unsere Kritik der Familie einzugehen.

Haushaltsorganisation und Lohnarbeit

Viele sozialistische Feministinnen verweisen seit längerem auf den engen Zusammenhang von Haushaltsorganisation und Lohnarbeit, vor allem darauf, daß die Vorstellung vom männlichen Ernährer und seinem Familienlohn die Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt schwächt, zu Hause männliche Herrschaft und weibliche Unterordnung festklopft und ledige Frauen mit abhängigen Kindern einer sozial un abgesicherten Situation ausliefert. Diesen Thesen lassen sich weitere hinzufügen, wie die, daß Frauen ein sicherer Nachschublieferant peripherer und flexibler Arbeitskräfte sind und daß einige Frauen (vor allem verheiratete) eine industrielle Reservearmee bilden als Konjunkturpuffer für die kapitalistische Reproduktion. Vervollständigen läßt sich die Analyse dann mit einer Kritik staatlicher Sozialpolitik, die die Zufuhr an Arbeitskräften im gewünschten Maße über die Höhe der Unterstützungsleistungen regelt. In unseren früheren Arbeiten sind wir dieser Argumentationslinie gefolgt bzw. haben die Analysen anderer sozialistischer Feministinnen übernommen, ohne dabei zu berücksichtigen, inwieweit die von uns vorgebrachten Daten und Beschreibungen überhaupt in die Haushalts- und Lohnarbeitsmuster anderer ethnischer Gruppen passen.

Nehmen wir zunächst die Vorstellung vom männlichen Ernährer und der abhängigen Ehefrau als Modell oder Norm des typisch britischen Haushalts: bei Betrachtung der schwarzen Haushalte verschiebt sich dieses Bild erheblich. Nach der PSI-Erhebung entsprechen 26 % der weißen Haushalte dem Familienmodell »Erwachsene plus Kinder« gegenüber 36 % der westindischen und 56 % der asiatischen Haushalte (Brown 1984, 51). Diese Daten sind allerdings ganz schlicht zu erklären, sie hängen eher mit Altersstrukturen als mit unterschiedlichen kulturellen Mustern zusammen: Der Immigrationsvorgang führt dazu, daß sehr viel weniger Haushalte ethnischer Minderheiten — vor allem asiatischer Herkunft — aus alleinstehenden Rentnern bzw. Rentnerinnen bestehen. (Klammern wir die weißen Rentner/innen aus, dann steigt die Zahl der dem Familienmodell entsprechenden weißen Haushalte auf 38 %.) Interessanter ist vielleicht die Frage, ob diese relativ konventionellen Familienhaushalte auch aus dem Ernährer-Hausfrau-Ehepaar bestehen. Ermitteln läßt sich dies durch einen Blick auf die Erwerbstätigkeitsquoten erwachsener Frauen ethnischer Minderheiten. Nach dem *Labour Force Survey* von 1981 waren 23 % aller weißen Frauen, 42 % aller westindischen und 25 % aller asiatischen Frauen voll erwerbstätig; 17 % der weißen, 14 % der westindischen und 5 % der asiatischen Frauen waren Teilzeitarbeiterinnen (Central Statistical Office 1983, 183). Entgegen den üblichen Klischeevorstellungen, nach denen die asiatischen Frauen ans Haus gebunden bleiben, zeigt sich also, daß relativ mehr asiatische Frauen außerhalb des Hauses voll erwerbstätig sind als weiße Frauen; und dies gilt auch dann noch, wenn man bei den weißen Frauen die älteren und Rentnerinnen nicht mitzählt. Erwähnenswert ist auch, daß die Teilzeitarbeit von Frauen — laut westlicher Familienideologie die angeblich ideale Möglichkeit, Erwerbsarbeit und Familienpflichten zu

vereinbaren — unter weißen Frauen weitaus verbreiteter ist als bei irgendeiner dieser ethnischen Minderheiten. Auf den ersten Blick also sieht es so aus, als sei dieses Familienmodell eher für weiße Familienhaushalte charakteristisch als für westindische oder asiatische.

Bei näherer Betrachtung der Haushalts- und Erwerbsarbeitsituation von Frauen finden sich noch andere Unterschiede. Die Ungerechtigkeit und Irrationalität des männlichen Familienlohn-Systems tritt am deutlichsten für die westindischen Frauen zu Tage. 18 % aller westindischen Haushalte bestehen aus Mutter und Kind; 31 % der westindischen Haushalte mit Kindern sind Einheiten mit nur einem Elternteil. Bei den weißen Haushalten sind es entsprechend 3 und 10 %, bei asiatischen 4 und 5 % (Brown 1984, 49, 51). Die Chancen westindischer Frauen, die abhängige Kinder oder Alte mitzuversorgen haben, finanzielle Unterstützungen wie zum Beispiel Kindergeld zu erhalten, sind weitaus geringer als die für weiße Frauen; und westindische Frauen sind eher ledig als geschieden oder getrennt lebend (232). Diese Daten deuten darauf hin, daß relativ gesehen bedeutend mehr westindische als weiße oder asiatische Frauen die Last finanzieller Verantwortung vor allem für Kinder zu tragen haben. Die PSI-Erhebung verzeichnet insgesamt mehr weibliche »Vorstände« in westindischen Haushalten als in weißen oder asiatischen (32 % gegenüber 6,5 % in asiatischen und 14 % in weißen Haushalten, wobei die alleinlebenden Rentner/innen überall ausgeklammert sind; vgl. Brown 1984, 51). Diese Daten erklären einen ansonsten eher erstaunlichen Umstand im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit westindischer Frauen: Sie sind öfter voll erwerbstätig als weiße oder asiatische Frauen und ihr wöchentliches Durchschnittseinkommen liegt höher. Der PSI-Studie zufolge lagen die mittleren Löhne schwarzer Männer wesentlich unter denen der weißen Männer, die mittleren Wochenlöhne westindischer Frauen dagegen lagen um 4 % höher als die der weißen und um 8 % als die der asiatischen Frauen (212). Die Unterschiede verringern sich allerdings, betrachtet man nur die Altersgruppe der 25- bis 54jährigen; möglicherweise sind es die Löhne der älteren weißen Frauen, die den weißen Lohndurchschnitt insgesamt herabdrücken (181).

Betrachten wir die Erwerbsarbeit asiatischer Frauen, dann stoßen wir auf weitere Unterschiede. Nach gängiger Klischeevorstellung leben asiatische Frauen auf Grund religiöser und familialer Bräuche eingekapselt im Haus, beherrschen die fremde Sprache nicht, müssen sich hinter dem Schleier verbergen und dürfen, wenn überhaupt, nur in kleinen Familienwerkstätten arbeiten. Wenn wir diese auch in uns selbst als Feministinnen wirksamen Klischees verlassen und uns den Fakten zuwenden, dann entdecken wir, daß im asiatischen Kontext der gleiche Mythos herrscht, den wir bereits für die weiße Familie entlarvt hatten: der Mythos weiblicher Abhängigkeit. Zunächst stimmt es, daß weltweit gesehen die Erwerbsquote von Frauen in islamischen Ländern weit unterhalb derjenigen in vergleichbaren Ländern liegt und daß sich darin auch eine andere Stellung der Frau ausdrückt. Die Gründe sind wahrscheinlich ebenso sehr in den spezifischen Mustern sozialer Kontrolle und ökonomischer Verpflichtungen innerhalb der verwandtschaftlichen Einrichtungen wie einfach in unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle der Frau in den jeweiligen Kulturen zu suchen (vgl. Haggag Youssef, 1974). Es stimmt aber auch, daß derartige Zahlenangaben den

Berg produktiver Arbeit, den Frauen tatsächlich ableisten, verschleiern, einschließlich solcher Arbeiten, die Geld einbringen. Als weiße sozialistische Feministinnen wissen wir natürlich, daß die britischen weißen Frauen stets gearbeitet haben und daß das System des Familienlohns nie real existiert hat, außer in der kleinen Gruppe der britischen Arbeiteraristokratie; wir wissen, daß die Vorstellung des männlichen Ernährers und eines ihm auf Grund dieser Fähigkeit gebührenden höheren Status ideologisch ist. Dennoch mußte uns Pratibha Parmar anhand zahlreicher Beispiele vorführen, wie Theoretiker/innen und Politiker/innen die Vorstellungen über die Passivität asiatischer Frauen und ihrer häuslichen Abgeschlossenheit reproduzierten; diese Fehlinterpretationen beruhen, so führt sie aus, auf einer vollständig falschen Wahrnehmung der Rolle der Frauen auf dem indischen Subkontinent. Auch in islamischen Ländern, in denen der Schleier obligatorisch ist, arbeiten Frauen hauptsächlich außerhalb des Hauses in der Landwirtschaft; ihre Arbeit trägt wesentlich zur Erhaltung des Haushalts bei und ist für alle sichtbar, die hingucken (Parmar 1982, 254ff.). In Großbritannien liegt die Erwerbsquote moslemischer Frauen (vor allem aus Pakistan und Bangla Desh) zwar tatsächlich unterhalb der von asiatischen Hindu- oder Sikh-Frauen (und die asiatische Quote ist insgesamt niedriger als die weiße oder westindische), aber die Interpretation dieser Tatsache ist kompliziert. Sheila Allen stellt fest, daß die Anhänger des Islam das Ideal der nicht-erwerbstätigen Frau *anstreben*, daß die praktizierte Wirklichkeit aber anders aussieht; doch bereits die Vorstellung, daß Frauen zu Hause bleiben sollten, führt dazu, daß sie als erwerbstätige Frauen in Arbeitsstatistiken nicht auftauchen (1982, 134f.).

Insgesamt wird unser Bild von der geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes durch die Einbeziehung der Erwerbsarbeit schwarzer Frauen erweitert. Asiatische Frauen finden sich in unverhältnismäßig hoher Zahl in der Textil- und Bekleidungsindustrie und bei Fließbandarbeiten; sie finden sich in großer Anzahl dort, wo die Ausbeutung am größten ist — in der Heimarbeit. Westindische Frauen tauchen in besonderem Maße in Berufen mit geringen Qualifikationsanforderungen und im Dienstleistungssektor auf (Brown 1984, 203). Diese Segregation schildert Amina Mama so:

«Gemäß rassistischer Unterschiede findet man uns auf den unteren Stufen aller Institutionen, in denen wir arbeiten (was selbst nur die Muster eines segmentierten Arbeitsmarktes reflektiert), wo die Arbeit meist körperlich schwer ist (sei es in Fabriken oder in Fürsorge- und Pflegeberufen), die Bezahlung am niedrigsten und die Arbeitszeit am längsten und unsocialsten ist (Nachtschicht zum Beispiel). Gemäß der Geschlechtertrennung findet man uns am ehesten in ganz bestimmten Branchen (Bekleidung, Lebensmittelherstellung und -versorgung, Transport und Reinigung, in der Krankenpflege und in untergeordneten Krankenhaustätigkeiten). Tätigkeiten im Bereich von Krankenpflege, Unterricht, Gemeinde- und Sozialarbeit beuten unterdrückerische Vorstellungen von »Weiblichkeit« aus, obwohl sie, wie zum Beispiel im Falle der Krankenschwestern oder Putzfrauen, schwere körperliche Arbeit sind.» (1984, 26)

Dieses Muster ist bislang nur unzureichend untersucht worden, und es ist zweifellos richtig, daß Untersuchungen über Arbeitsmarktsegregation und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Erwerbsarbeit, die dieses Muster schlicht ignorieren (wie zum Beispiel Kapitel 5 unseres Buches »Das unterstellte Geschlecht«), ganz und gar unzureichend sind.

Fragen zur Begriffsbildung

Es geht uns zunächst um die Frage, welche Bedeutung »Rasse« für den *Patriarchats*begriff hat. Sozialistische Feministinnen haben sich meist dagegen verwahrt, das Patriarchat einfach als universelle Herrschaft von Männern über Frauen zu theoretisieren (vgl. die ausführliche Diskussion bei Beechey 1979). Wir selbst forderten — falls der Begriff denn beibehalten werden sollte — eine genauere Definition, die die hierarchischen Unterschiede zwischen Männern einschließt. Ein Blick auf Sklaverei und Kolonialismus sowie deren Hinterlassenschaften genügt, um zu sehen, daß Schwarze systematisch von den Machtpositionen der gesellschaftlichen Hierarchie ferngehalten werden. Zwar können einige der schwarzen Männer mit Unterstützung der Kolonialbehörden in relative Machtpositionen gegenüber ihrem eigenen Volk gelangen, aber sie bleiben doch stets von der Gnade der weißen Herren abhängig. Prinzipiell aber sind die meisten Schwarzen, Frauen wie Männer, allen Weißen untergeordnet. Die gesellschaftliche Macht weißer Frauen ist in Sklavenhalter-, kolonialen und rassistischen Gesellschaften meist auf das Haus und den Wohnort beschränkt sowie auf die persönlichen Beziehungen zwischen Herrin und Dienerschaft und die Ehrerbietungsrituale zwischen den »Rassen«; dennoch ist dies eine Herrschaft weißer Frauen über schwarze Männer. Einige Radikalfeministinnen wenden dagegen ein, daß Frauen in solchen Situationen lediglich Schachfiguren im Spiel der weißen Männer sind. Die Wechselwirkung zwischen weißer und männlicher Macht scheint uns jedoch komplizierter. Eine rechtliche Verordnung wie der »Erlaß zum Schutze weißer Frauen« (White Women's Protection Ordinance), der im britisch beherrschten Papua-Neuguinea schon für den Versuch der Vergewaltigung einer weißen Frau die Todesstrafe vorsah, machte Frauen zu bloßen Symbolen weißer »Zivilisation«, deren Schutz ein Teil der Herrschaftsstrategie des weißen Mannes war. Gleichzeitig aber gab er weißen Frauen *als Frauen* ein Machtmittel gegen schwarze Männer *als Männer* in die Hand. Es handelt sich dabei nicht nur darum, daß sich die »Rassen«-Hierarchie über die geschlechtsspezifische schiebt. Das Verhältnis wird im Sexuellen sogar umgekehrt: Aus der geschlechtsspezifischen Unterordnung wird eine »rassen«spezifische Überordnung.

Ein noch schlagenderes Beispiel ist der viel diskutierte Fall der »Scottsboro Boys« in Alabama in den frühen dreißiger Jahren. Acht von neun schwarzen Jugendlichen wurden zum Tode verurteilt, weil sie angeblich zwei verarmte weiße Frauen vergewaltigt hatten, die auf einem Güterzug nach Chattanooga fuhren. Eine Kampagne der Kommunistischen Partei führte später zu ihrer Begnadigung. Wie sich herausstellte, waren die Frauen von einer Gruppe weißer Männer gedrängt oder überredet worden, einen Meineid gegen die Jugendlichen zu schwören. Die Kampagne zur Begnadigung setzte dann die Frauen den üblichen Beschimpfungen von Vergewaltigungsprozessen aus: Sie wurden als weißes Gesindel, als Landstreicherinnen und Prostituierte diffamiert. Mehr als vierzig Jahre später verteidigte Susan Brownmiller (1976, 230ff.) die weißen Frauen. Sie weiß, deren Beschuldigungen waren falsch, aber sie hält das auf Grund ihrer Lage als unterdrückte Frauen für verständlich. Dem folgte eine Kritik von An-

gela Davis: »Da sie sich ohne Rücksicht auf die Umstände auf die Seite der Frauen schlägt, kapituliert Brownmiller selbst vor dem Rassismus. Ihr Versäumnis, die weißen Frauen über die Notwendigkeit aufzuklären, eine mutige Herausforderung des Rassismus mit dem Kampf gegen den Sexismus zu verbinden, ist für die gegenwärtigen Kräfte des Rassismus zu einem bedeutenden Vorteil geworden.« (Davis 1982, 188) Die Kampagne zur Begnadigung hatte sich ausschließlich gegen den Rassismus gewandt; die radikalfeministische Position läuft ihrerseits Gefahr, sich ausschließlich gegen den Sexismus zu wenden und den Rassismus ganz auszuklammern. Damals war es notwendig, Partei zu ergreifen; heute aber sollte es möglich sein, zu sehen, daß das zentrale Thema der komplexen Situation Rassismus war. Die Neun von Scottsboro waren durch und durch Opfer; was sie auch sagten oder taten, nichts konnte sie retten. Nur eine Kampagne von außen ermöglichte eine zweite, dann eine dritte Gerichtsverhandlung und führte schließlich zu einer langen Gefängnisstrafe anstatt zum Tod. Die beiden weißen Frauen wurden eingeschüchert, ihr Ruf wurde in den Dreck gezogen, ihre Glaubwürdigkeit angezweifelt. Sie wurden eine Zeitlang in Haft gehalten, bevor man sie als Zeuginnen vernahm. Aber die jüngere von beiden widerrief in der zweiten Gerichtsverhandlung: Sie hatten also Handlungsmöglichkeiten.

Solche Beispiele wie der »Erlaß zum Schutz der weißen Frauen« und der Fall der »Scottsboro Boys« verdeutlichen die komplexen Machtstrukturen in den wechselseitigen Beziehungen von Klasse, Rasse und Geschlecht. Aber das Problem besteht nicht nur in diesen Beziehungen. Die sozialistischen Geister scheiden sich gegenwärtig an der Frage, ob die mit Ethnizität und Rassismus verbundenen gesellschaftlichen Gegensätze autonom und klassenunabhängig zu sehen sind, ob sie auf Klassen reduzierbar sind, oder ob sie trotz unterschiedlicher historischer Herkunft jetzt mit den Klassengegensätzen in kapitalistischen Gesellschaften unentwirrbar verknüpft sind. Eines ist offensichtlich klar: Der Rassismus ist ähnlich wie die Frauenunterdrückung wesentlich älter als der Kapitalismus, er kann nicht auf vermeintliche Klasseninteressen des Kapitals reduziert werden, er plagt die sozialistischen Gesellschaften usw. Aber klar ist auch, daß die »Rassen«trennungen in Gesellschaften wie dem heutigen Großbritannien stark mit den Klassenspaltungen übereinstimmen. Die Vererbbarkeit des »Rassenstatus« (im Gegensatz zum Geschlecht) macht vielleicht die Gemeinsamkeit mit der Klassenposition aus, die ja auch weitgehend »vererbt« wird. Schwarze Arbeiter finden sich überwiegend in bestimmten leicht identifizierbaren Sektoren des Arbeitsmarktes; die jeweiligen ethnischen Minderheiten verteilen sich nach jeweils bestimmten Mustern auf dem Arbeitsmarkt; Wanderungsprozesse und Höhe der Arbeitslöhne lassen sich in den verschiedenen geographischen Gebieten voraussagen. Auf diese Weise ließen sich noch mehr Ähnlichkeiten zwischen Klasse und »Rasse« finden. Im übrigen nehmen auch viele schwarze Aktivistinnen und Autorinnen in bezug auf Imperialismus und Rassismus einen Klassenstandpunkt ein.

Abgesehen von diesem ungelöst bleibenden Problem der Verhältnisse von Klasse und Rasse scheint uns zum Begreifen des Verhältnisses von Rasse und Geschlecht eine Definition von Patriarchat als eindeutige Männerherrschaft, wie sie

in vielen Versionen feministischer Theorie auftaucht, weniger brauchbar als eine differenzierte sozialistisch-feministische Herangehensweise. Sozialistische Feministinnen haben sich stets gegen eine Vorstellung gewandt, die die männliche Vorherrschaft zur wesentlichen oder einzigen Form von Macht und Ausbeutung in unserer Gesellschaft bestimmt, weil für uns Klassenherrschaft und Klassen- ausbeutung ein unleugbarer Fakt sind. Das bedeutet jedoch nicht, daß unser Patriarchatsbegriff in bezug auf das Rassismusproblem aussagekräftiger wäre. In diesem allgemeinen Zusammenhang halten wir den Patriarchatsbegriff für einen wichtigen, aber begrenzten Stützpunkt. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß er als Substantiv kaum brauchbar ist: Wir kennen kaum Gesellschaften, die wir als »Patriarchat« bezeichnen könnten, während wir viele Gesellschaften kennen, die wir als »Kapitalismus«, »Feudalismus« oder »Sklavenhaltergesellschaft« bezeichnen können. (Ausschlaggebend dabei ist das organisierende Prinzip der Gesellschaft.) Andererseits lassen sich mit dem Adjektiv »patriarchalisch« bestimmte Arten gesellschaftliche Verhältnisse erhellend beschreiben. Was stellen wir uns vor, wenn wir glauben, bestimmte Verhältnisse am besten mit dem Wort »patriarchalisch« fassen zu können? Wir vermuten, daß es sich um spezifische Verhältnisse handelt, die einen Bereich staatlich-öffentlicher Macht- ausübung und Ausbeutung mit einem Bereich persönlicher Abhängigkeiten verbinden. Frauen erfahren genau diese Kombination von öffentlicher und formaler Macht mit privater und persönlicher Knechtschaft, die der Begriff »patriarchalisch« schlaglichtartig beleuchtet. Eugene Genovese hat den Begriff »Paternalismus« in bezug auf schwarze Sklaven ähnlich benutzt: »Der Südstaaten-Paternalismus entstand aus der Notwendigkeit, ein Ausbeutungssystem moralisch zu rechtfertigen und die Disziplin darin aufrechtzuerhalten. Er förderte Freundlichkeit und Zuneigung ebenso wie Haß und Brutalität.« Das nahe Beieinanderleben von Herren und Sklaven wirkte dabei ebenso stabilisierend wie die Tatsache, daß beide — wenn auch mit sehr verschiedenen Interpretationen — das System akzeptierten. Der Paternalismus »bot eine Möglichkeit, den unvereinbaren Widerspruch eines Systems zu überbrücken, das auf Rassismus, Sklaverei und Klassen- ausbeutung beruhte und zugleich abhängig war von der Bereitschaft der Opfer zu produzieren und sich selbst zu reproduzieren.« (Genovese 1975, 5)

Die Lektüre von Genovese zeigt aufschlußreiche Parallelen zum Geschlechter- verhältnis: »Wo immer Paternalismus existiert, untergräbt er die Solidarität zwischen den Unterdrückten, indem er sie als Individuen an ihre Unterdrücker fesselt. Der Feudalherr/Sklavenhalter fungiert als unmittelbarer Ernährer und Beschützer für jedes Individuum oder für jede Familie.« (Ebd.) Andere meinten, die Sklaverei habe die patriarchalische Macht der männlichen Sklaven geschwächt; die Ähnlichkeit der Form legt nahe, daß die persönliche Bindung zwischen Herrn und Sklaven/Sklavin einen ausschließenden Charakter hat, der die persönliche Bindung zum patriarchalischen Ehemann verdrängt. Patriarchalische Beziehungen zeichnen sich durch die persönliche, oft physische Ausbeutung einer Abhängigkeit aus, die im allgemeinen ökonomische Ursachen hat und die immer durch eine streng hierarchische Ordnung geregelt ist. Manches in den Formen weiblicher Erwerbsarbeit im Kapitalismus verdankt sich patriarchalischen Einstellungen, dergestalt, daß die Art der bezahlten Arbeit oft den persön-

lichen Diensten ähnelt, die Frauen im Haushalt leisten. Und in Ergänzung von Amina Mamas Skizze der Arbeit schwarzer Frauen, die sie als »weibliche« und zugleich physisch schwere Arbeit beschrieb, ließe sich hinzufügen: Das ideologische Modell für die Arbeit schwarzer Frauen ist nicht die Ehefrau, sondern das Dienstmädchen.

Zwei weitere Begriffe müssen unserer Ansicht nach überprüft werden: Ideologie und Reproduktion, und zwar erstens im Hinblick auf ihre Beschreibungskraft und zweitens in bezug auf die Folgen für die marxistische Gesellschaftstheorie. Beginnen wir mit der Frage ihrer Inhalte und hier zunächst mit dem Begriff der Ideologie. Es ist häufig festgestellt worden, daß die Geschlechtertrennung wesentlich über eine »Ideologie der Weiblichkeit« (und der Männlichkeit) reproduziert wird. Wir wissen aber auch genug, um zu sagen, daß sich die ideologische Konstruktion von Weiblichkeit und Männlichkeit in den verschiedenen ethnischen Gruppierungen ebenso unterscheidet wie ihre jeweiligen Regeln für das, was sexuell erlaubt oder unerlaubt ist. Für weiße Frauen wird es vermutlich schwer sein, diese Unterschiede zu theorisieren, ohne in ein neues Klischee zu verfallen und alle Unterschiede auf die ethnische Herkunft zu reduzieren. Wir können uns allerdings die Darstellungen und Untersuchungen von Vergesellschaftungsprozessen aneignen, die auf Erfahrungen beruhen. (Vgl. zum Beispiel die Diskussionen zu Erziehung und Weiblichkeit bei Moraga und Anzaldúa 1981; Smith 1983; El Saadawi 1980; Kishwar und Vanita 1984; Wilson 1978 und die vielen wichtigen literarischen Schriften wie Angelou 1984; Cade Barbara 1984; Walker 1982). Wir müssen uns außerdem bewußter machen, daß die weiße Weiblichkeit ideologisch oft als Gegenbild zu den negativen und herabmindernden Klischees und Mythen schwarzer Weiblichkeit und Sexualität konstruiert wurde — so wie die im 19. Jahrhundert gepflegten Mythen und Klassenvorurteile über die Sexualität der Arbeiterinnen eine wichtige Rolle spielten bei der Definition von Respektabilität und passiver Sexualität der bürgerlichen Frau. Eine rassistische Beziehung zeigen Lucy Bland und Frank Mort in bezug auf die Bilder weißer Weiblichkeit und schwarzer Männlichkeit: »Das Bild der weißen Frau als passives zivilisiertes Opfer wirkte verstärkend auf die Bildung des Gegenbegriffs: die primitive, animalische Männlichkeit, die als nicht-weiß, nicht-europäisch und nicht-zivilisiert galt« (1984, 145).

Dem Reproduktionsbegriff wurde im Zusammenhang mit Rassismus mehr Aufmerksamkeit geschenkt, besonders wenn es um biologische Reproduktion ging. Die Verlagerung des Schwerpunkts vom Recht auf Abtreibung zum allgemeinen Recht der Frauen auf Reproduktion zeigt den Wandel von einer mehr an den Interessen weißer Feministinnen orientierten Kampagne zu einer weniger ethnospesifischen. Zwar bleibt das Recht auf Abtreibung nach wie vor eine Forderung, die Frauen über »Rassen«- und Klassenschranken hinweg einigen kann, aber wir sind uns heute mehr des Ausmaßes bewußt, in dem Übergriffe wie Zwangssterilisation oder die Verabreichung der Dreimonatsspritze Teil einer langfristigen globalen Strategie bilden, die sich gegen die Gebärfähigkeit von Frauen der »Dritten Welt« und Frauen ethnischer Minderheiten richtet. Auch die Benutzung des Begriffs im Sinne der gesellschaftlichen Reproduktion wirft Probleme auf, wie Hazel Carby gezeigt hat, »denn wir haben bislang kein Instru-

mentarium, mit dem wir den Vorgang erfassen könnten, wie die Arbeit schwarzer Frauen als Dienstmädchen 'rassen'-spezifische Produktionsverhältnisse reproduziert« (1982, 218).

Es reicht aber nicht aus, nach dem Inhalt zu fragen, der mit den beiden Begriffen analysiert und beschrieben werden kann. Beide Begriffe wurden — zum Teil mit Schwierigkeiten — im Dialog mit der marxistischen Gesellschaftstheorie entwickelt, aus der sie letztendlich selbst stammen. Bei beiden Begriffen war es stets schwer zu sagen, wann ihr Gebrauch durch sozialistische Feministinnen von ihrer Bedeutung innerhalb der marxistischen Theorie abwich und wann nicht. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Problem von »Rasse« als eines eigenständigen gesellschaftlichen Gegensatzes theoretisch außerordentlich dringend. Wird die Einführung eines dritten Systems notwendig die Theorie zerreißen, die schon durch den Feminismus aus allen Fugen zu brechen drohte? Oder wird es leichter sein, »Rasse« in die klassische marxistische Theorie einzubauen, als »Geschlecht« bzw. Feminismus? Oder sollten wir uns überhaupt auf die Beziehungen zwischen »Rasse« und Geschlecht konzentrieren und für eine Weile ihre Bedeutung für die Klassenanalyse vergessen? Oder sollten wir aus diesen theoretischen Debatten ganz aussteigen und politisch pragmatisch vorgehen, um nach Möglichkeiten für gemeinsame, nach vorn gerichtete Kämpfe zu suchen? Alle diese Fragen müssen hier ebenso ungelöst bleiben wie die oben angeführten Probleme zum Patriarchatsbegriff; aber sie stehen auf der Tagesordnung zukünftiger Arbeit.

Die Kritik der Familie

In »The Anti-social Family« haben wir für eine grundsätzlich kritische Haltung gegenüber der Familie plädiert, ohne dabei die Bedürfnisse und Gründe zu leugnen, die die Menschen an die Familie binden. Folgende kritische Einwände wurden gegen unsere Theorie erhoben: Die Familie, so schrieb Hazel Carby, könne eine Hauptquelle des politischen und kulturellen Widerstandes gegen den Rassismus sein; die Sexualität schwarzer Frauen werde nicht innerhalb der schwarzen Familie diffamiert und herabgesetzt, sondern durch den Rassismus der Weißen; das berufliche Weiterkommen asiatischer Mädchen werde weniger durch die asiatischen Familien selbst verhindert als durch die weißen Vorstellungen über asiatische Familienideologie (Parmar 1982); weiße Frauen gingen davon aus, die westliche romantische Ehe sei besser als andere Familienmodelle, die sie aber gar nicht genau kennen; die Pathologisierung der schwarzen Familie durch den britischen Staat habe auch die Ansichten fortschrittlicher Menschen beeinflusst; all diese Auffassungen verrieten eine paternalistische (imperialistische) Haltung gegenüber sogenannten unterentwickelten Gesellschaften und ihrem Familienformen (Carby 1982, 214ff.). Und Anthias und Yuval-Davis stellen kurz und bündig fest, daß »die Familie nicht Hauptort der Frauenunterdrückung sein kann, wenn Familien durch Besatzungs- oder Kolonialmächte auseinandergerissen werden (wie im Libanon und in Südafrika)« (1983, 73). Bevor wir uns diesen politischen Argumenten zuwenden, wollen wir kurz einen Blick auf das Material werfen, mit dem wir unsere Thesen stützten, um zu sehen, wie

es sich zu den Familienformen schwarzer Menschen verhält. — Wir hatten den zentralen Stellenwert der Familie im Hinblick auf die Reproduktion von Klassen betont. Das von uns angeführte Material zeigte, wie Familien Privilegien und Benachteiligungen weitergeben. Der PSI-Forschungsbericht von 1982 hat die Daten mit den 1974 erhobenen verglichen zur Feststellung der sozialen Mobilität der schwarzen Bevölkerung innerhalb dieses Zeitraumes. Das Ergebnis war deprimierend (Brown 1984, 179). Shirly Dex' Studie über die Berufstätigkeit westindischer Frauen der zweiten Einwanderergeneration zeigt einen höheren Mobilitätsgrad (und gestiegenen Ehrgeiz). Allerdings bleibt unklar, in welchem Ausmaß dies nicht besonders Folge der generell stärkeren Berufsorientierung westindischer Frauen gegenüber Frauen anderer ethnischer Gruppen ist (Dex 1983, 69f.). Es sieht nicht so aus, als würde durch die Einbeziehung der ethnischen Unterschiede unsere Theorie der Familie als einer Institution, die bestehende Ungleichheiten von einer Generation zur anderen weitergibt, wesentlich erschüttert werden. Mit Sicherheit aber weist nichts darauf hin, daß die Familie ethnischer Minderheiten von der allgemeinen Kritik der Familie verschont bleiben könnte.

Allerdings hätten wir unsere Ausführungen zum Individualismus anders geschrieben und die Vorstellungen von romantischer Liebe und Ehe als kulturelle Besonderheiten begriffen. Unsere Kritik der Ehe basierte nur auf *einem* Modell und ließ ein so zentrales Thema wie arrangierte Ehe und die feministische Diskussion darüber außer acht. Nicht untersucht haben wir die Frage, inwieweit unsere Kritik der Familie als Privatisierungskraft durch einen Vergleich mit den Familienformen verschiedener asiatischer Bevölkerungsgruppen bestätigt oder widerlegt worden wäre; und die Probleme von Hausarbeit und Einkommensverteilung innerhalb der Haushalte haben wir ausschließlich auf Grundlage der weißen Tradition diskutiert und dargestellt. Um all diese Fragen angemessen zu behandeln, fehlt es uns auch an empirischen Informationen, und wir glauben nach wie vor, daß weiße Frauen nicht gerade besonders geeignet sind, diese spezifischen Probleme zu erfassen.

An einem halten wir jedoch mit Nachdruck fest: Bislang ist nichts aufgetaucht, was uns veranlassen könnte, unsere generell kritische Haltung zur Familie aufzugeben. Nehmen wir zuerst den Einwand, demzufolge das gewaltsame Auseinanderreißen von Familien eine Kritik der Familie überflüssig macht. Natürlich stimmt es, daß infolge von Krieg, Apartheid und restriktiven Einwanderungsgesetzen Familien auseinandergerissen werden (das gilt allerdings auch für nationale Unabhängigkeitskämpfe oder Frauenfriedenscamps). Wir sind entschieden dagegen, daß Individuen mit Gewalt von denen getrennt werden, die sie lieben. Und wir wenden uns entschieden gegen das gewaltsame Auseinanderreißen eines Volkes, das zusammenleben will. Aber wir dürfen dabei nicht selbst in den Glauben verfallen, daß das einzig Furchtbare das Auseinanderreißen von Familien ist; damit würden wir nur die Macht und den privilegierten Status der Familie mit reproduzieren. Viele Weiße sind bereit, eine Petition zu unterzeichnen oder sonstwie aktiv zu werden, wenn es in einem konkreten Fall darum geht, die tragische Trennung von Eltern und Kind zu verhindern. Setzt man sich aber nur für diese einzelnen Fälle ein oder für die Rechte einer bestimmten eng definier-

ten Gruppe von Angehörigen, dann akzeptiert man die Logik, die den Einwanderungsgesetzen dieses Landes zugrundeliegt: man akzeptiert, daß Schwarze das Problem sind und daß »wir« nur wenige von ihnen wollen. Außerdem zwingt man anderen Menschen »unsere« heterosexistischen Vorstellungen von Kleinfamilie auf. Die Einwanderungsgesetze setzen diese rigiden Familienformen gewaltsam durch. Die Opposition sollte dies nicht stillschweigend akzeptieren, sondern den im Gesetz und im Verfahren enthaltenen Rassismus bekämpfen.

Es liegt uns fern, die Familienformen anderer ethnischer Gruppen von außen zu verurteilen, aber wir wollen andererseits auch nicht in einen gänzlichen Relativismus oder Agnostizismus verfallen. Damit würden wir uns selbst unfähig machen, die vielen Feministinnen zu unterstützen, die ihre eigene, auf ihren Erfahrungen basierende Kritik gegenüber der Familie äußern. Um ein internationales Beispiel zu nennen: Die Aufsatzsammlung der indischen feministischen Zeitschrift *Manushi* konzentriert sich eindeutig auf den unterdrückenden Charakter bestimmter familialer Praxen in Indien; die Titel sprechen für sich: »Familienleben — der ungleiche Tausch«, »Frauen gegen Mitgift«, »Verheiratet, vermarktet, ermordet« (Kishwar und Vanita 1984). Es ließen sich noch zahlreiche weitere Beispiele anführen, auch aus Großbritannien selbst (so die Kampagne zum Aufbau eines Netzes von Frauenhäusern für geschlagene asiatische Frauen), wo weiße Feministinnen sich auf jeden Fall mit anderen Feministinnen, die ihre eigenen Familienformen scharf kritisieren, solidarisieren müssen. Bei all dem klingt uns die Warnung Audrey Lodes im Ohr, die weiße Feministinnen davor warnt, sich der Erfahrungen schwarzer Frauen nur um der Kritik willen zu nähern: »Hast Du je meine Worte gelesen oder blättest Du in ihnen nur herum, um ein paar brauchbare Zitate zu finden, die Deine vorgefaßte Meinung über unsere alten, verqueren Beziehungen bestätigen?« (Lorde 1983)

Uns scheint, die Aufgabe weißer Feministinnen liegt darin, genauere und klarere Vorstellungen darüber zu gewinnen, auf welche Weise die Familie in jeweils verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen zu kritisieren ist. Die Kritik an der Isolation der westlichen weißen Hausfrau, die in den vier Wänden ihrer Kleinfamilie lebt und sich von Beruhigungsmitteln ernährt, ist in anderen Zusammenhängen völlig fehl am Platz. Dabei geht es nicht um Gemeinplätze wie die, Großfamilien seien besser als Kleinfamilien; es geht vielmehr darum, zu untersuchen, wo sie weniger egalitär sind oder patriarchalischer oder direkter der Kontrolle des männlichen Haushaltsvorstandes unterstehen. Zunächst jedoch sollte es unser Ziel sein, uns als Feministinnen ein fundiertes Wissen über die verschiedenen Familienformen anzueignen und uns eine solidarische Grundlage zu schaffen, ohne dabei in die Extreme des ethnozentrischen oder relativistischen Denkens zu verfallen.

Literaturverzeichnis

- Allen, Sheila, 1982: Perhaps a Seventh Person? In: Husband
 Amos, Valerie, und Pratibha Parmar, 1984: Challenging Imperial Feminism. In: Feminist Review 17
 Angelou, Maya, 1984: I Know Why the Caged Bird Sings. London.
 Anthias, Floya, und Nira Yuval-Davis, 1983: Contextualizing feminism-gender, ethnic and class divisions. In: Feminist Review 15

- Barrett, Michèle, 1983: *Das unterstellte Geschlecht*. West-Berlin
- Barrett, Michèle, und Mary McIntosh, 1980: *The Family Wage: Some Problems for Socialists and Feminists*. In: *Capital and Class* 11
- dies., 1982: *The Anti-social Family*. London
- Beechey, Veronica, 1979: *On Patriarchy*. In: *Feminist Review* 3
- Bland, Lucy, und Frank Mort, 1984: *Look Out for the »Good Time« Girl: Dangerous Sexualities as Threat to National Health*. In: *Formations* 2
- Brittan, Arthur, und Mary Maynard, 1984: *Sexism, Racism and Oppression*. Oxford
- Brown, Colin, 1984: *Black and White in Britain: The Third PSI Survey*. London
- Brownmiller, Susan, 1976: *Against Our Will: Women and Rape*. Harmondsworth
- Cade Bambara, Toni, 1984: *Gorilla, My Love*. London
- Carby, Hazel, 1982: *White woman listen! Black feminism and the boundaries of sisterhood*. In: *Centre for Contemporary Cultural Studies*
- Central Statistical Office, 1983: *Social Trends* 13. London
- Centre for Contemporary Cultural Studies, 1982: *The Empire Strikes Back: Race and Racism in 70s Britain*. London
- Davis, Angela, 1982: *Rassismus und Sexismus*. West-Berlin
- Dex, Shirley, 1983: *The Second Generation: West Indian Female School-Leavers*. In: Phizacklea
- El Saadawi, Nawal, 1980: *The Hidden Face of Eve: Women in the Arab World*. London
- Fanon, Frantz, 1980: *Weißer Masken, schwarze Haut (1952)*. Frankfurt/M.
- Feuchtwang, Stephan, 1980: *Socialist, Feminist and Anti-racist Struggles*. In: *m/f* 4
- Firestone, Shulamith, 1971: *The Dialectic of Sex*. London
- Genovese, Eugene, 1975: *Roll, Jordan, Roll: The World the Slaves Made*. London
- Haggag Youssef, Nadia, 1974: *Women and Work in Developing Societies*. Berkeley/Calif.
- Hernton, Calvin, 1966: *Sex and Racism in America*. New York
- Hoch, Paul, 1979: *White Hero, Black Beast: Racism, Sexism and the Mask of Masculinity*. London
- Hooks, Bell, 1982: *Ain't I A Woman: Black women and feminism*. London (Auszug in: *Argument* 134)
- Hull, Gloria, Patricia Bell Scott und Barbara Smith (Hrsg.), 1982: *But Some of Us Are Brave: Black Women's Studies*. New York
- Husbands, Charles (Hrsg.), 1982: *'Race' in Britain: Continuity and Change*. London
- Kishwar, Madhu, und Ruth Vanita (Hrsg.), 1984: *In Search of Answers. Indian Women's Voices from »Manushi«*. London
- Kuhn, Annette, und AnnMarie Wolpe, 1978: *Feminism and Materialism*. London
- Lorde, Audre, 1983: *An Open Letter to Mary Daly*. In: *Moraga und Anzaldu*
- Mama, Amina, 1984: *Black Women, the Economic Crisis and the British State*. In: *Femin. Review* 17
- McIntosh, Mary, 1978: *The State and the Oppression of Women*. In: *Kuhn und Wolpe*
- Miles, Robert, 1982: *Racism and Migrant Labour*. London
- Miles, Robert, und Annie Phizacklea, 1980: *Labour and Racism*. London
- Molyneux, Maxine, 1981: *Socialist Societies Old and New: Progress Towards Women's Emancipation*. In: *Feminist Review* 8
- Moraga, Cherrie, und Gloria Anzaldua (Hrsg.), 1983: *This Bridge Called My Back. Writings by Radical Women of Color*. New York
- Parmar, Pratiha, 1982: *Gender, Race and Class. Asian Women in Resistance*. In: *Centre for Contemporary Cultural Studies*
- Phizacklea, Annie (Hrsg.), 1983: *One Way Ticket: Migration and Female Labour*. London
- Rose, Steven, u.a., 1984: *Not in Our Genes: Biology, Ideology and Human Natur*. Harmondsworth
- Smith, Barbara (Hrsg.), 1983: *Home Girls: A Black Feminist Anthology*. New York
- Smith, David, 1975: *Racial Disadvantage in Britain*. Harmondsworth
- Trivedi, Parita, 1984: *To Deny Our Fullness: Asian Women in the Making of History*. In: *Feminist Review* 17
- Walker, Alice, 1986: *Die Farbe Lila*. Reinbek
- Wilson, Amrit, 1978: *Finding a Voice: Asian Women in Britain*. London

Türkinnen in der Initiative

Wir sind eine aus der Türkei kommende Gruppe von Frauen, die seit langem in Hamburg leben und arbeiten. Viele von uns sind in unterschiedlichen Ausländerinitiativen tätig.

Wann immer wir Frauen zusammenkommen, bestimmen die Umstände, unter denen wir leben, und die daraus folgenden Schwierigkeiten unsere Unterhaltungen. Dies sowohl bei Privatgesprächen als auch in der Arbeit. Wir unterhalten uns z.B. über A's Probleme bei der Wohnungssuche, über die Schulprobleme von B's Kindern, über die tägliche Diskriminierung am Arbeitsplatz, wenn wir zu zweit und privat sind. Die gleichen Themen beschäftigen uns bei Arbeitstreffen, diesmal etwas sachlicher und allgemeiner: Schulprobleme ausländischer Kinder, Wahlrecht für Ausländer, die Verbesserung der Beratung, welche Kurse für Frauen nötig wären, was getan werden müßte, damit sie aus ihrer Isolation heraustreten. Wir behandeln als gesellschaftliche Probleme, was sonst und auch von uns als individuelle Probleme gedacht wird.

Wir befinden uns jetzt an folgendem Punkt: Es ist uns im letzten Jahr in Frankfurt gelungen, gemeinsam als Gruppe über unsere Probleme zu sprechen, unserem Ärger freien Lauf zu lassen, uns gegen bewußte und unbewußte Diskriminierung und Bevormundung aufzulehnen. Wir haben drei wichtige Ergebnisse herausgefunden:

1. Was jede einzelne von uns erlebt, erleben auch viele andere ausländische Frauen. Wir sind mit unseren Problemen nicht allein.

2. Wir sind weder behinderte noch reduzierte noch sonstwie Problemmenschen, obwohl wir von seiten der Deutschen so behandelt werden.

3. Wir sind unterschiedliche Frauen, die aus unterschiedlichen Kulturen stammen. Wir lehnen es ab, gleichmacherisch verändert zu werden. Eine bejehenswerte Entwicklung und Veränderung kann nur stattfinden, wenn wir an dem Punkt anfangen, an dem wir uns befinden. Wir sind einstimmig der Meinung, daß nicht wir, sondern die Verhältnisse und Bedingungen, unter denen wir zu leben gezwungen sind, verändert werden müssen. »Ausländische Frauen« können solange kein Thema irgendeiner Diskussion sein, wie sie nicht selber als gleichwertige Partner mitwirken.

Jetzt müssen wir, die wir eine Minderheit sind, die in einem fremden Land lebt und arbeitet, den zweiten Schritt tun: wie können wir die Bedingungen ändern, unter denen wir leben, und wer sind wir?

Da ist zunächst das Minderheiten-Problem: Dieses Problem wird von einigen als »Ausländer-Problem«, von anderen als »Einwanderer-Problem« bezeichnet. Obwohl wir den Begriff »Einwanderer« richtig finden, möchten wir dennoch von einem durch eine Mehrheit verursachten Minderheiten-Problem sprechen, dies nicht, um Verwirrung zu schaffen, sondern weil es politisch praktisch ist. Es ist üblich, das Problem als »Ausländer-Problem« zu behandeln, so daß selbst wir uns dieser Bezeichnung bedienen, wenn wir von unseren Problemen sprechen. Wir halten diese Redeweise aus zwei Gründen für gefährlich: es entsteht der Ein-

druck, als ob die Ausländer das Problem sind, womit dann die Ursachen und Hintergründe des tatsächlichen Problems aus dem Blick geraten.

Wenn die Mehrheit der deutschen Gesellschaft die Ausländer als ein Problem betrachtet, wird es selbstverständlich, uns als etwas Mangelhaftes, Krankes, eben Problematisches zu behandeln. Tatsächlich findet dieser Behandlungsgedanke praktische Kraft bei humanistisch und den Ausländern freundlich gesonnenen Deutschen. Da aber die Krankheit falsch diagnostiziert wurde, ist es nur natürlich, daß falsche Behandlungsmethoden angewandt werden. Damit wir, wie die Mitteleuropäer zivilisiert und in die hiesige Gesellschaft integriert werden, wurden die uns allen bekannten Ausländer-Initiativen gegründet, Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen und ehrenamtliche sowie bezahlte Helfer eingesetzt. Trotz all der gut gemeinten Bestrebungen konnte bis heute das sogenannte »Ausländer-Problem« nicht gelöst werden und hat sogar erschreckende Ausmaße angenommen, wie wir der Presse entnehmen können. Unter diesen Umständen scheint die CSU recht zu behalten, wenn sie durch einen ihrer Politiker sagen läßt: »Die Integration der Türken ist undurchführbar ... Menschen, deren Kultur und Glauben so von der unseren abweicht, können nicht integriert werden.« Als Beleg erwähnt er das Beispiel eines Türken, der in der Badewanne Hammel schlachte. Die fortschrittlicheren Deutschen dagegen sind, obwohl inzwischen etwas verwirrt und genervt, noch immer mutig dabei, Lösungen zu finden. Wir sind der Auffassung, daß hier trotz gegensätzlicher Standpunkte eine gewisse Ähnlichkeit im Verständnis zu finden ist: beide sind der Meinung, daß wir ein Problem sind; daß wir Defizite haben, die kompensiert werden müssen; daß wir uns ändern müssen. Die Änderungen werden von den Deutschen bestimmt. Sie besagen im allgemeinen eine Angleichung an die Mitteleuropäer, insbesondere die Deutschen. Dann könnten wir aufhören, ein Problem zu sein.

Die Lösung ist also die Assimilation. Sie ist den ausländerfreundlichen Menschen wichtiger als den CDU-lern, die selbstverständlich der Reduzierung der Ausländerzahlen den Vorzug geben. Wir möchten die gemeinsame Logik der Argumentationen einen europäischen Rassismus nennen.

Was sind die Hintergründe des Ausländerproblems?

Zunächst erkennen wir Ausländergesetze (Anwerbepotential und Anwendung des § 19 AFG) und Ausländerfeindlichkeit. Sie sind u.E. Probleme der deutschen Gesellschaft — nicht unsere, so daß nicht wir zu ändern wären, sondern das Verhalten der deutschen Gesellschaft gegenüber Minderheiten.

Allerdings bedarf es mehr. Wir folgen Juliet Mitchell (Women's Estate): Eine ausgebeutete Klasse, eine unterdrückte Gruppe kann solange kein politisches Bewußtsein erlangen, solange sie nicht die Beziehungen aller Klassen dieser Gesellschaft zueinander erkannt hat; durch In-sich-gekehrt-sein wird sie niemals zu diesem Bewußtsein kommen. Wir müssen also unser passives Verhalten in den politischen Diskussionen überwinden. Wir haben uns bislang zu sehr mit unseren Herkunftsländern beschäftigt. Da wir uns seit dem Tag unserer Ankunft in Deutschland als Gäste definiert haben, die eines Tages zurückkehren werden, haben wir in der Tat die 25 bis 30 Jahre nicht für uns genutzt. Auch ungeachtet der Tatsache, daß die Deutschen uns bei jeder Gelegenheit daran erinnern, daß wir nur Gäste sind, ist unser eigener Rückkehrwunsch eindeutig der Grund für

unser passives Verhalten hier. Während die Deutschen über unsere Änderung und die Anzahl von uns, die sie zurückschicken wollten, redeten, waren wir dabei, Rückkehrpläne zu schmieden. Tatsächlich ist auch die Zahl der Rückkehrer in den letzten 6 Jahren auf Druck der Regierung enorm gestiegen. Aber viele kommen wieder nach Deutschland zurück, viele können Deutschland gar nicht verlassen. Die Gründe für dieses Durcheinander liegen in der schwierigen Situation unserer Heimatländer.

Während in der BRD kein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften mehr besteht, ist die Situation in unseren Ländern in den letzten 20 Jahren noch schlechter geworden. Das Wichtigste aber ist unsere eigene Veränderung. Wir unterscheiden uns von den Frauen, die das letzte Vierteljahrhundert zu Hause verbracht haben. Wir unterscheiden uns aber auch von den deutschen Frauen, mit denen wir irgendwie zusammenleben. Wir sind Einwandererfrauen und werden uns zur Zeit unserer selbst bewußt.

Unser Fazit ist: wir müssen sowohl für unser Bleiben wie für unsere Rückkehr ins Heimatland kämpfen. Da wir jetzt in der BRD sind, müssen wir hier mit unserem Kampf beginnen.

Zunächst wenden wir uns den Ausländerinitiativen zu: sie werden staatlich finanziert, und die Konzepte stammen von fortschrittlichen Deutschen. Ihren Inhalt möchten wir als integrationistisch, paternalistisch und humanistisch skizzieren. Rassismus wird reproduziert. Die Absichten sind natürlich gut, aber die Aktionen halten sich an den staatlich vorgegebenen Rahmen und hinterfragen z.B. nicht das Fehlen aller demokratisch-politischen Rechte der Ausländer.

Wir waren an diesen Initiativen als Dolmetscherinnen beteiligt, während die deutschen Kollegen zumeist ausgebildete Sozialarbeiter waren. Wir haben diese zweifelhafte Rolle akzeptiert, weil wir zunächst Sozialarbeit gar nicht als Beruf sehen konnten, denn in unserer Heimat ist sie in die Lebensweise integriert. Außerdem war die Initiativarbeit verglichen zu dem sonst für uns Erreichbaren — wie Putzstellen, Fabrikarbeit — angenehm war. In diesem Zusammenhang müssen wir natürlich zwischen der ersten und der zweiten Generation unterscheiden, da letztere keine Sprachschwierigkeiten hat und ebenfalls den Beruf einer Sozialarbeiterin erlernen kann. Ist es eigentlich unser Ziel, die Initiativen ganz mit ausländischen Sozialarbeiterinnen zu besetzen und jene Deutschen, die schließlich zu den demokratischen Teilen der Gesellschaft gehören, aus dieser Arbeit auszuschließen? Wichtiger scheint uns zur Zeit, die Inhalte der Initiativarbeit zu verändern in Richtung auf faktische Gleichberechtigung der Einwanderer. Für diesen Kampf brauchen wir eine eigene Organisation der Ausländer. Bevor wir nicht die gleichen Rechte wie die Deutschen haben, können wir u.E. auch nicht zusammen mit deutschen Frauen gegen die Unterdrückung der Frauen streiten.

Klaus Holzkamp

»Wirkung« oder Erfahrung von Arbeitslosigkeit?

Widersprüche und Perspektiven psychologischer Arbeitslosenforschung*

I. Die »Verwissenschaftlichung« der Arbeitslosenforschung

Die »klassische« Studie über die Situation von Arbeitslosen ist die Arbeit von Marie Jahoda und Paul Lazarsfeld aus dem Jahre 1933: *Die Arbeitslosen von Marienthal*. Marienthal ist ein österreichisches Dorf, in dem durch die Schließung einer Textilfabrik mehr oder weniger alle arbeitsfähigen Bewohner mit einem Schlage arbeitslos geworden waren. Umfangreiche Erhebungen wurden mehrere Jahre lang durch vielfältiges Material gewonnen, von statistischen Daten über Gesundheitszustand, Kriminalität etc., über teilnehmende Beobachtung etwa in Lokalen, auf der Straße, in der öffentlichen Bibliothek etc. bis zu eingehenden, wörtlich protokollierten Gesprächen mit den Betroffenen und Familien.

Erklärtes Ziel der Studie war die Analyse eines von Arbeitslosigkeit betroffenen kleinen Gemeinwesens, um die Veränderungen des öffentlichen und privaten Lebens mit Eintritt der Arbeitslosigkeit und die Befindlichkeiten der einzelnen aus dieser historisch bestimmten Gesamtsituation Marienthals erklärlich bzw. verständlich zu machen. Differenzierte und eindrucksvolle Befunde, deren Lebendigkeit und humane Aussagekraft bis heute kaum wieder erreicht wurden, konnten dabei erarbeitet werden.

In der Marienthal-Studie sind die meisten wesentlichen Dimensionen und Konzepte der späteren Arbeitslosenforschung schon angesprochen: Störung der Zeitstruktur des Lebens der Arbeitslosen, Beeinträchtigungen des Selbstwertgefühls, Ohnmachtserfahrungen, Zurückgeworfenheit auf das Privatleben bzw. die Familie, mit widersprüchlichen Auswirkungen; geringes Interesse an politischen und kulturellen Angelegenheiten trotz mehr Zeit dazu. Auch wurde bereits hier der Versuch gemacht, die Reaktionen der Betroffenen auf die Arbeitslosigkeit typologisch zu differenzieren: In die »Ungebrochenen«, die »Resignierten«, die »Verzweifelten« und die »Apathischen« (47ff.). Dabei wurde schon dargelegt, daß sich solche Individualtypologien mehr oder weniger eindeutig mit Verlaufstypologien überlagern: In Abhängigkeit von der Dauer der Arbeitslosigkeit erst »ungebrochen«, dann »verzweifelt«, dann »resigniert bzw. apathisch« o.ä. Solche Konzeptualisierungen wurden dabei rückbezogen auf die konkrete Situation der Arbeitslosen zu dieser Zeit an diesem Ort Marienthal.

Weitere sozialwissenschaftliche Studien historisch konkreter Gemeinschaften bzw. Gemeinden in ihrer Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sind die *Detroit-Studie* über die Auswirkungen der Stilllegung der Packard Motor Car Company im Jahre 1956 auf die Lebenslage und Befindlichkeit der entlassenen Automobilarbeiter (Aiken, Ferman & Shephard 1968), weiterhin die *Bredaer Protokolle*, in denen die subjektive Reaktion der Betroffenen auf die Ankündigung der Schließung des Enka-Glanzstoffwerkes in Breda (Niederlande) durch die Betriebslei-

* Gekürzte Fassung eines Beitrags aus *Forum Kritische Psychologie* 18 (1986).

tung dokumentiert und die Bedingungen der folgenden Verhinderung der Werkschließung mittels Betriebsbesetzung durch die Arbeiter analysiert werden (vgl. Teulings 1973 und Hoffmann 1974). — Der allgemeine Trend gerade der *psychologischen* Arbeitslosenforschung verlief jedoch weg von derartigen historisch-sozialwissenschaftlichen Gesamtstudien hin zu einer *individuumzentrierten* Untersuchung von *Wirkungen* oder *Folgen* der Arbeitslosigkeit (als Vorläufer dieser Sichtweise ist in gewissem Sinne die im gleichen Jahr wie die Marienthal-Studie publizierte sogenannte »Warschauer Studie« zu betrachten, in der die regional-historische Einheit des Untersuchungsgegenstandes aufgegeben wurde und die Arbeitslosen aus verschiedenen Regionen Polens per Preisausschreiben zu schriftlichen Erfahrungsberichten veranlaßt wurden; vgl. Zawadsky/Lazarsfeld 1935).

Inzwischen wurde das variablenpsychologische Schema experimentell-statistischer Planung/Bedingungsanalyse ausgearbeitet. Die »Verwissenschaftlichung« der klassischen Arbeitslosen-Studien mußte so als gleichbedeutend betrachtet werden mit der Formulierung und Prüfung *empirischer Wenn-Dann-Hypothesen*. Arbeitslosigkeit wurde so aufgefaßt als *Stimulus-Situation/unabhängige Variable* und die psychischen Folgen als die *Reaktionen/abhängigen Variablen*, die auf ihre *Vorhersagbarkeit* aus den unabhängigen Variablen hin zu überprüfen sind. Dabei wurde also — in für den variablenpsychologischen Ansatz typischer Weise — vom *konkreten sozial-historischen Lebenszusammenhang* der Betroffenen und ihrer Befindlichkeit *abstrahiert* und ein *allgemeiner gesetzmäßiger Zusammenhang* zwischen der »Arbeitslosigkeit« als Stimulus-Situation und deren »psychischen Folgen« postuliert.

So hat man in einer Reihe von Untersuchungen mehr aktivierungstheoretischer Art die Arbeitslosigkeit als *Streßbedingung* definiert, um dann die psychischen Folgen als physiologische oder psychologische Wirkungen des Stressses, seiner Abwehr oder Versuchen seiner Verarbeitung erklären zu können (vgl. etwa Müller-Limmroth 1977, u.v.a). Von mehr lern- oder verhaltenstheoretischen Ansätzen her liegt es nahe, »Arbeitslosigkeit« in Termini von *Verstärkungsbedingungen* zu konzeptualisieren. So betrachten Mohr/Frese (1978) den psychischen Aspekt der »Arbeitslosigkeit« als Verlust der in der Arbeitswelt vorhandenen positiven Verstärker. Die Folgen der Arbeitslosigkeit werden dann als Resultate von Lernprozessen unter diesen negativen Verstärkungsbedingungen aufgefaßt. Dabei werden zwei solcher Folgen unterschieden: einmal *Depressivität* und zum anderen (unter Einbeziehung von Seligmans Theorie der »gelernten Hilflosigkeit«), *subjektiver Kontrollverlust*.

Durch die Abstraktion von dem konkreten historischen Lebenszusammenhang der Individuen und durch die Behauptung von gesetzmäßigen Zusammenhängen zwischen isolierten Reizbedingungen und Reaktionen ergibt sich für die Variablenpsychologie notwendig die folgende *Komplikation*: Hypothesen, in denen die abhängigen Variablen allein auf die Wirkung einer bestimmten unabhängigen Variablen zurückgeführt werden, lassen sich *kaum hinreichend empirisch bestätigen*. Es stellt sich vielmehr heraus, daß man — um zu statistisch sicherbaren Vorhersagen zu kommen — zu den ursprünglichen unabhängigen Variablen *weitere Variablen* einführen muß. Dies kann einmal dadurch geschehen, daß man die Theorie so erweitert und aufweicht, daß mehrere unterschiedliche unabhängige

Variablen daraus ableitbar sind, oder — wenn man die Theorie schonen will — dadurch, daß man sogenannte *Moderator-Variablen* hinzunimmt, d.h. »vermittelnde« Variablen, von denen abhängen soll, wieweit der in der Theorie/Hypothese behauptete Zusammenhang tatsächlich empirisch aufweisbar ist. Hier wird also der zunächst »wegabstrahierte« komplexe Lebenszusammenhang quasi nachträglich wieder als Komplizierung in die Hypothesenbildung/-prüfung eingeführt, allerdings in einer Weise, durch welche die historische Einmaligkeit der jeweiligen Lebenssituation prinzipiell nicht erreichbar ist, nämlich wiederum in Form von Annahmen über abstrakte Wenn-Dann-Zusammenhänge. Dies führt dazu, daß der Prozeß der Differenzierung der ursprünglichen Theorien/Hypothesen durch Einbeziehung immer weiterer unabhängiger Variablen bzw. Moderatorvariablen hier *grundsätzlich niemals abschließbar ist*.

In der einschlägigen Arbeitslosen-Forschung fehlen entsprechende Hinweise auf weitere Faktoren außer den ursprünglich angenommenen, von denen die psychischen Wirkungen der Arbeitslosigkeit zusätzlich abhängig sein sollen, praktisch in keiner Untersuchung. Wacker (1983) wie Paulus (1985) u.v.a. sprechen in diesem Zusammenhang explizit von »*Moderator-Variablen*«, durch welche die psychischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit vermittelt, differenziert und relativiert werden (womit die Auffassung von Arbeitslosigkeit als einer »unabhängigen Variablen« indirekt bekräftigt wird). Ich will die dabei hervorgehobenen verschiedenen Ebenen solcher »Moderatoren« summarisch zusammenstellen:

1. Naheliegend und entsprechend häufig ist der Verweis auf *weitere materielle Lebensumstände*, wie Höhe der Unterstützung, Ressourcen, von denen die psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit mitbedingt wären. Ebenfalls in die Kategorie solcher äußerer Vermittlungsbedingungen gehören mehr *demoskopische* Merkmale — wie Lebensalter, Geschlecht, Schichtzugehörigkeit, ehemaliger bzw. gelernter Beruf — deren psychische Auswirkungen untersucht wurden. Die Resultate sind, wie stets in variablenpsychologischen Untersuchungen, uneinheitlich und umstritten, mit vielfältigen, widersprüchlichen theoretischen Deutungsversuchen der positiven bzw. negativen Befunde, was dann zu weiteren Hypothesenspezifizierungen führte.

2. Eine weitere Ebene von »Variablen« sind unterschiedliche *Sozialisationsbedingungen* bzw. dadurch bedingte oder auch unabhängig davon angesetzte *Persönlichkeitsmerkmale* der Arbeitslosen, wobei häufig — im Anschluß an die Marienthal-Studie — *typologische Gruppierungen* solcher Merkmale angesetzt wurden. In neuerer Zeit spielen dabei besonders Merkmale wie »Konzessionsbereitschaft«, »Rigidität/Flexibilität« etc. eine Rolle.

3. Besonders im Kontext streßtheoretischer wie kognitionstheoretischer Ansätze zur Erklärung der Arbeitslosigkeit werden immer häufiger Variablen der *Einstellung* zu Arbeit und Leben allgemein als Moderatoren der psychischen Arbeitslosigkeits-Folgen hervorgehoben und untersucht.

4. Diese persönlichen Einstellungen werden häufig mit einem *allgemeinen Wertewandel* hinsichtlich der Einstellung zur Arbeit, einem Brüchigwerden der »protestantischen Arbeitsmoral«, einer erhöhten *Freizeitorientierung* etc., durch welche die psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit modifiziert und gebrochen sind, in Zusammenhang gebracht.

5. Diese (unvollständige) Auflistung sei abgeschlossen mit dem Hinweis auf quasi *multivariate* Sichtweisen auf die Arbeitslosigkeit: Gelegentlich wird hervorgehoben, daß die Arbeitslosigkeit ja nur ein Faktor unter anderen für die psychische Verfassung der Individuen sei, und daß man so die Wirkung der Arbeitslosigkeit *nicht isoliert* untersuchen könne, sondern nur als *ein* Moment in einem *Gesamtzusammenhang* von äußeren und inneren Faktoren, die sich allesamt *wechselseitig bedingen* etc.

Das immer stärkere Hervortreten der genannten Differenzierungen und Relativierungen der psychischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit ging mit generelleren *methodischen, theoretischen* und schließlich *politischen Umorientierungen* einher. Man kam zu einer *grundsätzlichen Kritik* an der sogenannten *Deprivationsthese* der älteren psychologischen Arbeitslosenforschung und ihrer neueren Folgeuntersuchungen: Es wird hervorgehoben, daß das »klassische« Bild vom Arbeitslosen als *fatalistisch, inaktiv, isoliert, depressiv, apolitisch* etc. viel zu *summarisch, einseitig und undifferenziert* sei. Tatsächlich seien die psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit von einer Vielzahl unterschiedlicher Zusatzbedingungen abhängig, wobei *nicht nur negative, sondern auch positive Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die psychische Verfassung und Befindlichkeit von Individuen* in Rechnung zu stellen seien. Die Arbeitslosigkeit sei nicht *automatisch belastend* für die Betroffenen, sondern nur unter bestimmten Bedingungen, insbesondere *auf Grund bestimmter kognitiver und emotionaler Bewertungen*. Die Tragfähigkeit der alten »Deprivationsthese« wird dabei nicht nur aus methodischen und theoretischen Gründen angezweifelt. Darüber hinaus nimmt man an, daß die Resultate der »klassischen« *Studien aus den dreißiger Jahren in gewisser Weise »veraltet«* seien, da die *historisch-gesellschaftliche Gesamtsituation*, in der heute die Massenarbeitslosigkeit auftritt, *auf Grund geringerer materieller Not und veränderter Bewertung der Funktion von Arbeit und Freizeit für die Lebensgestaltung mit der in den dreißiger Jahren nicht vergleichbar* sei (vgl. hierzu Wacker 1983 und Paulus 1985).

Einen Schritt weiter in die gleiche Richtung gehen neuere Ansätze und Untersuchungen einer *Forscherguppe an der Universität Sheffield* um *Peter Warr*. Hier wird dem vorherrschenden Bild vom fatalistischen, inaktiven Arbeitslosen, wie es in der Deprivationsthese gezeichnet wird, auf Grund einer alternativen *Tätigkeitsthese* (»Agency hypothesis«) ein anderes Bild gegenübergestellt, das besagt, »daß Arbeitslose einfallsreiche, mit Schwierigkeiten zurechtkommende Handelnde sind, die wahrnehmen, daß sie sich in einer Welt bewegen, die sich radikal von der der Beschäftigten unterscheidet« (Fryer/Hartley 1983, 26, zit. n. Wacker 1983, 78; vgl. Paulus 1985, 38).

Nicht Problemgruppen sollen bei der Arbeitslosenforschung jetzt untersucht werden, sondern »Vorbilder« oder »Wegbereiter«, die trotz Härten wichtige Ziele realisieren. Die wichtigsten Befunde von Fryer und Payne (1983) sind: die Bevorzugung einer selbstgewählten Zeitstrukturierung; das Engagement außerhalb der Privatsphäre; Ziele und Werte, die über den Arbeitsbereich hinausgehen; eine neue Identität aus den Aktivitäten in der Arbeitslosigkeit; extreme Aktivität und psychisches Wohlbefinden. — Wolfgang Paulus (1985) hat die »Agency hypothesis« von Fryer/Hartley an neun der aktivsten Mitglieder des Kreuzberger »Ar-

beitslosen-Ladens« (ALOLA) überprüft und kam dabei zu ähnlichen Befunden. Er überschreibt ein Kapitel, in dem er die Geschichte eines Einzelfalles darstellt »Vom Schock zum pro-aktiven Arbeitslosen« und hebt damit seine Fragerichtung programmatisch von dem Titel des bekannten Buches von Ali Wacker »Vom Schock zum Fatalismus?« (1978) ab.

II. »Bedingungsanalytische« Verdinglichung der Subjektivität des Arbeitslosen

Unser Studium der neueren Untersuchungen zur Arbeitslosigkeit: je mehr sich die Forschung psychologischer Methodik verpflichtet, desto unspezifischer wird das zu untersuchende Phänomen der Arbeitslosigkeit. »Studien und Untersuchungen, die sich mit den Auswirkungen von Arbeitsplatzunsicherheit, des Arbeitsplatzverlustes und der Erwerbslosigkeit beschäftigen«, haben es, indem »sie sich um die subjektiven Dimensionen der Arbeitslosenproblematik zentrieren, ... nicht mit der Arbeitslosigkeit selbst, sondern mit abgeleiteten Phänomenen zu tun« (Wacker 1978, 15).

Vom Ansatz der psychologischen Arbeitslosigkeits-Wirkungsforschung her ist man also offenbar gezwungen, die »Arbeitslosigkeit« selbst von ihren subjektiven Auswirkungen zu trennen und aus der Psychologie auszuschließen, also den Umstand, daß »Arbeitslosigkeit« doch immer solche von individuellen Subjekten und ohne Bezug darauf gar nicht faßbar ist, irgendwie wegzuleugnen. Die Resultate einer so verstandenen psychologischen Arbeitslosenforschung sind demnach quasi nur zufällig gerade am Phänomen der »Arbeitslosigkeit« gewonnen worden.

Der methodische »Fortschritt« dieser Forschungen zeigte immer deutlicher, daß es »die« psychischen Auswirkungen »der« Arbeitslosigkeit gar nicht gibt, sondern daß — je nach Schichtzugehörigkeit, Alter, Einstellung zum Beruf, Wertbeziehung zur Arbeit, vorgängiger politischer Erfahrung, familialer Einbettung, Gesundheitszustand, Bildungsgrad, »Flexibilität«, »Kompromißbereitschaft« etc. etc. — die früher beschriebenen negativen Folgen der Arbeitslosigkeit auftreten, abgeschwächt sind, ausbleiben oder sogar statt dessen positive psychische Folgen auftreten. Es wäre demnach schon von der Fragestellung her unangemessen, die »Arbeitslosigkeit« als einheitliches Phänomen für bestimmte psychische Verfassungen verantwortlich zu machen. Es gilt so gesehen vielmehr, bedingungsanalytisch differenziert die Konstellation von Faktoren herauszufinden, aus der bestimmte psychische Belastungen, Depressivität etc. am zuverlässigsten »vorhergesagt« werden können, wobei die »Arbeitslosigkeit« als solche dabei nur ein Faktor ist, dessen Wirksamkeit von der gesamten Faktorenkonstellation abhängt, und der — wenn er durch eine Stimulus-Situation mit gleicher psychischer Wirksamkeit ersetzt ist — letztlich auch wegbleiben kann.

Auffällig ist, daß die Resultate der Untersuchungen, gerade durch die bedingungsanalytische Differenzierung der behaupteten psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit, irgendwie immer selbstverständlicher und trivialer werden. So verwundert es doch eigentlich niemanden, daß jemand, der mehr Geld kriegt, vielfältige Interessen, gute Freunde, eine verständnisvolle Familie hat, normalerweise leichter mit der Arbeitslosensituation fertig werden wird als jemand, der

über dies alles nicht verfügt. Man hat es hier mit dem eigenartigen Phänomen zu tun, daß die Forschungsergebnisse *nicht nur trivial*, sondern dabei auch noch irgendwie mehr oder weniger *verfehlt* sind. Der einzelne erscheint nicht als dieses besondere Subjekt, sondern nur als Exemplar eines durch eine bestimmte Variablenkonstellation charakterisierten Typs. Es ist also, obwohl es doch um psychische Verfassungen und Befindlichkeiten gehen soll, von mir in meiner Verfassung/Befindlichkeit nirgends die Rede. *Jeder* konkrete Arbeitslose hat also gegenüber *jeder beliebigen* solcher Untersuchungen allen Grund zu fragen: Wen meinen die eigentlich? Doch nicht etwa mich?

Man kann sich die Verfehlung und Verdinglichung der individuellen Subjektivität durch derartige Untersuchungen noch verdeutlichen, wenn man sich klar macht, daß es dabei immer um *Menschen-Einteilungen, Etikettierungen, Abstempelungen, Eingrenzungen, Ausgrenzungen* von einem *Standort außerhalb* geht: So haben z.B. »Ergebnisse« von Studien, in denen die Arbeitslosen als apathisch, depressiv, isoliert, an gesellschaftlichen Aktivitäten desinteressiert etc. erscheinen, genau besehen den Charakter der *Diffamierung und Ausgrenzung einer gesellschaftlichen »Randgruppe«*. Indem die Arbeitslosen hier einfach als arme Opfer der kapitalistischen Verhältnisse dargestellt sind, wird ihrer öffentlichen Abstempelung als nutzlos und untauglich ungewollt noch eine weitere Facette hinzugefügt und damit ihre Situation objektiv verschlechtert. Aber auch, wo man dem »Bild« des »deprivierten« Arbeitslosen, wie geschildert, das Bild des »pro-aktiven« Arbeitslosen entgegenstellen will, sind derartige Menschen-Einteilungen und entsprechende Etikettierungen/Ausgrenzungen keineswegs überwunden. Fryer/Hartley haben ja mit ihrem methodischen Vorgehen ausdrücklich *Vorbilder* (path finders) herausstellen wollen. So werden also allen Arbeitslosen die Pfadfinder als »Vorbilder« hingehalten, mit der Aufforderung, doch auch so aktiv, produktiv und heiter zu werden wie diese.

Die damit skizzierte »normative« Problematik der psychologischen Arbeitslosen-Wirkungsforschung bleibt auch dann bestehen, wenn man sie in den Rahmen *gesellschaftskritischer bzw. fortschrittlicher* Zielsetzungen stellt. Auch wenn man z.B. die Untersuchungen, in denen *psychisches Leiden* der Arbeitslosen als Befund berichtet wird, zum Aufweis der *Inhumanität der Arbeitslosigkeit und damit des Kapitalismus* benutzen will (vgl. etwa das von Maiers/Markard erstellte Diskussionsprotokoll 1980, 112), *ändert dies nichts* an der damit vollzogenen *verdinglichenden Abstempelung* der Arbeitslosen. Ebenso sind Versuche, die psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit auf der Basis *marxistischer Persönlichkeitstheorie* aus dem Zusammenhang von *Arbeit und Persönlichkeitsentwicklung* als *individuelle Entwicklungsbehinderung* zu erklären, nur eine andere Spielart der dargestellten *etikettierenden Menschen-Einteilungen* unter *Ausklammerung der Subjektivität der Betroffenen*. Dies gilt auch dann, wenn man in falscher Anwendung kritisch-psychologischer Konzepte den Arbeitslosen (ganz im Sinne des »Kontrollverlustes« im Sinne von Seligman) die *Nichtbefriedigung ihrer »produktiven Bedürfnisse«* auf Grund *mangelnder »Verfügung über Lebensbedingungen«* bescheinigen will. Auch mit der immer wieder gestellten Frage, von *welchen Faktoren* es denn abhängt, ob die Arbeitslosen sich *isolieren und individualisieren* oder *organisiert um die Verbesserung ihrer Lage kämpfen*, ist

man dem »*bedingungsanalytischen*« Ansatz der neueren psychologischen Arbeitslosen-Forschung *keineswegs entkommen*. Folgerichtig gelangt man hier dann etwa zu der Feststellung, wer sich bereits *vorher* politisch organisiert habe, sei auch eher in der Lage, sich im *Zustand der Arbeitslosigkeit einschlägig zu organisieren* (vgl. etwa Maiers/Markard 1980a, 101f.) Damit sind aber offenbar alle *anderen* Arbeitslosen an ihrer politischen Inaktivität und Abstinenz selbst schuld. *Hätten sie sich eben vorher organisiert!*

III. Der subjektwissenschaftliche Ansatz der Arbeitslosenforschung: »Bedeutungen« und »Handlungsgründe«

Kritische psychologische Arbeitslosenforschung konnte den entsubjektivierenden Fallstricken der traditionellen Forschung bislang deshalb nicht entkommen, weil sie mit dieser die Grundfragestellung teilte, die psychischen Wirkungen und Folgen von Arbeitslosigkeit zu untersuchen (vgl. Maiers/Markard 1980a, 951). Damit hat man nämlich der Sichtweise, der gemäß die Arbeitslosigkeit theoretisch als »Stimulus-Situation« und methodisch als »unabhängige Variable« aufzufassen sei, nichts Begründetes entgegenzusetzen, da es sich tatsächlich dabei um nichts anderes handelt als um bestimmt geartete »Terminologisierungen« des »Einwirkungs«-Konzepts. Gesucht wäre also ein psychologischer Ansatz zum Problem der Arbeitslosigkeit, der sich *nicht* als (wie immer umschriebene) psychologische *Wirkungsforschung* versteht. Ein solcher Ansatz ergibt sich indessen *quasi von selbst*, wenn man das *Problem »Arbeitslosigkeit« vom subjektwissenschaftlichen Standort der Kritischen Psychologie aufzuschlüsseln* versucht (zum folgenden vgl. Holzkamp 1983).

Wir haben u.a. aufweisen wollen, daß mit der Reformulierung der Umwelt als »Reizsituation« die Mensch-Welt-Beziehung auf ein *unspezifisch-biologisches* Niveau reduziert ist, und daß man zur Erfassung von deren menschlicher *Spezifik* die gesellschaftlichen Verhältnisse als *Bedeutungskonstellationen* im Sinne von objektiven gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten für die Individuen — samt den darin liegenden *Widersprüchlichkeiten* und *Beschränkungen* solcher Möglichkeiten — zu begreifen habe. Durch dergestalt als »Bedeutungen« gefaßte Weltgegebenheiten ist das Individuum also nicht einfach bestimmten »Wirkungen« ausgesetzt und durch diese in seinem Verhalten determiniert: Vielmehr kann (und muß) es sich — da man gegenüber *Handlungsmöglichkeiten* stets in dem Sinne »frei« ist, daß man sie ergreifen oder ungenutzt lassen bzw. daß man zu einer bestimmten Handlungsmöglichkeit immer die Alternative, anders zu handeln, hat — zu den gesellschaftlichen Bedeutungskonstellationen *bewußt »verhalten«*. Nur auf diesem Wege kann das Individuum für sich klären, ob und in welcher Weise es die gegebenen Handlungsmöglichkeiten realisieren will, können also *Handlungsmöglichkeiten* in tatsächliche *Handlungen* überführt werden.

Auch zur *Arbeitslosigkeit*, wenn sie als gesellschaftliche Bedeutungskonstellation reformuliert wird, kann sich demgemäß das Subjekt *bewußt »verhalten«*. Damit ist *einerseits* gesagt, daß das Individuum nicht einfach der *Wirkung* der Arbeitslosigkeit auf seine psychische Verfassung ausgesetzt ist, sondern sich

aktiv und bewußt dazu stellen kann, Alternativen des Nicht- oder Andershandelns hat. Der Umstand, daß verschiedene Individuen sich zur Arbeitslosigkeit unterschiedlich »verhalten«, sie auf verschiedene Weise verarbeiten, bewältigen, daran leiden können, ist nur, wenn man die Arbeitslosigkeit als auf das Individuum »einwirkend« auffaßt, als empirischer »Befund« mißzuinterpretieren, bei der Fassung von Arbeitslosigkeit als *Bedeutungskonstellation* hingegen selbstverständliche kategoriale Voraussetzung. Andererseits ist damit aber auch gesagt, daß das Individuum sich keineswegs in beliebiger Weise zur »Arbeitslosigkeit« verhalten kann, so daß also jede beliebige psychische Verfassung in Rechnung zu stellen und deren *Besonderheit* so auf der psychischen Ebene nicht mehr wiederzufinden wäre: Indem das Individuum sich nämlich zur Arbeitslosigkeit bewußt »verhalten« kann, muß es sich eben zur *Arbeitslosigkeit* bewußt »verhalten«, d. h. ihm stehen nur diejenigen objektiven Handlungsmöglichkeiten und -alternativen zur Verfügung, die mit der gesellschaftlichen Bedeutungskonstellation »Arbeitslosigkeit« objektiv gegeben sind. Mithin ist jede Nutzung oder Verweigerung von Handlungsmöglichkeiten, jede Wahl zwischen verschiedenen Handlungsalternativen objektiv durch die Beschränkungen und Widersprüchlichkeiten von Handlungsmöglichkeiten gekennzeichnet, wie sie gerade für die gesellschaftliche Bedeutungskonstellation »Arbeitslosigkeit« charakteristisch sind.

Die »Arbeitslosigkeit« verschwindet also in subjektwissenschaftlicher Herangehensweise nicht hinter ihren »psychischen« Auswirkungen, sondern bleibt als objektives Charakteristikum der gesellschaftlichen Realität, die vom Individuum subjektiv erfahren wird, *voll präsent*. Der systematisch erste Schritt jeder einschlägigen psychologischen Untersuchung wäre demnach die *Bedeutungsanalyse* der Arbeitslosigkeit. Dabei wären — als erste Vermittlungsebene zur individuellen Subjektivität — die gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen Charakteristika der Arbeitslosigkeit auf die darin liegenden objektiven *Handlungsmöglichkeiten/-beschränkungen/-widersprüchlichkeiten für die Individuen* zu analysieren. Offensichtlich ist, daß in dieser Herangehensweise die Arbeitslosigkeit als *radikale und globale Einschränkung menschlicher Handlungsalternativen* imponiert: Hier ist die existentiell relevante Möglichkeit, einen Beruf auszuüben und sich auf diese Weise materiell/sozial zu reproduzieren, in *gesellschaftlicher Größenordnung beschränkt*. Ich bin also — einerlei, wie ich mich dazu »verhalte« und dies psychisch verarbeite etc. — unter unseren Verhältnissen mit »Arbeitslosigkeit« als gravierender Beschneidung menschlicher Potentialität konfrontiert und lebe — da der Grad der »Freiheit« sich am Grade existentiell relevanter Handlungsalternativen bemißt — so betrachtet in einer *freiheitsbeschränkten* Gesellschaft. Die verschiedenen Erscheinungsformen dieser Freiheitsbeschränkung wären dann bedeutungsanalytisch auf die jeweils *lage- und positionsspezifischen »Mikrostrukturen«* der Bedeutungskonstellation »Arbeitslosigkeit« hin zu differenzieren, wobei insbesondere auch die in der Arbeitslosigkeit gegebenen Möglichkeitsbeschränkungen bei manifest Betroffenen und potentiell bzw. indirekt Betroffenen näher zu bestimmen wären: »Arbeitslosigkeit« besteht ja als gesellschaftliche Realität nicht nur für die Arbeitslosen.

Zur Bedeutungsanalyse der Arbeitslosigkeit gehört auch die Berücksichtigung

der verschiedenen *gesellschaftlichen Realitätsebenen*, in denen »Arbeitslosigkeit« gegeben ist: »Arbeitslosigkeit« ist ja nicht nur eine konkrete Lebenssituation, sondern z.B. auch ein »Wort«, d.h. findet sich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit in *symbolisch-begrifflicher Form* und enthält auch in dieser Gestalt bestimmte nahegelegte oder »angebotene« Handlungsmöglichkeiten/-beschränkungen/-widersprüche. Diese sind wiederum andere, wenn der Begriff »Arbeitslosigkeit« im Zusammenhang des gewerkschaftlichen Kampfes oder von Kapitalseite, von politischen Instanzen zur Interpretation der »Arbeitslosen-Statistik« oder auch im interpersonalen Umgang des Alltagslebens benutzt wird, womit die *ideologische Funktion* des »Arbeitslosigkeits«-Begriffes in den Blick kommt. Dabei muß es auch darum gehen, das Verhältnis der symbolischen Fassung zur gesellschaftlichen Massenerscheinung und individuellen Lebensrealität der »Arbeitslosigkeit« bedeutungsanalytisch aufzuschlüsseln, da es ja von der gesellschaftlich »angebotenen« Begrifflichkeit abhängt, ob und in welchem Sinne ich z.B. meine individuelle Stellenlosigkeit als »Fall« des gesellschaftlichen Phänomens »Arbeitslosigkeit« einordnen kann und so entsprechende Handlungsmöglichkeiten für mich bestehen etc.

Die subjektwissenschaftliche Bedeutungsanalyse ist — indem hier Aspekte objektiver gesellschaftlicher Verhältnisse, wie »Familie«, »Betrieb«, »Schule« etc. oder eben auch »Arbeitslosigkeit«, in Termini subjektiver Handlungsmöglichkeiten/-beschränkungen/-widersprüche gefaßt werden — auf die *Resultate vorgängiger gesellschaftstheoretischer Analysen* der ökonomischen, politischen und ideologischen Charakteristika der jeweiligen Institutionen, Lebensbereiche bzw. -aspekte etc. aus dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang verweisen, erfordert also eine entsprechende wissenschaftliche Urteilsbildung mit Bezug auf den jeweiligen Stand einschlägiger gesellschaftstheoretischer Auseinandersetzungen. Wenn mithin auf der Vermittlungsebene der »Bedeutungen« die in der »Arbeitslosigkeit« gegebenen globalen Freiheitsbeschränkungen kritisch herausgehoben werden, so ist dies zwar einerseits — indem aufgewiesen ist, was die Arbeitslosigkeit für die Individuen »bedeutet« — eine *subjektwissenschaftliche Konkretisierung allgemeiner gesellschaftskritischer Darlegungen*. Man kommt dabei aber andererseits — da die Bedeutungen lediglich die »Welt«-Seite der gesellschaftlichen Mensch-Welt-Beziehung kennzeichnen — gänzlich *ohne Rückgriff auf ein den »Arbeitslosen« als »Gruppe« unterstelltes subjektives »Leiden«* o.ä. aus.

Wenn gesellschaftliche Bedeutungen als Handlungsmöglichkeiten gefaßt sind, zu denen sich das Individuum bewußt »verhalten« kann, so heißt dies, daß es grundsätzlich dem *Subjekt selbst überlassen* ist, wie es angesichts bestimmter Bedeutungskonstellationen handeln wird. Dies gilt auch da, wo das Subjekt seine Entscheidungsfreiheit delegiert und seine Verantwortung abgibt bzw. wo es sich äußerem Zwang unterwirft, da auch das Abgeben von Entscheidungsfreiheit/Verantwortung bzw. die Unterwerfung unter Zwang stets selbst das Resultat einer verantwortlichen Entscheidung, zu der es Alternativen gegeben hätte, darstellt: Auch hier haben wir es nicht mit einer Handlungsdetermination, sondern lediglich mit *Handlungsmöglichkeiten* zu tun. Somit ist es in subjektwissenschaftlicher Herangehensweise ausgeschlossen, von einem *Standpunkt dritter*

Person aus (immer implizit normative) Aussagen darüber zu machen, wie Individuen angesichts ihrer »Arbeitslosigkeit« handeln und sich befinden. Ebenso ist die Feststellung, Arbeitslose handelten und befänden sich »häufig« oder »meist« so und so, vielleicht im soziologischen oder politologischen, aber nicht im subjektwissenschaftlichen Bezugssystem sinnvoll: Wie *häufig* mein Handeln/Befinden auch noch bei anderen auftritt, ist für je mich, da ich immer *nur einer* bin, nicht relevant — es sei denn, daß derartige Häufigkeiten selbst wieder als subjektive Realität für mich bedeutungsvoll, d.h. ein Aspekt meiner Handlungsmöglichkeiten sind. Wie ich mit meiner Arbeitslosigkeit handelnd umgehe, dies liegt letzten Endes ausschließlich bei mir selbst, wobei auch nur für je mich, also vom *Standort erster Person* aus, (potentiell) ausmachbar ist, wie ich mich dabei psychisch befinde. Wenn man all dies leugnen will, so kann man nicht gleichzeitig von menschlichem Bewußtsein im Sinne des bewußten »Verhaltens-Zu« reden.

Auch wenn das Ergreifen/Zurückweisen von Handlungsmöglichkeiten/Alternativen dem Subjekt überlassen bleibt, ist es *für das Subjekt selbst von jeweils seinem Standort keineswegs beliebig oder gleichgültig, wie es angesichts bestimmter Handlungsmöglichkeiten handeln wird. Es handelt vielmehr stets und notwendig im Einklang mit seinen eigenen Lebensinteressen und -bedürfnissen, wie diese von ihm selbst wahrgenommen werden*, d.h. es handelt in diesem Sinne subjektiv »begründet«. Die Voraussetzung, daß sich *niemand bewußt selbst Schaden oder Leiden zufügen kann*, ist psychologisch unanzweifelbar — es handelt sich hier mithin um (wie wir es ausgedrückt haben) das einzige *materiale bzw. synthetische Apriori der Individualwissenschaft*. — In der Entwicklung und Ausführung des an dieser Stelle in meine Überlegungen eingeführten Konzepts der *subjektiven Handlungsgründe* haben wir den umfassenden *Zusammenhang zwischen der subjektiv-aktiven Verfügung des Individuums über seine Lebensumstände* (damit die Quellen der Bedürfnisbefriedigung) und seiner erfahrenen *subjektiven Lebensqualität/Angstfreiheit* herausgearbeitet. *Subjektiv »begründete« Handlungen wären demnach solche, mit welchen das Individuum mit der Erhaltung/Erweiterung der Verfügung über seine Lebensumstände seine subjektive Lebensqualität/Bedürfnisbefriedigung erhalten bzw. erweitern kann*. Die jeweiligen *Bedeutungskonstellationen* als objektive Handlungsmöglichkeiten/-beschränkungen/-widersprüche gehen dabei unserer Konzeption nach als *Prämissen in die bedürfnisbezogenen Handlungsbegründungen des Subjekts ein, d.h. es handelt stets so, daß im Rahmen gegebener Handlungsmöglichkeiten/-beschränkungen/-widersprüche* — wie z.B. der Bedeutungskonstellation der »Arbeitslosigkeit« (in lage- und positionsspezifischer Besonderung) — seine subjektive Daseinsverfügung/Lebensqualität sicherbar bzw. erweiterbar erscheint. In diesem Sinne subjektiv »begründete« Handlungen sind im Prinzip bei In-Rechnung-Stellung der jeweiligen Handlungsprämissen und des geschilderten Interessen-/Bedürfnisbezuges auch von anderen als *für je dieses Subjekt »begründet«* zu erfassen bzw. zu rekonstruieren, also in diesem Sinne (potentiell oder tatsächlich) *intersubjektiv »verständlich«*. — Aus diesen Darlegungen wird hervorgegangen sein, daß die Handlungen auch durch ihre subjektive »Begründetheit/Verständlichkeit« in gewissem Sinne als *determiniert* zu betrachten sind, aber nicht »von außen« determiniert durch die Umweltgegebenheiten, »Reizbe-

dingungen« o.ä., sondern determiniert vom Standpunkt des Subjekts aus dessen genuinen Lebens- und Verfügungsinteressen mit den gegebenen Daseinsumständen/Bedeutungskonstellationen als vermittelnden »Prämissen« für Art und Grad ihrer Realisierbarkeit. (Nur auf Grund dieses Determinationszusammenhangs ist hier ein Ansatz für subjektwissenschaftliche Analysen gegeben.)

IV. Von der Wirkungs- zur Erfahrungsanalyse der Arbeitslosigkeit

Mit dem Konzept der *subjektiven Handlungsgründe* haben wir also (über die Ebene der Fassung gesellschaftlicher Verhältnisse als Bedeutungen/Handlungsmöglichkeiten hinaus) eine *weitere Vermittlungsebene* zwischen objektiver gesellschaftlicher Realität und individueller Subjektivität herausgearbeitet. Da es hier um die kategoriale und theoretische Klärung der Vermittlungen zwischen Bedeutungen und konkreten Handlungen/Befindlichkeiten der Subjekte geht, hat diese Ebene systematisch den gleichen Stellenwert wie die traditionell-psychologischen Kategorien/Theorien zur Erfassung der Vermittlungsinstanzen/-prozesse zwischen »Reiz« und »Reaktion« o.ä. (das Bedeutungskonzept ist ja, wie dargestellt, die subjektwissenschaftliche Alternative zum traditionellen Reizkonzept). Der *systematisch zweite Schritt* subjektwissenschaftlicher Herangehensweise nach der geschilderten »Bedingungsanalyse« wäre demnach die »Begründungsanalyse« von Handlungen vom verallgemeinerten Standpunkt des Subjekts. Für die wissenschaftliche Möglichkeit und Notwendigkeit einer solchen Begründungsanalyse ist aber vorausgesetzt, daß für das Subjekt *nicht von vornherein »offensichtlich« ist, welche Handlungsweise bei einer gegebenen Bedeutungskonstellation/Prämissenlage aus seinen Lebens- und Verfügungsinteressen begründet ist*: Wenn das Subjekt stets schon selbst weiß, was es in einer bestimmten Lebenslage etc. in seinem Interesse begründeter- bzw. verständlicher Weise zu tun hat, ist jede subjektwissenschaftliche Analyse unmöglich/-nötig. So sind also *subjektwissenschaftliche Forschungsfragen nur soweit gewinnbar, wie mit Bezug auf ein bestimmtes Problem die Voraussetzung der systematischen Unklarheit des subjektiv erfahrenen Zusammenhangs zwischen Lebensinteressen, Daseinsumständen und daraus zu begründenden Handlungen* berechtigt, also die *Notwendigkeit einer subjektwissenschaftlichen Strukturanalyse von Begründungszusammenhängen vom verallgemeinerten Standpunkt des Subjekts* ausweisbar ist. Das gilt auch für den Bedeutungskomplex »Arbeitslosigkeit«.

Wir haben als kategoriale Grundlage für die Klärung dieser Problematik das mit dem Subjektstandpunkt notwendig mitgegebene *Verhältnis zwischen der unmittelbaren Lebenswelt des Individuums und der gesamtgesellschaftlichen Vermitteltheit seiner Existenz* herausgearbeitet: Jedes Individuum bewältigt sein Dasein in der von seinem Standpunkt aus zugänglichen und darauf zentrierten unmittelbaren Lebenswelt, wobei die dergestalt dem Subjekt »zugewandten« Mikrostrukturen gesellschaftlicher Bedeutungszusammenhänge zunächst bestimmte Handlungsbegründungen »nahelegen«, in denen allein die hier gegebenen Verfügungs- und Befriedigungsmöglichkeiten berücksichtigt sind. Nun lassen aber — da die unmittelbare Lebenswelt ja selbst wieder eine abhängige

Teilstruktur gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse ist — wesentliche Handlungsbeschränkungen und -widersprüche, obwohl innerhalb der Lebenswelt gegeben, sich nicht durch Handlungen in diesem Rahmen überwinden. Sie sind nämlich besondere Niederschläge bzw. Erscheinungsformen übergreifender gesellschaftlicher Beschränkungen und Widersprüche und erfordern demnach zu ihrer Aufhebung im Lebensinteresse des Subjekts die *Erweiterung der Verfügung über die unmittelbare Lebenswelt hinaus*. Damit gerät das Subjekt aber innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft mindestens potentiell mit jenen *ökonomisch-politischen Machtinstanzen bzw. deren Repräsentanten* in Konflikt, in deren Interesse die Aufrechterhaltung der Beschränkungen menschlicher Handlungs-/Lebensmöglichkeiten ist, wie sie der Erweiterung der Verfügung/Lebensqualität des Subjekts jeweils entgegenstehen. Damit schließt die Verfügungserweiterung in Überschreitung der unmittelbaren Lebenswelt stets in irgendeiner Form das Risiko existentieller Bedrohung auch der noch verbleibenden Handlungs-/Lebensmöglichkeiten ein.

Auf Grund dieser Darlegungen läßt sich nun vielleicht deutlich machen, daß in einer psychologischen Wissenschaft vom (verallgemeinerten) Standort des Subjekts nicht wiederum individuelle Subjekte der Forschungsgegenstand sein können. Vom Subjektstandort aus ist vielmehr die »Welt«, wie sie dem Subjekt gegeben ist, der Gegenstand der Forschung. Damit gehen wir in gewisser Weise hinter die »funktionalistische« Bestimmung von »anderen Menschen« als Gegenstand der Psychologie auf die *Wundtsche Auffassung* zurück, die Psychologie habe es mit der *unmittelbaren Erfahrung* zu tun, wobei allerdings, anders als bei Wundt, das *Verhältnis* zwischen Unmittelbarkeit und gesamtgesellschaftlicher Vermitteltheit subjektiver Welt- und Selbsterfahrung unser zentrales Thema ist. — Da wir uns somit nicht mit anderen Menschen beschäftigen, liegen auch *Charakterisierungen, Einteilungen, Typisierungen* von Menschen außerhalb des subjektwissenschaftlichen Ansatzes. Charakterisiert, typisiert, u.U. auch eingeteilt werden von uns vielmehr *gesellschaftliche Grundkonstellationen der Unmittelbarkeitsverhaftetheit* und ihrer *Durchbrechbarkeit* auf der Ebene von *Bedeutungskonstellationen, Begründungsmustern und psychischen Funktionsausprägungen*, also (wie wir uns ausdrücken) *typische Möglichkeitsräume* oder kurz: *Möglichkeitstypen*. Zur allgemeinen Kennzeichnung des Verhältnisses der individuellen Subjekte zu solchen Möglichkeitstypen haben wir das Konzept der *Selbstsubsumtion* eingeführt. Ein Subjekt muß demnach (unter Zuhilfenahme subjektwissenschaftlicher Begriffe/Verfahrensweisen) *selbst entscheiden*, wie weit es von einem *bestimmten Möglichkeitstyp mitbetroffen* ist, wieweit es also die darin angebotenen Mittel zur *Aufschlüsselung seiner unmittelbaren Welt- und Selbsterfahrung für sich nutzen* kann.

Mit dem Wechsel von der »Wirkungs«- zur »Erfahrungs«-Analyse ist die Ebene konkreter Forschungsfragen noch nicht erreicht. Dazu müßten vielmehr jeweils bestimmte gesellschaftliche Bedeutungskonstellationen aufweisbar sein, in denen einerseits »Arbeitslosigkeit« in irgendeinem Sinne der wesentliche Aspekt der Einschränkung individueller Handlungsmöglichkeiten ist und andererseits typische Formen der Unmittelbarkeitsverhaftetheit von Handlungsbegründungen anzunehmen sind, deren verallgemeinerte begriffliche Fassung und

exemplarische praktische Durchdringung zugleich im Verfügungs-/Lebensinteresse der Betroffenen liegt.

V. »Personalisierungen« von Arbeitslosigkeit und ihre Durchdringung

Da die Bedeutungskonstellationen der unmittelbaren Lebenswelt zunächst nur soweit zur Erfahrung werden, wie sie von jeweils meinem Standort aus zugänglich und strukturiert sind, wird auch »Arbeitslosigkeit« in diesem Rahmen für mich nur in ihren *unmittelbar personen- bzw. interaktionszentrierten Aspekten* erfahrbar: »Arbeitslosigkeit« bedeutet, »ich habe keine Arbeit« und in meinen Interessen »begründete« Handlungen sind demgemäß solche, durch die ich einen Arbeitsplatz gewinnen kann. Da es — auch in meinem Qualifikationsbereich — immer offene Stellen gibt, hängt es von mir ab, wieweit ich bei der Bemühung um eine dieser Stellen mich gegenüber den anderen, die hier mit mir konkurrieren, behaupte —, und so geschehen bin ich, wenn ein anderer die Stelle erhält, »selbst schuld«. Zwar hängt es von der Menge der Arbeitsplätze und der Anzahl der Konkurrenten ab, wie groß meine »Chancen« sind, Arbeit zu finden: Dennoch ist es an mir, die — wie immer geringen — Chancen wahrzunehmen oder dabei zu scheitern. Da es sich hier um ein Begründungsmuster von *je* meinem Standort aus handelt, erfahre ich nicht nur meine Arbeitslosigkeit, sondern ebenso diejenige anderer »zunächst« in diesem Bedeutungs-/Begründungszusammenhang, strukturiere also auch als (aktuell) »Unbetroffener« danach meine sozialen Erfahrungen etc. — Diese unmittelbar lebensweltliche Erfahrung von »Arbeitslosigkeit« ist damit jedoch in ihrer Personen- und Interaktionszentriertheit keineswegs notwendig auch schon *unmittelbarkeitsverhaftet*, sondern ein durchaus realistischer Rahmen für der Möglichkeit nach »begründetes« Handeln. (So geht der in einer Diskussionszusammenfassung auf unserem zweiten Kongreß »Kritische Psychologie 1979« von Maiers/Markard [1980b, 113] dokumentierte Konsens, »Einigkeit bestand darin, daß Arbeitslosigkeit nicht durch Selbstverschulden der Betroffenen zustandekommt«, in derart generalisierter Form mit Sicherheit an der Sache vorbei.). Zur Unmittelbarkeitsverhaftetheit kommt es erst, soweit (wie dargestellt) der konflikthafte Ausgriff des Handelns in gesellschaftliche Verhältnisse jenseits der unmittelbaren Lebenswelt als *Handlungsmöglichkeit* ausgeklammert/unterdrückt und so in »deutendem« Denken die *doppelte Möglichkeit* interessenbegründeten Handelns eliminiert ist (vgl. Holzkamp 1983, 386ff.). Damit würde der *gesamtgesellschaftliche* Entstehungs- und Wirkungszusammenhang der Arbeitslosigkeit »nach dem Muster« *unmittelbaren personal-sozialen »Verschuldens«* strukturiert, d.h. die gesellschaftliche Bedingtheit der globalen Möglichkeits-, d.h. Freiheitsbeschränkungen, durch die ich *gezwungen* bin, mich mit anderen permanent in Konkurrenz um Arbeitsplätze zu setzen, und durch die mein »Mißerfolg« programmiert und mein »Erfolg« bedroht ist, bliebe unberücksichtigt. Auf diese Weise verkürzt sich die dargestellte Personenzentriertheit der unmittelbaren Begründungsmuster zur *Personalisierung* (ebd., 390ff.). Da hier die herrschenden Kapitalinteressen, auf Grund derer »Arbeitslosigkeit« als permanente Krisenerscheinung hinzunehmen bzw. (als Druckmittel auf die Beschäftigten, zur Schwächung der Arbeiterbewe-

gung etc.) sogar »notwendig« ist, unsichtbar bleiben, wird eine solche Personalisierung durch das Kapital und dessen (»wissenschaftliche«, publizistische o.ä.) Propagandisten, wo immer angängig, *ideologisch verallgemeinert und befestigt*, um so die Handlungsmöglichkeiten der Betroffenen auf das »Naheliegende« zu reduzieren etc. (vgl. dazu etwa Wacker 1978, 20ff.). — Unter diesem Aspekt der »Unmittelbarkeitsverhaftetheit« bestimmt sich die *Unmittelbarkeitsdurchbrechung* als *begreifend-praktische Gewinnung/Rückgewinnung* der zweiten Möglichkeit des handelnden Ausgriffs zur Schaffung von Verhältnissen, unter denen »Erfolg« auf Kosten anderer, persönliches Versagen und Konkurrenzförmigkeit sozialer Beziehungen nicht mehr die Daseinsbewältigung und -erfüllung in meiner unmittelbaren Lebenswelt beschränken und zersetzen. Nur wenn ich so über eine grundsätzliche »Alternative« verfüge, kann ich mich auch zur »ersten Möglichkeit« bewußt »verhalten«, d.h. in der personenzentrierten Bewältigung meiner Arbeitslosigkeit gleichzeitig die Handlungsmöglichkeiten erkennen und realisieren, durch welche *gesellschaftliche Arbeitslosigkeits-Verhältnisse* *änderbar* sind, und so auch begreifen, wo hier der Versuch *bloß »individueller« Lösungen* im Rahmen der gegebenen Beschränkungen/Widersprüche, also quasi das Streben nach »Arbeit um jeden Preis«, *nicht mehr aus meinem wirklichen Lebensinteresse begründet* werden kann.

Ein weiteres Kennzeichen der Personen- und Interaktionszentriertheit von Erfahrungen innerhalb der unmittelbaren Lebenswelt ist der Umstand, daß hier *Antagonismen und Widersprüche* nur in der Form von *Konflikten zwischen Personen* gegeben sind. Sofern diese Erfahrungen in unmittelbarkeitsverhafteter Weise auf die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse hin universalisiert werden, kommt es zur *Lateralisierung* von gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnissen, indem hier *unterschiedliche Grade der Betroffenheit*, die durch die *gesellschaftliche Unterdrückung induziert* sind, genuin als *Interessenwidersprüche zwischen den Betroffenen* erscheinen und zu entsprechenden Konflikten führen: So etwa, wenn Verhältnisse, unter denen jeder, der einen Arbeitsplatz hat, diesen einem anderen »wegnehmen« muß, als *unmittelbarer Interessengegensatz zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen* »personalisiert« werden. Auch hier ist zu verfolgen, wie solche Lateralisierung, da in ihnen die mit Kapitalinteressen verflochtenen gesellschaftlichen Arbeitslosigkeits-Verhältnisse ausgeklammert sind, von den Propagandisten des Kapitals *ideologisch verallgemeinert/abgestützt* werden. Dabei denke ich etwa an die von der FAZ eingeführte Sprachregelung, den Arbeitslosen die *Arbeitbesitzenden* gegenüberzustellen, die — auch auf Grund der gewerkschaftlichen Politik der Arbeitsplatzsicherung — auf ihren Arbeitsplätzen hocken und die Arbeitslosen nicht »ranlassen«.

Die unmittelbare Lebenswelt ist in ihrer Personen- und Interaktionszentriertheit gleichzeitig charakterisiert durch direkte, quasi »ökonomischste« *Verknüpfungen zwischen Ereignissen/Prozessen*, wobei keine Bedingungen »jenseits« oder »hinter« den Erscheinungen angenommen werden, sondern lediglich die *anschaulich gegebene Information optimal ausgenützt* wird, so daß jeweils »einfachste Zusammenhänge« unter Voraussetzung *begrenzter, invarianter Ressourcen* herausgehoben sind (vgl. Holzkamp 1983, 388ff.). Die gemeinsame Existenzsicherung ist so — quasi nach Art naturwüchsig »familialer« *Beziehungen*

— als ein Miteinander-Auskommen durch Auskommen mit den vorhandenen Ressourcen, also in irgendeinem Sinne »gerechtes« *Teilen* o.ä. strukturiert. Sofern nun in unmittelbarkeitsverhafteter Weise auch *gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge* gedeutet werden, könnte sich hinsichtlich der Entstehung und Überwindbarkeit von »Arbeitslosigkeit« etwa folgender typischer Begründungszusammenhang ergeben: Arbeitslosigkeit entsteht dadurch, daß »nicht genug Arbeit da« ist. Deswegen muß man die verbleibende Arbeit (wie das Brot zwischen Familienmitgliedern) »gerecht« teilen, wobei man, wie stets in Zeiten des Mangels, »den Gürtel enger schnallen« und sich einschränken muß, damit man wieder auf »den grünen Zweig kommt«. Durch die kurzschlüssige Wahrnehmung einer Korrespondenz zwischen vorhandener Arbeits- und Geldmenge erscheint daher Lohnverzicht bzw. Lohnteilung als »selbstverständliches« Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit im Interesse »aller«. *Sparsamkeit* als Tugend des treusorgenden Familienvaters wird so zur plausiblen Maxime, wobei evident ist, daß dabei »jeder bei sich anfangen« muß. Die in solchem »familialen« Denken wiederum — in anderer Wendung — vollzogene *Rückverweisung der Verantwortlichkeit für die Arbeitslosigkeit und deren Überwindung auf die Betroffenen*, damit Ausblendung der praktischen Kritik an der gesamtgesellschaftlichen Ursache/Funktion von Arbeitslosigkeit, fordert die Sprecher des Kapitals auch hier zu einer *ideologischen Erhöhung und Festigung* des unmittelbarkeitsverhafteten, »deutenden« Denkens heraus: So wird in der FAZ (vom 18.9.84) ein Betrieb lobend hervorgehoben, in welchem die Mitarbeiter die Finanzierung von Lehrstellen nicht dem Firmeninhaber oder dem Staat überlassen, sondern aus eigener Tasche übernehmen. Charakteristisch ist in diesem Kontext die *Umfunktio- nierung des Begriffs »Solidarität«*, indem (von Ernst Günter Vetter, FAZ v. 30.4.84) die angesichts der Massenarbeitslosigkeit nunmehr erforderte »neue Solidarität« herausgestellt wird: Nicht die Solidarität der Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalmacht, sondern die »Solidarität« zwischen Arbeitern mit und ohne Arbeitsplatz, die z.B. bedeutet, daß die Gewerkschaften im (vorgeblichen) Interesse der Arbeitslosen sich mit ihren Lohnforderungen zurückhalten müssen. In die gleiche Richtung argumentieren übrigens auch kirchliche Kreise, so Kardinal Höffner mit einem Appell im *Tagesspiegel* (23.2.85) unter der Überschrift: »Arbeitsstunden an Arbeitslose abtreten. Arbeitsplatzbesitzer zu neuen Formen der Solidarität aufgefordert«, wobei die entsprechende Lohnteilung natürlich immer mitgemeint ist. Es geht dem »unmittelbaren Denken« spontan »gegen den Strich«, daß angesichts der Massenarbeitslosigkeit das (doch in naturwüchsigen Lebensgemeinschaften selbstverständliche) *Teilen* — hier von Arbeit und Geld — *kein* gangbarer Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit im Interesse der Betroffenen sein könnte.

* * *

Mit dem damit skizzierten subjektwissenschaftlichen Herangehen an »Arbeitslosigkeit« ist im Prinzip die *Behandlung keines der Probleme*, die sich die *traditionelle Arbeitslosigkeitsforschung* gestellt hat, *ausgeschlossen* — auch nicht Probleme des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und subjektivem *Leiden*, psychischer *Symptomatik* (wie Depressivität), einschließlich möglicher Therapiebedürftigkeit. Allerdings wird das »Leiden« den Arbeitslosen hier nicht als

»Wirkung« ihrer Arbeitslosigkeit verordnet: Ob und wie jemand leidet, dies kann (bestenfalls nur jeweils er selbst wissen, und so kann gegebenenfalls auch nur letztlich *je »ich selbst«* entscheiden, wieweit durch ein subjektwissenschaftlich herausgearbeitetes Bedeutungs-/Begründungsmuster mit den Möglichkeitseinschränkungen der »Arbeitslosigkeit« als bestimmendem Moment *mein Leiden aufschlüsselbar* ist, so daß ich u.U. durch *Einbringen der speziellen Vermittlungsebenen zwischen meiner individuellen Leidenserfahrung und den gesellschaftlichen Beschränkungen/Widersprüchlichkeiten von »Arbeitslosigkeit«*, wie sie im zur Frage stehenden »Möglichkeitstyp« konzeptualisiert sind, zu dessen *theoretischer Differenzierung beitragen* kann (vgl. hierzu Holzkamp 1983, Kap. 9, bes. 550ff.). Auch »psychische Symptome« folgen keineswegs zwangsläufig aus (wie immer lage- und positionsspezifisch zugespitzten) Arbeitslosigkeits-Verhältnissen. Wenn ich also den Versuch mache, meine psychische Symptomatik (etwa meine Depression) für mich von meiner »Arbeitslosigkeit« her faßbar zu machen, so heißt dies unter subjektwissenschaftlichen Vorzeichen stets, die *Erscheinungsformen von Unmittelbarkeits-Verhaftetheit*, durch welche ich mich zu meiner Arbeitslosigkeit *nicht bewußt »verhalten«*, sondern nur »*symptomatisch«* auf sie »reagieren« kann, zu durchdringen/überwinden, um so gleichzeitig die Voraussetzungen ihrer Überwindbarkeit exemplarisch aufzuweisen. Dabei kann (insbesondere sofern in dem theoretisch konzeptualisierten Möglichkeitstyp besonders gravierende Handlungseinschränkungen samt deren ideologischer Individualisierung und Mystifizierung etc. angenommen sind) zu diesen Voraussetzungen gehören, daß — wenn meine Symptomatik wieder in meine Verfügbarkeit überführt und damit meine blinde Involviertheit in meine (durch Arbeitslosigkeit bestimmte) Lebenssituation überwindbar sein soll — ich dazu *therapeutischer Hilfe* bedarf. Soweit der übergeordnete Möglichkeitstyp auf diese Voraussetzung hin spezifiziert ist, können dann *im Prinzip auch andere entscheiden*, wieweit sie sich dem subsumieren können, also sich als »*therapiebedürftig«* einschätzen müssen. »Psychologische Therapie als Weg von der blinden Reaktion zur bewußten Antwort auf klassenspezifische Lebensbedingungen in der bürgerlichen Gesellschaft ...« (Vgl. Holzkamp/H.-Osterkamp 1977)

Literaturverzeichnis

- Aiken, M., L.A. Ferman und H.L. Sheppard, 1968: Economic failure, alienation and extremism. Ann Arbor
- Fryer, D., und J. Hartley, 1983: Psychological approaches to unemployment. University of Sheffield, Memo 506
- Fryer, D., und R.L. Payne, 1983: Pro-activity as a route into understanding psychological effects of unemployment. University of Sheffield, Memo 540
- Hoffmann, P., und A. Langwieler, 1974: Noch sind wir da! Arbeiter im multinationalen Konzern. Hamburg
- Holzkamp, K., 1983: Grundlegung der Psychologie. Frankfurt/M. (Studienausgabe 1985)
- Holzkamp, K., und U. H.-Osterkamp, 1977: Psychologische Therapie als Weg von der blinden Reaktion zur bewußten Antwort auf klassenspezifische Lebensbedingungen in der bürgerlichen Gesellschaft. In: Kappeler, M., K. Holzkamp und U. H.-Osterkamp, Psychologische Therapie und politisches Handeln. Frankfurt/M., 148-293

- Lazarsfeld, P.F., M. Jahoda und H. Zeisel, 1960: Die Arbeitslosen von Marienthal. Allensbach/Bonn (1. Aufl. 1933)
- Maiers, W., und M. Markard, 1980a: Probleme der individual-wissenschaftlichen Perspektive auf die gesellschaftliche Massenerscheinung Arbeitslosigkeit. In: dies. (Hrsg.): Lieber arbeitslos als ausgebeutet? Ber. 2. Internat. Kongr. Krit. Psychol., Bd.2, Köln, 93-108
- dies., 1980b: Diskussionsprotokoll. In: dies. (Hrsg.), Lieber arbeitslos als ausgebeutet? Ber. 2. Internat. Kongr. Krit. Psychol., Bd.2, Köln, 109-120
- Markard, M., 1984: Einstellung — Kritik eines sozialpsychologischen Grundkonzeptes. Frankfurt/M.
- Mohr, G., und M. Frese, 1978: Arbeitslosigkeit und Depression. Zur Langzeitarbeitslosigkeit älterer Arbeiter. In: Wacker, A. (Hrsg.), Vom Schock zum Fatalismus? Frankfurt/M., 179-193
- Müller-Limmroth, W., 1976: Die psychophysischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. In: WSI-Mitteilungen II, 671-674
- Paulus, W., 1985: Bewältigungsstrategien von Arbeitslosigkeit. Das Beispiel Arbeitslosenselbsthilfegruppen. Diplomarbeit am Psychologischen Institut der FU Berlin
- Projekt Subjektentwicklung in der frühen Kindheit (SUFKI), 1984: Theoretische Grundlage und methodische Entwicklung der Projektarbeit. In: Forum Kritische Psychologie 14 (Argument Sonderband AS 114), 56-81
- dass., 1985: »Subjektentwicklung in der frühen Kindheit«: Der Weg eines Forschungsprojekts in die Förderungsunwürdigkeit. In: Forum Kritische Psychologie 17 (Argument-Sonderband AS 132), 41-125
- Teulings, A., 1973: Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den Niederlanden. In: Jacoby, O., u.a. (Hrsg.), Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch. Frankfurt/M., 242-257
- Wacker, A. (Hrsg.), 1978: Vom Schock zum Fatalismus? Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. Frankfurt/M.
- dies., 1983: Differenzielle Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit — Anmerkungen zur aktuellen Situation in der Arbeitslosenforschung. Probleme des Klassenkampfes (PROKLA) 53 (Dez.), 77-88
- Zawadsky, B., und P. Lazarsfeld, 1935: The psychological consequences of unemployment. Journal of Social Psychology 6, 224-251



DER
WIDERSPENSTIGEN
LÄHMUNG

**Frigga Haug/Kornelia Hauser (Hrsg.)
Der Widerspenstigen Lähmung
Kritische Psychologie der Frauen 2**

Weibliche Lebensplanung, Krankheiten, Sprechen und Widerspruchsverhalten — das sind die Bereichsstudien dieses Bandes. Durch alle Beiträge zieht sich wie ein roter Faden die Frage nach Politikfähigkeit, dem politischen Eingriff, dem individuellen Verhältnis der Frauen zur Regelung der Gesellschaft: Schlüsselfragen für die Aufhebung der Frauenunterdrückung wie für die Vermenschlichung von Gesellschaft überhaupt.

Argument-Sonderband AS 130, 180 S.
18,50 DM/für Stud. 15,50 DM (Abo: 16,50/13,50)

Helmut Thielen

Agrarreform und Ökologie in Nicaragua

Die Bilder des sozialen Kampfes
verflechten sich mit den Zeichen der Natur.
(Jorge Carrera Andrade)

Nicaragua steht nach wie vor im Zentrum öffentlicher Auseinandersetzungen. Während in vielen Ländern Initiativen existieren, die den Überlebenskampf Nicaraguas unterstützen, kennzeichnete Noam Chomsky die Politik seines Landes so:

»Den USA ist es gleichgültig, ob ein Land eine formale Demokratie hat oder nicht. Was sie allein interessiert ist, ob es sich dem USA-dominierten Weltsystem unterwirft oder nicht ... Aber wenn ein Land beginnt, seine Ressourcen für die eigene Bevölkerung zu verwenden, dann muß es zerstört werden.« (Dietrich 1986, 18)

Das Beispiel könnte Schule machen, und das gilt es zu verhindern:

»In jeder Phase war es die Strategie der Contras, Angst und Schrecken unter der Bevölkerung zu verbreiten ... Der Terror sollte verhindern, daß die Regierung ihre neue soziale Infrastruktur auf die vernachlässigten Regionen im Inneren des Landes ausweiten konnte.« (Riedl 1986, 26)

In einem über Jahrhunderte durch spanische, englische und nordamerikanische Interessen der Unterentwicklung ausgesetzten Land von der Größe der halben Bundesrepublik, mit circa drei Millionen Bewohnern dünn besiedelt, in dem nahezu die Hälfte der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeitet, die ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts und mehr als drei Viertel des Exports produziert, ist Agrarreform der entwicklungspolitische Schlüsselbegriff, in dem sich alle Konzepte und Maßnahmen der Veränderung verdichtet haben. Daß mit den überkommenen ökonomischen gravierende ökologische Probleme vorlagen, begründet die Notwendigkeit einer angepaßten Ressourcennutzungs-Politik. Dem entsprechen bisher bemerkenswerte und entwicklungsfähige ökologische Ansätze innerhalb der Agrarreform. Eine Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung seit 1979 sollte daher von der Kenntnis der landwirtschaftlichen und ökologischen Probleme und den dafür entwickelten Lösungen ausgehen.

Phasen und Ergebnisse der Agrarreform

Zu Recht bezeichnet das Zentralamerikanische Institut für Geschichte (IHCA, 51/1985, 31f.) die sandinistische Agrarreform als vergleichsweise konservativ. Dies zeigt sich in einer begrenzten Landverteilung, der bis heute unverändert großen Rolle der Privatwirtschaft, der Vielfalt der Eigentums-, v.a. der Genossenschaftsformen und einer realistischen, experimentellen, auf Freiwilligkeit beruhenden Vorgehensweise. Drei Stufen lassen sich unterscheiden:

- 1979 bis 1981 die Konsolidierung der entwicklungspolitischen Institutionen und Rahmenprogramme sowie des Staatseigentums;
- 1981 bis 1984 die Förderung der Genossenschaften;
- seit 1985: beschleunigte Landvergabe an Kleinbauern und Bevorzugung privater Familienbetriebe.

Die erste Phase der Reform hatte das zentrale Problem des wichtigen Kleinbauernsektors noch nicht gelöst, zu wenig oder zu schlechte Böden unterm Pflug zu haben. Daher begann die zweite Phase mit dem Agrarreformgesetz vom 19.7.1981. Seinen Inhalt kann man in folgende Kernpunkte zusammenfassen:

(1) Allen Großgrundbesitzern, den schon verstaatlichten Somoza-Clan ausgenommen, wurde unterstellt, daß sie durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zur nationalen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen würden. Um die Produktion nicht zu behindern und Minifundienbildung als Vorstufe erneuter Bodenkonzentration zu vermeiden, war eine Besitzaufteilung nicht vorgesehen.

(2) Für allen Bodenbesitz unter 350 ha bzw. unter 700 ha war jede Enteignung ausgeschlossen worden.

(3) Darüber liegendes Eigentum konnte nur enteignet werden, wenn es vom Besitzer verlassen oder seit mindestens zwei Jahren nicht mehr bewirtschaftet wurde oder zu mindestens 25 % brachlag oder gänzlich verpachtet war, oder wenn es tatsächlich, jedoch ohne Eigentumsrechte, von Genossenschaften oder kleinen Einzelbauern genutzt wurde bzw. durch Besiedelung von ihnen erschlossen worden war. (Fürst u.a. ²1985, 91f., Thielen 1985, 215f.)

Die Sozialbindung des Privateigentums am Boden beinhaltet folgende Pflichten: Privatland ist vererbbar, aber nicht teilbar und nicht verkäuflich (Kontrolle des Bodenmarktes, um einerseits Zersplitterung, andererseits Konzentration zu vermeiden); die Nutzung unterliegt den rahmensetzenden Plänen und technischen Normen des Ministeriums; persönlicher Arbeitseinsatz ist gefordert, mit Genehmigung dürfen darüber hinaus Lohnarbeiter eingestellt werden (Thielen 1985, 221). Die Landenteignung und -verteilung geschieht in einem geordneten Verfahren: Kleinbauern und Landarbeiter eines Gebietes beantragen beim Regionalministerium die Enteignung der nach ihrer Auffassung unter das Gesetz fallenden Ländereien. Stimmt die Behörde zu, entschädigt der Staat die Eigentümer zum Bodenwert ihrer letzten Grundsteuerveranlagung. Vor Agrargerichten haben die Großen Einspruchsmöglichkeiten. In Ausnahmefällen zahlt der Staat zusätzlich eine unterhaltssichere Rente. Lokale Agrarreformräte untersuchen nun die Bodengüte, vergleichen mit den Anforderungen von Entwicklungsplänen, prüfen und sichern das Vorhandensein der notwendigen Bedingungen und legen dann die neuen Bodennutzungskonzepte fest. Erst danach werden die neuen Eigentumsurkunden ausgehändigt (Fürst u.a. ²1985, 93f.).

Eine Reihe politischer Ereignisse im Departament Masaya — (der Marsch der 25000 vom Februar 1980, eine Demonstration im Herbst 1981 von 2000 Bauern in der Stadt für radikalere Landverteilung, eine Manifestation von 1200 Familien, die Güter des Baumwollproduzenten Bolaños zu enteignen, schließlich der unterdurchschnittliche Stimmenanteil der FSLN bei den Novemberwahlen 1984 auf dem Lande) — veranlaßten lokale Funktionäre von FSLN, UNAG und ATC zusammen mit den für die Region Verantwortlichen des Ministeriums im Mai und Juni 1985 erstmals, mehr Land an Einzelbauern als an Produktionsgenossenschaften zu vergeben. Dies war der Beginn einer dritten Phase der Landreform, in der zunehmend die individuellen Kleinbauern gefördert werden (IHCA 51/1985, 34f.). Insgesamt kaufte die Regierung 1985 ca. 340 Großbesitztümer,

verzichtete also auf die Anwendung des Gesetzes, um politische Konflikte zu vermeiden, und verteilte sie an Kleinbauern (ann [die nicaraguanische Nachrichtenagentur] 3.5.1986). 1986 ging die Bauernbewegung verstärkt weiter: 2000 arme Bauern marschierten am 10.4. durch die Straßen von Masaya mit erhobenen Macheten und Spaten, um vor Beginn der Regenzeit vom Ministerium das benötigte Land zu fordern. 40000 insgesamt meldeten im Frühjahr ihre Landansprüche in den Departaments Boaco und Chontales an. (Barricada 11.4.1986, zit. n. VfLU-UZ 2/1986).

Insgesamt hält die Privatwirtschaft einen unverändert hohen, weit über der Hälfte liegenden Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Zugleich wurde der Großgrundbesitz deutlich reduziert. Damit sicherte sich die Agrarreform das Bodenpotential für die neuen Eigentumsformen, für Staatsbetriebe und Genossenschaften und zunehmend für diejenigen aus der verelendeten Masse der privaten Kleinbauern (Minifundistas), die sich nicht genossenschaftlich organisieren wollen. Der Staatsbesitz ging 1979 bis 1986 um 4 %-Punkte zurück zugunsten der verschiedenen Genossenschaftstypen (s.u.) und der kleinen Einzelbauern. Insgesamt war Ende 1985 ein knappes Drittel der Böden mit neuen Besitztiteln versehen. Das bedeutet aber nicht reale Umverteilung. Denn nur 40 von jeweils 100 Hektar wechselten durch Enteignung den Besitzer; bei 60 wurden lediglich gewohnheitsmäßige Nutzungen durch kleinbäuerliche Siedler und Kolonisten bestätigt. Dennoch kennzeichnet die Reform eine wachsende Dynamik: Waren 1981/82, zu Beginn der gesetzlichen Reform, nur 646 Bauernfamilien begünstigt, so erhielten 1984 schon 1628 neue Ländereien (Thielen 1985, 219f.). Für 1986 gar plante das Ministerium (ann vom 3.5.1986), an 21000 Familien 350000 ha Boden zu verteilen.

Vorrang für Kleinbauern und Genossenschaften?

Vor allem die großen Rindviehzüchter und Baumwollunternehmer haben der Politik einer gemischten Wirtschaft durch Viehschlachtungen, Nicht-Aussäen großer Flächen und Anlagenabbau von Anfang an einen systempolitisch motivierten Widerstand entgegengesetzt.

Die wirtschaftspolitische Strategie der sandinistischen Regierung, zielt darauf, von Export und Import von Gütern und Nahrungsmitteln unabhängiger zu werden. Dazu ist es nötig, bei der Grundbedarfsversorgung weitgehend autark zu werden, damit die so frei werdenden Devisen für den Ankauf von Investitionsgütern genutzt werden können, mit denen die agro-industrielle Weiterverarbeitung und eine an die inländischen Verhältnisse angepaßte Produktion von Landmaschinen gefördert werden kann. Da der Kleinbauern- und Genossenschaftssektor 1981 drei Viertel der landwirtschaftlich aktiven Bevölkerung umfaßte und 80 % der Grundnahrungsmittel für den Inlandbedarf produzierte, ist er von zentraler Bedeutung für den Erfolg dieser Strategie. Hinzu kommt, daß er vergleichsweise rentabel wirtschaftet. Im Unterschied zu den Staatsbetrieben benötigt er geringere Zuwendungen und nutzt sie produktiver. Der Sieg über die Contra hängt zudem wesentlich von der Kooperationsbereitschaft der Campesinos ab, so daß ihre Förderung auch eine politische Überlebensnotwendigkeit

ist. Diese Faktoren dürften die Novellierung des Reformgesetzes von 1986 beeinflusst haben, in dem die Enteignungsmöglichkeiten von der Größe des Grundbesitzes abgekoppelt wurden. Dies sichert dem Ministerium das benötigte Bodenreservoir, um den Landforderungen der Kleinbauern, vor allem in dicht besiedelten Gebieten, nachkommen zu können.

Die Vielfalt der genossenschaftlichen Wirtschaftsformen gehört zu den Besonderheiten der sandinistischen Agrarreform. In CCS (Cooperativas de Crédito y Servicio) beziehen Einzelbauern mit privatem Bodeneigentum gemeinsam die Hilfen der ländlichen Entwicklungsinstitutionen. In CSM (Cooperativas de Surco Muerto) legen die Bauern ihren räumlich zersplitterten Bodenbesitz zusammen, um dadurch gemeinsam zu arbeiten und Geräte zu nutzen. Zu Arbeitskollektiven (Colectivos de Trabajo, CT) schließen sich Saisonarbeiter zusammen, die auf vom Staat oder von Privaten gepachteten Land in der erntefreien Zeit Grundnahrungsmittel für die Selbstversorgung oder für lokale Märkte anbauen. Produktionsgenossenschaften (Cooperativas Agrícolas Sandinistas, CAS) haben gemeinsames Boden- und Produktionsmitteleigentum. Sie verwalten sich selbst über aus ihren Reihen periodisch gewählte Sekretäre für Finanzen, Produktion, Vermarktung, Fortbildung und ggf. Verteidigung (in den vom Contra-Terror betroffenen Gebieten). Die wirtschaftlichen Erfolge des Arbeitens auf eigene Rechnung oder der gemeinsamen Bodenbestellung oder Gerätenutzung machen CSM und Arbeitskollektive oft zu Vorstufen von Produktionsgenossenschaften. Im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Ländern liegt ein entscheidender Vorzug der Sandinistischen Agrarreform darin, staatliche und autonome Fachinstitutionen und Vertretungsorganisationen aufgebaut zu haben. Sie organisieren die Hilfsprogramme zur produktiven Nutzung der veränderten Bodenbesitzstruktur, verbessern die Lebensqualität und wirken bei gesellschaftspolitischen Entscheidungen mit. Die gewerkschaftliche und politische Vertretung der Bauern und Landarbeiter soll hier als Beispiel dienen.

Der Klein- und Mittelbauernverband der Pflanzler und Viehzüchter (UNAG) hatte 1983 40 % seines Sektors organisiert. Die Organe: Basisgruppe, Bezirks-, Regional- und Nationalversammlung, werden nach der Urwahl durch indirekte Wahl von unten nach oben besetzt. Aufgaben der UNAG sind: Zusammenarbeit mit den Kredit-, Handels- und Beratungseinrichtungen, Mitwirkung bei der Bodenreform und Beraterschulung sowie Aufstellen der lokalen Bodennutzungspläne. Dieses Aufgabenspektrum, die organisatorische Unabhängigkeit von der Regierungspartei FSLN, der vergleichsweise hohe Organisationsgrad, schließlich die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der bäuerlichen Basis verleihen der UNAG ein hohes gesellschaftspolitisches Gewicht. Anders liegen die Dinge bei der Landarbeitergewerkschaft ATC. 1982 organisierte sie nur ein Viertel der gesamten Landarbeiterschaft, jedoch 60 bzw. 40 % der Arbeiter in den staatlichen bzw. privaten Großbetrieben. Als Massenorganisation der FSLN ist sie zur Lohndisziplin verpflichtet, baut jedoch den sogenannten Soziallohn aus, verbessert die Mitbestimmung, kontrolliert die Privatunternehmer, ist Verhandlungspartner in allen Arbeits- und sozialen Fragen und betreut betriebliche Einrichtungen wie Kindergärten und Grundbedarfsläden.

Agrarreform und Krieg

Kaum hatten die Organe der sandinistischen Agrarreform begonnen, ihre Hilfsprogramme in die unwegsamen Bergregionen und in die karibischen Tiefländer hineinzutragen, fiel ab 1980 die Contra von Honduras im Norden und Costa Rica im Süden in das durch Unterentwicklung, Erdbeben und Revolutionskrieg ausgeblutete Land ein. Mit demagogischen Behauptungen, wie die Sandinisten glaubten nicht an Gott, injizierten mit den medizinischen Impfkampagnen den Kommunismus und raubten das Bauernland, mit erpresserischem Terror, der Zerstörung von Feldern, Ernten und Infrastrukturen und schließlich durch Dollar-Handgeldzahlungen gelang es ihnen zunehmend, das dünn besiedelte Hinterland politisch-ökonomisch zu destabilisieren: Felder verfielen, Ernten wurden nicht eingebracht, Transportwege wurden unsicher, Maschinenparks, Silos, Schulen, Krankenhäuser wurden zerstört, zivile Fachleute gezielt ermordet. Angst begann die wirtschaftliche Tätigkeit zu beeinträchtigen. Die Leute flüchteten einerseits aus den Bergen in die Täler, in die Städte oder gingen – v.a. Indianer – freiwillig, mit Dollars gekauft oder militärisch gezwungen, in die Trainingslager der die Contra befehligen somozistischen Offiziere und ihrer US-Berater. Durch groß angelegte Umsiedlungsprogramme, denen einerseits alte Agrarreform-Konzepte, andererseits militärstrategische Überlegungen über einen wirksamen Einsatz der speziellen Eingreifbataillone zur Terroristenbekämpfung zugrunde lagen, sucht die Regierung seit Mitte 1984 die soziale Basis der Contra auszutrocknen bzw. erst gar nicht entstehen zu lassen. Schon bis Oktober 1984 wurden 12500 Familien in 154 lokal verteidigbare neu angelegte Dörfer, Asentamientos, umgesiedelt. Insgesamt waren 1985 circa 50000 Bauern von solchen Maßnahmen betroffen.

Nicht nur in der westlichen Presse, sondern auch in Regierung und FSLN-Führung sind diese Maßnahmen äußerst umstritten. Das Kernproblem besteht darin, daß die ursprünglichen agrarwirtschaftlichen Ziele des Programms durch den Zeitdruck und durch kriegsbedingte Ressourcenverknappung überlagert und verfremdet worden sind. Den neuen Siedlungen wurden Expertenteams, Baumaterial und Lebensmittel gestellt, aber dadurch entstanden in den Provinzstädten und sicheren Zonen Lücken an den Arbeitsplätzen und in der Versorgung. Darüber hinaus bewirkt die Umsiedlung, einem FSLN-Papier von Ende 1984 zufolge, Produktionseinbußen und sinkenden Lebensstandard trotz solcher Hilfen: »Dies äußert sich in der Einstellung der vorherigen produktiven Tätigkeit, mangelndem Zugang zu Lohnarbeit, engem Zusammenwohnen, Mangelernährung und völliger Abhängigkeit vom Staat.« (Kröll 1986, 56)

Ferner überfordern diese Massenumsiedlungen die administrative, finanzielle und materielle Kapazität aller betroffenen Ministerien. Schließlich weigern sich etliche Bauern schlicht, sich in die Asentamientos einzugliedern, »weil sie die Umsiedlungen als einen Schritt zur militärischen Organisierung auffassen und weil sie dort in der Regel einer unzureichend angepaßten politisch-ideologischen Rhetorik ausgesetzt sind« (Kröll, 57).

Die Territorialverteidigung gegen Contra-Überfälle basiert auf kleinen schnellen Einheiten des Heeres. Zur ersten Gefahrenabwehr und Unterstützung

existiert eine Art Bauernmiliz, die alle Waffenfähigen beiderlei Geschlechts umfaßt und über einfache Handfeuerwaffen verfügt.

Bis 1981/82 haben sich Lebensstandard und Lebensqualität für breite Schichten verbessert. Bis dahin war es Nicaragua noch gelungen, die Verluste und Schwierigkeiten durch Kreditsperren (seit 1980 z.B. 112 Millionen US-Dollar von multinationalen Institutionen; 48 Millionen DM von der Deutschen Bundesregierung), Handelskrieg und Exportpreisverfall durch Produktionssteigerung, Enteignung von Saboteuren und organisatorischen Verbesserungen der Versorgung aufzufangen. Kaum noch tragbar jedoch sind seither die Lasten des Krieges. Bis 1986 wurden Güter und Anlagen im Gegenwert der gesamten Exportdevisen von zwei bis drei Jahren zerstört, die Verteidigungslasten betrugten 1985 ca. 60 % des Haushaltes. Hinzu kamen Unerfahrenheit sowie technokratische und bürokratische Strukturen. Das Ergebnis ist eine Volkswirtschaft, die sich von einer »Entwicklungsökonomie ... , die unter dem Druck des Krieges steht«, zu einer »Kriegswirtschaft« entwickelt hat (IHCA 45/1985, 5).

Wirtschaftliche Abhängigkeit

Vor der Revolution war die landwirtschaftliche Produktion größtenteils auf den lukrativen Export orientiert: Kaffee, Baumwolle und Viehwirtschaft nahmen die größten Teile der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen ein, Mais und Getreideproduktion wurden in die Berge abgedrängt. Dies hatte auch Folgen für die ökologische Struktur: So wurden Wälder abgeholzt, um Baumwolle anzubauen und durch die Monokulturen verschlechterte sich die Bodenqualität. Mit zwei Gegenstrategien versucht die nicaraguanische Regierung hier Abhilfe zu schaffen: Erhöhung der Grundnahrungsmittelproduktion durch Unterstützung der Kleinbauern und Genossenschaften (s.o.) und Diversifizierung der Exportproduktion durch Tabak-, Palmkernöl-, Kakao- und Kautschuk-Plantagen sowie durch Herstellung von Gemüse-, Früchte- und Konservenherstellung mit Bulgarien und Spanien, die den Wert der exportierten Güter steigern soll. Beiden Strategien ist bislang kein Erfolg beschieden.

Die Steigerung der Grundnahrungsmittelproduktion hält seit 1982 nicht mehr mit dem Bevölkerungswachstum Schritt. Die Bedarfslücke wird wesentlich durch Schenkungen aus der UdSSR und den COMECON-Ländern geschlossen. Gründe hierfür sind einmal die ökologischen Beeinträchtigungen: Überschwemmungen, Dürre und starke Regenfälle vernichten immer wieder die Ernten sowie kriegsbedingte Zerstörungen von Ernten und Vorräten und die Blockierung ganzer Anbauregionen durch den Krieg. Hinzu kommt, daß die niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel bis 1985 ihren Anbau bremsen und die Bauern dazu verleiteten, ihren Eigenbedarf durch Einkauf der Produkte im Staatshandel zu decken, da die Preise unter den Produktionskosten lagen. Was Exportdiversifizierung und die Versuche angeht, den Wert der Exportgüter zu steigern, so können diese Maßnahmen ökonomisch noch nicht zu Buche schlagen, da sie sich erst im Planungsstadium bzw. im Aufbau befinden.

Folge dieser zusammenwirkenden Sachverhalte ist, daß die Importabhängigkeit von Konsumgütern und Grundnahrungsmitteln bislang nicht verringert

werden konnte, aber auf der anderen Seite der Devisenerlös durch Exporte schätzungsweise von 500 auf 300 Mio. US-Dollar 1985 sank. Die Nachfrage nach nicaraguanischen Exportgütern ist gesunken, ebenso wie die für sie erzielten Preise. Gründe sind die weltweite Überproduktion und Vorratshaltung sowie die Substitution von Produkten und Verfahren (Rohrzucker durch Rübenzucker, Baumwolle durch synthetische Textilien).

Eine steigende Auslandsverschuldung (1979: 1,6 Mrd. US-Dollar; 1986 schätzungsweise 4,9 Mrd. US-Dollar), ein rapider Kursverfall des nicaraguanischen Dollar und die Inflationsrate (1986: 300 %) unterstreichen die prekäre Lage. Insofern haben die USA mit ihrer Contra, trotz deren militärischen und politischen Niedergang, ein Kriegsziel erreicht: durch massive äußere Gewalt sind die Wohlfahrtswirkungen der sandinistischen Reformpolitik paralytisch worden. Wenn internationale Beobachter dennoch zu einer vergleichsweise optimistischen Beurteilung der Grundnahrungsmittelversorgung kommen, so liegt das am wachsenden Gewicht der nicht über den Markt vermittelten kleinbäuerlichen Subsistenzwirtschaft, die nicht statistisch erfaßt wird:

»Nicaraguas Wirtschaft ist durch den Krieg der Contras angeschlagen, hat aber überraschend elastisch reagiert ... Reynaldo Rodriguez, wissenschaftlicher Beirat des Washingtoner Council on Hemispheric Affairs, berichtete nach einem Aufenthalt Anfang 1986 in Nicaragua, das Bruttosozialprodukt sei 1985 um 2,5 % gefallen. Dennoch habe sich die Versorgung der Bevölkerung und vor allem der Bauern mit Grundnahrungsmitteln verbessert. Der Verbrauch von Hühnerfleisch sei seit der Revolution von 1979 verdoppelt worden und der Verbrauch von Milch, Eiern, Bohnen und Reis gestiegen.« (epd-Entwicklungspolitik 1986, 6)

Im ganzen erhellt diese schwierige Konstellation die strategisch-politische Bedeutung der wachsenden Landvergabe an Kleinbauern, der Initiierung von ländlichen Entwicklungen, in denen lokale und regionale Ressourcen genutzt werden (z.B. Diriamba, 9) und der Förderung einer die Naturgrundlagen erhaltenden Landwirtschaft.

Umweltpolitik in der revolutionären Entwicklungsstrategie

Bemerkenswert ist, daß schon das Programm der FSLN von 1978 umweltpolitische Leitsätze enthielt:

»... die Arbeiter werden nicht mehr an Vergiftung durch Insektenvernichtungsmittel sterben ...« »Unsere Regierung wird mit den Bewohnern der Elendsviertel zusammenarbeiten, um die Müllhaufen, Abwasserpfützen und offenen Kloaken zu beseitigen, die die Ursache vieler Krankheiten sind ...«

»Unsere natürlichen Reichtümer werden verteidigt ... die Wälder werden nicht mehr erbarmungslos abgeholzt, man wird die verwüsteten Zonen gründlich aufforsten, um die Flüsse und Quellen zu schützen ...«

Wie kommen Revolutionäre in einem unterentwickelten Land der Dritten Welt dazu, ökologisch zu argumentieren? In welchem Bezugsrahmen ist Umweltpolitik möglich? — *Gesellschaftliche Aneignung der Natur in der ökonomischen Entwicklung*: Die konzeptionellen Leitdokumente der sandinistischen Revolution — Plan der Reactivación Económica en Beneficio del Pueblo 1980 und Programa Económico de Austeridad y Eficiencia 1981, ergänzt und korrigiert durch das verteidigungswirtschaftliche Programm von 1985 — formulierten als ökonomische Entwicklungsziele:

- Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft;
- interne Sicherung der Grundbedarfs-, v.a. Nahrungsmittel-Versorgung, Unabhängigkeit von Lebensmittel-Importen;
- Produktionssteigerung v.a. in der Landwirtschaft durch Bodenreform und flankierende Hilfen, parallele kleinbäuerliche arbeitsintensive wie private und staatliche kapitalintensive Großproduktion und Agro-Industrie;
- Umstrukturierung der Außenabhängigkeit und wachsende Netto-Deviseneinnahmen als wichtigster Teil des gesellschaftlichen Akkumulationsfonds durch Produktionsausweitung, Produktdiversifizierung und agro-industrielle Weiterverarbeitung einheimischer Rohstoffe.

Für die gesellschaftliche Aneignung der Natur bedeutet die Umsetzung dieser Ziele zunächst, daß die Ressourcenausbeute vom gehobenen Konsum einheimischer Oberschichten und den Anforderungen des Weltmarktes umgelenkt wird auf die Grundbedarfsversorgung der Bevölkerungsmehrheit, ergänzt durch Exportproduktion für den gesellschaftlichen Akkumulationsfonds. Verbreiterung, Intensivierung und Differenzierung der Produktion und die notwendige Infrastruktur erfordern eine erweiterte und intensivierte Naturnausbeutung.

Plausibel ist daher der Grundsatz, daß zur Erreichung eines Mindestniveaus von Produktion und Versorgung die Schäden einer gesteigerten Ressourcenausbeute und Umweltbelastung in Kauf zu nehmen sind. Denn nur aus einem entsprechenden Wirtschaftswachstum können auch die direkten Kosten von Investitionen in Umweltschutz und ressourcenschonende Produktion wie die indirekten Kosten von ressourcenregenerativen Umstrukturierungen bezahlt werden (Dilger 1986, 65).

Das ökologische Erbe der Unterentwicklung: Diesen ökonomischen Restriktionen von Umweltpolitik widersprechen die umweltpolitischen Folgen bedrohlicher ökonomisch-ökologischer Fehlentwicklungen der spanisch-kolonialen, vor allem der somozistischen Vergangenheit. Insofern diese Wirkungsketten und -kreisläufe von unangepaßter Produktion und Zerstörung ihrer natürlichen Grundlagen als steigende Kosten, sinkende Erträge sowie als absoluter Rückgang der land- und forstwirtschaftlich nutzbaren Böden sich darstellen, entsteht ein spezifisch ökonomischer Zwang zu ökologischer Anpassung. In Nicaragua handelt es sich v.a. um durch Entwaldung induzierte Minderung der Fruchtbarkeit (die chemisch-technisch nur begrenzt oder gar nicht korrigierbar ist) und erosiven Verlust von Böden und um Rückgang der Oberflächengewässer und des Grundwassers. Mit diesen Prozessen geht eine zunehmende Aridität (Trockenheit und Hitze) einher. Wir finden den Kreislauf Pestizideinsatz, resistente Schädlinge, Kostensteigerungen und Ertragseinbußen und die Gesundheitsfolgen von fehlender Entsorgung agro-industrieller Rückstände.

Grundsätze sandinistischer Umweltpolitik: Wenn Schäden an den natürlichen Produktionsressourcen und an der Umwelt die angestrebte wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensbedingungen der Bevölkerung selbst beeinträchtigen, haben sie eine Chance, als Probleme politisch wahrgenommen und in Aufgaben umgesetzt zu werden:

•Wir glauben, daß wir den Wert unserer natürlichen Ressourcen in dem Maße erhalten und vermehren müssen, in dem diese ... zum materiellen Wohlstand der Gesellschaft beitragen können: wir

sind nicht daran interessiert, die Wälder zu schützen, um sie sehen zu können und sie ästhetisch zu würdigen, sondern weil diese Wälder in diesem Fall Devisen repräsentieren, die dieses Land braucht, um Medikamente zu importieren, um Lebensmittel zu importieren und um Waffen für die Verteidigung der Revolution zu importieren« (IRENA 1981, 11),

erklärte J. Jenkins Molieri, erster Chef des Umwelt- und Ressourcenministeriums IRENA auf einem internationalen Symposium 1981 in Managua.

Die vorwiegend intern geführte, aber an der Entwicklungspolitik und dem institutionellen Wandel von IRENA ablesbare Auseinandersetzung spielt sich ab zwischen »productivistas«, die die ökologischen Schäden der Entwicklung akzeptieren, und »conservacionistas« (Dilger 1981, 65f.), die die Notwendigkeiten ökologischer Anpassung und die produktiven Möglichkeiten spezifisch ökologischer Verfahren selbst wieder im Rahmen der entwicklungs-ökonomischen Prämissen begründen. Ihr Leitgedanke heißt: Erhaltung der Natur für die Produktion und Anwendung solcher Formen produktiver Nutzung, welche die Natur erhalten und damit die Kontinuität der Produktion sichern, also »eine Konzeption der produktiven Erhaltung (Conservación), wo nur in der besten Art und Weise die Ressourcen genutzt werden ... Wir haben keine Angst, die Natur zu transformieren, wann immer sich dies in der besten Art und Weise vollzieht und eine bessere Lebensqualität zum Ziel hat« heißt es in einer programmatischen Denkschrift von IRENA 1982, die für die übrigen Ministerien und die Öffentlichkeit bestimmt war (8).

Die ökologischen Folgen der Unterentwicklung

Die ökonomischen Zwänge zur Umweltpolitik sollen im folgenden an zwei wichtigen Bereichen erläutert werden.

(1) *Problemkreis Entwaldung — Bodenzerstörung — Klimaverschlechterung*: In den pazifischen Ebenen und in den westlichen Hügel- und Bergländern beginnt sich *Trockensavanne* mit einer Tendenz zur Wüstenbildung auszubreiten. Ursache ist die vollständige Vernichtung der Waldbestände zugunsten der großtechnischen Monokulturen, v.a. der Baumwolle, und der wenig produktiven extensiven Viehweiden. In allen Regionen, vor allem in den Berglagen und den pazifischen Ebenen, geht die *Bodenfruchtbarkeit* und die Bodendecke selbst zurück. Hier wirken die Waldvernichtung, die Klimaveränderung und das Abtragen des entblößten Bodens durch Wind und Regenwasser (*Erosion*) zusammen. Hinzu kommen die Nebenfolgen bodenverdichtender schwerer Maschinen und der Agrochemikalien. Ökonomische Ursachen sind unangepasste Holzausbeute, Monokulturen, kleinbäuerlicher Brandrodungs-Wanderfeldbau und Viehweide in den Bergen.

(2) *Problemkreis Monokultur — Pestizideinsatz — Schädlingsresistenz — Ertragsrückgang — Vergiftungen*: Nachdem 1950/51 der Weltmarktpreis für Rohbaumwolle sich verdoppelt hatte, nahmen die Baumwollanbauflächen um 1600 % zu. Der Pestizideinsatz verdoppelte sich allein zwischen 1972 und 1978; lag in diesem Jahr bei 45 % der Produktionskosten und beanspruchte 30 % der Devisenerlöse. Pestizideinsatz induziert nämlich spiralförmig sein eigenes Wachstum: Er filtert resistente Individuen verschiedener Schädlingsarten aus, die sich zu resistenten Populationen entfalten, dezimiert die natürlichen Feinde

weiterer Schädlinge, die zuvor biologisch kontrolliert waren und begünstigt die Entfaltung auch dieser Schädlingsarten zu wachsenden Populationen.

Angewandt wurden hochgiftige Substanzen deutscher und US-amerikanischer Pestizid-Multis, nachdem sie in Nicaragua in staatsfinanzierten Labors und Testgebieten für den lokalen Einsatz spezifiziert worden waren. (VfLU 1984, 15f.; ders. 1986a, 92ff.)

Die Institutionalisierung von Umweltpolitik in der Revolution

Auf Grund der negativen Zusammenhänge von Ökonomie, Ökologie und Politik wurde Umweltpolitik als Teil der revolutionären Umstrukturierungen begriffen:

»In Nicaragua spiegelte das Management unserer Naturressourcen die dem somozistischen Regime eigene Ungerechtigkeit wider ... Unter diesem Regime wurde das Land systematisch von ausländischen Gesellschaften seiner Reichtümer beraubt, die in engster Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat sich mit der Bereicherung einiger weniger begnügten ...« (IRENA 1981a)

Im August 1979 wurde als wichtigste Institution der Umweltpolitik das Instituto Nicaragüense de Recursos Naturales y del Ambiente (IRENA) eingerichtet. Bis zu seiner Eingliederung in das Landwirtschaftsressort war es ein selbständiges Ministerium. Auf Grund eines Gesetzes vom Oktober 1979 (Ley Orgánica de IRENA in: IRENA 1980) soll die Behörde planerische Konzepte entwickeln für die ökologische Anpassung sämtlicher Vorhaben in Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Infrastruktur und Bauwesen. Nach der sofortigen Verstaatlichung der wichtigsten natürlichen Ressourcen: Bodenschätze, Wälder, jagdbare Tiere und Fischreserven, sollte das Ministerium zugleich die ökologisch angepasste wirtschaftliche Nutzung durchführen und darüber sein gesamtes Aufgabenspektrum finanzieren.

Nach der Etablierung von IRENA bewegte sich Nicaraguas Umweltpolitik im Rahmen der eingangs diskutierten widersprüchlichen Bedingungen.

(1) Die *Institution* selbst durchlief mehrere Phasen, die diesen restriktiven Rahmen ausdrücken: Schon bis Ende 1981 mußte IRENA alle produktiven Tätigkeiten abgeben und verlor damit die Chance der Umsetzung ökologischer Planungen in eigener Verantwortung und die der Selbstfinanzierung. Nach den Novemberwahlen 1984 verlor es schließlich seinen Status als Ministerium und ist seither eine der »direcciones« (Hauptabteilungen) des Landwirtschaftsministeriums (MIDINRA). Verblieben ist IRENA die Aufgabe der Entwicklungsplanung, der Umwelterziehung und der Abstimmung von Maßnahmen mit anderen Behörden.

(2) Im *planerischen* Bereich entwickelte sich trotz des gesetzlichen Auftrages keine landesweite, praktisch verbindliche Anpassung der sozio-ökonomischen Entwicklung an ökologische Kriterien. Planungen von IRENA haben Vorschlagscharakter. Ihre Umsetzung hat dann eine Chance, wenn ökologische Schäden aus der Somoza-Zeit oder nicht abgeschätzte Nebenfolgen revolutionärer Entwicklungsprojekte sich als störender oder hemmender Faktor geltend machen.

Am weitesten fortgeschritten ist bisher die Neuordnung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen in der Bergregion südlich der Hauptstadt Managua: die Raumstruktur der Bodennutzung wurde geändert, mechanische (Grabenver-

bau) und biologische (Gehölzlinien) Erosionsschutzmaßnahmen durchgeführt und v.a. aufgeforstet.

Ein zweites Beispiel ist die Neuordnung im Wassereinzugsgebiet des Rio Malacotoya im Bergland Boaco. Nachdem die erste Stufe des größten mittelamerikanischen Zuckerkombinats TIMAL mit einem Investitionsvolumen von 300 Millionen US-Dollar Anfang 1985 in Produktion gegangen war, stellte sich heraus, daß der Fluß auf Grund von Entwaldung und daraus folgender Trockenheit dem Stausee nicht genug Wasser zuführte. Zudem verschlammte der See mit Erosionsmaterial aus den Bergen. Die Pläne für Erosionsschutz und Aufforstung sind inzwischen abgeschlossen, die Umsetzung beginnt.

(3) Ökonomisch notwendige Maßnahmen im Bereich von Bodenschutz und Aufforstung sind ebenfalls weiterentwickelt: Bis 1982 wurden im Baumwollanbaugebiet 1 100 (!) km Baumreihen gegen die Winderosion gepflanzt. Als Nachfolgeprojekt wurden seit 1982 in der angrenzenden vulkanischen Cordillera de los Maribios gegen die Wassererosion der Bergregionen 14000 ha Wald neu angelegt. Im Kiefern savannengebiet des Nordostens wurden 8000 ha aufgeforstet, doch hat der Contra-Krieg die Weiterführung des Projektes paralyisiert. Im Rahmen des Projektes »Brennholz und alternative Energiequellen« wurden 1982 bis 1985 550 ha *Leuceaena* (Luftstickstoff-Binder) und *Eucalyptus* gepflanzt und zwei Biogasmodelle (zusammen mit der deutschen GTZ) entwickelt, von denen eins in staatlichen Schweinemästereien in Betrieb gegangen ist.

(4) Beachtlich sind auch die Fortschritte in der *Umstellung der Schädlingsbekämpfung* von rein chemischen auf integrierte (IPS) oder rein biologische Verfahren. 1981 wurden die zugelassenen Pestizide um 75 % reduziert, 1982 die Importe der giftigsten Stoffe verboten.

(5) Der komplexen ökonomisch-ökologischen Problemlösung dient das Großprojekt »*Plan Contingente*«: Mais und Bohnen werden seit 1983 als bewässerte Zwischenfrüchte zwischen zwei Baumwollzyklen in Chinandega und León angebaut; 1985 allein auf 14000 ha Mais mit 1/4 der Gesamtproduktion auf 1/10 der Fläche (VfLU 1986a). Auf diese Weise wurde begonnen, die nordwestlichen pazifischen Ebenen mit den besten Böden ihrer ursprünglichen Nutzung, den Grundnahrungsmittelanbau, wieder zuzuführen, ohne sogleich die bis auf weiteres devisenerwerbsrelevante Baumwollproduktion zu verdrängen und die geschädigten zentralen Bergregionen von der kleinbäuerlichen Übernutzung zu entlasten. Unbedenklich würde das Projekt jedoch erst bei vollständigem Übergang zu biologischem Pflanzenschutz und einer dadurch möglichen Entgiftung der Böden.

(6) Die erwähnten Projekte und Maßnahmen dienen im wesentlichen dem Ausgleich schon eingetretener, ererbter oder hausgemachter Schäden. Daher soll auf einige Arbeitsansätze hingewiesen werden, die darüber hinausgehend die Chance signalisieren, daß in Nicaragua die *produktive Nutzung ökologischer Prozesse* zu Chemie und Technik in ein fruchtbares Konkurrenzverhältnis treten könnte: Im Landwirtschaftsministerium werden Konzepte mit agro-forstlichen Methoden, z.B. Baum-Mischkulturen mit oder ohne Einbeziehung von einjährigen Pflanzen und Viehhaltung, entwickelt; ein Modellvorhaben integrierter ländlicher Entwicklung mit Kleinbauern und Genossenschaftlern, das seit 1986

umgesetzt wird, sieht Mischkulturen von Gemüsen und Früchten im Gartenbau sowie Haus-Gemüseärten zur Selbstversorgung der Stadtbevölkerung vor. Ein in der Regionalstelle des Gesundheitsministeriums angesiedeltes, seit 1985 arbeitendes Projekt zur Entwicklung des lokalen Heilpflanzenanbaus wird die heimische Pharma-Industrie entlasten, Devisen sparen helfen und durch die Arbeitsorganisation und die Reaktivierung traditionellen Wissens die Partizipation der Bevölkerung fördern. Schließlich arbeitet seit 1984 im tropischen Regenwaldgebiet bisher noch unabhängig vom Ministerium eine bio-ökologische Modellfinca als Genossenschaft früherer Landarbeiter, deren Erfahrungen ausgewertet werden können.

Ökologie und Revolution — Fünf Thesen

Erstens: Das sandinistische Nicaragua ist eines der wenigen Dritte-Welt-Länder, in denen Umweltschutz und ökologisch angepaßte Ressourcennutzung im politischen Willen der bestimmenden Kräfte und in entsprechenden Fachstellen fest verankert sind — ganz im Gegensatz etwa zu Nachbarländern wie Costa Rica oder Guatemala. Die sandinistische Revolution hat überhaupt erst, innerhalb neustrukturierter sozioökonomischer Entwicklungsprioritäten, ein praktisch folgenreiches Interesse an Umweltpolitik konstituiert.

Zweitens: Die enge institutionelle Vernetzung der Umwelt- mit der Agrarentwicklungspolitik über IRENA und über Projekte in anderen Behörden und Fachstellen schafft notwendige, aber nicht ausreichende Bedingungen für ökologische Anpassung: Die Verknüpfung von Eigentums- und Bodennutzungssystem-Reform ermöglicht es, die ökologische Standorteignung in der regionalen Neustrukturierung von Produktionszweigen und Nutzungssystemen zu berücksichtigen. Andererseits erlaubt der dem Prinzip der gemischten Wirtschaft entsprechende große Sektor der Agrarexportproduktion, vor allem in der Baumwollproduktion und Viehhaltung, nur sehr begrenzt ökologische Reformen.

Drittens: Der durch Handelsboykott und Kriegsfolgen verschärfte Zwang, politisch glaubwürdig zu sein durch Steigerung von Produktion und Versorgung, begünstigt einerseits Großprojekte ohne ökologische Anpassung, minimiert die Sach- und Personalmittel für ökologische Arbeiten (1985 wurden IRENA die Mittel drastisch gekürzt, die kleine Abteilung CITA für angepaßte Technologien im MIDINRA wurde nach Auslaufen der holländischen Außenfinanzierung aufgelöst) und fördert andererseits überall dort ökologische Projekte oder die Berücksichtigung ökologischer Erkenntnisse, wo ererbte Schäden die wirtschaftliche Entwicklung selbst bedrohen. Das dem riesigen Ausmaß der Schäden entsprechende Umweltbewußtsein in Teilen der wissenschaftlichen und politischen Führungsschichten ermöglicht sogar begründete Ansätze von reinem Naturschutz (Dilger 1986, 43ff.).

Viertens: Wirtschaftskrise und Krieg verknappten die Mittel für Investitionen in Großprojekte; Erfahrungen in schon laufenden kapitalintensiven Staatsbetrieben wie TIMAL (Zucker, s.o.) oder CHILTEPE (Milchkombinat) mit geringer Produktivität, fehlender Rentabilität oder ökonomisch nachteiligen ökologischen Nebenfolgen haben inzwischen einschneidende Reduzierungen entspre-

chender Planungen gebracht: Neben Chiltepe werden statt 15 geplanten nur ein weiteres Milchkombinat errichtet. Nachfolgeprojekte von Timal wurden ganz gestrichen (Kröll und Leonhard 1986, 53f.). Der Zwang zur Produktionssteigerung für die Inlandsversorgung und zum rentablen Einsatz knapper werdender Mittel haben das Hauptgewicht der Bodenreform auf die privaten Klein- und Mittelbauern bzw. ihren freiwilligen genossenschaftlichen Zusammenschluß verlagert: Die beginnende Kritik an der technisch-chemischen Großproduktion fördert auch das Verständnis für die ökonomische Funktion der Produktivkraft Natur, d.h. der spezifischen Verfahren des ökologischen Landbaues und der Agro-Forstwirtschaft wie der angepaßten Technologien. Auch die mühsam sich durchsetzende Verwaltungsreform von 1982, die die Kosten der wenig leistungsfähigen Zentralbürokratien in Managua reduzierten und durch Projekte der regionalen und lokalen Stellen die Nutzung der Ressourcen fördern soll, begünstigt die ökologische Anpassung.

Fünftens: Aus den angegebenen Gründen bleibt offen, ob in Nicaragua Umweltpolitik mehr als bloße Ergänzung konventioneller großtechnisch-chemischer Strategien sein wird. Mit Recht unverrückbar bleibt der Primat entwicklungsökonomischer Kriterien. Denkbar hingegen ist die konkrete Utopie der Vermittlung einer naturwissenschaftlich gestützten rationalen Ökologie als Fortsetzung der Ökonomie in Langzeitperspektive und einer ökologisch durchgearbeiteten Entwicklungsökonomie.

Literaturverzeichnis

- Bolt, A., 1986: La conciencia no se trasmite de manera mágica? In: pensamiento propio 5, 11f. Managua
- Deutsch-Südamerikanische Bank 1987: Kurzberichte Lateinamerika Februar 1987. Hamburg
- Dietrich, H., 1986: Interview mit Noam Chomsky. In: Konkret 8. Hamburg, 17f.
- Dilger, R., 1986: Ökologische Ressourcenplanung in Nicaragua. Das Beispiel IRENA. Kassel epd-Entwicklungspolitik 11/1986, 6. Frankfurt/M.
- Corrales, R.D., 1983: Impacto Ecológico sobre los Recursos Naturales Renovables de Centroamérica. Managua
- Fürst, E. u.a., 1985: Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten. Fünf Jahre sandinistische Wirtschaftspolitik. Wuppertal
- IHCA (Instituto Histórico Centroamericano), 1985: Quién se rinde? Se definen los terminos de la confrontación. envío Nr. 45. Managua, 5f.
- dass., 1985: Los campesinos Nicaragüenses dan un giro al la Reforma Agraria. envío Nr. 51, 31f.
- IRENA, 1986: Introducción a los Recursos naturales y del Ambiente. Managua
- Leonhard, R., und H.-M. Kröll, 1985: Nicaraguas Agrarreform. In: D. Eich und W. Germund (Hrsg.): Vulkan der Träume. Frankfurt/M., 45f.
- Riedl, J., 1986: Der schmutzige Krieg der Contras. In: Die Zeit, Nr. 24, 6.6., 26. Hamburg
- Statistisches Bundesamt 1986: Länderbericht Nicaragua 1986. Stuttgart, Mainz
- Thielen, H., 1985: Agrarreformen in Lateinamerika zwischen Ökonomie und Ökologie. Modellfall Nicaragua. Frankfurt/M.
- VfLU e.V. (Verein für Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt) 1984: Rundbrief 1. Stadecken-Elsheim, 15ff.
- ders. 1986a: Landwirtschaft und Ökologie in Nicaragua
- ders. 1986b: Umweltzeitung, H. 2, 27
- Wheelock, R.J., 1984: Entre la crisis y la agresión. La Reforma Agraria Sandinista. Managua
- Wunderlich, V., 1983: Nicaragua. Die Agrarreform. In: Geographische Rundschau 35, 516f., Braunschweig

Frieder Otto Wolf

Staatliches Gewaltmonopol als Definitionsmonopol von »Gewalt«

Zur Gewalt-Diskussion

Wo Zustimmung schwindet, wächst Gewalt. Genauer: der Einsatz ihrer Gewalt durch die Inhaber der Staatsmacht. Die Frage des staatlichen Gewaltmonopols hat nichts mit der von einer konservativen Staatslehre gern angeführten Gefahr zu tun, daß die Gewalttätigkeit der Massen zum Ausbruch kommen könnte, sobald sie nicht mehr im Zaum gehalten würde. Diese Gefahr ist imaginär. Selbst die klassischen »gewaltsamen« Revolutionen geben keine Beispiele für eine spontane Gewalttätigkeit von unten.

Die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols zielt im gesellschaftlichen »Normalzustand« nicht darauf ab, den Staatsbürgern mit Gewalt die Gewaltanwendung zu untersagen. Das stellt sich nur in der Perspektive der juristischen Denkmform dar, die seit Hobbes jedes einzelne Rechtssubjekt zugleich als einen potentiellen Souverän und als einen potentiellen Staatsfeind begreift. Im staatlichen Gewaltmonopol geht es in erster Linie um das Monopol der Definitionsmacht. Dies läßt sich bereits an Hobbes' Darstellung ablesen, in der die Frage, *who shall be judge?*, sich wie ein roter Faden durch die Souveränitätslehre zieht. Historisch bedeutete das von den frühbürgerlichen Theoretikern der Staatsgewalt zugeschriebene Definitionsmonopol das Ende der persönlichen Gewaltverhältnisse der Feudalität, stellte also unbestreitbar einen Fortschritt dar. Heute bedeutet ein Hinterfragen dieses Definitionsmonopols keinen Rückfall in die Propagierung des »Rechts des Stärkeren« und auch kein umwegiges Plädoyer für libanesischen Bürgerkriegsverhältnisse. Sondern hier meldet sich eine historische Tendenz in Richtung auf eine Ausweitung der Bereiche individueller und kollektiver Selbstregulierung, für die Unterwerfung unter das staatliche Definitionsmonopol zur Schranke geworden ist. Und zwar in ganz anderer Weise als im anarchosyndikalistischen Zweig der Arbeiterbewegung, etwa im Spanien der frühen dreißiger Jahre oder in den Bauernrevolutionen in der Dritten Welt, wo sich, wenn auch in engen Grenzen, Gewaltanwendung von unten als etwas Befreiendes dargestellt hat: als ein Weg, die eigene Unterwerfung unter von den Herrschenden aufgezwungene Normen zu überwinden. Bereits im Konzept der »begrenzten Regelverletzung« der Studentenbewegung der späten sechziger Jahre hat sich die soziale Produktivität dieser Tendenz ein Stück weit Raum geschaffen, weit mehr noch in dem breiten Fächer gewaltfreier, nicht nur symbolischer Aktionen, der in den neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre entwickelt worden ist.

Diese historische Tendenz wird neuerdings von Günther Anders verworfen, wenn er in seinem Buch* zur Gewaltfrage behauptet, »daß mit Gewaltlosigkeit

* Günther Anders: Gewalt — ja oder nein. Eine notwendige Diskussion. Hrsg. v. M. Bissinger. Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf., München 1987 (192 S., br., 7,80 DM). Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf dieses Buch.

nichts mehr zu erreichen ist«, und Gewaltlosigkeit mit Tatlosigkeit gleichsetzt. »Verzicht auf Tun reicht nicht als Tun.« (23) Derart suggeriert Anders, jetzt sei die Zeit gekommen, von seiten der Kräfte des Friedens und der ökologischen Bewahrung zur präventiven Gegengewalt überzugehen — sogar in Form einer Strategie der direkten Aktion:

»Da wird uns nichts anderes übrigbleiben, als zurückzudrohen und diejenigen Politiker, die gewissenlos die Katastrophe in Kauf nehmen oder direkt vorbereiten, ineffektiv machen.« (24)

Dabei geht es nicht darum, das alte ethische Prinzip zu bestreiten, daß die zur Gewaltabwehr notwendige — wirklich nachvollziehbar notwendige — Gewalt nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten ist, und zwar ohne jede Einschränkung. Dem deutschen Offizierswiderstand ist nicht sein Attentat auf Hitler vorzuhalten, sondern daß ein solches Attentat erst so spät und dann auch noch so unwirksam durchgeführt wurde. Es geht auch nicht darum, Anders' Mahnung beiseitezuschieben, sich in seinem Kampf gegen die Inhaber politischer und ökonomischer Macht und bewaffneter Gewalt nicht von vornherein auf bloß symbolische Taten zu beschränken, ohne wirklich etwas zu tun, bloß um einst beruhigten Gewissens von sich sagen zu können, mensch habe es ja versucht. Wirkliche Wirkung und nachhaltiger Erfolg sind historisch erforderlich.

Anders' Handlungsvorschlag gibt aber hier und heute eine falsche Antwort auf die von ihm aufgeworfene wichtige Frage, »welche neuen Typen von Revolution erfunden und inauguriert werden müssen« (100), nachdem der klassische, von der Französischen Revolution ebenso wie von der Oktoberrevolution geprägte Typus der Revolution seine Schubkraft verloren hat.

Wenn wir Anders' These nicht derart lesen, daß sie von uns verlangt, die Inhaber von Macht und Gewalt mit einem »neuen Typus« von Revolution zu bedrohen, gegen den ihre Überzeugungs- und Unterwerfungsdispositive versagen, der ihre Bürgerkriegsrüstung unwirksam werden läßt, dann kann sie nur in die Irre führen: In die Sackgasse der Strategie der »direkten Aktion«, die als »Propaganda der Tat« die Lunte am Pulverfaß der als latent unterstellten Revolutionsbereitschaft der breiten Massen sein sollte, oder sogar in die kalte Utopie einer Stellvertreterpolitik, die eigenhändig zu bewirken unternimmt, was sie den breiten Massen nicht mehr zutraut. Beide Strategien gehören nicht nur eindeutig vergangenen historischen Konstellationen an (dem Kampf gegen die zaristische Autokratie bzw. gegen den deutschen Faschismus an der Macht), sie sind auch unter diesen, für sie weit günstigeren Bedingungen historisch gescheitert. Es besteht kein Anlaß, sie hier und heute wiederzubeleben.

Dennoch enthält Anders' These einen wichtigen, korrigierenden Eingriff gegenüber denjenigen, die heute den historischen Fortschritt, den das Konzept der »direkten gewaltfreien Aktion« in den siebziger Jahren und bis heute bedeutet hat, wiederum als eine abstrakte Doktrin zu fixieren versuchen: Es ist nämlich auf dem Boden dieses Konzeptes keineswegs zulässig, von der Staatsgewalt beständig die Bestätigung einholen zu wollen, daß mensch doch gewaltlos sei. Im Gegenteil kommt es entscheidend darauf an, den Inhabern der Staatsgewalt ihr Gewaltdefinitionsmonopol zu bestreiten. Denn Bundesinnenminister Zimmermann war nur konsequent, als er formulierte: »Auch gewaltloser Widerstand ist Gewalt. Und zwar deshalb, weil er Widerstand ist.« (Zit. n. 103)

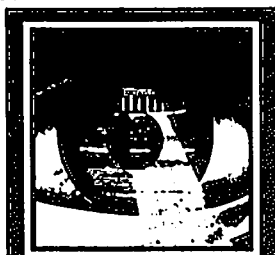
Anders' Einschätzung hängt mit einer weiteren These zusammen: »Ich bestreite ... daß es nach dem Sieg der Massenmedien noch Demokratie gebe.« (30) Wir sollten seine These dahingehend korrigieren, daß die moderne Massendemokratie, in der die breite Masse der Bevölkerung in einem demokratischen Prozeß selbst über die Träger ihrer politischen Beherrschung entscheidet, ohne die Massenmedien undenkbar wäre — und daß daher die Frage der demokratischen Qualität dieser Medien für den Zustand dieser Demokratien von entscheidender Bedeutung ist. Dann können wir aus ihr etwas Wichtiges lernen: Daß die von führenden Trägern der Staatsgewalt beständig mit neuen Mitteln, vom Hintergrundinterview bis zur Verabschiedung von Gesetzen, in Szene gesetzte Gewaltdebatte — wer ist als Befürworter und Sympathisant von Gewalttätern, wie sie der Staat als solche definiert hat, selbst für Gewalt verantwortlich zu machen — vor allem dem einen Ziel dient, die Massenmedien immer wieder so auszurichten, daß sie der Reproduktion der ideologischen Bedingungen selbsttätiger Unterwerfung und selbstverständlicher Herrschaft hinreichend zuverlässig dienen.

Zwei jüngere Beispiele sind an dieser Stelle lehrreich: Da ist der Fall einer marginalen Zeitschrift, die es aus libertärer Überzeugung für richtig hielt, Bekennerschreiben terroristischer Täter zu veröffentlichen. Die Berliner Szenezeitschrift *radikal* wurde nach dem anlässlich der Sympathisantenjagd der späten siebziger Jahre eingeführten § 128a als gewaltbefürwortend verfolgt, ließ sich allerdings nicht fassen und erscheint heute noch (wenn auch auf einem Niveau, das durch die Verfolgung jegliche libertäre Produktivität verloren hat). Auch die juristische Neuerung, zwei an der Gründung beteiligte Journalisten, Benny Härlin und Michael Klöckner, hilfsweise zu Herausgebern zu ernennen und exemplarisch abzustrafen, führte zu nichts: Die wirklichen Träger der Zeitschrift machten irgendwie weiter, und Benny Härlin und Michael Klöckner wurden von den Grünen und ihren Wählern ins Europaparlament entsandt. Das weigerte sich rundweg, die Herausgabe einer Zeitschrift, welchen Charakters auch immer, für ein kriminelles Verbrechen zu halten, das eine Aufhebung der parlamentarischen Immunität rechtfertigen würde. Nachdem inzwischen neuerlich ein § 129a die Gewaltbefürwortung unter Strafe stellt, nimmt die politische Justiz das weitere Erscheinen von *radikal* zum Vorwand, um die Infrastrukturen einer alternativen Öffentlichkeit auszuforschen und zu behindern: Linke Buchvertriebe und Buchhandlungen werden durchsucht. Jeder, der mit der Verteilung von *radikal* zu tun haben könnte, wird damit präventiv für dessen als staatsfeindlich definierten Inhalt haftbar gemacht. Selbsttätige Zensur wird damit zur strafrechtlich durchsetzbaren Bürgerpflicht aller im Medium Buchhandel Tätigen.

Ein zweites Beispiel bietet der Fall eines Fernsehmagazins, das von der von den Inhabern der Staatsgewalt festgelegten Linie abwich, die Anti-AKW-Bewegung insgesamt als Terroristensumpf darzustellen, und es sogar wagte, Beiträge zu bringen, die die Atomlobby offen und deutlich kritisierten. In den großen Massenmedien ist damit der Druck in Richtung auf vorweggenommene politische Selbst-Anpassung — unter dem verschleiernenden Namen der »Ausgewogenheit« —, der seit den späten siebziger Jahren zunächst wieder abgenommen hatte, wieder unübersehbar verstärkt worden. Gegenüber dem Moderator von *Report*,

Franz Alt, und gegenüber Wolfgang Moser und seinen Redakteurskolleginnen und -kollegen hat die Leitung des Südwestfunks die Instrumente der Schreckenkammer des Staatskonformismus vorgeführt: Beschäftigungsverbot für freie Mitarbeiter, Versetzung unbotsamer Redakteure und Beschneidung der publizistischen Gestaltungsmöglichkeiten des Moderators. Während hier ein spektakuläres Exempel statuiert wurde, wird gleichzeitig auf breiter Front gegen viele andere Journalisten ohne Öffentlichkeit vorgegangen.

Beide Beispiele zeigen, daß eine kritische Öffentlichkeit, die sich nicht auf Antichambrieren bei den Trägern der Staatsgewalt beschränkt, sondern ihre Positionen auch zu demonstrieren bereit ist, eine Gegen-Macht darstellt, die derartigen Eingriffen der Träger der Staatsgewalt in die Infrastruktur der Medien Grenzen setzen kann. Sie kann erreichen, daß anschließend nicht wieder »von selbst« in der Medien-Öffentlichkeit eben diejenigen Meinungen gebildet werden, die die Träger der Staatsgewalt für wünschenswert oder zumindest unbedenklich halten und daher nicht in die Nähe der Gewalt zu rücken versuchen. Selbsttätige Zensur für verpflichtend und überhaupt Zensur für berechtigt zu erklären, bedarf der Zustimmung der breiten Masse der Bürger. Das wird zumindest erheblich erschwert, solange öffentlich gemacht werden kann, durch welche Art von Eingriffen, durch welche Art von Gewalt gegen einen freien Meinungsbildungsprozeß die Inhaber der Staatsgewalt die Bedingungen dafür sicherzustellen versuchen, daß sich in der Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik keine Veränderungen eröffnen, die sie nicht mehr zu kontrollieren vermögen, weil hinreichend viele Bürger damit begonnen haben, ihre Zustimmung zu den herrschenden Verhältnissen in Frage zu stellen. Sich selbst die Definitionsmacht vorzubehalten, was denn eigentlich Gewalt wäre, ist ein wichtiger erster Schritt dazu.



DER INNERE STAAT DES BÜRGERTUMS

Projekt Ideologie-Theorie Der Innere Staat des Bürgertums

Die Bildung des Bürgertums zur Klasse ist nicht zwangsläufiges Resultat ökonomischer Entwicklung. Die Materialstudien dieses Bandes untersuchen den Umbau der Theaterverhältnisse in Frankreich und Deutschland; die moralische Reform der Pietisten; die Politik der Jakobiner in der Französischen Revolution. Dabei zeigt sich ein tragender Zusammenhang: die Bildung eines »inneren Staates« mit seinen Hauptabteilungen der Vernunft und Moral, die den einzelnen als verantwortliches Subjekt konstituieren.

Argument-Sonderband AS 111, 160 Seiten
18,50 DM/für Stud. 15,50 DM (Abo: 16,50/13,50)

Udo Bullmann und Peter Gitschmann

Renaissance des Kommunalen?

Zum Stand alternativer Kommunalpolitik und -wissenschaft

Die lokalen Ansätze einer »zur vorherrschenden Politik oppositionellen Praxisform« (Evers 1978, 53) der siebziger Jahre haben sich inzwischen zu einem vielfältigen Geflecht alternativer, reformerischer und zukunftsorientierter neuer kommunalpolitischer Strategien verdichtet. Allerdings fällt es nach wie vor schwer, *die* traditionelle und *die* alternative Kommunalpolitik sowie diesen Polen entsprechende Debatten und Ergebnisse zu identifizieren. Die Fachdiskussion in der lokalen Politikforschung brachte zwar eine gewisse Entmischung, fand aber in den »Niederungen« kommunalpolitischer Praxis zunächst nur zögerlich Ausdruck. Die Schere zwischen sinkenden originären Einnahmen und wachsenden Aufgaben der Kommunen öffnete sich so immer weiter, ohne daß in den prekären Politikfeldern bereits alternative Konzepte griffen — nicht zuletzt wegen der mangelnden Präsenz politikfähiger neuer Akteure.

Die kritische Betrachtung der Ergebnisse kommunalwissenschaftlicher Forschung der letzten Jahre (vgl. Väh 1985; Zweite Stadt 1986) entdeckt allerdings unter verschiedenen Aspekten Anhaltspunkte für eine Theoriebildung zur Kommunalpolitik, die gegenüber allgemeinen staatspolitischen Trends Alternativen aufzeigt. Gleichzeitig werden Politikfelder aufgefächert, in denen unmittelbarer Handlungsbedarf besteht, und insofern werden die konkreten Alternativen zwischen der Fortschreibung traditioneller (und nicht mehr hinreichender) Bewältigungsmechanismen einerseits und der Konstituierung innovativer, problemadäquater Lokalpolitik andererseits sichtbar. Die Reichweite aktueller Reformmodelle erschöpft sich schließlich mit der programmatischen und zeitlichen Konsistenz möglicher Träger einer neuen, alternativen Kommunalpolitik. Ob »rot-grüne« Kooperationen hierfür eine hinlängliche Gewähr bieten und welche konkreten Ergebnisse bisheriger alternativer Kommunalpolitik dies gegebenenfalls be- oder widerlegen, sollte daher ebenfalls interessieren.

Kommunalpolitik im Zeichen neokonservativer Modernisierungsstrategien

Die politikwissenschaftliche Diskussion verzeichnet gegenwärtig einen Bedeutungszuwachs des kommunalen Bereichs (z.B. Hesse 1983). Zumindest was die Palette der neuerdings in lokalen Auseinandersetzungen aufgegriffenen Handlungsfelder anbelangt, läßt sich dies aus Sicht der kommunalpolitischen Praxis leicht bestätigen, haben doch nicht zuletzt örtliche Friedensgruppen und Fraueninitiativen bis tief in ländlich strukturierte Regionen hinein dafür gesorgt, daß die Selbstbegrenzung lokaler Politik auf eine gegenüber staatlicher Aufgabenwahrnehmung »subsidiäre« Materie weitgehend durchbrochen worden ist. Dies mag als weiteres Indiz dafür gelten, daß die im Zuge fortschreitender Politikverflechtung (vgl. beispielsweise: Politikverflechtung 1978) faktisch längst aufgehobene Abgrenzung zwischen angeblich unpolitischer kommunaler Selbstverwaltung und übergeordneter (»interessengeleiteter«) Staatspolitik nunmehr auch aller-

orten im Bewußtsein der politischen Akteure überwunden ist. Doch sagt dies allein noch nicht viel. Gerade in einer Situation, in der lokale Politik in der öffentlichen Wahrnehmung aus den unterschiedlichsten Gründen eine Aufwertung erfährt, bleibt zu fragen, welche Rolle die kommunale Ebene im Prozeß gesamtgesellschaftlicher Umstrukturierungen spielt und spielen kann.

Auch in der Bundesrepublik bestimmen neokonservative Konzepte bei drastisch angestiegener Massenarbeitslosigkeit und teilweise schon irreparablen Schädigungen der natürlichen Lebensgrundlagen die Krisenregulierungsversuche Mitte der achtziger Jahre. Ins Zentrum zentralstaatlicher Strategien ist dabei eine Mischung aus Austeritäts- und kapitalrationaler Modernisierungspolitik getreten, die den nächsten Wachstumsschub herbeiführen und den bundesrepublikanischen Anschluß an die »dritte Phase der industriellen Revolution« (Esser/Hirsch 1984, 58) gewährleisten soll. Die vorherrschende gesellschaftspolitische Konzeption für ein »nachsozialdemokratisches Zeitalter« zielt dabei auf eine Neuverteilung der Einkommen zugunsten von Kapitaleignern und Beserverdienenden sowie auf den Abbau kollektiver Sicherungs- und Schutzrechte der abhängig Beschäftigten (Memorandum 1984, 57ff.). Tiefgreifende Spaltungsprozesse und neue soziale Hierarchisierungen werden inzwischen mit dem Zukunftsbild einer »individualisierten Gesellschaft« verbrämt (Saage 1985). Staatliche Wirtschaftspolitik hat dem »Pionierwettbewerb« (Sachverständigenrat 1984/85, 166ff.), der die Entwicklung von Hochtechnologie-Produkten vorantreiben und den Wettlauf mit den Weltmarktkonkurrenten gewinnen soll, »den Weg freizuhalten« (vgl. Eissel 1986). In dieser auf High-tech-Förderung und Exportoffensiven gestützten Wachstumsphilosophie ist für eine umfassende Reorganisation der sozialen Sicherung in der Krise ebensowenig Platz wie für eine Orientierung der Produktionsziele an den Feldern ökologischen und sozialen Bedarfs.

Im Zeichen neokonservativer Modernisierungsstrategien werden daher verschärfte soziale, aber auch regionale Polarisierungstendenzen erkennbar. Trägt die ungesteuerte Entwicklung und Anwendung technologischer Neuerungen als Rationalisierungstechniken zum Schrumpfen der Beschäftigung in allen produktiven Wirtschaftsbereichen bei, so wird dieser Schrumpfungsprozeß nur in einigen wenigen Regionen und Städten vom Wachstum derjenigen Industriebereiche überlagert, die diese Techniken herstellen (Häussermann/Siebel 1985). Von seiten der offiziellen Politikberatung wird das Ziel eines interregionalen Ausgleichs der Lebensbedingungen bereits weitgehend abgeschlossen. Regionen mit »überholter Wirtschaftsstruktur« verweist der Sachverständigenrat etwa auf ihr vergleichsweise »zu hohes Lohnniveau« und empfiehlt — pikanterweise unter dem hier neoliberal gewendeten Stichwort einer »Regionalisierung der Regionalpolitik« —, zum Abbau von Investitionshemmnissen die Vorteile deregulierter »freier Wirtschaftszonen« zu überprüfen (Sachverständigenrat 1984/85, 200f.).

Die Kommunen — als unterste politische Instanzen in besonderem Maße der Organisation der stofflichen Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion verpflichtet (Preuss 1973) — werden dabei gleich in mehrfacher Hinsicht in Dienst genommen und auch systematisch »überfordert«. Reichen die eigenen Haushaltsmittel sowie der Einsatz von traditionellen Verfahren städtischer Gewerbeförde-

rung bei weitem nicht aus, die ökonomischen Einbrüche am Ort zu kompensieren, so wächst parallel dazu auf lokaler Ebene der durch zentralstaatliche Zurückhaltung mitbedingte ökologische und soziale Investitionsbedarf (Tofaute 1985). Gleichzeitig sorgt eine Demontage des übergeordneten sozialen Sicherungssystems in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit dafür, daß die sprunghaft angestiegenen kommunalen Sozialhilfeaufwendungen den örtlichen Handlungsspielraum verengen (vgl. Huster 1985a). Der Abstand zwischen gewerbe(steuern-) und strukturstarken Kommunen einerseits und im Krisenzentrum befindlichen Städten und Gemeinden andererseits verstärkt sich weiter (vgl. Gemeindefinanzbericht 1986).

Staatsstrukturelle Lastenverschiebung und dezentrale Handlungschancen

Welche Bedeutung hat also die neue Politisierung lokaler Angelegenheiten auf dem Hintergrund dieser staatsstrukturellen Herabzoning ökonomischen und sozialen Krisendruckes? Käme es lediglich zu einer Dezentralisierung der Verantwortlichkeiten für prekäre Politikbereiche, so erschöpfte sich die Aufwertung kommunaler Politik möglicherweise in ihrer stärkeren legitimatorischen Entlastungsfunktion für den Zentralstaat. Auf lokaler Ebene würde dann unter großem Aufwand der beteiligten Akteure im Streit um lokale Politikansätze letztlich nur eine symbolische Problembearbeitung mit dem »Erfolg« einer Partikularisierung des Konfliktpotentials geleistet (Offe 1975). In der Tat gibt es hinreichend Belege für die Instrumentalisierung der Puffer- und Filterqualität der kommunalen Ebene als Mittel zentralstaatlicher Umverteilungs- und Ausgrenzungspolitik. Leibfried, Hansen und Heisig zeigen etwa am Beispiel von Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, in welcher Richtung die Kommunalisierung von Problemlagen in diesem flexibel hierarchisierten System der sozialen Sicherung genutzt werden kann (Leibfried/Hansen/Heisig 1984). Mit der Aussteuerung von Arbeitslosen aus den höheren Sicherungsetagen (»Arbeiterpolitik«) und ihrer Überweisung in die Zuständigkeit der kommunal organisierten und finanzierten Hilfeleistung (»Armenpolitik«) war historisch jeweils nicht nur die Absenkung des Reproduktionsniveaus, sondern auch ein Mehr an sozialer Kontrolle verbunden (Bedürftigkeitsprüfung, Pflichtarbeit). Die Voraussetzungen zu einer auch ins Bewußtsein der Betroffenen eindringenden Spaltung in reintegrierbare, auch im Fall von Arbeitslosigkeit leidlich gesicherte Arbeitnehmer und ausgrenzbare Arme ist damit bereits in der Dreigliedrigkeit des Sicherungssystems angelegt.

Das Beispiel staatsstruktureller Verschiebungen in der Bearbeitung von Arbeitslosigkeit macht deutlich, daß die Aufwertung lokalpolitischer Probleme keineswegs mit einer Stärkung institutioneller Problemlösungskompetenzen der dezentralen Ebene einhergehen muß. Die strukturelle Funktionalisierbarkeit der unteren politischen Instanzen im Rahmen des politisch-administrativen Systems scheint sich vielmehr unter Krisenbedingungen zu aktualisieren. Dezentralisierungsstrategien eignen sich hier offenbar zu einer Neuaufteilung faktischer und legitimatorischer Krisenlasten zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen. Insbesondere für neokonservative Modernisierungskonzepte werden die gesell-

schaftlichen Kosten der Versuche zur Wiederankurbelung privatwirtschaftlicher Initiative tendenziell »nach unten« delegierbar. Eine realistische Betrachtung der Eingebundenheit der kommunalen Ebene in staatsstrukturelle Abhängigkeiten kann so davor bewahren, die lokalen Handlungsmöglichkeiten etwa im Sog sozialwissenschaftlicher Themenkonjunkturen zu überschätzen. Einer solchen Sichtweise wird jedoch mit einiger Berechtigung entgegengehalten, daß sie nur die *eine Seite* des spezifischen Charakters lokaler Politik erfaßt. Wo die kritische lokale Politikforschung in der Bundesrepublik insbesondere in ihrer Frühphase die politisch-ideologische Integrationsfunktion kommunaler Instanzen und die Determiniertheit ihrer Handlungsspielräume im Rahmen des Gesamtsystems hervorhob (z.B. Offe 1975; Rodenstein 1975), sah sie sich bereits in den siebziger Jahren mit dem Vorwurf konfrontiert, bestenfalls bei einer »statisch-objektivistischen Zustandsbeschreibung« zu verharren (Evers 1978, 72). Allerdings blieb hier in der »nachreformerischen« zweiten Hälfte der siebziger Jahre auch die kommunalpolitische Praxis weitgehend auf die »Verwaltung des Mangels« und das daraus resultierende Problem einer rein technisch verstandenen »effizienten Allokation knappster Handlungsressourcen« (Scharpf u.a. 1976) beschränkt. Eine ausschließliche Betonung lokaler Abhängigkeiten wurde jedoch spätestens mit der zu Beginn der achtziger Jahre einsetzenden Rethematisierung kommunaler Politik durch Initiativen und Bewegungen praktisch fragwürdig.

In der gesellschaftlichen Umbruchsituation des neuen Jahrzehnts sieht die fachwissenschaftliche Diskussion die zentralstaatliche Instrumentalisierung der kommunalen Ebene in zunehmendem Widerspruch zur eigentlichen Potenz lokaler Politik. Betont wird hier der Doppelcharakter der Gemeinden, der sie zwar einerseits zur Schaltstelle nationaler Politik für das Management der gegenwärtigen Wirtschaftskrise macht, jedoch auch gleichzeitig bevorzugter Ort für die Artikulation von Forderungen der Bevölkerung für das Alltagsleben sein läßt (aus Sicht der französischen Diskussion Lojkin 1985, 186f.). Die Interessenkonflikte kommunaler Politik werden zwar auch im Zusammenhang mit den Bündnissen und Kämpfen von Klassen identifiziert, doch wird das ihnen Spezifische darin gesehen, daß sie immer auch die »Lebensweisen« und gewachsenen gesellschaftlichen Beziehungen auf der subzentralen Ebene berühren. Dem »lokalen Staat« wird so gegenüber dem Versuch, ihn zentralstaatlich zu instrumentalisieren, auch die Fähigkeit zugesprochen, einen »widerspenstigen« dialektischen Prozeß in Gang zu bringen, in dem es auch darauf ankommt, wie die Menschen über die bewirkten Veränderungen der gesellschaftlichen Beziehungen auf örtlicher Ebene denken, sie in Szene setzen und auf sie reagieren (Duncan/Goodwin 1985; Kommune im Aufbruch 1983). Das kommunale Terrain erscheint auf diesem Hintergrund sogar offener für Lernprozesse und tradierte wie neue »grenzüberschreitende Bündnis-konstellationen«. Schlagen sich ökonomische Umstrukturierungen unmittelbar in einer Veränderung der örtlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse nieder, so finden dort auch Wandlungen der Gruppen- und Klassenstrukturen und der daraus hervorgehenden Orientierungen ihren ersten politischen Ausdruck (Friedland/Piven/Alford 1985, 225). Gerade in Gebieten industrieller Umstrukturierung und hoher Arbeitslosigkeit könnten (vom Staat strukturell den Kommunen überlassene) sozialpolitische Maßnahmen

so potentiell zu Kristallisationspunkten von politischen Initiativen organisierter und nichtorganisierter Teile der Arbeiterschaft, aber auch von involvierten Angehörigen der Mittelschichten werden (ebd.).

Auf kommunaler Ebene stießen zentralstaatliche Vereinnahmungsversuche damit möglicherweise an ihre Grenzen, fänden mitunter Widerstand — bis hin zur Entfaltung gezielter Gegenstrategien — vor. Der Stellenwert und Autonomiegrad lokaler Politikansätze ließe sich so immer nur konkret-historisch aus dem Prozeß gesellschaftlicher Konfliktaustragung von oben *und* unten herleiten. Die lokale Ebene spiegelte nicht nur die Brüche und Legitimationskrisen des Gesamtsystems, sondern würde auch die Chance beinhalten, kommunale Gegenmacht wider die Verstaatlichung der unteren politischen Ebene zu erzeugen (vgl. Kommune als Gegenmacht 1985).

Ansätze einer alternativen Kommunalpolitik

Inwieweit sich in der Auseinandersetzung mit dominierenden gesellschaftlichen Entwicklungsmustern auf lokaler Ebene Spielräume für alternative Optionen öffnen, bleibt eine Fragestellung, die nur politisch-praktisch beantwortet werden kann. Sie entscheidet sich mit dem Stand sozialer Bewegungen und ihren Einwirkungen auf die unterschiedlichen Ebenen des politisch-administrativen Systems sowie über die Installierung neuer lokalpolitischer Mehrheitsverhältnisse und die Umsetzung neuer fachpolitischer Konzepte. Mit Beginn der achtziger Jahre hat in diesem Zusammenhang ein Prozeß der Wiederbelebung des »Kommunalen« eingesetzt, der sich deutlich von den vormalig eher noch vereinzelt neuen Experimenten und Anstößen auf lokaler Ebene unterscheidet. Aus einpunkt-orientierten Protestgruppen ist inzwischen in den meisten Städten und Regionen ein dichtes Geflecht von Selbsthilfeinitiativen und alternativen Projekten geworden, die nicht nur neue Formen der politischen Willensbildung propagieren, sondern mit ihrem Anspruch nach einer anderen Praxis von Arbeits- und Lebensweise vielfach bereits ein gutes Stück stadtstruktureller Normalität und alltäglicher gesellschaftlicher Beziehungen am Ort verändert haben (vgl. z.B.: Großstadt 1983; Rolke 1985). Auf der politischen Bühne sind alternative und grüne Listen, in letzter Zeit »Die Grünen« als Partei, gerade in kommunalen Parlamenten nahezu überall vertreten. Auch in der Sozialdemokratie läßt sich, insbesondere seit dem Machtverlust in Bonn, wieder neues Interesse für kommunalpolitische Fragestellungen ausmachen.

Ist dieser Szenenwechsel auf der lokalen Ebene einerseits Ausgangspunkt für alternative kommunalpolitische Strategien, so drückt sich in ihm andererseits aus, daß die Kommune im Rahmen einer umfassenderen Debatte um eine fundamentale Krise von Sozialstaat, Industrialismus und auch Patriarchat in den Mittelpunkt der Analyse gerückt ist (vgl.: Ökosoziale Frage 1985). Da mit dem Versagen tradierter gesellschaftlicher Allokationsmechanismen (Offe 1985) die überörtlich bedingten Fehlsteuerungen etwa in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in der Sozialpolitik, aber auch im Bereich der Wohnungs- und Energieversorgung *gleichzeitig* auf die örtlichen Lebensverhältnisse einwirken, werden hier auf die Komplexität lokal kumulierenden Krisendrucks ebenso komplexe Antworten gesucht.

Die Diskussion um eine Neuorientierung kommunaler Politik hat sich dabei insbesondere an Politikfeldern entzündet, in denen das Was, Wie und Wofür gesellschaftlicher Produktion und Dienstleistung in der Vergangenheit besonders aus lokaler Sicht fragwürdig geworden ist (Rommelspacher 1985). War etwa der Streit um die Durchsetzung neuer AKW-Standorte in den siebziger Jahren Katalysator einer sich später überregional vernetzenden Ökologiebewegung, so werden neuerdings insbesondere in einer stärkeren Kommunalisierung der Energieversorgung Ansatzpunkte für eine mögliche »Energiewende« gesehen (vgl. Henricke 1985; Eissel 1985). Ist beispielsweise die Anfang der achtziger Jahre neu wahrgenommene und vielfach von Hausbesetzungen begleitete städtische Wohnungsnot auch als Folge einer voranschreitenden neoliberalen Umorientierung staatlicher Förderungsmodalitäten zu analysieren, so herrscht seither im kritischen Lager weitgehende Übereinstimmung darüber, daß der Wiederbelebung kommunaler Initiativen und Instrumentarien eine Schlüsselrolle bei der Neukonzeption einer bewohnerorientierten Wohnungspolitik zukommt (vgl.: Wohnungsnot 1982; Kommunale Wohnungspolitik 1983). Alternative politikfeldspezifische Ansätze auf kommunaler Ebene könnten damit auch zu Bausteinen — für die verschiedenen Politikbereiche teils noch zu konzipierenden — globaleren Gegenentwurfs zur vorherrschenden neokonservativen Modernisierungspolitik des Zentralstaats werden. Mit ihren Ansprüchen auf Transparenz und Einbeziehung der Betroffenen bei der Umsetzung lokaler Alternativen formulieren sie zumeist auch allgemeinere Demokratisierungsanforderungen im Zusammenhang mit dem Ziel einer neuen, kommunalen Selbstverwaltungskultur.

Im folgenden wollen wir mit der kommunalen Sozial- und Beschäftigungspolitik zwei lokale Politikfelder näher beleuchten, die gegenwärtig im Blickpunkt kommunalpolitischer und kommunalwissenschaftlicher Diskussion stehen.

Wie in den vorangegangenen Beispielen wird hier einerseits deutlich, daß die Handlungsbedingungen in den lokalen Politikbereichen weitgehend durch zentralstaatliche Rahmenseetzungen festgelegt sind. Andererseits zeigt sich jedoch auch gerade entlang dieser neu thematisierten lokalen Politikfelder, wie durch eine Politisierung der lokalpolitischen Aufgabenwahrnehmung »von unten« Handlungschancen gegen zentralstaatlichen Zugriff begründet werden können.

Kommunale Selbstverwaltung und Sozialpolitik, »neue Subsidiarität« und Verschärfung der Armut

Die wissenschaftliche Analyse der »kommunalen Sozialpolitik« als eigenständige, innovationsfähige Veranstaltung ist in den letzten Jahren entscheidend vorgekommen (vgl.: Kommunale Sozialpolitik 1985; Grundlagen 1983; Gemeinwesenarbeit 1983 u.a.m.)

Ausgehend vom Befund der »Aufwertung dezentraler Organisationsmuster staatlicher oder vorstaatlicher Sozialpolitik« (Krüger 1985, 13) rücken Fragen der »kontextsensiblen« Steuerung (vgl. Olk/Otto 1985) sowie Interventionsformen, traditionelle und neue sozialpolitische Ressourcen im lokalen Feld in den Vordergrund. Daß die klassischen Medien Recht und Geld sowie Profes-

sionalisierung und Bürokratisierung als »Rationalitätsgrenzen« der »alten« Sozialpolitik im Zuge vermehrter Dezentralisierung sowie neuer Kooperations- und Koexistenzformen verschiebbar sind, führt zur Frage nach alternativen Komplementaritäts- und Innovationsressourcen, die gleichzeitig neue Partizipations- und formale Demokratisierungschancen eröffnen. Das Subsidiaritätsprinzip wird aktualisiert und akzentuiert (vgl. Huster 1985b; Opielka 1985). So rücken Leistungskürzung und -abbau sowie die in deren Gefolge sich ausbreitende Armut als »Entzug von Lebensmöglichkeiten im Vergleich zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung« (Leibfried/Tennstedt 1985, 27) ins Zentrum auch kommunalen sozialpolitischen Handlungsbedarfs. Die sich vergrößernde allgemeine (Einkommens-) Armut, aber auch die »Feminisierung« von Armut und der Zuwachs an »mobilem« Elend (Obdachlose, Nichtseßhafte; vgl.: Fachpolitische Stellungnahme 1984) schaffen neben den Auswirkungen der Renten- und Gesundheitsversorgungskrise, der Krise der Arbeitsgesellschaft (Krise 1983) und des bürgerlichen Familienleitbilds (Leibfried/Tennstedt 1985, 22) in den Kommunen neue Potentiale, die einerseits hohe Sprengkraft hinsichtlich der gesellschaftlich unabdingbaren Massenloyalität besitzen und andererseits ein dringliches Innovationserfordernis signalisieren. Das Problembewußtsein hinsichtlich der durch kommunale Restriktionen noch verschärften Entwicklungen (Naegele 1983) wächst und wendet sich mancherorts bereits der konkreten Fundierung und Formulierung der neuen Aufgabe zu (vgl. z.B.: Armutsbericht Kiel 1985, ähnlich als jüngeres Beispiel auch Offenbach).

Im Gespräch sind allgemeingesellschaftliche Reformkonzeptionen einer »Sozialreform« (Mosdorf 1985). Gemäß den heutigen sozialen und kulturellen Standards soll ein gesamtgesellschaftliches Grundsicherungsmaß als Sockel der Sozial- und Gesellschaftspolitik fungieren (Leibfried/Schulte/Tennstedt 1985). Auf der kommunalen Ebene werden Modelle vorgeschlagen, die geeignet erscheinen, Selbstverwaltung und Demokratisierung im Zusammenhang mit sozialpolitischer Innovation im lokalen Feld voranzutreiben. So ist die Wiederentdeckung kommunaler Sozialplanung (Lewkowicz 1985; Gitschmann 1985) als flexibler, responsiver und partizipatorischer Steuerungsressource, aber auch die kritische Begleitung der Entfaltung neuer Selbsthilfe- und Selbstorganisationsformen zu erwähnen. Insbesondere letzteres Feld ist allerdings mit Vorsicht und ohne unangebrachte Euphorie auf seine realen Möglichkeiten hin zu untersuchen (vgl. Reidegeld 1985), da der Mißbrauch solcher Potentiale im Rahmen der konservativen Subsidiaritäts-Privatisierungsstrategie zu vermeiden ist. Zudem ergibt die Untersuchung der personalen Potentiale eine spezifische »Ungleichheit vor der Selbsthilfe« (Jaufmann 1985) zu Lasten gerade derjenigen Betroffenen, die infolge der vielfältigen Kürzungen bzw. Streichungen öffentlicher Sozialleistungen am unmittelbarsten zu leiden haben und insofern auf kommunal entfaltete Selbsthilfe am ehesten angewiesen wären.

Im Zusammenhang mit Selbstverwaltungs- und Demokratisierungsmodellen schließlich werden einerseits ältere Konzepte wie z.B. das der »Sozialgemeinde« (Auerbach u.a. 1957) wiederaufgenommen, andererseits aber auch ausgehend von gegebenen systemischen Möglichkeiten und ausländischen Innovationserfahrungen z.B. neue Ansätze einer »Bürger-, Versicherten- und Betroffenen-Mit-

bestimmung« (Trojan 1985) in der kommunalen Gesundheitspolitik entwickelt, die die Anbieterorientierung lokaler sozialpolitischer Entscheidungsstrukturen kritisieren und hier den Hebel der Fundierung einer alternativen kommunalen Sozialpolitik ansetzen wollen.

Lokale und soziale Politik reklamiert also vom detaillierten und umfassenden Ansatz her neuerdings wieder die Zuständigkeit für die *Gestaltung* von kommunalen und gesellschaftlichen Lebensweisen (vgl. Evers 1985) im Sinne einer Öffnung von Interventionen hin zu sozialkultureller, partizipativer und selbstverwalteter Organisation an den »Nahtstellen zwischen System und Lebenswelt« (Habermas 1981, 581). Die experimentelle Entfaltung alternativer Politik findet allerdings Grenzen in den Ansätzen zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit und Qualifikationsproblemen. Nur bei entsprechenden Gestaltungen dieses Sektors, dessen Probleme sich verschärfen, kann eine Integration alternativer kommunaler Sozialpolitik erreicht und die Fortsetzung der staatlich induzierten gesellschaftlichen Spaltung auch in diesem Feld vermieden werden.

Kommunale Politik und lokale Beschäftigungsinitiativen

Nach zehnjähriger Massenarbeitslosigkeit, aber insbesondere seit die steigenden Zahlen der Dauerarbeitslosen den Kommunen als Sozialhilfeträger zum (finanziellen) Problem geworden sind, ist die Frage nach lokalen Beschäftigungsstrategien in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik erstmals wieder ins Zentrum kommunalpolitischer und kommunalwissenschaftlicher Diskussionen getreten. Wenn auch völlig außer Frage steht, daß örtliche Ressourcen nicht zur Kompensation zentralstaatlicher Defizite oder gar zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ausreichen können, so lassen sich doch in der lokalen Problembearbeitung unterschiedliche Interventionsmuster ausmachen, bei denen auch Ansätze zu einer alternativen kommunalen Beschäftigungspolitik identifizierbar werden (vgl. zu einem umfassenden Überblick: Lokale Beschäftigungsinitiativen 1986; Lokale Beschäftigungspolitik 1986; Zweite Stadt 1986).

Im »main stream« kommunaler Politik zeichnete sich allerdings bislang eine Praxis ab, die als konzeptionslose Notverwaltung kaum geeignet war, gesellschaftliche Entsolidarisierungsprozesse aufzuhalten. Mit einer Überkonsolidierung kommunaler Haushalte wurden ökologisch wie ökonomisch sinnvolle Investitionen unterlassen, eine restriktive Haushaltspolitik betrieben und dafür extensive Gebühren- und Tarifierhöhungen vorgenommen (vgl. Eissel 1985). Mit lokaler Rotstiftpolitik und der Sonderbehandlung für »Problemgruppen« (wie z.B. der Einberufung von Sozialhilfeempfängern zur Pflichtarbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz, vgl. Münder/Birk 1985) forcierten Kommunen ihrerseits noch den örtlichen Krisendruck. In der Gewerbepolitik wurde vielerorts trotz abschbar fehlender Arbeitsplatzeffekte am traditionellen Förderungsinstrumentarium der Neuansiedlungspolitik festgehalten. Auf der Suche nach neuen Wegen in der lokalen Wirtschaftsförderung richten zunehmend mehr Städte »Gründer- und Technologiezentren« ein, die nahezu immer auf eine einseitige Subventionierung der Kapitalseite hin angelegt sind und deren Erfolgsaussichten zudem auf dem Hintergrund US-amerikanischer Erfahrungen als überaus dürrig

eingeschätzt werden müssen (vgl. Welsch 1985a). — In der Auseinandersetzung mit diesem eher gängigen Profil kommunalen Krisenmanagements wurden aus Sicht der kritischen politikwissenschaftlichen Diskussion in der Vergangenheit häufiger solche lokalen Strategien gefordert, die am spezifischen »endogenen Potential« einer Region ansetzen und sich die jeweils brachliegenden Arbeits- und Qualifikationsreserven nutzbar machen sollten (vgl. Maier 1985). Der Kommunalpolitik käme dabei in viel stärkerem Maße als früher eine örtliche Koordinatorenrolle zu, aus der heraus eine neue Programmstruktur für umfassende lokale Beschäftigungsinitiativen und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen lokaler Administration und städtischen Akteuren zu entwickeln wären. Kernpunkte einer so gewendeten beschäftigungspolitischen Orientierung wären zum einen extensive öffentliche Ausbildungsanstrengungen, die auch die Einrichtung außerbetrieblicher Ausbildungszentren mit qualifizierenden Erstausbildungsangeboten mit einbeziehen sowie eine expansive kommunale Haushaltspolitik, die die lokal verfügbaren Ressourcen in den Feldern ökologischen und sozialen Bedarfs zum Einsatz bringt (Tofaute 1985; Welsch 1985b). Dabei hätten sich auch die Aktivitäten der städtischen Unternehmen an diesen Zielen auszurichten (vgl. etwa hierzu die Konzeption einer Eigengesellschaft für die Hansestadt Bremen, Einemann/Lübbing 1985). Um Fehlsubventionierungen des privatwirtschaftlichen Sektors zu vermeiden und dem Problem einer ansteigenden Zahl von Dauerarbeitslosen zu begegnen, müßte ein umfassendes kommunales beschäftigungspolitisches Konzept diese Ansätze mit neuen Formen einer arbeitnehmerorientierten Wirtschaftsförderung und der Schaffung von temporären Erstarbeitsplätzen zu tariflichen Bedingungen in sinnvollen Arbeitsfeldern verknüpfen.

Im Bereich des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes (ABM, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nach BSHG [vgl. Reissert 1985]) können städtische Initiativen offenbar nur dann einen sinnvollen Beitrag zu einer Gesamtstrategie kommunaler Beschäftigungspolitik liefern, wenn die Maßnahmen nicht zu einem gleichzeitigen Personalabbau mißbraucht oder lediglich zum Zwecke einer späteren Einsparung von Sozialhilfemitteln aufgelegt werden. Sinnvollerweise wird daher etwa in der gewerkschaftlichen Diskussion auf eine stärkere Verzahnung mit arbeitsmarktintegrierenden und existenzgründenden Förderungsstrategien gedrängt (vgl. Regionale Beschäftigungspolitik 1985). Inwieweit hier Ansätze einer alternativen Kommunalpolitik entstehen können, entscheidet sich entlang der Frage, ob es gelingt, statt Ausgrenzung oder zusätzlicher Stigmatisierung sinnstiftende Arbeitsverhältnisse in einem emanzipativen sozialen Kontext zu begründen, die den Betroffenen eine Perspektive bieten.

Daß einer umorientierten, am regionalspezifischen Potential ansetzenden Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik auf lokaler Ebene neue Partner entstanden sind, belegen nicht zuletzt die 10000 bis 40000 Arbeitsplätze, die inzwischen in selbstverwalteten Betrieben entstanden sind (Berger 1985). Noch bedeutsamer erscheint die auf weit über 100000 Personen geschätzte Zahl der insgesamt in alternativen Projekten tätigen Personen jedoch auf dem Hintergrund eines sich verändernden Konzepts von Vollbeschäftigung, das nicht nur den Zugang zur traditionellen Erwerbsarbeit offenhalten, sondern auch die infrastrukturellen Voraussetzungen in selbstorganisierten Tätigkeitsfeldern verbessern will

(Hegner 1985; Evers 1986). — Gerade in Abgrenzung zu herkömmlichen Gründer- und Technologiezentren sind darüber hinaus in letzter Zeit gewerkschaftlich inspirierte Vorhaben konzipiert und teils auch schon in die Praxis umgesetzt worden, die Beschäftigungsförderung, Qualifikationsanstrengungen und einen sozial und umweltfreundlich gestalteten Einsatz neuer Technologien miteinander verbinden wollen (vgl.: Lokale Beschäftigungsinitiativen 1986). Anknüpfend an das weithin diskutierte Beispiel der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch die Londoner Stadtregierung (vgl. Cooley 1986; Einemann/Lübbing 1984; Spies 1986) transportieren das Entwicklungszentrum Dortmund (»EZD«, Pollmeyer 1986) und das Zentrum Arbeit, Technik, Umwelt in Mittelfranken (»ZATU«, Pfäfflin/Richter 1985) die »Philosophie« des Greater London Council. Nicht durch einseitige Kapitalsubventionen, sondern durch die Mobilisierung der Kreativität und Phantasie der Arbeitnehmer und einen Ausbau ihrer Mitbestimmungsrechte soll ein lokaler Beitrag zur Krisenüberwindung geleistet werden. In vielfältiger Weise fielen kommunaler Politik hier eine Vermittlerrolle zwischen regionalen Akteuren und am Ort verfügbaren Ressourcen zu. Wenn sich auch jetzt schon gezeigt hat, daß solchen Konzepten einer neuorientierten kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der praktischen Umsetzung zu Hauf Schwierigkeiten bereitet werden und über ihre Erfolge noch wenig gesagt werden kann, so gewinnt doch der Versuch, durch lokalpolitische Auseinandersetzungen das emanzipatorische Potential dezentraler Strukturen (Wiennemann/Krummacher 1985) »von unten« zu entfalten, hier bereits erste Konturen.

Chancen einer erneuerten Kommunalpolitik durch rot-grüne Bündnisse?

Noch in den siebziger Jahren schwankten die parteipolitischen Reaktionen auf eine außerparlamentarische Politisierung der Kommunalpolitik zwischen Abwehr- und Kriminalisierungsversuchen einerseits und »Umarmungs«- und Kanalisierungsbemühungen andererseits (Hesse 1982). Mitte der achtziger Jahre hat sich das lokale Parteienspektrum selbst weitgehend verändert. Im Zuge rot-grüner Bündnisvereinbarungen wird allerorten Transparenz und Kooperationsbereitschaft gegenüber neuen Akteuren der kommunalen Szenerie proklamiert. Für »originär« kommunalpolitische Fragen wie für ehemals vornehmlich bundespolitische Themenstellungen bekunden die meist schriftlich festgehaltenen Übereinkünfte den Willen zum »Umsteuern« auf eine »neue Politik«. Und in der Tat, wo sonst sollten die politisch-parlamentarischen Träger für eine neuorientierte Lokalpolitik »gegen den herrschenden Trend« auch zu suchen sein? Vom ersten euphorischen Anspruchsniveau allerdings schon auf den entsprechenden politischen »output« zu schließen, wäre ebenso voreilig und verfehlt wie rot-grüne Parlamentsbündnisse umstandslos zu neuen Hoffnungsträgern zu stilisieren. Erfahrungen mit rot-grüner Praxis liegen bislang erst bruchstückhaft vor (vgl. Kleinert/Kuhnert 1982; Rot-Grünes Modell Kassel? 1985; Bullmann 1985). Inwieweit hier das strukturell offenere lokale Terrain für neue *gesellschaftliche* Koalitionen in der Krise genutzt werden kann oder eine neue »Sachzwanglogik« im rot-grünen Politikprozeß die Oberhand gewinnt, kann noch nicht schlüssig beurteilt werden.

Kommunalpolitik, die für sich das Attribut *alternativ* reklamiert und mit ihr eine handlungsanleitende, aber praxiskritische lokale Politikforschung haben sich jedenfalls im Aufzeigen spezifischer, innovationstauglicher Felder zu beweisen und die entwickelten Strategien in ein umfassenderes Gegenkonzept einzubetten. Als prekäre Anlässe alternativer Politik können dabei insbesondere Umweltschutz-, Energie- und Technologiefragen, Wohnungsprobleme sowie, allgemeiner, die kommunale Ökologie-, Sozial- und Beschäftigungspolitik gelten.

Neuartige fachpolitische Ansätze haben jedoch nur dann eine Chance, wenn es nicht zuletzt auf der Basis der neuartigen politischen Bündnisse und Akteure gelingt, bei gegebenem »objektivem« Problemdruck die ideologischen und kulturellen Momente politischer Ein- und Unterordnung lokal bewegbar zu machen (Evers 1978). Ob sich hier der im Zusammenhang mit den ersten rot-grünen Kooperationen entstandene »alternative Optimismus« beweisen kann und zur Stabilisierung kommunal produzierter Gegen-Politik hinreicht, bleibt abzuwarten. Die derzeit mancherorts auch in alternativen Bündnissen schon zu beobachtenden »Versachlichungstendenzen« hinsichtlich finanzpolitischer Spielräume bergen die Gefahr einer neuen Entpolitisierung bereits in sich und geben, was eine kommunale »Gegenmacht«-Potenz angeht, eher zur Skepsis Anlaß (vgl. auch Erneuerung 1986). Eine Institutionalisierung und Verparlamentarisierung neuer lokalpolitischer Initiativen ohne nachhaltige Auswirkung auf administrative Strategien — und damit die Eindämmung der lokalen Ebene als Lern- und Austauschfeld oppositioneller sozialer Bewegungen — wäre jedenfalls eine fatale Entwicklung und würde einige Chancen, die die Kommunalpolitik gegenwärtig bietet, ungenutzt lassen.

Literaturverzeichnis

- Armutsbericht Kiel, 1985: Bericht über die Entwicklung der Armut (hrsg. v. Sozialdezernat der Landeshauptstadt Kiel); Juni
- Auerbach, Walter, u.a., 1957: Sozialplan für Deutschland. West-Berlin, Hannover
- Berger, Johannes, u.a., 1985: Alternativen zur Lohnarbeit? Bielefeld
- Bullmann, Udo, 1985: Rot-grüne Politik von unten? In: Kommune als Gegenmacht, a.a.O.
- Cooley, Mike, 1986: Politik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität. In: Lokale Beschäftigungsinitiativen, a.a.O.
- Duncan, Simson, und Mark Goodwin, 1985 (1982): Der lokale Staat und die Umstrukturierung gesellschaftlicher Beziehungen: Theorie und Praxis. In: Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus (hrsg. v. Jürgen Krämer u. Rainer Neef); Basel, Boston, Stuttgart
- Einemann, Edgar, und Edo Lübbling, 1984: Politische Alternativen in London (Reihe Arbeitspapiere der Zentralstelle für die Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen). Bremen
- dies., 1985: Anders Produzieren. Alternative Strategien in Betrieb und Region. Marburg
- Eissel, Dieter, 1985: Alternative Kommunalpolitik zur Sicherung von qualitativer Beschäftigung und Umwelt. In: Kommune als Gegenmacht
- dies., 1986: Regionale Technologie- und Innovationspolitik zur Mobilisierung ökologisch und sozial orientierter Entwicklung. In: Wende gegen Bonn — Antikrisenpolitik in Niedersachsen (hrsg. v. Arno Brandt u.a.). Hamburg
- Erneuerung, 1986: Erneuerung der Politik »von unten«? (hrsg. v. Joachim Jens Hesse). Opladen
- Esser, Josef, und Joachim Hirsch, 1984: Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den »nachfordistischen« Kapitalismus. In: Prokla 56
- Evers, Adalbert, 1975: Agglomerationsprozeß und Staatsfunktionen. In: Lokale Politikforschung, a.a.O., Bd.1
- dies., 1978: Kritische Ansätze in der lokalen Politikforschung der Bundesrepublik Deutschland. In: Kommunalpolitische Praxis und lokale Politikforschung (hrsg. v. Paul Kevenhörster u. Hellmut Wollmann). West-Berlin
- dies., 1985: Sozialpolitik als Gestaltung von Lebensweisen. In: Neue Praxis 5

- ders., 1986: Zwischen Arbeitsamt und Ehrenamt. Unkonventionelle lokale Initiativen im Schnittpunkt von Arbeit und sozialen Diensten. In: Die Zweite Stadt, a.a.O.
- Fachpolitische Stellungnahme 1984: Fachpolitische Stellungnahme »Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut in der Bundesrepublik Deutschland«. In: Frankfurter Rundschau v. 7./8.8.
- Friedland, Roger, Frances Fox Piven und Robert R. Alford, 1985: Politische Konflikte, politisch-administrative Struktur der Städte und Finanzkrise. In: Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus (hrsg. v. Jürgen Krämer u. Rainer Neef). Basel, Boston, Stuttgart
- Gemeindefinanzenbericht, 1986: In: Städtetag 2
- Gemeindeleute, 1985: (hrsg. v. Eberhard Dähne). Frankfurt/M.
- Gemeinwesenarbeit, 1983: Gemeinwesenarbeit im Kontext lokaler Sozialpolitik (hrsg. v. Friedhelm Peters). Bielefeld
- Gitschmann, Peter, 1985: Kommunale Sozialplanung. Realitäten und Möglichkeiten. In: Alternative Kommunalpolitik 5
- Großstadt, 1983: Großstadt und neue soziale Bewegungen (hrsg. v. Peter Grotian u. Wilfried Nelles). Basel, Boston, Stuttgart
- Grundlagen, 1983: Grundlagen lokaler Sozialpolitik (hrsg. v. Jörn W. Mundt). Weinheim, Basel
- Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Bd.2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt/M.
- Häussermann, Hartmut, und Walter Siebel, 1985: Neue Technologien — eine Herausforderung für die Kommunen. Msk. Bremen
- Handbuch 1985: Handbuch für alternative Kommunalpolitik (hrsg. v. Wolfgang Pohl u.a.). Bielefeld
- Hegner, Friedhart, 1985: Kommunale Initiativen zur Verwirklichung einer neuen Form der Vollbeschäftigung. In: Kommunale Sozialpolitik, a.a.O.
- Hennicke, Peter, u.a., 1985: Die Energiewende ist möglich. Für eine neue Energiepolitik der Kommunen. Frankfurt/M.
- Hesse, Joachim Jens, 1982: Bürger und Parteien auf lokaler Ebene: Die Kommune als Ort der gesellschaftlichen und politischen Integration? In: Bürger und Parteien (hrsg. v. Joachim Raschke). Opladen
- ders., 1983: Stadt und Staat — Veränderungen der Stellung und Funktion der Gemeinden im Bundesstaat? In: Probleme der Stadtpolitik in den 80er Jahren (hrsg. v. Joachim Jens Hesse u. Hellmut Wollmann). Frankfurt/M., New York
- Hirsch, Joachim, 1985: Spaltung oder neue Solidaritäten? In: Die ökosoziale Frage, a.a.O.
- Huster, Ernst-Ulrich, 1985a: Struktur und Krise kommunaler Sozialfinanzen. In: Politik der Armut (hrsg. v. Stefan Leibfried u. Florian Tennstedt). Frankfurt/M.
- ders., 1985b: Subsidiarität — Historische und systematische Aspekte zu einem Leitprinzip in der Sozialpolitik. In: WSI-Mitteilungen 7
- Jaufmann, Dieter, 1985: Selbsthilfe und Sozialpolitik. Historische Dimensionen und aktuelle Entwicklungen. In: Neue Praxis 4
- Kleinert, Hubert, und Jan Kuhnert, 1982: Aufstieg und Fall des Marburger »Ampelbündnisses«. In: Jürgen Reents u.a.: Es grünt so rot. Alternativen zwischen Mode und Modell. Hamburg
- Kommunale Sozialpolitik, 1985 (hrsg. v. Jürgen Krüger u. Eckart Pankoke). München, Wien
- Kommunale Wohnungspolitik, 1983: (hrsg. v. Adalbert Evers, Helmut G. Lange u. Hellmut Wollmann). Basel, Boston, Stuttgart
- Kommune im Aufbruch, 1983: Analysen zum Spannungsverhältnis zwischen kommunaler Identität und Verwaltung (hrsg. v. Regine Roemheld u. Heinz Zielinski). Frankfurt/M.
- Kommune als Gegenmacht, 1985: Alternative Politik in Städten und Gemeinden (hrsg. v. Udo Bullmann u. Peter Gitschmann). Hamburg
- Krise, 1983: Krise der Arbeitsgesellschaft? (hrsg. v. Joachim Matthes). Frankfurt/M., New York
- Krüger, Jürgen, 1985: Kommunale Sozialpolitik und die Krise des Wohlfahrtsstaates. In: Kommunale Sozialpolitik, a.a.O.
- Leibfried, Stefan, Eckhard Hansen und Michael Heisig, 1984: Politik mit der Armut. In: Prokla 56
- Leibfried, Stefan, und Florian Tennstedt, 1985: Die Spaltung des Sozialstaats und die Politik der Armut. In: Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats (hrsg. v. Stefan Leibfried u. Florian Tennstedt). Frankfurt/M.
- Leibfried Stefan, Bernd Schulte und Florian Tennstedt, 1985: Die »Grenzen des Sozialstaats« zwingen zur Neuorientierung. In: Frankfurter Rundschau, 1986
- Lewkowicz, Marina, 1985: Sozialplanung und Selbsthilfe als Steuerungsressourcen kommunaler Sozialpolitik. In: Kommunale Sozialpolitik
- Lojkine, Jean, 1985: Stadtpolitik und kommunales politisches System. In: Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus (hrsg. v. Jürgen Krämer u. Rainer Neef). Basel, Boston, Stuttgart
- Lokale Beschäftigungsinitiativen, 1986: Konzepte, Praxis, Probleme (hrsg. v. Udo Bullmann, Mike Cooley u. Edgar Einemann). Marburg
- Lokale Beschäftigungspolitik, 1986 (hrsg. v. Hans E. Maier u. Hellmut Wollmann). Basel
- Lokale Politikforschung, 1975 (hrsg. v. Rolf Richard Grauhan). Frankfurt/M., New York
- Maier, Friederike, 1985: Erschließung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten. In: Loccumer Protokolle 15
- Memorandum, 1984 (hrsg. v. d. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik). Köln
- Mosdorf, Siegmund, 1985: Die Sozialdemokratie und »ihr« Sozialstaat. In: Die ökosoziale Frage, a.a.O.
- Münder, Johannes, und Ulrich-Arthur Birk, 1985: Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit. Möglichkeiten der Ämter — Gegenwehr der Betroffenen. Neuwied, Darmstadt

- Naegle, Gerhard, 1983: Zum Zusammenhang von privater Armut und kommunaler Finanznot. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 11
- Ökosoziale Frage, 1985: Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat (hrsg. v. Michael Opielka). Frankfurt/M.
- Offe, Claus, 1975: Zur Frage der »Identität der kommunalen Ebene«. In: Lokale Politikforschung, a.a.O., Bd.2
- ders., 1985: Perspektiven auf die Zukunft des Arbeitsmarktes. In: Die ökosoziale Frage, a.a.O.
- Olk, Thomas, und Hans-Uwe Otto, 1985: Kommunale Sozialpolitik und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung. In: Kommunale Sozialpolitik, a.a.O.
- Opielka, Michael, 1985: Wertewandel und ökosozialer Wandel. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 7-8
- Pfäfflin, Heinz, und Gerhard Richter, 1985: Konzept und Aufbau des Zentrums Arbeit, Technik, Umwelt — ZATU — für die Industrieregion Mittelfranken. In: Antworten auf den »Späth-Kapitalismus« (hrsg. v. Gerd Lobodda u. Gerhard Richter). München
- Politikverflechtung, 1978: Politikverflechtung im föderativen Staat (hrsg. v. Joachim Jens Hesse). Baden-Baden
- Pollmeyer, Bernhard, 1986: Lokale Beschäftigungspolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung am Beispiel Dortmund. In: Mehr Arbeit in die Region (hrsg. v. Werner Fricke u.a.). Bonn
- Preuss, Ulrich, 1973: Kommunale Selbstverwaltung im Strukturwandel der politischen Verfassung. In: Stadtbauwelt 39
- Regionale Beschäftigungspolitik, 1985: Regionale Beschäftigungspolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung (hrsg. v. d. Hans-Böckler-Stiftung). Düsseldorf
- Reidegeld, Eckart, 1985: Selbsthilfe — Von den Gefahren, dem Mißbrauch und der reformpolitischen Bedeutung eines sozialpolitischen Ansatzes. In: WSI-Mitteilungen 7
- Reissert, Bernd, 1985: »Zweiter Arbeitsmarkt« — Begriff, Umfang, Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. In: Loccumer Protokolle 15
- Rodenstein, Marianne, 1975: Konflikte zwischen Bund und Kommunen. In: Lokale Politikforschung, a.a.O., Bd.2
- Rolke, Lothar, 1985: Die Kommune als soziale »Experimentierbaustelle«. In: Kommune als Gegenmacht, a.a.O.
- Rommelspacher, Thomas, 1985: Peripherisierung: Chancen für neue Regionalkultur im Revier? In: M. Krummacher u.a.: Regionalentwicklung zwischen Technologieboom und Resteverwertung. Bochum
- Rot-grünes Modell Kassel?, 1985: Eine Bilanz nach 4 Jahren (hrsg. v. Norbert Rehrmann). Kassel
- Saage, Richard, 1985: Staat, Technik und Gesellschaft im Neokonservatismus. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 9
- Scharpf, Fritz, u.a., 1976: Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik. Kronberg
- Spies, Bernd-Georg, 1986: Beschäftigungsaufgaben, sektorale Investitionspolitik und Ausweitung industrieller Demokratie — Grundzüge arbeitnehmerorientierter Kommunalpolitik in Großbritannien. In: Mehr Arbeit in die Region (hrsg. v. Werner Fricke u.a.). Bonn
- Sachverständigenrat, 1984/85: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1984/85. Bt-Drs. 10/2541
- Tofaute, Hartmut, 1985: Öffentliche Investitionsdefizite auf regionaler und kommunaler Ebene. In: WSI-Mitteilungen 1
- Trojan, Alf, 1985: Ansätze zur Mitbestimmung in Gesundheits- und Sozialpolitik. In: WSI-Mitteilungen 9
- Väth, Werner, 1985: Lokale Politikforschung. In: PVS-Literatur 2
- Welsch, Johann, 1985a: Durch »Technologieparks« zu mehr Arbeitsplätzen? In: WSI-Mitteilungen 1
- ders., 1985b: Umweltschutz und regionale Beschäftigungspolitik. In: WSI-Mitteilungen 12
- Wienemann, Marianne, und Michael Krummacher, 1985: Resteverwertung oder Renaissance durch Neue Technologien? In: Michael Krummacher u.a.: Regionalentwicklung zwischen Technologieboom und Resteverwertung. Bochum
- Wohnungsnot, 1982: Wohnungsnot. Anregungen zur Initiative an Ort und Stelle (hrsg. v. Adalbert Evers u. Klaus Selle). Frankfurt/M.
- Zukunft, 1983: Die Zukunft der Stadt (hrsg. v. Norbert Kostede). Reinbek
- Zweite Stadt, 1986: Die Zweite Stadt (Leviathan-Sonderheft 7; hrsg. v. Bernhard Blanke u.a.). Opladen

Kongreßberichte

1. Europäische Rüstungskonversionskonferenz

Eastbourne/England, 19. bis 22. März 1987

Nach mehrjährigen Bemühungen im Umfeld der »Gewerkschaften für Europäische Nukleare Abrüstung« (TUs for END) trafen sich nun rund 100 Delegierte von 25 Gewerkschaften aus zehn westeuropäischen Ländern auf Einladung der größten britischen Gewerkschaft, der Transport and General Workers' Union (TGWU), in deren Kongreßzentrum. Ein erster Versuch, dieses Treffen in Bremen durchzuführen, war 1984 gescheitert. Dabei spielten bis heute fortdauernde politische Divergenzen eine Rolle. So waren die spanischen Gewerkschaften, trotz ihres eindeutigen Engagements für Rüstungskonversion und Alternativproduktion, im Gegensatz zu den britischen nicht vertreten. Daneben waren Vertreter aus folgenden Ländern anwesend: Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Belgien, Finnland, Schweden, Frankreich, Griechenland, Türkei und Italien.

Die britischen und skandinavischen Kollegen prägten die Veranstaltung. Interessanterweise waren alle wichtigen britischen Gewerkschaften im Rüstungsbereich trotz vorhandener Differenzen vertreten, nicht nur durch hauptamtliche Funktionäre sondern auch durch Mitglieder aus den Betrieben, zumeist Shop Stewards. Das Problem der Briten scheint — entsprechend dem Wahl-Manifesto der Labour-Party — zur Zeit weniger die Rüstungskonversion als solche, sondern die Konversion von nuklearer zu konventioneller Rüstung zu sein. Diesen Punkt betonten besonders einige hochkarätige Parlamentsmitglieder und ein Schattenminister. Das Problem der *nuklearen* Rüstungskonversion stellt sich in Europa jedoch nur noch für die Franzosen; insofern gab es in diesem Punkt nicht sehr viel Gemeinsamkeiten. Zwar wurde allgemein die nukleare Abrüstung gefordert, aber nicht unbedingt zugunsten einer Aufstockung der konventionellen Rüstung.

Das andere britische Problem ist die Privatisierung der staatlichen Rüstungsschmieden bzw. deren teilweise Schließung. Hier liegen bereits einige interessante Konversionserfahrungen vor, wobei in bezug auf die Ähnlichkeit der Alternativprodukte ähnliche Probleme wie in der Bundesrepublik auftauchten. Hier waren die Erfahrungen der Kollegen von Krupp MaK (Kiel) sowohl im Hinblick auf die Methoden der Entwicklung von Alternativen wie auch auf die betriebs- und gewerkschaftsinterne Durchsetzung von großem Interesse. Die skandinavischen Erfahrungen machten deutlich, daß das spezifische Mitbestimmungssystem eine Reihe von Vorteilen bei der Durchsetzung und Entwicklung von Alternativen bietet. Es zeigte sich einmal mehr, daß Rüstungskonversion weniger ein technisches oder ökonomisches, sondern ein politisches Problem ist: Wie sind die politischen Voraussetzungen und die Bereitschaft bei den Betroffenen und den Entscheidungsträgern zu schaffen, Rüstungskonversion wirklich zu wollen? Erkennbar wurde einmal mehr, daß der Prophet im eigenen Lande — Mike Cooley und der Corporate Plan von Lucas Aerospace — wenig gilt. Diese exemplarischen Erfahrungen wurden von einigen britischen Teilnehmern als Mythos abgetan — wenn auch sicher richtig ist, daß es zeitweise eine zu idealistische Aufnahme auf dem Kontinent gab. Aber sowohl der Greater London Enterprise Board wie ähnliche Initiativen an anderen Stellen und in Forschungseinrichtungen (z.B. Unit for the Development of Alternative Products in Coventry) sind Realitäten.

Herbert Wulf (IFSH, Hamburg) sprach auf einer der Plenumsveranstaltungen über die internationale Dimension des Waffenhandels und der Waffenproduktion und vertrat die These, daß in Europa acht bis zehn Milliarden US-Dollar jährlich auf Grund

nationaler Eigenständigkeiten bei der Waffenproduktion verschwendet würden. Er plädierte für eine stärkere gemeinsame Herstellung von Rüstungen. Viele Teilnehmer sahen dies als illusorisch an, wenn man die Geld- und Finanzpolitik, den Agrarmarkt und selbst das Farbfernsehen betrachtet, wo seit Jahrzehnten keine Einigkeit erzielt werden konnte. Die Widerstände seien beim neutralgischsten Bereich nationaler Identität, der Verteidigung um so mehr gegeben. Hinzu kommt, daß es wohl äußerst fraglich ist, ob die eingesparten Summen tatsächlich für sozial nützliche Produkte und Dienstleistungen verwendet werden. Illusorisch ist daher sicher auch die Forderung nach einem europäischen Konversionsfonds, solange nicht die politischen Voraussetzungen einer radikalen Änderung der Rüstungs- und Wirtschaftspolitik gegeben sind. Ein solcher Fonds steht eher am Ende und nicht am Anfang einer Rüstungskonversionspolitik. Erstaunlich war, wie stark die Forderung nach staatlicher Gesamtplanung entsprechend dem französischen Nachkriegsmodell unter drittelparitätischer Beteiligung von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften zur Bewältigung der derzeitigen Krisensituation vorgetragen wurde (Stuart Holland). Einig war man sich in der Ablehnung sowohl von SDI und EUREKA als militäristischen und nationalistischen bzw. ungesteuerten wettbewerbsorientierten Strategien. Demgegenüber schlug Glynn Ford das »human frontiers science«-Programm der Japaner als Vorbild vor.

Die Diskussion in den vier Arbeitsgruppen über Beschäftigungsperspektiven, High Tech, Alternativproduktprojekte und Waffenkontrolle war zum Glück sehr viel konkreter und brachte einen echten Erfahrungsaustausch unter Betroffenen und gegenseitige Lernprozesse zustande. Ebenso wie die informellen Kontakte sind sie wie bei allen derartigen Treffen zweifelsohne immer das Wichtigste und Produktivste. Die Tagung endete mit Einladungen sowohl der italienischen und schwedischen Gewerkschaften, die Debatte im Herbst dieses Jahres in ihren jeweiligen Ländern fortzusetzen. Auch Klaus Mehrens von der IG Metall äußerte die Absicht, demnächst ein ähnliches Treffen zu organisieren. Dies wäre sicherlich in höchstem Maße erfreulich, nachdem die Debatte in der IG Metall in den letzten Jahren an Breite gewonnen hat, wenn auch mit dem Niedergang der Friedensbewegung nach der Installation der Mittelstreckenraketen der Elan etwas verfliegen war. Denn die Konferenz zeigte, daß die Rüstungskonversionsdebatte nur die Spitze des Eisbergs bei der Konversion der Gesamtproduktion zu sozial nützlichen Produkten und Dienstleistungen ist.

György Széll (Osnabrück)

Technologische Entwicklung und Wertwandel der Arbeit

Gespräch zwischen Sozialwissenschaftlern, Theologen, Gewerkschaftern und Arbeitgebern. Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr, 27. Februar bis 1. März 1987

I.

Die vereinigten Interessen von Wirtschaft, Militär und staatlich finanzierter militärisch-industrieller Forschung erzielten innerhalb relativ weniger Jahre einen gigantischen Technologieboom, angesichts dessen Schnelligkeit nahezu jeder Versuch kritischer Problematisierung oder Einflußnahme in Verbalismen bzw. hinter der »normativen Kraft des Faktischen« steckenblieb. Von einem Putsch jedoch kann nicht gesprochen werden: Dem ideologischen Kampf und dem an nackten Profit- und Hersehensinteressen orientierten Einsatz dieser Maschinerie verhalten nicht nur die auf Abschaffung bzw. Verkürzung kaputtmachender Arbeit gerichteten legitimen Hoffnungen zum Erfolg; Technologieeuphorie, Wachstums- und Fortschrittsgläubigkeit schufen eine Technikakzeptanz, die in ihrer technokratischen Ausformung

gänzlich vergessen macht, daß sich mit Einführung der effizienteren Apparatur nichts geändert hat an den grundlegenden Widersprüchen im Kapitalismus.

Mag sein, daß z.B. die Mikroelektronik positive Auswirkungen auf Arbeit und Leben der Menschen eröffnen kann. In der Praxis gegenwärtiger Mehrwertaneignung durch das Kapital mehren sich jedoch die Indizien dafür, daß der ungehinderte, von den Betroffenen nicht mitgesteuerte Technikeinsatz nicht nur quantitativ die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen potenziert; in einem noch ungekannten Ausmaß wird die Qualität menschlicher Arbeit und gesellschaftlicher Kommunikation nun lückenlos — bis ins computergesteuerte Kinderzimmer hinein — einer Kapitallogik subsumiert, die weniger denn je nach den sozialen Folgen fragt und noch weitaus zynischer als bisher die »Entsorgung« der politischen, kulturellen, psychischen und physischen Deformationen den dafür auserkorenen »therapeutischen« Apparaten wie Gesundheitswesen (incl. Psychiatrie), Kirchen und Freizeitanimations-einrichtungen zuweist.

Diese Art »technischen Wandels« wird von den Agenten des Kapitals als quasi naturwüchsiger Fortschritt verkauft — als sei nicht immer schon die Entwicklung und Produktion von Maschinen Ergebnis menschlicher Arbeit, die von jeweils spezifischen Interessen (im Kapitalismus Tauschwertinteressen) in Gang gesetzt und ausgebeutet wurde. So sind denn die »Neuen Technologien« (incl. Informations- und Nachrichtentechnik) — allen scheinheiligen Gebrauchswertversprechungen zum Trotz — in erster Linie das, was ihre Genese (als Produkte des militärisch-industriellen Komplexes) bereits zeigt: universelle Rationalisierungstechnologien und gleichzeitig global vernetzte Computersysteme zur Effektivierung, Steuerung, Überwachung und Bedrohung all dessen, was sich überhaupt noch regt.

Die sozialistischen Hoffnungen auf das — jetzt scheinbar beginnende — Wanken und Abkippen bisher verfestigter Betriebshierarchien oder Arbeitsteilungen (z.B. in Frauen- und Männerarbeit, Kopf- und Handarbeit) sollten nicht dazu verführen, die Auflösung der »prozessierenden Widersprüche« des Kapitalismus in Sicht zu wähen. Nicht für sich betrachtet, sondern vor dem Hintergrund dieser neuen Offensive des Kapitals und angesichts umfangreicher neuer Gefahren durch Großtechnologien sowie weltweiter sozialer Ausgrenzungsmaßnahmen ist — auf der Folie bisher geleisteter Gesellschaftsanalyse — die Technik interdisziplinär zu untersuchen auf ihre negativen Folgen. Zu fragen ist

- nach der Qualität und Quantität menschlicher Arbeit, den Rationalisierungswirkungen und zusätzlichen Destruktionen am Arbeitsplatz;
- nach den Bedürfnissen und Erfahrungen der bereits massenhaft ausgegrenzten — sowie zunehmend verarmenden — Gruppen der »Zwei-Drittel-Gesellschaft«;
- nach den — bereits bisher kaum gelungenen — Überlebensstrategien und der Problematik bisher nur legitimatorisch-affirmativ erfolgreicher Definition dessen, was Arbeit und verfügbare Zeit sein kann;
- nach den Folgen totaler Verdattung, Verkabelung und Überwachung von Individuen bzw. als »Krisenpotential« eingestufte Gruppen sowie nach den Grenzen von Datenschutz und Machtkontrolle;
- nach der Zerstörung menschlicher Kommunikation durch die Eingriffe in die stoffliche Auseinandersetzung mit Natur und Gesellschaft;
- nach der neuen Kolonialisierung der ausgebeuteten Völker durch Technologietransfer und Verschärfung der internationalen Arbeitsteilung;
- nach der Vernetzung und Effektivierung militärischer Vernichtungstechnik, besonders im Kontext des Kampfes um den »totalen Markt«;

— nach den Inhalten dessen, was Bildung, Kultur, politisches Engagement, Reproduktion und Muße vor dem Hintergrund technokratischer Verwertung heißen kann ...

II.

Wer jetzt nicht offensiv den Streit entfacht, dürfte bald wenig(er) Gelegenheit dazu haben. Bereits heute gilt es als spinnert/maschinenstürmerisch, sich mit derartigen Fragen querstustellen. So ist es nicht hoch genug zu schätzen, wenn eine evangelische Akademie (»ausgerechnet Kirche«!) Betroffenen, Interessierten, Politikern, Funktionären und Experten ein Forum zur Auseinandersetzung bietet — und dieses sogar noch gut macht, indem sie die volle Schärfe der Widersprüche präsentiert. Teilnehmer waren Interessierte in einem bunten Querschnitt durch die Gesellschaft: Pfarrer, Studenten, Arbeitslose, Sozialarbeiter, Gewerkschaftsmitglieder, Ingenieure, Hausfrauen und berufstätige Frauen. Vortragende waren Wissenschaftler, die dem Industriemanagement nahestehen, und als Co-Referenten Gewerkschafter.

Die Referenten brachten die gängigen Thesen: Qualifikation zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Chancen durch mehr und bessere Arbeit durch Automationstechnik zur Behauptung der Industrie auf den Weltmärkten, alles stark ausgebreitet und mit ermüdendem Zahlenmaterial unterlegt. Die Gewerkschafter beriefen sich auf die Verkürzung der Arbeitszeit als Allheilmittel, unterstützten aber auch die Aufforderung zur Qualifikation. Von der FU Berlin kam ein Beitrag mit Zahlenmaterial ohne genaue Hinweise woher und wohin. — Einen neuen Gedanken in dieses Alltägliche brachte Frigga Haug mit der leidenschaftlich vertretenen These, daß gesellschaftlich orientierte und politische Arbeit neben der Erwerbsarbeit eine wesentliche Rolle spielen müßte und auch honoriert werden müsse, wobei die bisher wenig beachtete Arbeit der Frau in Haushalt und Gesellschaft in den Vordergrund gestellt wurde — und natürlich war dies ein Denkanstoß für die anwesenden Frauen, die sich nun auch an der Diskussion beteiligten. Wesentliches zum Zustand unserer Gesellschaft brachte Hans Stenzel, tätig in der Erwachsenenbildung der evangelischen Kirche, ein und löste damit wohlthuend das Schablonendenken der Referenten wie auch das durch das persönliche Schicksal (Arbeitslosigkeit) der Betroffenen hervorgerufene ab.

Das Zahlenmaterial und die Zukunftsaussichten waren bestimmt durch Hochrechnungen des heutigen Potentials. Nicht berücksichtigt waren das Ende der Ressourcen ebenso wie die wachsende Umverteilung der Kapitalanteile, die in naher oder ferner Zukunft sich auf die Absatzmärkte auswirken müssen und deren Produktionsgigantismus ein Ende setzen, ebenso wie die fortschreitende Zerstörung unserer Umwelt. Unberücksichtigt blieb auch die Sparte der handwerklichen Ausbildung, die schon allein notwendig ist, wenn die Gesellschaft nicht zu einer totalen Wegwerfgesellschaft ausarten soll. Unnötig zu erwähnen, daß die Denkanstöße zu einer gesellschaftspolitisch orientierten Entwicklung bei den kapitalorientierten Referenten nicht auf fruchtbaren Boden fielen.

Sowohl die Arbeitslosigkeits-Verwalter (z.B. Bundesanstalt für Arbeit) als auch die »Freisetzungs«-Experten aus der Rationalisierungsberatung (z.B. Firma McKinsey & Comp., Inc.) legen die Absicherung des Technologisierungsprozesses fest in einer klaren Pflichtenzuweisung. »Humane Ausgleichsfunktionen wegen reduzierter Sozialkontakte« seien nötig; Vereinsamung, Kommunikationsverlust am Arbeitsplatz müssen außerhalb der Erwerbsarbeit kompensiert werden nach dem Motto: »Nicht lamentieren, sondern positiv sein und motivieren!« Diese Leistung erwarte man von den gesellschaftlichen Institutionen und Verbänden sowie vom Staat. So deutlich hört man's selten, wie das Kapital die Pflichten zuweist — nämlich die Verpflichtung zum Mitmachen, Mitverantworten der nun computergestützten Herrschaftsstruk-

turen (als sozialer Kitt, der die Kaputtgemachten ideologisch und sozialtechnisch zusammenhalten soll). Der Turmbau zu Babel war zu allen Zeiten das passende Symbol für hegemoniale Borniertheit ...

Es gibt offenbar keine Indizien dafür, daß die Organisationen der Arbeitnehmer nun das schaffen, was sogar in Zeiten der Vollbeschäftigung nicht erreicht wurde: qualifizierte Mitbestimmung, Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien ... Dennoch treten Gewerkschaftsfunktionäre auf wie die Karikatur eines Menschen, der im dunklen Keller laut pfeift. Die Mitbestimmungsforderung kommt wie das Amen in der Kirche: je weniger man handelt und kämpft, desto intensiver wird die bessere Welt herbeigebetet. Der in Mülheim anwesende »Freisetzungs«-Experte des Kapitals schien sich zu freuen über die Technik euphorie des als Kontrahenten eingeladenen Gewerkschaftsvertreters, der in der Technologie (m.E.) zu sehr die Chance zur Abschaffung/Verkürzung von Fronarbeit sah, zu wenig aber die neuen Entfremdungs- und Ausgrenzungsprozesse. Solange jedoch in den Gewerkschaften der kapitalistische Technologiebegriff reproduziert wird, solange *diese* Art von Technik nicht gesehen wird als das, was sie ihrer Entstehung und Funktion nach ist — nämlich Produkt und Ziel nackter Profit- und Herrschaftsinteressen —, solange technokratische Blindheiten den Blick darauf verwehren, daß eine alternative, sinnvolle, an den menschlichen Bedürfnissen orientierte Technik erst entwickelt und erkämpft werden muß (und in ihrer jetzigen Form nicht einfach übernommen werden kann), solange Arbeit nur als Last abgeschüttelt werden soll, statt in praxi eine neue, erweiterte Bestimmung und Aneignung zu erfahren, folgen wir nur dumpfer Kapitallogik.

Und eine weitere Blindheit gilt es zu bekämpfen: den Glauben, der Gesellschaft gehe die Arbeit aus. Subtil und gleichzeitig brutal sind die emsigen Versuche, die Frauen wieder »zurück ins Heim« zu schicken (denn sie »drängen auf den Arbeitsmarkt«) nach dem Prinzip: »Die Männer *arbeiten* und die Frauen *verwalten* das ganze vom Mann verdiente Geld!« Wenn es stimmt, daß die Gesellschaft sich nur die Probleme stellt, die auf Grund ihrer Produktionsweise auch lösbar sind, dann ist es an der Zeit, daß Frauen die historische Stunde (in der trotz Abnahme körperlich schwerer Arbeit und der Grundlosigkeit von »Männerberufen« und »Frauenberufen« das Patriarchat den »Wertwandel der Arbeit« wieder einmal zu seinen Gunsten formuliert) *offensiv* nutzen im Sinne aller Menschen. Der bisherige Arbeitsbegriff mit seiner Fixierung auf kapitalverwertbare, entfremdete Erwerbsarbeit muß verschwinden zugunsten einer neuen Definition dessen, was als gesellschaftlich sinnvolle Arbeit praktiziert werden soll — von Männern und Frauen gleichermaßen. Arbeitsethik müßte abgelöst werden von einer gesellschaftlichen Verantwortungsethik, in der Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, gesellschaftspolitische Arbeit und Muße in einer Weise angeeignet werden, die die Kritik der bestehenden schlechten Verhältnisse ebenso leistet wie die Formulierung der konkreten Utopie — zugunsten einer Beteiligung aller an der Transformation der Arbeit.

Also: Die destruktiven Folgen aufspüren und ihnen mit neuen Inhalten entgegensteuern! Bei der Analyse und Diskussion des gegenwärtigen ökonomisch-technischen Prozesses vornehmlich über die vermeintlichen Chancen zu reden bedeutet, im Angesicht ungeänderter hegemonialer Interessen die wirklichen Kampfziele aus dem Blick zu verlieren, bedeutet auch, Akzeptanz statt Gegenmacht einzuüben.

Ute Hüttmann (Marl-Hüls) und Melanie Langenberger (West-Berlin)

Ingenieurinnen — Frauen für die Zukunft

Internationale Konferenz, 8. bis 10. Februar in West-Berlin

Mehrere hundert Frauen versammelten sich auf Einladung der Technischen Universität und der Friedrich Ebert-Stiftung im übertechnisierten West-Berliner Internationalen Congreßzentrum ICC. Irritierend am ICC war seine Unpersönlichkeit. Sie symbolisiert eine Ausrichtung auf totale Effizienz, auf Männer des Geschäftslebens und damit eigentümlicherweise auf die Schlüsselfrage, die das Thema der Konferenz war: Wollen Frauen die Technik erobern, wie sie ist? Oder wollen wir unsere Chance ergreifen, sie zu vermenschlichen?

Von Beginn an gab es Spannungen. Da waren, zuerst und zuvorderst, die etablierten Ingenieurinnen aus den USA und westeuropäischen Ländern, meist über 40 Jahre alt. Falls je ein Beweis nötig war, diese Frauen beweisen, daß »Frauen es schaffen können« in der Technik. Diese älteren Ingenieurinnen mußten sich beruflich durchsetzen in einer Zeit, in der es noch keine aktive Frauenbewegung gab, die ihnen hätte helfen können. Oft gab es noch nicht einmal Gleichstellungsgesetze in ihren Ländern. Sie mußten ihren Erfolg also individuell erringen. Es war betrüblich, aber unvermeidlich, daß sie nur als Jammern und Klagen wahrnehmen konnten, was die zweite Gruppe vortrug: Soziologinnen und Psychologinnen, die sich mit dem Ausschluß von Frauen aus der männlichen Technik und mit den Beziehungen zwischen Frauen und Technik befassen. In den Augen der etablierten Ingenieurinnen hat diese zweite Gruppe vorschnell eine vom Männ(lich)en beherrschte Professionalisierung und kapitalistische Technologien kritisiert und dabei das Vergnügen übersehen, mit dem kompetente Frauen ihr technisches Wissen zum Zuge bringen.

Glücklicherweise war eine dritte Gruppe anwesend — junge Ingenieurstudentinnen aus deutschen Universitäten. Viele von ihnen ergriffen das Mikrofon, um mit Nachdruck und Klarheit ihr Engagement für Technik auszudrücken. Aber sie sprachen auch über die Schwierigkeiten, die ihnen durch männliche Kommilitonen und Lehrer in den Weg gelegt wurden und über ihren Widerwillen gegen bestimmte Technologien, besonders Atomkraft und Kernwaffen. Diese jungen Frauen hatten die Authentizität und Legitimität, die den Theoretikerinnen fehlte. Jedermann/frau war bereit, ihnen mit Respekt zuzuhören.

Die Konferenz war konzipiert als Forum, um Ergebnisse einer Untersuchung über berufstätige Ingenieurinnen zu diskutieren, einen Überblick zu gewinnen über die Situation von Ingenieurinnen in anderen Ländern und praktische Konsequenzen zu ziehen, um den Frauenanteil in den Ingenieurwissenschaften zu erhöhen.

Was Mona Dahms, Ingenieurin aus Dänemark, als ihre Biografie darstellte, kann — vergleicht man es mit Ergebnissen einer Befragung von über 100 Ingenieurinnen —, als ein »typischer« Entwicklungsweg für die Generation der jetzt berufstätigen Ingenieurinnen angesehen werden: begabte gute Schülerin, Begeisterung für Naturwissenschaft und Technik, hat die männlichen Kollegen immer als »gute Kumpel« wahrgenommen und die Unterdrückung als Frau aktiv »übersehen«. Ein schmerzlicher Prozeß der Bewußtwerdung, angestoßen durch die Frauenbewegung und die Unmöglichkeit, so sensibilisiert in alter Art und Weise mit männlichen Kollegen weiterzuarbeiten. Folgen auch im privaten Bereich — Scheidung. Die Suche nach Alternativen. Das Bedürfnis nach Frauen-Netzwerken.

Die Spannungen in der Diskussion waren auch den kulturellen Barrieren zwischen Naturwissenschaft/Technik und Geisteswissenschaft geschuldet. Die Problemstellungen der Frauen waren, ausgehend von je unterschiedlichen Praxisbereichen und Erfahrungen, verschieden. Jene aus der Minderheit weiblicher Ingenieure (2 % in der Bundesrepublik) betonten die positiven Seiten in der Spezifik von Ingenieurs-

arbeit, die Ästhetik mathematischen Denkens und ihre Erfahrung von Umweltkontrolle. Nur indem sie an ihrem starken Arbeitsinteresse festhielten, konnten sie sich trotz aller Behinderungen in der Frauen kulturell ausschließenden Technikkultur halten. Diese Frauen hielten es unbedingt für notwendig, sich als Frauen und als Ingenieurinnen zu organisieren. Die vorgeschlagenen Wege dazu waren je nach Alter und politischer Biografie verschieden (Netzwerke wie »Frauen in Naturwissenschaft und Technik«, Ingenieurinnenverband vergleichbar denen in anderen westlichen Industrieländern, frauenspezifische Organisation innerhalb des VDI oder der Gewerkschaften).

Die Sozialwissenschaftlerinnen dagegen forderten kompensatorische Maßnahmen, ein Unterstützungsnetz für Mädchen und Frauen oder, radikaler, die Veränderung der Technik (und der männlichen Techniker). Sie hatten die Mehrheit der Mädchen und Frauen vor Augen und die Erkenntnis, daß ohne eine Vermenschlichung der Technik und ihrer Kultur Frauen ausgeschlossen bleiben bzw. die wenigen Pionierinnen oft einen hohen persönlichen Preis zahlen müssen.

Die Diskussion wird bei einem Folgekongreß fortgesetzt; die Friedrich-Ebert-Stiftung hat uns die Finanzierung am Ende des Kongresses zugesagt.

Cynthia Cockburn (London) und Helga Karl (West-Berlin)

European Conference of Initiatives on Work and Health

Straßburg, 19. und 20. Februar 1987

Zum ersten Mal haben sich auf europäischer Ebene Vertreter aus Arbeitsgruppen getroffen, die jenseits der traditionellen Institutionen auf dem Gebiet der Arbeitergesundheit aktiv sind. So unterschiedlich die einzelnen Gruppen arbeiten und organisiert sind (vertreten waren Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Schweiz und BRD), so auffallend waren viele Parallelen in den Biographien der »Aktivisten«. Die Gründungsmitglieder sämtlicher Gruppen sind politisch-kulturell in irgendeiner Form durch die Studentenbewegung beeinflusst worden. Viele haben ein Uni-Studium absolviert, häufig in sozialwissenschaftlichen Fächern und sind dann — unabhängig voneinander — zur Überzeugung gelangt, daß wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung weder Selbstzweck noch Karrieregrund sein dürfe.

Einige sind dieser Einsicht entsprechend aus ihren traditionellen Wissenschaftler-Karrieren »ausgestiegen« — andere haben von Anfang an darauf verzichtet, sich im Wissenschaftsbetrieb zu etablieren. Alle haben — mit mehr oder weniger Mühen und Erfolg — alternative Tätigkeitsfelder aufzubauen versucht, die auf eine neue Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Betroffenen abzielen. Gemeinsam ist allen Gruppen das Bemühen, durch Beratung, Schulung und gut lesbares Informationsmaterial den Betroffenen praktisch verwertbares Wissen zur Verfügung zu stellen, das ihnen hilft, am Arbeitsplatz (und darüber hinaus) ihre Gesundheit zu verteidigen. Alle vertretenen Gruppen geben daher Rundbriefe, Broschüren und z.T. auch Bücher zu ähnlichen Themenbereichen heraus.

Unterschiede gibt es v.a. in der Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen und Gewerkschaften sowie im Hinblick auf politisch-strategische Forderungen an den Staat bzw. Gesetzgeber. Während z.B. die britischen und französischen Gruppen eine weitere Verrechtlichung und Verregelung der Grenzwerte für gefährliche Arbeitsstoffe sinnvoll finden, vertraten die bundesdeutschen Gruppen eher die Auffassung, daß ein Regelungs- und Kontrollsystem in der betrieblichen Praxis viel zu komplex wäre, um effektiv angewandt zu werden, und überdies eine Scheinsicherheit suggeriere, da bisher ohnehin nur Grenzwerte für einzelne Stoffe existierten, nicht aber für die im Alltag vorkommenden unzähligen Stoffgemische und -kombinationen.

Leider war die Zeit zu kurz, um derartige Differenzen in grundsätzlichen Einschätzungen fruchtbar diskutieren zu können. Alle Teilnehmer sprachen sich daher für ein weiteres Treffen aus, das im Mai 1988 in Straßburg stattfinden sollte. Bis dahin sollten die neu geknüpften Verbindungen genutzt werden, um auch Vertreter aus Italien, Österreich und den skandinavischen Ländern zur Teilnahme zu motivieren.

Das Treffen wurde politisch und materiell ermöglicht durch die sogenannte »Regenbogenfraktion« im Europäischen Parlament. *Kontaktadresse*: Berliner Infoladen für Arbeit und Gesundheit, im Berliner Gesundheitsladen, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61. Eberhard Göbel (West-Berlin)

Analyse und Interpretation der Alltagswelt

Konzepte der Umwelterkundung in Freizeit und Weiterbildung. Thomas-Morus-Akademie Bensberg, 16. bis 17.2.1987

Für knapp zwei Tage trafen sich ca. 50 Vertreter aus Geographie, Geschichtswissenschaft und Freizeitpädagogik, um über neue lebensweltliche Konzepte zu sprechen.

Zunächst stellte Wolfgang Isenberg (Bensberg) Vorläufer der lebensweltlichen Analyse vor und zeigte bestehende Konzepte auf. Vorläufer sah er insbesondere im Wandern der Jugendbewegung, in der proletarischen Jugendbewegung und den Pfadfindern. Ihre Nachfolger finden sich heute in Dorfanalyse und Spurensicherung. Das Ziel der neuen kritischen Heimatkunde sei die »Wiedergewinnung der Lebenswelt«; Möglichkeiten standen im folgenden auf dem Programm.

Gerhard Hard (Osnabrück) machte »die Spur« zum Thema seines Vortrages. Er verstand darunter die »unbeabsichtigte Folge absichtsvoller Handlungen«. Spuren, die Menschen bei ihren Handlungen hinterlassen (z.B. Trampelpfade) können monumentalisiert werden, wenn die in ihnen sichtbaren Bedürfnisse im nachhinein legitimiert werden (der Trampelpfad wird gepflastert). Sie können auch verwischt werden (dann werden Barrieren aufgebaut, damit der Pfad nicht mehr benutzt werden kann). Pseudospuren dagegen werden häufig an den Bedürfnissen vorbei von der Administration als Prestigeobjekte angelegt. Den Nutzen einer Spurensuche sah Hard vor allem in der »hermeneutischen Wendung«, welche es dem Beobachter erlaubt, nach Analyse der Spuren auf sein Verhalten zurückzuschließen und so auch etwas über sich selbst zu lernen.

Manuel Kniper (Hannover) unterschied die »ökologische Heimatkunde« von anderen Typen der Ökologie wie der kybernetischen Ökologie, dem Landschaftsressourcen-Ansatz und Globaltheorien durch den Bezug zur Umweltschutzbewegung und den lebensweltlichen Zusammenhang. Der Heimatbegriff wurde dabei bewußt angenommen, da er die Möglichkeit zur Identifikation beinhaltet. Drei Gesichtspunkte bestimmen die ökologische Heimatkunde: der historische (da die historische Auseinandersetzung Natur stets neu schafft), der Einschluß des lokalen Aspekts (das Lokale tun, ohne das Globale zu vergessen) und soziale Gesichtspunkte. Heimat soll so aus dem Wissen um Heimat vor Ort selbsttätig geschaffen werden.

Gert Zang (Konstanz) unterschied zunächst zehn Trends der seiner Meinung nach unüberschaubar gewordenen Regional-/Alltagsgeschichte: die Verarbeitung von Geschichte zu Theaterstücken, das Aufleben der Heimatmuseen, die Renaissance von Ortsgeschichten und -chroniken, historische Rundgänge, die Hinwendung der Parteien und Organisationen zur Geschichte ihrer Ortsvereine und Verwaltungsstellen, die Spurensuche an Volkshochschulen, Einzel- und Kollektivbibliographien mit Hilfe der »Mündlichen Geschichte«, Regionalgeschichte an der Schule, Geschichtswerkstätten und schließlich wissenschaftliche Publikationen zu Region, Alltag und

Lebenslauf. Anschließend stellte er zwölf Thesen zur Struktur der »Neuen Bewegung« auf: Die Entwicklung ist neben der institutionalisierten Verarbeitung von Geschichte hergelaufen, sie ist nicht nur länder-, sondern auch systemübergreifend, die dahinterstehenden Bedürfnisse sind noch unklar und wenig erforscht, der Entwicklung liegen aber auf jeden Fall keine einheitlichen Motive zugrunde, die Schranken Weimarer Heimatgeschichte wurden verlassen, den Hauptaspekt bildet das Industriezeitalter als unmittelbare Vorgeschichte der Gegenwart, Regionalgeschichte ist Teil der Struktur- und Sozialgeschichte. Viele Bearbeiter begnügen sich mit dem regionalen Blick, die Bewegung stellt sich gegen die Hegemonie der Zentralen, sie verbreitert die Pluralität, lenkt den Blick von den Städten auf die Region, erweitert das Spektrum der Fragestellungen und ist selbst Teil einer Bewegung zu mehr Selbstständigkeit.

Hans-Martin Müllenmeister (Hannover) beschrieb anschließend das Konzept einer »Länderkundlichen Animation«, wie sie von einem großen bundesdeutschen Reiseunternehmen angeboten wird. Zwar ist das Informationsbedürfnis des Durchschnittstouristen größer als allgemein angenommen, doch werden die angebotenen Ausflüge ins Hinterland der Urlaubsorte nur von einer Minderheit in Anspruch genommen. Die länderkundliche Animation versucht dem Besucher einen Einblick in die Lebenswelt der Bewohner des Gastlandes zu verschaffen. Durch intensive Auseinandersetzung mit der fremden Kultur soll der Gesichtskreis des Reisenden erweitert werden. Nur durch die ganzheitliche Darstellung von Kultur könnten Vorurteile, die durch Fragmentierung entstehen, abgebaut werden, und nur so könnte sich eine flexiblere Einstellung dem eigenen Alltag gegenüber entwickeln.

Helga Kämpf-Jansen (Gießen) beschrieb, wie »Aus Alltagsdingen Kunstobjekte« werden. Die Auseinandersetzung mit Alltagsdingen zeigte sie als Entwicklungsskizzen, als Reisen in das Wesen der Dinge. Jedes Ding wird nicht nur formal beschrieben, sondern in seiner Funktion, Genese und Selbstinterpretation dargestellt. Das wiederum führt zur Interpretation und Reflexion des eigenen Lebens. »Die Biografie des Dings ist immer auch eine Biografie menschlichen Lebens.« Folgende Fragen, die an die ästhetische Erfahrung zu stellen sind, zählte sie auf: die Frage nach der Konkretheit der Dinge, nach ihrer persönlichen Geschichte, nach den in unserem Bewußtsein hinterlassenen Spuren, ihrem kulturhistorischen Kontext, der in ihnen vergegenständlichten menschlichen Arbeit und den individuellen Formen ihrer Aneignung. Ferner sollten der Waren-Charakter der Dinge, die ästhetischen Normen ihrer Produktion, ihr Fetischcharakter, die mit ihnen verbundene Alltagserfahrung und ihre Wahrnehmung als Kunst untersucht werden.

Egbert Daum (Hannover) sprach zum Thema »Eins werden mit der Welt? Räumliche Wahrnehmung und sinnliche Erfahrung.« Zunächst unterzog er die »Neuerliche Innerlichkeit« einer herben Kritik, schränkte aber ein, daß diese nach sinnvoller Einordnung und Kritik konstruktiv in eine Synthese von Ratio und Emotion zu überführen sei.

Möglichkeiten der Umweltpolitik, der Stadtteilerkundung mit Kindern, zeigte anschließend Wolfgang Zacharias (Pädagogische Aktion München). Er ging von der These aus, daß es neue Verbindungen zwischen Sinn und Sinnlichkeit, zwischen Symbol, Zeichen und Ding, zwischen Abstraktion und Phänomenalem, zwischen Wissen, Denken und Handeln, Fühlen und Erfahren herzustellen gilt. Zum leitenden Paradigma wird dabei eine lebensweltliche Topographie, die je erreichbare Alltagsumwelt, der »oikos«, in dem Kinder und Jugendliche leben. Lebenswelt muß zurückerobert werden (Nutzflächenneuverteilung). Zerstückelung der Lebenswelt zeigt sich in der fragmentarischen Wahrnehmung und Nutzung von Räumen. Hier

Wohnen, dort Spielplatz, da Baden. Dazwischen liegen tote Zonen, die außerhalb der Nutzung durch Kinder liegen.

Inge Meta Hülbusch (Kassel) erzählte im letzten Beitrag die Chronik eines Beteiligungsverfahrens von Jugendlichen an der Dorferneuerung eines oberhessischen Dorfes. Ausgehend von der Wahrnehmung ihres Dorfes hatten Jugendliche ihre Ansprüche dargestellt und Beteiligung gefordert. Innerhalb des zähen Verfahrens zeigten sich die undemokratischen Strukturen der Planung, welche die Jugendlichen die »Realität« ihres Dorfes kennenlernen ließen.

In der Schlußdiskussion prallten dann noch einmal beide Forschungskonzeptionen, die kritisch-rationale und die subjektiv-emotionale, aufeinander. Wurde ersterer ihr sozialtechnologischer Charakter vorgeworfen, so wehrte sich letztere gegen den Absolutheitsanspruch und stellte sich als nützliche Ergänzung dar: Die Realität, wie sie die Menschen wahrnehmen, ist ernstzunehmen.

Hubert Mücke (Bonn)

Europäische Lesben- und Schwulenkonzferenz

5. bis 6. März 1987 in Brüssel

Der 6. März 1987 könnte als historisches Datum in die Annalen der europäischen Schwulen- und Lesbenbewegung eingehen. An diesem Tag nämlich beschlossen die Teilnehmer/innen der von den Grün-Alternativen im Europaparlament veranstalteten Anhörung zur Diskriminierung von Schwulen und Lesben in Europa, ihre Kräfte zu bündeln und eine europäische Meldestelle gegen Diskriminierung zu gründen.

Mehr als hundert Teilnehmer/innen, Abgesandte von 60 Organisationen aus zehn europäischen Ländern, einschließlich der Türkei, waren dem Aufruf, nach Brüssel ins Europaparlament zu kommen, gefolgt. Die Idee zu diesem Projekt war während einer anderen Veranstaltung der Grün-Alternativen entstanden. Im Januar 1985, auf der Konferenz »Jugend gegen Rassismus«, traten die an der Konferenz teilnehmenden Vertreter von Schwulen- und Lesbenorganisationen mit einer gemeinschaftlichen Erklärung an die Öffentlichkeit, in der die Notwendigkeit einer europaweiten koordinierten Bekämpfung der Diskriminierung von Schwulen und Lesben unterstrichen wurde. Gerade angesichts der AIDS-Hysterie und der damit verbundenen neuen Anti-Schwulen- und Lesbenstimmung drückten die Unterzeichner/innen der Erklärung das Bedürfnis nach einer eigenen »Amnesty«-Organisation aus. Der Gedanke einer europäischen Meldestelle war geboren.

Um keine Zeit zu verlieren, erklärte sich die flämische Schwulen- und Lesbenorganisation »Federatie Werkgroepen Homofilie« aus Antwerpen spontan bereit, die Vorbereitung einer Konferenz zur Verwirklichung dieses Projekts auf sich zu nehmen. Zahlreiche Schwulen- und Lesbenorganisationen aus ganz Europa reagierten begeistert auf ein erstes Rundschreiben, in dem das Projekt vorgestellt wurde. Weniger begeistert waren die Reaktionen der politischen Fraktionen im Europaparlament, die um ihre finanzielle, organisatorische und politische Unterstützung gebeten worden waren. Abgesehen von einigen wenigen Solidaritätserklärungen individueller Abgeordneter hüllte man/frau sich in Schweigen. Nur die Grün-Alternativen zeigten sich von ihrer besten Seite. Sie waren bereit, die Konferenz als Anhörung unter ihre Schirmherrschaft zu nehmen und die notwendigsten finanziellen Mittel zur Durchführung der Veranstaltung und Gründung der Meldestelle bereitzustellen.

Am 5. März konnte der niederländische Abgeordnete Bram van der Lek im Namen seiner Fraktion die Anhörung eröffnen. Die niederländische und sozialistische Ab-

geordnete Hedy d'Ancona informierte die Vertreter/innen der Schwulen- und Lesbenorganisationen darüber, was im Europaparlament im Bereich der Anti-Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung geschehen ist. Die wichtigste parlamentarische Initiative ist der Entschließungsantrag der italienischen Kommunistin Vera Squarcialupi vom 13. Februar 1984 über sexuelle Diskriminierung am Arbeitsplatz. Diese Entschließung beinhaltet u.a. die Forderung, alle Gesetzesartikel, die freiwilligen homosexuellen Verkehr zwischen Erwachsenen verbieten, jegliche Form von Registrierung und jedwede Klassifizierung von Homosexualität als Geisteskrankheit abzuschaffen. Der Europäischen Kommission wurde nahegelegt, initiativ zu werden in Fällen von Entlassungen, Vorschläge zu entwickeln, um zu verhindern, daß Homosexuelle in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft diskriminiert werden beim Zugang zum Beruf und bei den Arbeitsbedingungen, bei der Weltgesundheitsbehörde dafür zu plädieren, Homosexualität aus ihrem Verzeichnis von Krankheiten zu streichen und bei den Mitgliedsstaaten eine Übersicht über die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen zu fordern, um eventuelle Diskriminierungen feststellen zu können sowie gegebenenfalls einen Bericht darüber zu erstellen. Von den vielen gutgemeinten Forderungen sind nur sehr wenige in die Tat umgesetzt worden, und auch diese nur in vereinzelt Ländern. Die Teilnehmer/innen der Anhörung waren nicht gerade überrascht über einen Brief der Kommission, in dem der Antrag auf Finanzierung der europäischen Meldestelle mit höflichen, aber nichtssagenden Worten ignoriert wurde.

Holger App (Bundesverband Homosexualität) stellte die deutsche Tradition der Homosexuellenverfolgung dar, die in der physischen Vernichtung durch die Nazis kulminierte. Die Scheinliberalität, wie sie Ende der sechziger oder Anfang der siebziger Jahre herrschte, wurde durch das Auftreten der Krankheit AIDS jäh beendet. App schilderte vor allem die Situation in Bayern, wo gerade die Existenz von »Rosa Listen« in die Publizität gekommen war und wo die »Sondermaßnahmen« gegen (potentielle) AIDS-Kranke eine für Homosexuelle unlebbar Situation kreierte haben.

Sprecher der französischen Delegation stellten fest, daß alles, was an Liberalisierung unter der sozialistischen Regierung erreicht worden war, abgebaut wird. Polizeirazzien und Identitätskontrollen sind gang und gäbe.

In Großbritannien ist, wo das Mindestalter für homosexuelle Handlungen (zwischen Männern) noch immer bei 21 Jahren liegt, sind in der letzten Zeit auffällig viele und scharfe Urteile unter Mißachtung dieses Gesetzes gefällt worden. Auch gilt, wie für viele andere EG-Länder, daß auf Grund einer homosexuellen Beziehung keine Aufenthaltsgenehmigung erteilt wird. Der obligatorische AIDS-Test bei Immigranten, ebenfalls in vielen EG-Ländern diskutiert, ist in Großbritannien bereits Realität. Gute Nachrichten kamen nur aus Norwegen, einem Land also, das nicht der europäischen Gemeinschaft angehört. Dort kennt man schon seit 1981 ein Antidiskriminierungsgesetz.

Der zweite Tag war der Idee der europäischen Meldestelle gewidmet. Als größtes Problem blieb zu diskutieren, wie sie zu finanzieren sei, da die erhoffte Unterstützung der Europäischen Kommission und der politischen Parteien (vorläufig) ausblieb. Mit beeindruckender Entschlossenheit demonstrierte die europäische Schwulen- und Lesbenbewegung, wie aus der Not eine Tugend gemacht werden kann. Judith Schuyf, Mitarbeiterin der Abteilung »Homostudies« an der Universität Utrecht, unterbreitete das Angebot ihrer Institution, den Dokumententeil der Meldestelle zu übernehmen. Jean-Claude Letist, Sekretär der IGLA (International Gay and Lesbian Association), erklärte die Bereitschaft seines Verbandes, für den Aktionsteil Sorge zu tragen. Holger App überreichte spontan sein »Hochzeitsge-

schenk«: eine Akte mit tausend Diskriminierungsfällen, zusammengetragen und dokumentiert von der ZEH (Zentrale Erfassung Homosexuellendiskriminierung). An Arbeit wird es der Meldestelle also nicht mangeln. Die Schwulen- und Lesbenbewegung hat in der »Hauptstadt« Europas demonstriert, daß ein »Europa der Bürger«, wofür die europäischen Institutionen werben, auch ihren Interessen Rechnung tragen muß. Die Bereitschaft scheint bei den Institutionen zu bestehen: der Vorsitzende der Kommission, Jacques Delors, schickte den Veranstaltern ein Telegramm, in dem er sein Bedauern ausdrückte; nicht an der Anhörung teilnehmen zu können und gleichzeitig den Wunsch, über die Ergebnisse informiert zu werden.

Marianne Ebertowski (Brüssel)

2. Forum europäischer sozialistischer Feministinnen

7. bis 9. November 1986 in Hamburg

Seit zwei Jahren treffen sich sozialistische Feministinnen europaweit, um Kontakte, Erfahrungen, Ideen und Strategien auszutauschen. Eine erste Konferenz im Oktober 1985 in Kopenhagen mit ungefähr 80 Frauen konstituierte ein »europäisches Forum sozialistischer Feministinnen«. Frauen aus Hamburg, speziell die der marxistischen Zeitschrift *Das Argument* nahestehenden, haben enorm viel Energie, Zeit, Arbeit und Geld investiert, um zu gewährleisten, daß die 110 Frauen, die nach Hamburg kamen, ein anregendes, angenehmes und denkwürdiges Wochenende erleben konnten. Es ist ihnen gelungen. Die Stimmung war warm, freundlich, aufregend und erinnerte an die »gute alte Zeit« früher Frauenbewerkungskonferenzen. Die Teilnehmerinnen kamen meist aus Dänemark, Italien, Spanien, Österreich; einzelne Frauen aus Finnland, Norwegen, Frankreich und Nordirland.

Bevor über die Situation der Frauen und der Frauenbewegungen in jedem der repräsentierten Länder berichtet wurde, umriß Nora Räthzel vom »*Argument*« in der Eröffnungsveranstaltung die Ziele der Konferenz. Es gibt bereits eine organisierte europäische Linke — auf Initiative der PCI hin — doch bis jetzt sind Feministinnen darin kaum präsent. Das Forum hofft, feministische Eingriffe auf dieser europäischen Ebene zu stärken. Es hofft, daß Frauen aus den verschiedenen europäischen Ländern jene Ideen und Strategien koordinieren können, die sie aus ihren unterschiedlichen sozialen und politischen Kontexten entwickelt haben. Es hofft, daß wir Europa als politisches Unterstützungsforum für die Kämpfe der Frauen der Dritten Welt nutzen können — seien sie Immigrantinnen in Europa oder Zielscheibe imperialistischer Politik zu Hause. Frauen sind nicht nur eine einheitliche Gruppe, sondern durch Klasse, Rasse und Region gespalten. Wenn nun ein europäisches Netzwerk Erfolg haben soll, wird es Prioritäten setzen müssen, an welchen gemeinsamen Forschungsprojekten, Strategien und Aktionen wir teilhaben wollen, damit wir in kreativer Weise in die Lage versetzt werden, politische Ziele und Perspektiven zu umreißen, und nicht nur begrenzte Forderungen an unterschiedliche Einzelstaaten stellen.

Das Hauptthema dieser Konferenz war »Frauen und die Restrukturierung der Arbeit«. Es wurde gewählt, weil Neue Technologien, Bewegungen transnationalen Kapitals und sich im Umbruch befindliche Muster der Frauenlohnarbeit einen Schlüsselkomplex für die weltweite Veränderung der Lage der Frauen darstellen. Die »Restrukturierung der Arbeit« wird Frauen immer mehr als Lohnarbeiterinnen in »unqualifizierten«, unterbezahlten und unbeliebten Arbeiten fesseln. Als »flexible« Teilzeitarbeiterinnen werden sie sich am Rande des Arbeitsmarktes wiederfinden, wenn sie sich nicht zur Wehr setzen. Viele Beiträge auf der Konferenz diskutierten Themen wie den Erfolg und das Scheitern der Kampagnen für Arbeitszeitverkürzung; wie

Arbeitgeber die »flexible« Zeit ausnutzen, um die Produktivität der Frauen zu erhöhen; und wie man den Problemen begegnen kann, auf die Frauen treffen, wenn sie individuell versuchen, in die traditionellen, qualifizierten Arbeitsplätze einzudringen, die üblicherweise Männern vorbehalten sind.

Der für viele Teilnehmerinnen interessanteste Teil der Konferenz waren vielleicht zu Beginn die Berichte über den Zustand des Feminismus in den verschiedenen Ländern. Es gab die vertraute Aufregung, neue Frauen zu treffen, die an ähnlichen Problemen arbeiten, aber dennoch in sehr anderen Situationen leben; ebenso gab es ein mutmachendes Bewußtsein über die Unterschiedlichkeit feministischer Projekte überall in Europa. Doch berichteten die meisten Länder darüber, daß zwar einerseits feministische Ideen — ganz anders als noch vor zehn Jahren — zur Geltung kommen — z.B. innerhalb der Gewerkschaften, in lokalen und sogar in den nationalen Regierungen — doch andererseits der Sinn für eine autonome, geeinte Frauenbewegung nicht mehr präsent sei. Viele Frauen, die heute unermüdet für Fraueninteressen kämpfen, wiesen die Bezeichnung »Feministin« weit von sich. Überdies schien sozialistischer Feminismus als eine Art kohärenter, organisierter Strömung innerhalb des Feminismus kaum irgendwo zu existieren. Maria Lisa Rodano, Mitglied der PCI und des Europaparlaments, drückte es so aus: »Es stimmt, daß die Bewegung jetzt nicht tot ist, aber sie ist noch immer etwas versteckt«. Oder wie Jacqueline Heinem ihren eher düsteren Bericht über den französischen Feminismus schloß: »Noch gibt es keine Erneuerung sozialistisch-feministischer Ideen. Es gibt aber immer Hoffnung«. Hoffnung war die Stimmung, die die meisten von uns aus Hamburg mitnahmen.

Als das strittigste Thema während der gesamten Konferenz stellte sich das Verhältnis von Erster und Dritter Welt heraus. Eine Minderheit von Frauen empfand es als Ausdruck weißer, eurozentrischer Herrschaft, sich überhaupt als Frauen auf einer europäischen Ebene zu organisieren. Der Konsens, der schließlich gefunden wurde, akzeptierte, daß wir zumindest kurzfristig aus praktischen und ökonomischen Gründen zur Zeit nicht hoffen können, uns auf internationale Ebene als sozialistische Feministinnen zusammenzuschließen. Wir mußten uns schon sehr anstrengen, um unser aktuelles Problem zu lösen, wie wir einer breiteren Gruppe europäischer Frauen (speziell eingewanderten und Arbeiterklassenfrauen) die Mittel und Möglichkeiten organisieren sollten, an einer solchen europäischen Konferenz teilnehmen zu können. Andere machten sich stark dafür, daß es politisch wichtig sei, sich europaweit zusammenzuschließen, um die Lage und Kraft aller europäischer Frauen zu stärken und zu verbessern — seien sie nun gebürtige oder eingewanderte; ebenso, um für eine internationalistische Orientierung europäischer Politik zu kämpfen, die allgemein der Dritten Welt und speziell den Frauen dort nutze. Die Organisation der dritten Konferenz wurde von den Frauen aus Madrid übernommen, auch mit dem Argument, daß die Frauen aus dem südlichen Europa stärker zu Wort kommen müßten.

Themen für die Konferenz 1987: 1: Produktion: Enthält den Prozeß, Arbeit zur Gelegenheitsarbeit (Flexibilität) werden zu lassen, neue Technologien, Umwelt und Energie (Kordinatorin: Esther Breitenbach, 130 Marchmont Road, Edinburgh EH9 1AQ, Schottland). 2: Öffentlich und Privat: Enthält Reproduktionstechnologien, doppelte Identität der Frauen, Sexualität, Sozialpolitik und Fragen der Autonomie (Kordinatorin: Mercedes Combabella, Barquillo 44, 2 Madrid, Spanien). 3: Europäische Politik: Enthält Ost/West-Beziehungen und die Friedensbewegung (Kordinatorin: Frigga Haug, Rappstr. 2, 2000 Hamburg 13, Bundesrepublik). 4: Ethnizität, Einwanderung und Frauen der Dritten Welt (Kordinatorin: Paloma Uriá, Uriá 5,

33003 Oviedo, Spanien). *Kontaktadresse für die Konferenz 1987: Linda Gottfried, San Martin de Porres 22, Madrid, Spanien. Kontaktadresse für das Forum, in dem die Beiträge der Konferenz veröffentlicht werden: Jeanne Gregory, Middlesex Polytechnic, Queensway, Enfield, Middlesex EN3 4SF, GB, U.K.*

Cynthia Cockburn (London)

Kongreßankündigung

Historisch-aktuelle Probleme der Persönlichkeitsentwicklung

Vierte Arbeitstagung zur Tätigkeitstheorie, Marburg, 12. bis 14. Juni 1987

Die Arbeitstagungen werden seit Jahren von einem Kreis von Leuten aus Psychologie und Pädagogik, aber auch aus anderen Disziplinen und Praxisfeldern getragen, die von der produktiven Aneignung der Tätigkeitstheorie, insbesondere von A.N. Leontjews Werk, Fortschritte ihrer Arbeit erwarten. Nach drei Hauptreferaten zum diesjährigen Rahmenthema, u.a. auch über weibliche Persönlichkeitsentwicklung, werden in Workshops zu verschiedenen Arbeitsgebieten (Pädagogik/Didaktik, Psychologie/Therapie, Kulturarbeit/ästhetische Erziehung, Frauen, Biografiefor-schung) speziellere Problemstellungen und Arbeitsergebnisse zur Diskussion gestellt.

Anmeldungen sind zu richten an die Vorbereitungsgruppe Leontjew-Tagung, z.Hd. Prof. Dr. G.Auernheimer, Institut für Erziehungswissenschaft, Wilhelm-Röpke-Str. 6B, 3550 Marburg (Teilnahmegebühr 20,- DM).

Spendenaufruf

15 Prozent der Philippinos gehören zu den Stammesvölkern. Auch nach dem Machtwechsel ist ihre Existenz durch Landraub, Vertreibung und Militarisierung bedroht. Um ihren Ansprüchen auf Land, Selbstbestimmung, Frieden und regionale Autonomie Nachdruck zu verleihen, veranstaltet das Volk der Igorot eine Konferenz der Stammesvölker vom 21. April bis 6. Mai. Zur Deckung der Kosten und Folgekosten dieser Konferenz bittet die *Gesellschaft für bedrohte Völker* um Spenden auf ihr Konto Nr. 7400-201 beim Postgiroamt Hamburg, Stichwort »Igorot-Konferenz«. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Weitere Informationen: Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 2024, 3400 Göttingen.

Besprechungen

Philosophie

Rehfus, Wulff D.: Der Philosophieunterricht. Kritik der Kommunikationsdidaktik und unterrichtspraktischer Leitfaden. Verlag Frommann-Holzboog, Stuttgart 1986 (223 S., br., 38,- DM)

Den Vorwurf der »Kommunikationsdidaktik« richtet Rehfus gegen die gegenwärtig dominierende philosophiedidaktische Position von Eckehard Martens (19). Martens rückt das »Selbstdenken« der philosophierenden Schüler ins Zentrum und setzt daher beim Gespräch über Alltagsprobleme der Schüler an. Dann erst werden philosophische Texte als weitere »Dialogpartner« herangezogen, um abschließend nach Konsequenzen für zukünftiges Handeln zu fragen. In der Betonung des dialogischen Charakters sieht Rehfus das Lernziel »Erkenntnis« zugunsten von »Verständigung« aufgegeben (44, 147); gegen die Handlungsorientierung des Philosophieunterrichts setzt er seine Vorstellung, die Beschäftigung mit Philosophie solle nicht für den Alltag tauglich machen, sondern im Gegenteil aus ihm herausführen zum Verständnis der »abendländischen geistesgeschichtlichen Tradition« (59). Mit großer Schärfe betont Rehfus den Gegensatz zwischen seiner Zielsetzung, die vorhandenen philosophischen Denksysteme zu vermitteln, und Martens' Betonung des dialogischen Lernprozesses und des praxisbezogenen Philosophierens — man erkennt in dieser Kontroverse den bereits in anderen Fächern ausgetragenen (und inzwischen relativierten) Gegensatz zwischen wissensorientierter und schülerorientierter Didaktik wieder.

Rehfus beschränkt sich allerdings keineswegs auf die Vermittlung von Kenntnissen, sondern propagiert mit Nachdruck das Bildungsideal des »philosophischen Bewußtseins«, das — in absoluter Trennung von jeglichem Handeln und Kommunizieren — definiert wird als Geisteshaltung, die von der »Öffnung des Denkens für Metaphysik und Einübung des Denkens in methodischen Zweifel« (55) bestimmt ist. Gegen den Vorwurf, es gehe dabei nur um den Nachvollzug vorhandener Denksysteme (»Abbilddidaktik«), fordert er vom Lehrer, »Probleme der Philosophie zu Problemen der Schüler zu machen« (93), den Philosophieunterricht also nicht nur sachorientiert, sondern zugleich problem- und erklärungsorientiert anzulegen (106f.). Die Begriffe klingen hier ähnlich wie bei Martens, doch die »Probleme« scheinen vor allem die der philosophischen Tradition zu sein, zumindest wird die Frage nach dem Zusammenhang mit den Problemen von Schülern in den konkretisierenden Vorschlägen für die Gestaltung des Unterrichts, etwa im betont »undogmatisch« gehaltenen Abschnitt »Inhalte« (90ff.), nicht weiter verfolgt.

Im Zentrum des unterrichtspraktischen Teils steht denn auch eine differenzierte Systematik zur Aneignung philosophischer Texte: Erarbeitung von Problemstellung und -lösung, Rekonstruktion des Argumentationsgangs, Einordnung in das Werk des Autors (136). Diese Systematik dient in vereinfachter Form zugleich als Aufgabenstellung für alle Lernkontrollen, was anhand von Klausurtexten (samt Beurteilungen) zu Descartes und Heidegger dokumentiert wird (171ff.). Rehfus' Überlegungen beschränken sich allerdings nicht auf die philologische Arbeit an philosophischen Texten, auf die der Philosophieunterricht auch seiner Ansicht nach nicht reduziert werden darf. Er stellt darüber hinaus Überlegungen zu den Formen und Methoden des Philosophieunterrichts an, die wegen der konkreten Auseinandersetzung mit Unterrichtsproblemen für den Lehrer auch dann von Nutzen sind, wenn man seine be-

wußtseinsphilosophische Position nicht teilt. Bemerkenswert ist, daß sich Refhus gegen die Ausrichtung des Unterrichts auf vorgegebene »Lernziele« wendet und einen betont schülerorientierten Unterricht anstrebt. Auch wenn diese Orientierung im Rahmen seines (auf die Aneignung der vorhandenen philosophischen Denksysteme konzentrierten) Konzepts zu sehen ist: die Gegensätze zwischen den didaktischen Theorien scheinen sich mit zunehmender Nähe zur Unterrichtspraxis zu verwischen. — Der abschließend dokumentierte Ausbildungsplan für die Arbeit im Fachseminar Philosophie legt großes Gewicht auf unterrichtspraktische Übungen und arbeitet damit der Theoriebelastigkeit der Referendarausbildung entgegen.

Eckhard Volker (West-Berlin)

Totok, Wilhelm: Bibliographischer Wegweiser der philosophischen Literatur. Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt/M. 1985 (53 S., br., 12,80 DM)

Totok, Wilhelm: Handbuch der Geschichte der Philosophie. Band V: Bibliographie 18. und 19. Jahrhundert. Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt/M. 1986 (760 S., Ln., 285,- DM)

Totoks *Wegweiser*, knapp und übersichtlich, ist seit 26 Jahren (1. Ausgabe 1959) eine viel benutzte Übersicht. Die die Struktur des Werkes respektierende Bearbeitung durch Horst-Dieter Finke — ebenfalls Mitarbeiter des *Handbuchs* — hat den größten Teil der Titel durch neue ersetzt. Allerdings dient der Wegweiser in seiner Knappheit trotz des klaren Aufbaus eher dem Berufsphilosophen. Neuere, didaktisch bsorgte Übersichten geben hingegen auch praktische Ratschläge zum bibliographischen Aufbau des Studiums (so Siegfried Detemple, *Wie finde ich philosophische Literatur*, West-Berlin 1986).

Bei der starken Inhalts- und Kontextwanderung der Philosophie seit der Nachkriegszeit fällt andererseits eine starke Rückständigkeit auf. Die »Grenzbereiche zur Philosophie« sind mit Theologie, Mystik und Orient gut sortiert, wobei der Orient wiederum mehr als Grenzgebiet zur Theologie und Mystik denn als eigene Sphäre spekulativen Denkens angesehen wird. Wenig gibt es in den »Teilgebieten« zur politischen Philosophie, nichts zur Wissenschaftsgeschichte; Wissenschaftstheorie und Tomismus werden referiert, aber es gab offensichtlich weder Psychoanalyse noch Strukturalismus, Existentialismus oder Marxismus ... oder »das andere« Deutschland. Fazit: ein Nachschlagewerk, das nützlicher für konventionelle als für neue Aufgaben sein dürfte.

Noch prinzipieller sind die Einwände zum 5. Band des (insgesamt sechsbändigen) Handbuchs von Totok mit der Bibliographie zum 18. und 19. Jahrhundert. Konzipiert als Fortsetzung der Bibliographie des *Grundrisses* von Überweg, beinhaltet es in früheren Bänden Einleitungen zu den verschiedenen Kapiteln, die im 5. Band entfallen. Dies ist nicht zu bedauern, wenn man das Konventionelle und Inhaltslose jener Einleitungen berücksichtigt. Bedenklicher ist das Durchhalten eines scheinbar plausiblen Auswahlkriteriums: der Eigenname des möglichst systematischen Philosophen als Kern der Philosophiegeschichte. Für Perioden wie die europäische Aufklärung, ohne klare Selbständigkeit der Philosophie oder eindeutig überragende Namen, kann sich das verheerend auswirken. Warum Mendelssohn und nicht Garve? Warum Namen mit spekulativer Bedeutung wie Lessing und nicht ebenso mit philosophisch-institutioneller wie Nicolai oder mit ästhetischer wie Winckelmann und Baumgarten? Gelten nur die Namen, die in den großen spekulativen Schichten auftauchen? Allen Respekt für das Behandeln von Rosmini, de Maistre, Maine de Biran, Burke, John H. Newmann; aber gab es nicht einen Proudhon oder die anderen eher schlecht als recht »Vorläufer« des Marxismus genannten? Kann man die spani-

sche Philosophie des 18. und 19. Jahrhunderts auf den Neuscholastiker Balme reduzieren? Und wo sind Vico, die Physiokraten, Meslier, Fontenelle, der präromantische Platonismus in Cambridge geblieben, nicht zu reden von Buffon, Lamarck, die Naturphilosophen? Kann man die Philosophie des 18. Jahrhunderts ohne all diejenigen Zeitschriften und Nachschlagewerke aus der Zeit studieren, die gewiß nicht als philosophisch einzustufen sind?

Das Problem wird hier scharf. Denn es geht um die Voraussetzungen der philosophiegeschichtlichen Arbeit. Eine hervorstechende Qualität des Bandes besteht in der Systematisierung der vergleichenden Studien zu verschiedenen Verfassern, die, zusammen mit der Bibliographie zu Teilgebieten, einige der genannten Lücken teilweise schließt. Aber das genügt keineswegs zur Strukturierung einer Philosophiegeschichte, die Husserls Bestimmung der reinen Philosophie nicht mehr teilt und die Eigennamen nicht länger als letzte, »schöpferische«, »geistige«, »humanistische« Einheit der Philosophie betrachtet. Erschwert wird das Problem durch die erdrückende Masse der zu berücksichtigenden Literatur, die unter Totoks Voraussetzungen eher durch eine Enzyklopädie als durch ein Handbuch zu lösen wäre. Totok hat sich verdienstvoll einer alten Aufgabe entledigt; neue Aufgaben hat er nicht anvisiert. Eine Bibliographie der Philosophiegeschichte bleibt für neue Forschungszwecke von Fall zu Fall durch jeden einzelnen Forscher zu rekonstruieren; die epistemologischen Grenzen der Disziplin sind zur Zeit allzusehr ins Wanken geraten. Ein Telefonbuch der Autoren, noch dazu ein verdächtig einseitiges, wird nur *eine*, gewiß unentbehrliche, Hilfe sein.

José María Ripalda (Madrid)

Motrošilova, Nelli Vasil'evna (Hrsg.): Studien zur Geschichte der westlichen Philosophie. Elf Arbeiten jüngerer sowjetischer Autoren. Mit einem Vorwort von Dieter Henrich. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (266 S., br., 28,- DM)

Der Band bietet eine fragmentarische Philosophiegeschichte, die sich in Schwerpunkten von den Vorsokratikern bis zu Denkern des 20. Jahrhunderts erstreckt. Die Aufsätze sind überwiegend dem Zusammenhang größerer Arbeiten entnommen, was die Lektüre bisweilen erschwert. Alle Autoren, darunter vier Frauen, sind an akademischen Instituten beschäftigt. Seltsam mutet an, daß sie als »jünger« bezeichnet werden: über die Hälfte ist über fünfzig Jahre alt. Ausdrücklich weist die Herausgeberin darauf hin, daß die sowjetische Philosophie keinen monolithischen Block bildet. Geeint freilich seien die versammelten Philosophiehistoriker in der Überzeugung, ihr Fach habe einem »Grundwert menschlichen Miteinanders« zu dienen: dem Verstehen anderer Epochen und anderer Völker (11). Die Absicht ist nicht bloß antiquarisch, bewahrend, sondern auch auf Prüfung und Bewährung vergangenen Denkens gerichtet. Methoden historisch-materialistischer Erklärung von Überbaugestalten spielen keine Rolle.

A.V. Lebedev untersucht die Beziehungen zwischen dem naturphilosophischen Denken und der griechischen Vasenmalerei; *A.L. Dobrochotov* interpretiert Fragment B52 von Heraklit im Hinblick v.a. auf den Begriff des Aion und die Metaphorik des Spiels, wobei die »Identität von Chaos und Kosmos« zur Geltung kommt. Der Beitrag von *S.S. Averincev* hat »Die Symbolik des frühen Mittelalters« zum Gegenstand und nimmt thematisch wie dem Umfang nach eine Sonderstellung ein. Im Mittelpunkt steht die politische Wirksamkeit der Symbole v.a. der Wortsymbolik. Zunächst umreißt der Autor die Vorgeschichte: mit der Herausbildung des römischen Kaiserreiches verloren die Institutionen und Gebräuche der Republik ihre eigentliche Bedeutung und wurden Zeichen. Durch den wachsenden kulturellen Einfluß des Orients verstärkt sich ein Hang zur Emblemik, dessen politische

Bedeutung Averincev an interessanten Beispielen aus beiden Reichshälften der Spätantike belegen kann — etwa an der Selbstbezeichnung der Byzantiner als »Romäer« (Römer). Im Mittelalter nun erfährt die Kraft der Symbolik eine nochmalige Verstärkung durch die christliche Eschatologie, in deren Perspektive der Monarch — wiederum in Ost und West — nur als Statthalter und unvollkommener Repräsentant der göttlichen Macht gilt, deren baldige Erscheinung man allgemein erwartet. Der Kampf zwischen Kaiser- und Papsttum wird verstehbar als eine »Auseinandersetzung um das Recht, Symbolträger sein zu dürfen« (89). Innerhalb dieser Auseinandersetzung spielen philosophische Spekulation und Ästhetik eine Vermittlerrolle. Schließlich wird als das Spezifische der christlichen Symbolik »der Zusammenhang der Idee des Zeichens und der Idee der Treue« (99) ausgewiesen.

G.G. Majorov will in seiner Arbeit zum Problem der Erkenntnisgewißheit bei Leibniz zeigen, daß dessen Lösungsvorschläge zum Teil auch heute noch Gewicht haben — wie das Prinzip des zureichenden Grundes oder der Begriff der Repräsentation —, während Frau Gajdenko unter dem Titel »Antike Traditionen im Deutschen Idealismus« die Einheit und Differenz in der Auffassung der Geometrie bei Platon, dem Neuplatoniker Proklos und bei Kant bestimmt. Letzterem gelten auch die nächsten beiden Arbeiten: A.V. Lektorskij stellt das Problem kantischer Erkenntnistheorie verständlich dar; E. Solov'ev behandelt die bei Kant thematisierte Beziehung von Wissen, Glauben und Sittlichkeit aus aktueller Sicht. Ausgangspunkt ist die szientistische Ideologie, welche, dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen Rechnung tragend, behauptet, alle praktischen Fragen könnten und müßten von der Wissenschaft gelöst werden. Diese aber sei, so Solov'ev im Gefolge Kants, dazu gar nicht in der Lage. Weil die szientistische Verkleidung des Alltagsbewußtseins und ein dogmatischer Glaube, der Moralität begründen will und somit dem Ernst sittlicher Entscheidung entflieht, des gleichen berechnenden Wesens sind, kann »vernünftig abwägende Überlegung sich in Aberglauben überall da (verwandeln), wo sie an der eigenen Unzulänglichkeit des Wissens scheitert« (176). Nun soll, Solov'ev zufolge, die kritische Beschränkung des Wissens bei Kant direkt der »selbständigen Bedeutung des Sollens und der absolut sittlichen Entscheidung« dienen (174). Eine solche Interpretation wird man als zumindest ungenau bezeichnen müssen, stellt doch nach Kant die moralische Erfahrung, die der Freiheit, etwas durchaus Ursprüngliches dar. Sofern die Freiheitsidee einer Vermittlung durch die Kritik theoretischer Vernunft bedarf, steht sie im Kontext der Möglichkeit des höchsten Guts als Endzweck moralischen Handelns. Aber das absolute Sollen setzt Solov'ev der Bestimmung eines solchen Endzwecks — auf die sich Marxisten wie Ernst Bloch als Kantisches Erbe zu berufen pflegten — gerade entgegen. Warum schließlich die im Sinne Kants verstandene moralische Haltung als stoisch zu bezeichnen sei, bedürfte ebenso der Klärung wie die wenig dialektische Formulierung vom »antibürgerlichen Pathos der Selbstlosigkeit« (181). Jedoch ist Solov'ev eine Variante der Szientismuskritik gelungen, die nicht zuletzt durch ihr beinahe existentialistisch zu nennendes Pathos der Gefahr und der Verantwortung bemerkenswert ist.

Es folgen zwei Untersuchungen zur Philosophie des 19. Jahrhunderts. A.I. Volodin belegt die russische Feuerbach-Rezeption der vierziger Jahre, während N.V. Motrošilova die Bedeutung des Systemsbegriffs für Hegels Methodologie und insbesondere für seinen Wissenschaftsbegriff skizziert. Den Abschluß der Sammlung bilden zwei Arbeiten zu Denkern unseres Jahrhunderts. Einer möglichst konsistenten Interpretation von Wittgenstein gilt der hermeneutische Ehrgeiz M.S. Kozlovas. Obwohl sie die Notwendigkeit einer Analyse und Kritik der durch falschen Gebrauch der Sprache entstehenden Scheinprobleme und Mißverständnisse in der

Philosophie einräumt, kritisiert sie Wittgensteins Trennung von Methode und Theorie und den darauf basierende Methodenprimat. *N.S. Avtonomova* schließlich thematisiert »epistemologische Aspekte des Unbewußten«. Freuds Theorie versteht sie als Symptom und Resultat eines Umbruchs zur Modernität. In diesem Prozeß verlor der Begriff des Bewußtseins den Charakter der Selbstevidenz und seine Harmonie mit den Strukturen der Außenwelt und der Sprache. Zur Lösung der damit entstehenden Probleme biete sich Freuds Begriff des Unbewußten an. Avtonomova hebt seinen materialistischen Charakter hervor, kritisiert aber zugleich eine naturwissenschaftliche Verengung. Innerhalb der Psychoanalyse sei sie besonders erfolgversprechend überwunden im strukturalistischen Ansatz Lacans. Freilich biete auch dessen zentrale These, das Unbewußte sei eine Redeweise und intelligibel nach Analogie der Sprache, methodologische Schwierigkeiten, die zeigen, daß sich die Wissenschaft vom Unbewußten noch auf der Stufe der Hypothesenbildung, nicht schon auf der einer einheitlichen Theorie befinde. Dieses Ziel könne erreicht werden erst mit der Einbeziehung des Unbewußten in eine allgemeine Bewußtseinstheorie, die ihrerseits in eine umfassende Gesellschaftstheorie integriert werden müsse.

Nicht nur die beiden letzten Beiträge zeigen eine beachtliche Vertrautheit mit der westlichen Literatur auch der Gegenwart. Des Eindrucks, daß die meisten Arbeiten auch hierzulande hätten geschrieben werden können, wird man sich kaum erwehren können. Bemerkenswert scheint mir, was die Einleitung zur gesellschaftlichen Stellung der Philosophie in der Sowjetunion berichtet: die Resonanz, die solchen Arbeiten in einer weiteren Öffentlichkeit sicher ist, und die Achtung, die ihnen auch offiziell entgegengebracht wird (12ff.). Motrošilova führt sie zurück auf die Tradition sowohl des Marxismus als auch der russischen Kultur.

Hans-Ernst Schiller (Frankfurt/M.)

Schönherr, Hans-Martin: Philosophie und Ökologie. Philosophische und politische Essays. Verlag Die Blaue Eule. Essen 1985 (150 S., br., 27,- DM)

Schönherr promovierte 1982 (»Staat und Gesellschaft — der Prozeß der Rationalisierung bei Hegel und Kant«) und ist Mitherausgeber der »Nürnberger Blätter«. In sieben Essays geht er »der Kernfrage (nach), warum die abendländische Kulturentwicklung derart destruktive Wirkungen für die Natur und auch den Menschen hat« (9). Er sieht sich einem einheitlichen Rationalisierungsprozeß gegenüber, der sowohl die menschliche Natur in ihrer Sinnlichkeit und Individualität diszipliniere und uniformiere als auch die äußere Natur wissenschaftlich-technisch, sozioökonomisch, politisch und ethisch zu stellen bzw. zu unterwerfen trachte (23). So werden die auf der Naturwissenschaft beruhenden Weltbilder dort problematisch, wo diese »die reale, individuell erfahrbare Lebenswelt« als ihren Gegenstand verdrängt habe (34). Betroffen von dieser Krise sind gleichermaßen Liberalismus und Sozialismus in ihrer Auffassung der Neutralität der Technik gegenüber der Gesellschaft (113) und der naturwissenschaftlichen Objektivität (30).

Wie die Naturwissenschaftler haben auch »die Philosophen« »Verantwortung übernommen: für den Fortschritt der Vernunft, für die Ausbreitung rationaler, technischer und technologischer Prinzipien, Verfahren und Handlungsweisen, unter denen Natur — die äußere wie die menschliche — mehr als nur zu leiden hat« (11). Insbesondere warnt Schönherr vor einer rational-ökologischen Ethik als Mittel zur Disziplinierung jedes einzelnen gegenüber der Natur (79) und als Legitimationsideologie einer Politik, »die genau jene Herrschaftstendenzen verstärken (könnte), die der basisdemokratische Anspruch bekämpfen will« (82). Es gelte, jetzt eine selbstkritische Rationalität und sanfte Vernunft zu entwickeln. Dabei könne »eine Philosophie des

Umdenkens ... nur von einem Begriff des Menschen als sinnlichem Naturwesen ausgehen, wie er bei Nietzsche antizipiert wurde, wenn Rationalisierung sich nicht weiter selbständigen soll. Der Mensch beginnt dort zu leben, wo er sich nicht mehr rational verhält« (26). Vernunft sei in den Dienst der Sinnlichkeit zu stellen, die »Symbol für Natur in einer rationalisierten Welt« sei (27) und als »das Andere« begriffen werden müsse (23). Letztendlich seien jedoch die Leitbilder zur Überwindung der ökologischen Krise weder der Natur selbst noch der (eher verselbständigten) Technik oder der Ethik entnehmbar, sondern nur noch der Ästhetik (133), da »Kunst ... sich dem Primat der Rationalität« entziehe (134).

Der Autor läßt Sinn, Inhalt und v.a. Durchführbarkeit der »anderen Rationalität« im Ungewissen. Die ökologische Krise führt er »originär (auf) eine Krise der industriell- und kapitalorientierten Arbeits- und Lebensweise« im Osten und Westen zurück (59) und erkennt diese als sozial verursacht (43). Statt aber zu versuchen, diese Gedanken durcharbeiten und an der Wirklichkeit zu überprüfen, möchte er »den Einfluß sozialer Herrschaft und ökonomischer Ausbeutung etwas beiseite lassen« (114), da er implizit jenen zustimmt, »die die Gefahr viel mehr in einer verselbständigten Technik ... als in den Strukturen sozialer Herrschaft der modernen Industriegesellschaft« (113) sehen. Doch damit übergeht er das Zusammenspiel von Ideologie, Wissenschaft und kapitalistischer Produktionsweise, und trägt — wohl eher ungewollt — zu der zu Recht kritisierten »metaphysischen Selbstherrlichkeit und Überheblichkeit« (23) der Rationalität bei. Stephan Beermann (Paris)

Breuer, Stefan: Aspekte totaler Vergesellschaftung. Freiburg i.Br., Ça-Ira-Verlag 1985 (315 S., br., 36,- DM)

Der Band versammelt Aufsätze und Rezensionen, die von 1975 bis 1985 im »Leviathan« und anderen Zeitschriften erschienen. Die Texte des ersten Teils, der Frankfurter Schule gewidmet, schwanken eigenartig zwischen einer philologischen Analyse der Theoriedifferenzen zwischen z.B. Adorno und Horkheimer (15ff.), wonach Horkheimer einfach eine radikalisierte Variante der idealistischen Philosophie vertrete, während Adorno umgekehrt die Sprengkraft seiner Fetischismuskritik durch seine metahistorische Theorie der Naturbeherrschung neutralisiere, und einem unmittelbaren Rückschluß aus dem diagnostizierten »Verfall der Philosophie« auf einen irgendwie analogen Zustand der Gesellschaft. Daß z.B. die Totalitätskategorie immer unformulierbarer werde und daher vielleicht nicht mehr aufrechterhalten werden könne, weist für den Autor gleich darauf hin, »daß die Geschichte in ein Stadium getreten ist, in dem nicht mehr das Endliche, Besondere, Empirische die Formen der Vermittlung vorgibt, sondern das Unendliche, Absolute, Allgemeine: ein Stadium, in dem das konstitutive Prinzip sich auf die Endlichkeit nicht mehr nur äußerlich bezieht, sondern diese dergestalt umwälzt, daß es in ihr zur Erscheinung gelangt« (9). Durch diese einigermaßen pathetische Rekapitulation von Frankfurter Leerformeln — »Das Empirische« ist mindestens ebenso abstrakt wie sein Gegenteil — wird subjektivistische »Globalgeschichte« (nach dem Terminus von Foucault; vgl. 306) der banalsten Sorte geschrieben und gleichzeitig so getan, als wäre die Verdinglichung von dem durch die Verdinglichungskategorie erleuchteten Blick problemlos und »global« zu durchschlagen. Wäre der Verfasser bei seinen philologischen Beobachtungen, innerhalb deren Philosophen wie Adorno oder Habermas ebensoviel (oder wenig) Dignität beanspruchen können wie alle anderen auch, geblieben, hätte er sich derart unvermittelte Sprünge in die Geschichtsprophetie ersparen können. Aber, wie es in seiner Habermas-Kritik heißt, der Platz, den die Frankfurter Schule »in den Auseinandersetzungen der sechziger Jahre einnahm, ist seither leer ge-

blieben und hält durch eben diese Leere die Erinnerung an das wach, was Theorie einmal bedeuten konnte« (52). Es handelt sich um eine Leerstelle, die auf Grund des gesellschaftlichen Zustandes wohl auch leerbleiben muß und daher auch vom Autor dieses Buches (mit all ihrer Faszination) freigelassen wird.

Der zweite Abschnitt »Politik und Recht« betreibt entgegen dem ersten eine durchaus traditionelle Geschichtsbetrachtung mit allerdings universalhistorischen Ansprüchen. Es kann hier nicht darum gehen, historische Fehler (wie die falsche Darstellung der faschistischen »squadre«; 203) zusammenzutragen; interessanter ist wohl, daß sich die historische Darstellung immer unterhalb einer nie bezweifelten Hegemonie des »Begriffs« ansiedeln muß. So stellt der Autor treffend die Differenzen zwischen dem deutschen und dem italienischen Faschismus dar und plädiert für eine genaue Analyse der historischen Kontingenz, kommt dann aber zu dem Ergebnis: »Während in Italien der kapitalistische Modernisierungsprozeß die traditionellen Institutionen und Mentalitäten nur erst so weit untergraben hatte, daß wohl die Diktatur eines faschistischen Führers, nicht aber eine tiefgreifende Faschisierung der Gesellschaft möglich war, war dieser Prozeß in Deutschland bereits so weit fortgeschritten, daß der Faschismus die ihm innewohnenden Möglichkeiten ungehemmt entfalten konnte« (222). Hier wird kontingente Geschichte reduziert auf einen abstrakten Faschismusbegriff, dem der deutsche Fall besser, der italienische weniger gut entsprochen habe, ohne daß dieser Begriff selbst überhaupt diskutiert würde. Ein ähnliches Ergebnis konnte man im übrigen vor zwanzig Jahren bei Ernst Nolte auch schon nachlesen.

Beim letzten Abschnitt mit »Kritiken und Polemiken« fehlt, da ihr Anlaß in der Regel schon zurückliegt, weithin das Interesse. Wichtig ist dieses Buch vielleicht am ehesten als Dokument des Zusammenbruchs der von der Frankfurter Schule (und auch von ihren Nachfolgern) stets beanspruchten geradezu ciceronianischen Universalkompetenz. Hier zeigt sich nun, daß sie weder den Ansprüchen der Textphilologie noch denen der positivistischen Tatsachenforschung genügen kann. Eine Entscheidung zwischen diesen beiden Offerten wird sich vielleicht nicht mehr lange hinauschieben lassen.

Manfred Hinz (Augsburg)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Sucharowski, Wolfgang (Hrsg.): Gesprächsforschung im Vergleich. Analysen zur Bonner Runde nach der Hessenwahl 1982. Niemeyer Verlag, Tübingen 1985 (332 S., br., 98,- DM)

Der Sammelband will verschiedene Formen der linguistischen Gesprächsanalyse — teilweise unter den Namen »Konversationsanalyse«, »Diskursanalyse«, »Dialogforschung« — einer nicht nur linguistischen Leserschaft vorstellen und vergleichbar machen. Die Beiträge wurden gebeten, unabhängig voneinander ihren eigenen Ansatz anhand der Fernsehsendung »Bonner Runde« nach der Hessenwahl 1982, die der »Wende« unmittelbar vorausging und die in transkribierter Form abgedruckt ist, vorzuführen. Die Komplexität der Struktur einer solchen Sendung und ihre Länge (ca. 25 Minuten) erschweren es allerdings, die jeweilige Methode stringent darzulegen.

Dieckmann (54-76) erläutert nur einen kurzen Augenblick im Gespräch zwischen Nowotny (ARD), Reiche (ZDF), Brandt (SPD), Kohl (CDU) und Genscher (FDP), nämlich Brandts Äußerung, daß eine linke »Mehrheit diesseits der Union« existiere, und die Reaktionen Genschers und Kohls darauf. Er geht von einer *trialogischen* Kommunikation aus, einer Kommunikationsinszenierung zum Zwecke des Betracht-

tetwerdens durch die Zuschauer/innen, deren Widersprüchlichkeit darin bestehe, daß diese mißtrauisch erwarten, daß »zum Fenster hinausgesprochen« werde, sie diese Erwartung jedoch nur aufrechterhalten können gegen den Schein einer quasi nicht-öffentlichen Kommunikationsveranstaltung. *Fiehler* (77-106) konzentriert sich gleich viel stärker auf die restriktive Form der Gesprächsführung (also weder Interview noch Mehrpersonengespräch) und bezeichnet sie als kommunikativen Mechanismus zum Abrufen von Statements. Er thematisiert solche Äußerungen, die die laufende Gesprächshandlung (z.B. eine Erwiderung auf einen Vorwurf) nicht unterbrechen, und nennt sie *Einwürfe*. In Einwüfen sieht er eine Möglichkeit, sofort inhaltlich zu reagieren, ohne gleich einen eigenen Gesprächsbeitrag liefern zu müssen. Nach einer Auflistung erfolgt eine Interpretation aller Einwüfe: sie dienen vor allem der Vorspiegelung einer Gesprächslebendigkeit und verhüllen die im Grunde äußerst starre Organisation. *Hoffmann* (107-145) entwickelt zunächst ausführlich die *Kommunikationsform* einer Wahnachsendung und geht dann auf den allgemeinen thematischen Ablauf ein; sodann entfaltet er für ausgewählte Beispiele den Zusammenhang von Äußerungsformen und Handlungsqualität, wobei er auf andere Institutionen zurückgreift. Eine wichtige Kategorie für ihn sind *Mehrfachadressierungen*, mit der er die Bedeutung mancher Äußerungen auflösen kann. An drei längeren Beispielen wird exemplarisch vorgeführt, wie seine »linguistische Diskursanalyse« vorgeht. Hoffmanns sehr gründliche Erörterung der Form, Thematik, Handlungsverknüpfung und der institutionellen »Fiktion« relativiert eine Vorgehensweise, die zu schnell vom Einzelfall abstrahiert. *Kindt* (146-176) versucht nachzuweisen, daß in der Bonner Runde viel mehr passiert, als daß sie die Beteiligten lediglich in Kommunikation verstrickt. Mit einem Arsenal aus »Standardelementen« und »Stereotypielementen«, die er z.T. der Rhetorik entnimmt, kommt er zu einer weitreichenden Interpretation über »Austauschbarkeit« der Politikerreaktionen und Reagieren »auf eine allgemeine, außerhalb des Gesprächs liegende Konstellation«. Damit ist ein Rahmen zumindest ansatzweise gefunden, der mit einem — hier jedoch völlig implizit gehaltenen — Ideologie-Begriff operieren könnte. Kindt knüpft mehrfach an seine eigenen etwas ironischen Politikvorstellungen an und findet diese in der Bonner Runde wieder. Die »rhetorischen Wirkungsmöglichkeiten« hätte ich gern ausführlicher erläutert gesehen, sie erscheinen aber nur als »rhetorische Techniken«. *Rehbock* (177-227) kümmert sich ausschließlich um *tendenziöse* und *rhetorische Fragen* in der Bonner Runde und knüpft an eine längere Diskussion in der linguistischen Pragmatik an. Er exemplifiziert mit Hilfe des Transkripts seine Überlegungen zu diesen spezifischen Fragetypen. Es geht dabei immer wieder um Zwickmühlen und Fallstricke für Gesprächsteilnehmer, in die sie durch diese Fragen hineinmanövriert werden. *Sager* (228-264) ist der einzige, der den Anspruch erhebt, die *gesamte* Bonner Runde ein ihrer Komplexität zu analysieren. Dazu entwirft er ein sogenanntes Schichtenmodell aus vier Schichten eines Gesprächs (Äußerungen, Rede, Diskurs, Dialog), die er sukzessive abarbeitet, beginnend mit der untersten Schicht, den Äußerungen. Außerdem unterscheidet er quantitative und qualitative Sichtweisen. Da er zum Vergleich eine studentische Diskussion heranzieht, zeigt sich schnell, was zu erwarten war, daß die Bonner Runde »anders«, »abweichend« ist. Der Berg kreist und heraus kommt: die Bonner Runde ist überwiegend monologisch, d.h. die Politiker sind lange ununterbrochen am Reden, und sie besitzt vor allem einen *Turniercharakter*. Die von Sager verwendete Analogie zur Tierwelt (Rivalität, Kommentkämpfe u.ä.) wäre amüsant, wenn sie nicht vorgäbe, mehr als nur Analogie zu sein, nämlich eine »linguistische Ethologie« (Bonner Runde unter dem Gesichtspunkt der Arterhaltung). *Sucharowski* (265-307) beschränkt sich vor allem auf die

Beobachtung, daß die Politiker ihre ersten Statements mehr oder weniger vorbereitet haben, und untersucht dann im einzelnen, mit welchen Strategien sie ihre Vorbereitungen mit der Position im Gespräch, die durch eine Frage beispielsweise gegeben ist, in Übereinstimmung bringen. Er macht darauf aufmerksam, daß die Politiker bestimmte Prinzipien beachten (Höflichkeit, Kooperation), aber gleichzeitig andere Prinzipien verletzen (»Processibility«, »Clarity«).

Der Versuch, die Leistungsfähigkeit linguistischer Gesprächsanalysen an einem einzigen Beispiel vorzuführen, ist gelungen: das liefert spannende Vergleiche, die für alle nützlich sein können, die Kommunikation analysieren. Ein Manko ist die Abwesenheit eines Ansatzes, der den Beitrag einer solchen fernsehgerechten Politikveranstaltung (oder politischen Fernsehinszenierung) vorrangig unter dem Gesichtspunkt der Ideologiedistribution behandelt. Überhaupt wird das Problem des Ideologischen nur ganz von Ferne gestreift: Dieckmann erwähnt die Inszenierung von Politik, Hoffmann führt breit die Institutionalisierung aus, Kindt erwähnt auch »Übergänge« zur allgemeinen Politik, und Sager unterstreicht den Ritualisierungscharakter. Eine der Ideologiefrage nicht ausweichende Analyse hätte sich damit auseinanderzusetzen, mit welchen »Methoden« eine solche Fernsehsendung Vertrauen in die Politik erzeugt, indem sie die Zuschauer/innen als »Souverän« bestätigt und ihnen gleichzeitig plausibel macht, daß die politische Macht in den »richtigen« Händen liegt. Die Dialektik von Stimmabgabe und anschließender Reaktion der Spitzenkandidaten kommt nicht ausreichend zur Geltung; die in dieser Runde fehlenden Grünen zeigen jedoch, daß ein anderes Politikverständnis möglich ist, dem von den etablierten Parteien und den privilegierten Journalisten mit Panik begegnet wird. Die Berührungsfurcht der Linguistik vor solchen Phänomenen ist un begründet.

Christoph Sauer (Amstelveen/Niederlande)

Knobloch, Clemens: Sprachpsychologie. Ein Beitrag zur Problemgeschichte und Theoriebildung. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1984 (399 S., br., 108,- DM)

Knoblochs Text ist — in Übereinstimmung mit dem eigenen Anspruch — weder als systematische Einführung in die Psycholinguistik noch als stringente Geschichte des Fachs zu lesen. Statt bloß das Vorfindliche als gegeben hinzunehmen und zu systematisieren (wie etliche Einführungen in Form katalogartiger Überblicke) oder eine Aneinanderreihung von theoretischen Modellen als Wissenschaftsgeschichte auszugeben, versucht Knobloch, die Disziplin von grundsätzlichen Problemstellungen und Lösungsansätzen her in den Griff zu bekommen. Dazu bedient er sich u.a. eines Verfahrens des selektiven Rückgriffs auf einzelne Ansätze aus der Geschichte des Fachs, an deren Diskussion er zeigen will, »daß die Topoi und Probleme ... ihre Vorläufer und Vordenker gehabt haben« (40). Sehr klar und zwingend ist die Begründung für Vorgehen und Auswahl nicht.

In einer vorläufigen Aufgabenbestimmung weist Knobloch der Sprachpsychologie die Untersuchung der Prozesse des Sprechens und Verstehens zu, wozu es der Kombination psychologischer Erkenntnisse (über den Aufbau des menschlichen Handelns) mit linguistischen (über die Struktur natürlicher Sprachen) bedürfe (vgl. 1). Schon von dieser allgemeinen Bestimmung aus wird dann leicht nachvollziehbar, wie sich die Psycholinguistik immer wieder zu vorschnellen Analogieschlüssen zwischen diesen beiden Größen hat drängen lassen und sich durch diesen »reflexionspsychologischen Fehlschluß« (17) als einer Art permanenten Sündenfalls selbst in ein Dilemma hineinmanövriert hat. Welche Realität aber haben die Kategorien linguistischer Beschreibung im Prozeß der Hervorbringung und Wahrnehmung von Sätzen?

Knobloch gliedert seine Untersuchung dieser Frage nach drei funktionalen Gesichtspunkten, unter denen das Sprechereignis gesehen werden könne: dem Steuerungs-, dem Gebilde- und dem Erlebnisaspekt. Er lehnt sich in dieser Einteilung explizit an Karl Bühler an; in Fragen der Redezeugung stützt er sich »auf das in der kulturhistorischen Psychologie übliche Handlungs- oder Tätigkeitsmodell« (40), insbesondere auf A.A. Leont'ev, wobei er von der »Kombination beider Modelle eine Fülle fruchtbarer Fragestellungen« (44) erwartet.

Das Kapitel über den Gebildeaspekt in der Sprachpsychologie führt am direktesten zum Verhältnis von Sprachstruktur und Sprechmechanismus (»Psychologisierung der Grammatik«). Während in den untersuchten Traditionslinien selbst Antipoden wie Paul und Wundt darin übereinstimmen, daß sie dieses Verhältnis als Analogie modellieren (nur mit anderen Abhängigkeiten), versucht Knobloch zu zeigen, daß die Grammatik auf der einen Seite und der psychische Apparat auf der anderen völlig unterschiedliche Aufgaben zu lösen haben (vgl. 167), daß mithin die Probleme der Linguisten völlig andere sind als die der Sprachbenutzer, so daß die Ergebnisse linguistischer Beschreibung nicht als Kopiervorlage für eine angemessene Beschreibung der Mechanismen der Redezeugung und -wahrnehmung dienen können.

Knobloch zeigt, wieso eine solche »sprachpsychologische Nutzenanwendung« der Grammatik zu unangemessener Gegenstandsbestimmung führt, und kommt zu dem Ergebnis, »daß die Struktur- und Gebilderegeln der Linguisten keine geschlossene, systematische und einheitliche Entsprechung in der Psychologie des Redemechanismus haben« (213). Damit erweist sich die gesamte Tradition der Psycholinguistik (mit Ausnahme Karl Bühlers) für Knobloch als wenig ertragreich, der darauf hinauswill, »die Probleme der Redezeugung und -wahrnehmung aus einer reinen 'Gebilde-Optik' herauszurücken« (246). Dieser Versuch besteht aus einer Reihe von plausiblen Überlegungen zur Stützung der Hypothese, »daß alle grammatikalisierenden Operationen psychologisch an die Entfaltung von Inhalten gebunden bleiben« (238). Von der detailreichen Kritik, die den Hauptteil des Buches ausmacht, wird für die weitere Arbeit an einer als Desiderat angedeuteten anderen Psycholinguistik eigentlich recht wenig aufgehoben, zumal die Position des Autors weniger aus der Konfrontation mit den kritisierten Ansätzen gewonnen als eher daran illustriert wird. Die Perspektiven eröffnen sich vor allem im Anhang (»Das innere Lexikon in der Sprachpsychologie«), wo Knobloch besonders die psychologische Relevanz der Wortbedeutung in den Mittelpunkt stellt.

Lektüre und Verständnis des Buchs werden dadurch erschwert, daß der Autor zu wenig orientierende Hilfen gibt, die den Stellenwert der jeweils diskutierten Zusammenhänge im Rahmen der gesamten Argumentation verdeutlichen könnten.

Walter Kühnert (Ennepetal)

Römer, Ruth: Sprachwissenschaft und Rassenideologie in Deutschland. Fink-Verlag, München 1985 (239 S., Ln., 58,- DM)

Während die *Sprache* des Rassismus und Faschismus in Deutschland relativ häufig Gegenstand sprachwissenschaftlicher Untersuchungen war, war die Erforschung der *Sprachwissenschaft* bislang beschränkt auf Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden bzw. auf Kapitel in Monografien, die zentral anderen Themen gewidmet waren. Römers Buch ist die erste Gesamtdarstellung zum Thema »Rassistische Sprachwissenschaft«, und — um es vorwegzunehmen — ihr ist es gelungen, sie als unumgehbare Grundlage für zukünftige Forschungen zu gestalten. Im Kern setzt sich die Arbeit aus thematisch geordneten, manchmal polemisch kommentierten kurzen Zitaten und Referaten zusammen. Die Stichworte der Themen sind: Geschichtsbe-

griffe, Einschätzung der Menschen als solcher sowie einzelner Menschengruppen, insbesondere Indogermanen, Germanen und Juden, das Verhältnis von Sprache und Rasse bzw. Volk. Der Schwerpunkt der Darlegungen liegt zwischen 1800 und 1933.

So allgemeinverständlich die Expertise selbst bei schwierigen Sachverhalten bleibt, sie teilt leider die Schwäche fast aller Pionierwerke: Sie setzt zu viel voraus. Römer hat eine Fülle von Material zusammengetragen. Sie schreibt nicht einfach ab. Sie verarbeitet die Originale und liest sie nicht selten gegen den üblichen Strich. (So zeigt sie z.B. in dem Kapitel über die Juden, daß die auch in moderner Faschismusforschung von den Nazis übernommene Einschätzung Gobineaus als Hauptvertreter des Antisemitismus im 19. Jahrhundert so nur schwer zu halten ist.) Die Menge der verarbeiteten Literatur bewegt sich an der Grenze der Glaubwürdigkeit. Aber sie hat die Verfasserin auch erdrückt. Die Darstellung grenzt zu häufig an name dropping mit Zitatmörtel. Zu selten erfährt man etwas über die Forschungsrichtung, der ein Name angehört, noch weniger über Ansatz und Methode des ganzen Textes. Kaum ein Zitat wird vom Leben seines Verfassers her beleuchtet. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge bleiben fast völlig außen vor. Das bringt nur Forschungskollegen etwas, die sich in der Materie sehr gut auskennen. Die Sympathie der Verfasserin für Strukturalismus, Liberalismus und Humanismus setzt sich konsequent auch in der Konzeption ihres Werkes durch. Wissenschaftsgeschichte konzentriert sich bei ihr auf die Aneinanderreihung themenbezogener Äußerungen, die zuvor aus ihren textuellen, biografischen und sozialgeschichtlichen Zusammenhängen herausgelöst wurden, umrahmt von kritischen Kommentaren. Römer bemüht sich nicht um das Verständnis des Entstehens, Wirkens und Zerbrechens der rassistischen Ideologie. Sie will diese lediglich dem Vergessen entziehen, das fachgeschichtliche Gedächtnis auffrischen.

Meine Kritik läuft auf eine (vermutliche) Verzehnfachung des Umfangs und auf eine mindestens zehnjährige Verspätung der Veröffentlichung hinaus, und da kann ich der Verfasserin nur Recht geben, wenn sie all diese Mängel in Kauf nahm, das Opus in dieser (wenn auch leicht kritisierbaren) Form herausbrachte und der zukünftigen Forschung seine Komplettierung und Revision in Richtung auf mehr Fach- und Textbezüge, auf mehr Biografie und Sozialgeschichte sowie auf mehr Ideologieverständnis überließ. Römers Ausführungen erweisen sich schon jetzt für meine Forschungen als schier unerschöpfliche Fundgrube. Nicht ohne Verwunderung nahm ich zur Kenntnis, daß Römer für ihr Opus eine fünfstellige Summe Druckkostenzuschuß bezahlt hat. Fachismuskritischen Arbeiten bläst also inzwischen wieder eindeutig der Wind ins Gesicht.

Gerd Simon (Tübingen)

Kolkenbrock-Netz, Jutta, u.a. (Hrsg.): Wege der Literaturwissenschaft. Bouvier Verlag, Bonn 1985 (412 S., br., 68,- DM)

Hinter dem anspruchsvollen Titel verbirgt sich der kleinste gemeinsame Nenner von 28 Vorträgen, gehalten zu Ehren des 60. Geburtstages des Bochumer Germanisten Paul Gerhard Klusmann. Eine Festschrift also, in der die Herausgeber, wie das so üblich ist, im nachhinein »gewisse thematische und theoretische Schwerpunkte ausmachen, die für den gegenwärtigen Diskussionsstand« in der bundesdeutschen Germanistik aufschlußreich seien: Reflexion des Literaturbegriffs in systematischer und historischer Perspektive, Diskussion von Grundsatzproblemen der Hermeneutik, das Verhältnis von Literatur und Subjektivität, Kritik an Konzeptionen traditioneller Literaturgeschichtsschreibung, Wechselwirkung der Künste (5). Die kritische Position einer sozialgeschichtlich fundierten Analyse von Literatur, die auch

den Auftrag zur humanisierenden Veränderung von Gesellschaft nicht aus dem Blick verliert, eint viele der in diesem Band zusammengefaßten Beiträge. *Manfred Frank* beschäftigt sich eingangs im Rückgriff auf frühe Stationen der Fachgeschichte (Boeckh, Humboldt, Schleiermacher) mit der Definition und Hermeneutik des literarischen Textes, der in seiner Verschriftlichung sich vom Mitteilungskontext und Autorenintention löst und seinen Sinn in der unbegrenzten Vielfalt seiner Reaktualisierungsmöglichkeiten zur Disposition stellt (17). In Abgrenzung von Entschlüsselungsmodellen der Textpragmatik, jedoch in Anlehnung an Sartres Fragestellung in *Idiot de la famille*, plädiert Frank für Schleiermachers »divinatorischen« Ansatz unter Einschluß des ethischen Imperativs für die Philologien, »in ihrer täglichen Arbeit einen Bezug zur Rettung/Befreiung des Individuums zu erkennen« (25). *Karl Otto Conrady* beschäftigt sich mit den Schwierigkeiten der Lyrikanalyse, kritisiert die idealistischen Ansätze von Wilpert, Wapneski, Domin und Hugo Friedrich, um dann Rühmkorfs Warnung vor der Ambivalenz der Rezeptionsmöglichkeiten von Gedichten aufzugreifen und mit Christoph Meckel auf das Gedicht als den »Ort der zu Tode verwundeten Wahrheit« zu verweisen (44). *Renate Werner* diskutiert die Problematik der »Rekonstruktion von historischen bzw. literarhistorischen Verlaufsstrukturen und Segmentierungen« (211) am Beispiel des »Wilhelminischen Zeitalters« und plädiert unter Berufung auf sozialgeschichtliche Innovationskriterien des französischen Soziologen Henri Lefebvre für die Zeit der Jahrhundertwende für die Beibehaltung des Terminus als eines soziokulturellen Verständnisbegriffs (Hans Schwerte), da er an der Einsicht von der Interdependenz von Gesellschafts- und Literaturgeschichte festhalte (231). *Klaus-Michael Bogdal* kommt zu dem Ergebnis, daß unter dem Eindruck der Kritik Brechts und Lukács' das antimilitaristische Potential der naturalistischen Dramaturgie zu wenig genutzt wurde, welche die »elementaren Gewaltverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft« in ihren bis dahin wenig beachteten alltäglichen Mikrostrukturen sichtbar gemacht habe (235). *Uwe K. Ketelsen* beklagt die bestehenden Unsicherheiten bei der Einordnung der »Literatur des III. Reiches« in den Gesamtrahmen der deutschen Literaturgeschichte. Er geht auf die Problematik geistesgeschichtlicher, psychologischer und kommunikationstheoretischer sowie politologisch-faschismustheoretischer Erklärungsansätze ein. Die »Literatur des III. Reiches« erscheint ihm angesichts ihrer Wurzeln in der »Gesamtradtion der deutschen Literatur« (301) und ihres Weiterwirkens nach 1945 durch Autoren wie Carossa und Jünger diachron nicht eindeutig abgrenzbar; doch glaubt er, synchrone Parallelen, etwa in der »klassizistischen Wende der europäisch-amerikanischen Literaturentwicklung in den 30er Jahren« und der Bauarchitektur sowie der Theaterpraxis zu entdecken (302). Es gelte, hinsichtlich des Status und der Funktion der Literaturproduzenten, der Motivstrukturen und -verwandlungen und der formalistischen Stiltendenzen der Epoche die Berührungen und Widersprüche zwischen der »Literatur des III. Reiches« und der Moderne näher zu untersuchen. Eröffnet Ketelsens Aufsatz möglicherweise einen Zugang zu einigen neuen Aspekten der historischen Wurzeln, aber auch der zeitgeschichtlichen Kongenialität faschistischer kultureller Denkmuster als Reflexe eines umfassenden spätbürgerlichen Krisenbewußtseins, so erscheint sein abschließender Vorschlag in seiner tendenziellen Einordnung der »Literatur des III. Reiches« in den größeren Rahmen modernistischer Bewältigungsstrategien fundamentaler Sinnkrisen insbesondere durch seine Reduktion auf formale Aspekte in Gefahr, die Wesenszüge faschistischer Kultur(politik) zu verwischen und damit die Benennbarkeit von zuallererst sozialhistorischen Ursachen, Potentialen und Wirkungsweisen des deutschen Faschismus in seinen weltgeschichtlich einzigartigen Konturen zurückzunehmen.

Heinrich Küntzel untersucht die Darstellung der deutschen Teilung in der Literatur der DDR vom gesamtdeutschen über das DDR-legitimatorische bis zum gegenwärtigen Stadium, in dem sich unter Zweifeln und Selbstwidersprüchen eine selbst- und systemkritische Behandlung der deutschen Teilung durchgesetzt habe (384). Friedrich Kienecker untersucht am Beispiel von Prometheus und Sisyphos, Hiob und Kain mythische Modelle des modernen Selbstbewußtseins, wobei er den Mythos als Emblem der Geschichtlichkeit des Menschen versteht, in der sich »die existentiellen Bedingungen unseres Haftens an der Welt« (334) ausdrückten. Die mythischen »Vor-Bilder« schließlich verwandelten sich in Impulse, neue Entwürfe zu wagen (343). Wulf Wülfing analysiert die Funktion der Napoleon-Anthologien im Vorfeld der 1848er Revolution als Medien der Mythisierung von Figuren der Geschichte. Daneben finden sich u.a. Aufsätze zu Friedrich von Spee, zur Laokoon-Debatte von Winckelmann und Lessing bis zu Peter Weiss, zu Bonaventura, Goethes *Divan*, Kleist, E.T.A. Hoffmann, Keller, Storm; Zdenko Skrebs Untersuchung zu Fontanes Goethebild, Marianne Kestings Analyse von Mallarmés Bewußtseinskrise und weitere Arbeiten über Thomas Mann und Wagner, Hamsun, Handke, Rolf Schneider und Christa Wolf.

Die hier versammelten Aufsätze sind als Momentaufnahmen des gegenwärtigen Standes von Fragestellungen in der Germanistik interessant auch für Wissenschaftler anderer Fachdisziplinen, die sich über ihre sich z.T. stetig verengenden Fachhorizonte hinaus inhaltliche und methodologische Anregungen geben lassen möchten.

Wolf Kindermann (West-Berlin)

Stephan, Inge, und Hans-Gerd Winter: »Ein vorübergehendes Meteor«? J.M.R. Lenz und seine Rezeption in Deutschland. Metzler Verlag, Stuttgart 1984 (260 S., br., 78,- DM)

Die Rezeptionsgeschichte des Sturm- und Drang-Autors J.M.R. Lenz ist einigermaßen zerklüftet. Lange galt Lenzens Werk, dem vernichtenden Diktum Goethes folgend, als minderwertig, unvollendet oder einfach »krank«. Auch das Bild des Autors selbst erschien zumeist in negativem Licht, er galt als unverbesserlicher Intrigant, »Affe Goethes«, als grillenhafter, letztlich untätiger Projektemacher, der sich selbst zerstört habe und konsequent im Irrsinn gelandet sei. Doch andererseits fühlten sich bereits früh bestimmte Gruppen und Kreise vom Leben und Werk dieses Autors angezogen. So entdeckten ihn die Romantiker (Tieck), Büchner, später die Naturalisten und Expressionisten, wobei Lenz gelegentlich sogar zu einer Art Kultfigur wurde. 1949 leitete die Brechtsche »Hofmeister« Bearbeitung eine Renaissance der Lenz-Originale ein. Die Faszination durch diesen Autor, die Vorliebe vieler zeitgenössischer Autoren, aber auch Komponisten, Filmemacher, Maler usw. für einen »genialisch Scheiternden«, die bis heute anhält und sich, parallel zum Niedergang der Studentenbewegung, noch verstärkt hat, ist der Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung. Die beiden Autoren wollen dabei zum einen klären, in welcher historischen Situation das Interesse für Lenz jeweils erwachte. Gleichzeitig sollen — wie es einleitend heißt — die eigene zunächst nicht näher problematisierte »Nähe« zu Lenz sowie der damit zusammenhängenden Komplex von Literatur-, Gesellschafts- und Traditionsauffassungen bewußt gemacht und reflektiert werden (2).

Der präsentierte Grundriß der Lenzeignung, der im einzelnen recht unterschiedlich gewichtet ist, beschäftigt sich hauptsächlich mit zwei »Reihen«, einer biographischen Reihe, d.h. einem Rezeptionsstrang, der vor allem dem Leben des Autors gilt, sowie einer werkbezogenen zweiten Reihe. Bevor auf die eigentliche Rezeption eingegangen wird, wird das Leben des Autors ausführlich behandelt. Dabei wird weit

mehr geboten als die übliche Aufzählung biographischer Daten, vielmehr analysiert der Verfasser (H.G. Winter), gestützt auf (jüngere) psychoanalytische Forschungsergebnisse und zahlreiche Brief- und Werkzitate die grundlegenden sozialen Erfahrungen, Schreibmotive und Lebenskrisen des Autors. Nachgewiesen wird die Ersatzfunktion, welche die Literatur für den mittel- und stellungslosen Intellektuellen weitgehend gewann. Dabei sei es Lenz zunächst gelungen, eine kritische Literatur zu produzieren, welche die »psychischen und sozialen Defekte der Zeit« reflektiert habe (26). Grundsätzliche Probleme bei der Überwindung (besonders intensiv verinnerlichter) Erziehungs- und Religionsnormen, das Scheitern der Beziehungen zu Frauen und Freunden, die zunehmende Selbstentfremdung und Isolation hätten zur psychischen Erkrankung und schließlich auch zur Beeinträchtigung seiner künstlerischen Objektivierungsfähigkeit geführt. Mit Begriffen wie Schizophrenie oder »Wahnsinn« geht der Autor betont vorsichtig um, vielmehr konstatiert er, Lenz habe sich »außerhalb des Konsensus der bürgerlichen Ordnung« gestellt (52). Die bekannten Verdikte oder moralischen Todesurteile von Zeitgenossen wie Goethe oder auch Oberlin beruhten in Wahrheit auf Verdrängungen, da in Lenzens »Wahnsinn«, wenn auch in verzierter Form, Triebe und Wünsche zum Ausdruck gekommen seien, die mit der eigenen bürgerlichen Identität nicht mehr zu vereinbaren waren (ebd.).

Der biographischen Linie folgend, schließt sich eine Analyse des Büchnerschen »Lenz« an. Die Verfasserin (I. Stephan) vermeidet den üblichen Fehler, Lenz und Büchner gleichzusetzen. Büchner habe vielmehr — wie im »Danton« — die Haltung eines »Geschichtsschreibers« eingenommen, ohne freilich auf Parteilichkeit zu verzichten: Rekonstruktion und Identifizierung ergänzen einander. Lenz werde dabei bei Büchner als Autor herausgestellt, der vor allem die Entfremdungszustände der Gesellschaft kritisiert und ein betont politisches Literaturkonzept vertreten habe, das die Entfremdung bekämpfe und »Leben«, »Möglichkeit des Daseins«, einfordere. Die zunehmenden Krankheitssymptome erkläre Büchner nicht einlinig oder monokausal, sondern komplex aus der Sozialisierungsgeschichte des Sturm- und Drang-Autors (Vater- und Mutterbeziehung), aus seinem Außenseiterstatus (in persönlicher wie politisch-ästhetischer Hinsicht) sowie letztlich aus der Tatsache, daß Leben und Werk für diesen Autor eine Einheit bilden. Deutlich zeigt die Autorin, daß die Nähe und »Wahlverwandtschaft«, die Büchner zu seinem Vorgänger spürt, sich z.T. zwar eigenen persönlichen Krisen verdankt, dies allerdings in keinem Fall eine Absage an politische Aufklärung oder eine wirkungsorientierte realistische Literatur bedeutet. Das Niveau der Büchnerschen Auseinandersetzung ist — wie der weitere Verlauf der biographischen »Reihe« erweist — kaum noch einmal erreicht worden. Vielmehr machten sich, vor allem in der jüngeren deutschsprachigen Prosa »verflachende« Tendenzen bemerkbar, da man Lenz gern »psychiatrisiert«, d.h. sein Außenseitertum und seinen »Wahnsinn« in den Mittelpunkt rücke und sich vordergründig mit Melancholie und Isolation im Sinne des modischen Innerlichkeitskults identifiziere (Beispiele sind neben P. Schneiders »Lenz«, H. Kipphardts »März« oder auch W. Rihms Oper »Jakob Lenz«). Als Ausnahme gilt G. Hofmanns Erzählung »Die Rückkehr des verlorenen Jakob Michael Reinhold Lenz nach Riga« (1981).

Erst im Anschluß an den biographischen Rezeptionsstrang folgt die Darstellung der werkbezogenen Rezeption. Der Verfasser (H.G. Winter) setzt auch hier zunächst bei Lenzens Theatertheorie und den wichtigsten Dramen an, und stellt deren sozialkritische wie psychologische Dimensionen wie auch die Querbezüge zu den bereits diskutierten Lebenskrisen des Autors heraus. Das folgende Kapitel zur Brechtschen »Hofmeister« Adaption beschäftigt sich eingehend mit Brechts bereits 1938/39 ein-

setzendem Interesse an Stoff und Autor, diskutiert die vielfältigen kulturpolitischen Zielsetzungen der ersten Inszenierung nach dem Krieg (vor allem den Kampf gegen eine undialektische Rezeption des Erbes) und stellt die wichtigsten Veränderungen der Bearbeitung heraus. Brecht habe das Original nicht verdrängt, er habe es spielbar gemacht, »indem er die historisch richtige Perspektive, in der es zu rezipieren ist, aufzeigt und in den Text einfügt« (203). In der Folge wandte man sich freilich (wie auch nach H. Kipphardts Bearbeitung der »Soldaten«) immer stärker den sperrigen, weniger stimmigen Originalstücken zu. Allerdings zeugen die zum Schluß vorgestellten Inszenierungsbeispiele (Freiburg, Tübingen, Hamburg) von den nicht geringen Schwierigkeiten, Klassenfragen des 18. Jahrhunderts einem heutigen Publikum so vermitteln, daß auch die eigene Situation mit reflektiert werden kann.

Jürgen Pelzer (Marburg/Lahn)

Briegleb, Klaus: Opfer Heine? Versuche über Schriftzüge der Revolution. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1986 (458 S., br., 24,- DM)

Wo steht Heinrich Heine? Die Blockierungen, die sich seine Zeitgenossen wie die Literaturgeschichte auferlegt haben, indem sie ihn abwechselnd als Romantiker, Ästhetizisten oder Revolutionär deklarierten, seine Klassenposition fixierten, sie aber im Werk nicht wiederfanden, möchte Briegleb, Herausgeber von Heines Schriften, aufbrechen. Er versucht, die Gestalten und Metaphern, in denen der Dichter die bürgerliche Revolution und ihr Scheitern inkarnierte, also: Don Quijote, Prometheus, Lazarus, Hiob und die Walküren, abzuleiten, aus einer an Heine selbst ablesbaren Wandlung jüdischen Selbstverständnisses im 19. Jahrhundert. Endgültig als Volk des Geldes anerkannt, hätten die Juden das Richteramt über die Schrift verloren, seien alle ihre Figuren und Metaphern disponibel geworden. Heines Revolutionsbeschreibungen aus Frankreich liest Briegleb daher als Säkularisierungen, als »Übertragungen jüdisch-symbolischer in französisch-napoleonische Missionsvorstellungen« (14). Diese Sichtweise legitimiert er aus der vielfach beobachteten, aber wenig analysierten religiösen Wende des späten Heine, die nicht mehr als persönliche Resignation oder als politische Regression interpretiert werden soll, sondern als entschiedenes Bekenntnis zu einem Leben und Denken in Widersprüchen, die die jüdische Überlieferung bereits vorformuliert hatte! »Viel mehr als zwischen 'Positionen' verirrt sich Heines Schreibweise zwischen Kindsein und Gottkonkurrenz, zwischen Kinder- und Schöpfungsliedern, zwischen Sich-Klein-Machen (Ironie) und wahnsinnigen Sarkasmen, Sinnlichkeit und Spiritualismus.« (17) Diese Widersprüche sieht Briegleb inkarniert in der mythischen Figur des ewigen Juden und in der soziologischen des modernen Flaneurs. Sie macht Heine zum »schon enttäuschten Vorgänger Baudelaires« (22), der sich einen ästhetischen Raum schafft, um den Mythos der Revolution zu re-inszenieren. Seit 1848 bis zu seinem Tode 1855 bewegungsunfähig in der »Matratzengruft«, arbeitet Heine, aus den Traditionen der Revolution von 1789 schöpfend, die politischen Niederlagen von 1830 und 1848 in eine »Poetik der Besiegten« (127) um, die ihrerseits durchaus historische Repräsentativität beanspruchen kann. Den politisch-ästhetischen Diskussionen im Paris dieser Jahre nachspürend, entdeckt Briegleb in dem Maler Courbet und in Baudelaire Begleiter und Fortsetzer heineschen Denkens: Sie sind ebenso Außenseiter in der Republikanismusdiskussion wie er, sie vertreten eine Ästhetik des Offenhaltens, des Fragen-Stellens, und bis in die Mikrostruktur ihrer Werke hinein läßt sich »die Angst vor den geschichtlichen Halbheiten und Systemzeichen der politischen Republik, die Melancholie der bei den Kämpfen um die 'Sozialrevolution' aus der 'realistischen' Politik verdrängten Ästhetiker nachvollziehen« (144), zum Beispiel in der Sicht auf

Napoleon und seine Karriere vom Republikaner zum Kaiser (141), die Courbets 1855 gemaltes Bild »L'atelier du peintre« mit Heines Entwürfen zu seinen Memoiren teilt. Gerade zum Nachvollzug dieses Zusammenhanges aber wäre eine bessere Reproduktion des Bildes bzw. einzelner Ausschnitte sinnvoll gewesen. Die jetzige Präsentation reduziert Brieglebs dem Bild-Text folgende Überlegungen genau auf den Status der Illustration, den die Ästhetik Courbets aufbrechen will.

Parallel zur historischen Fundierung von Heines »flanierender Schreibweise« (287) leistet Briegleb eine Anwendung der Texttheorien Derridas und Kristévas, die die oft genug zur kleinen Münze des Feuilletons gewordenen Theoreme vom »Text-begehren« und vom »Spiel des Signifikanten« in seiner Schreibpraxis erfahrbar werden läßt.

Natürlich ist ein 1986 publiziertes Buch über Hoffnungen und Niederlagen der bürgerlichen Revolution, über ästhetische Bearbeitung und »Aufbewahrung« politischer Ziele nicht nur vom interesselosen Wohlgefallen an der Vergangenheit geleitet. Gerade um die Leistungen der Ästhetik in einer Phase aktueller politischer Resignation würdigen zu können, hätte die Frage nach Heines Widerständigkeit noch stärker zugespielt werden müssen. Sie beantwortet Briegleb etwas zu selbstverständlich mit seinem »Einzug unter den melancholischen Himmel der modernen Poesie« (417). Eine verallgemeinernde Funktionsbeschreibung Heinescher Textstrategien dagegen fehlt. Brieglebs abschließende »Rede wider das Hamburger Heine-Denkmal« (421) zeigt, daß die Anwendung Heinescher Ironie auf die Hamburger Gegenwart des Jahres 1982 nicht gelingt: in symbiotischer Über-Identifikation mit »seinem« Dichter kritisiert Briegleb an den Strategien staatlicher Wiedergutmachung, daß sie Heine zum Opfer umstilisieren und fordert dagegen: »Definieren wir das Denkmal um! damit wir 'wieder' an Heinrich Heine denken können, wenn wir an diesem Vorübergehen« (431f.) — während doch dieser selbst seine Heimatstadt wie auch Denkmäler jeder Art ständig ironisierte und forderte: »Lieber als Ästhet und Vaterlandsverräter gelten denn als politischer Flüchtling.« (168) Claudia Albert (Paris)

Knopf, Jan (Hrsg.): Brecht-Journal 2. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M 1986 (212 S., br., 12,- DM)

Während das erste Brecht-Journal sich mit der ästhetischen Vielfalt Brechts beschäftigte, rückt der vorliegende Band ein Schwerpunktthema ins Zentrum: »Das Tui-Projekt oder: Der Weg der Weimarer Republik in den Faschismus«. Unter diesem Titel montiert Jan Knopf Abschnitte aus dem Tui-Fragment korrespondierend mit politischen, literarischen und philosophischen Dokumenten der Weimarer Republik. Ziel ist, zu beweisen, daß Brechts Tui-Roman kein Schlüsselroman über das Frankfurter Institut für Sozialforschung um Horkheimer, Adorno, Pollok, Fromm und andere darstellt. In Wirklichkeit, so belegt Knopf, gilt die eigentliche Auseinandersetzung der Weimarer Republik insgesamt.

Brechts satirischer Angriff galt den Intellektuellen, jenen »Kopflängern«, die über mehr Wissen und Kenntnisse verfügen als der »gemeine Mann«, sich aber dadurch korrumpieren, daß sie es an die Herrschenden verkaufen und nur zu deren Vorteil nutzen. Zu den Ketten der sozialen Herrschaft liefern sie den passenden Heiligenschein. In diesem Sinne war für Brecht die Weimarer Republik eine Republik der Tuis. Ihr Beginn liegt folgerichtig am Anfang des Ersten Weltkrieges, als die Sozialisten, ehemals »vaterlandslose Gesellen« mit antikapitalistischer Zielsetzung, sich mit der Bewilligung der Kriegskredite zur Stütze der herrschenden imperialistischen Kräfte machten. In der Allianz von politischen Repräsentanten, Intellektuellen und Kapitalmagnaten sah Brecht die Grundkonstellation gesellschaftlicher Machtaus-

übung von 1914 bis 1945. — Alle übrigen Beiträge des Bandes dienen der Erweiterung und Ergänzung dieses Kernstücks. Ein weiterer umfangreicher Abschnitt befaßt sich mit den Hollywood-Elegien. Marion Fuhrmann interpretiert sie als Kunstprodukt: »In einem Umfeld, in dem alle Beziehungen Warencharakter haben, ist nur eine 'reduzierte' Lyrik möglich, eine Lyrik, die sich zwar der Realität stellt, indem sie Strukturen entlarvt, in der aber darüber hinaus keine Ansätze zu ihrer Überwindung aufgezeigt werden können; dazu sind die Verhältnisse zu extrem, ist die Distanz zu groß — so groß, daß das lyrische Ich in seiner möglichen Funktion als Beobachter, Reflektierender, Gefühle und Vorschläge Äußernder entfällt« (35).

Ein weiterer längerer Abschnitt befaßt sich mit der »Kriegsfiabel« und dem »dialektischen Gedicht« des Exils. Die Autoren Joachim Lang und Christiane Bohnert heben v.a. den Verweisungscharakter dieser Lyrik heraus, ihre Funktion als einer »Schule«. Die gegenwärtige Beschäftigung mit Brechts Werk wird mit einem kritischen Bericht zur neueren Brecht-Forschung eingekreist und in einer exemplarischen Darstellung zum Gebrauch Brechts im griechischen Theater erläutert.

Mit dieser Anordnung der Beiträge verfolgt Jan Knopf durchaus aktualisierende Absichten: der Resignation vieler Intellektueller angesichts der aufgeblasenen, regierenden Mediokrität hält Knopf mit der Interpretation des Tui-Fragments den Spiegel vor. Auch unter zeitkritischem Gesichtspunkt ist also das zweite Brecht-Journal eine spannende und abwechslungsreiche Lektüre.

Patrik Baab (Mannheim)

Hecht, Werner (Hrsg.): Brechts Theorie des Theaters. Suhrkamp-Verlag, Hamburg 1986 (377 S., br., 18,- DM)

Der vorliegende Band versucht einen Gesamtüberblick über Brechts dramaturgische Konzeption. Der Herausgeber hat bereits veröffentlichte, z.T. ältere Beiträge zur Brecht-Deutung versammelt; dabei handelt es sich sämtlich um »Klassiker« der Brecht-Forschung. Systematische, genetische und rezeptorische Aspekte werden in den Beiträgen abwechselnd berücksichtigt.

Gerd Irritz, der jüngst auch die Bloch-Renaissance in der DDR mit vorbereiten half, macht aufmerksam auf drei philosophiegeschichtliche Quellen Brechts: die Methodik der frühneuzeitlichen Naturwissenschaften, die Anthropologie der Aufklärung und die Hegelsche Dialektik. Aus diesen Traditionslinien schöpfte Brecht die Anregungen zu seinem originalen Beitrag zur materialistischen Gesellschaftstheorie, nämlich zur Revolution der Subjektauffassung. Hans Mayer bemüht sich um die Darstellung von Brechts Bezügen auf römische und chinesische Stoffe, auch seiner Hochschätzung Lessings, bei der Herausbildung des anti-aristotelischen Theaters. Werner Hecht selbst beleuchtet die »Vorgeschichte« des epischen Theaters in den 20er und Anfang der 30er Jahre. Er betrachtet dabei die frühen Brecht-Texte und -Notate unter dem Gesichtspunkt der allmählichen Entwicklung seiner Theaterkonzeption.

Unter stärker systematischem Blickwinkel versucht Jan Knopf, die Quellen von Brechts Verfremdungsbegriff offenzulegen. Der Beitrag ist von hoher analytischer Qualität. Klaus-Detlef Müller spürt den philosophischen Gehalten des »Messingkaufs« nach, damit der Bedeutung Bert Brechts als »Philosoph auf dem Theater«. Werner Mittenzwei zeichnet die jüngere Diskussion um Brechts Lehrstücktheorie nach.

Die Theaterpraxis wird unter dem Primat des Schauspielerischen von Käthe Rüllicke-Weiler präsentiert, wiederum von Werner Mittenzwei unter methodischem Blickwinkel. Ernst Schumacher versucht, Brecht als Subjekt und Objekt der Thea-

terkritik darzustellen. Manfred Wekwerth, selbst noch ein Mitarbeiter Brechts und kürzlich hervorgetreten durch seine scharfe Kritik an der Aufführungspraxis von Brecht-Stücken in der DDR (Fragen, Brecht betreffend, in: *Sinn und Form* 3/86), beschließt den Band mit einem Beitrag über »Brecht-Theater heute«. Von den Entstehungsbedingungen des Werks bis zu seiner aktuellen Bedeutung werden also in diesem Band wichtige Aspekte der Brecht-Forschung repräsentiert. Eine Chronik wichtiger theoretischer Schriften, ein Glossar der Grundbegriffe des epischen Theaters und eine Auswahlbibliographie runden die vorliegende Textsammlung ab.

Werner Hecht hat damit einen sinnvoll ausgewählten, gut ausgestatteten Materialienband vorgelegt.
Patrick Baab (Mannheim)

Mausser, Wolfram (Hrsg.): *Erinnerte Zukunft*. Elf Studien zum Werk Christa Wolfs. Verlag Königshausen und Neumann, Würzburg 1985 (336 S., br., 29,80 DM)

Der Herausgeber hebt in seinem Vorwort hervor: »Zudem verbietet ein Werk von so großer Problem-Präsenz und Perspektiven-Vielfalt vorschnelle Vereinheitlichungen.« (11) Zu »Kultbüchern« (10) seien Wolfs Erzählungen geworden, meint er, und: »Die vorliegenden Studien wollen dazu beitragen, Christa Wolfs Werk gründlicher zu verstehen.« (Ebd.)

Distanz und »Perspektiven-Vielfalt« allerdings vermißt man. Mit Ausnahme der Beiträge von Rolf Günter Renner und Helmut Mauser wird diese Veröffentlichung wohl dazu beitragen, Christa Wolf, in einer ihren Intentionen querliegenden Weise, zur Mode-Autorin zu machen. Was die Beiträger übereinstimmend beeindruckt, was sie zu begeisterter Akklamation bringt, ist Christa Wolfs Souveränität und Mut im Umgang mit Geschichte — sei es der »großen«, sei es der individuellen. »Im Raum ihres Schreibens ist der Widerhall eines Sprechens, das nicht nur mit, sondern auch in seiner Zeit verstummen mußte, da es über die Lebensmöglichkeit der Zeit hinausging« (O. Gutjahr; 53). »Gegen die Einsinnigkeit des Daseienden wird der Reichtum und die Fülle des Potentiellen ausgespielt ... im Bewußtsein der Simultaneität des Ungleichzeitigen.« (H.D. Weber; 96) »Das Ich soll ... Zugang finden zu der in ihm selbst verdrängten Möglichkeit, Christa T. Dann wird in der Geschichte seiner Ich-Bildung die fatale Kette der Siege aufgebrochen ...« (B. Greiner; 116) »Die für das schreibende Ich so bedeutsame Erinnerungsarbeit zielt darauf ab, eine neue (Lebens-)Geschichte zu konstruieren ...« (Ch. Zahlmann; 158) »... sie (verleiht) spezifisch weiblichen Erfahrungen ... eine historische Dimension.« (J. Marx; 171) Sie bringt »die weibliche Stimme« gegen »die männliche Heldengeschichte« zur Geltung (G. Neumann; 255).

Zweifellos zutreffende Beobachtungen, die unter jeweils unterschiedlichen Gesichtspunkten — geschichtsphilosophischen, ideologiekritischen, psychoanalytischen, sprachkritischen — wesentliche Züge des Werks von Christa Wolf kenntlich machen.

Allen diesen Beiträgen gemeinsam ist allerdings auch die Vernachlässigung der Reflexion auf den historischen Ort der Autorin und ebenfalls auf den der hier Schreibenden — Distanzlosigkeit.

In Klagen über die »schlechte Welt« (Hochrüstung, Kriegsgefahr, Entfremdung) wird die »Ost und West« umfassende Schicksalsgemeinschaft eines moribunden »Abendlandes« evoziert (vgl. W. Mauser; 204). Bei homogenem historischem Bezugfeld — von Kritiker und Autor — ist die hier vorgeschlagene unvermittelte Lesart die korrekte und einzig mögliche. Die in unserem Fall implizit vorausgesetzte Homogenität allerdings ist nicht so selbstverständlich, als daß sie nicht hätte thematisiert werden müssen. Das geschieht nicht — oder nicht ausreichend.

Eine Fehlleistung — angesichts der Bewunderung der Sensibilität des Werks von Christa Wolf für die Geschichtlichkeit von Situationen und Phänomenen, einer Sensibilität, die bei Wolf gerade als überwachte Präzision in der Registrierung von Tatbeständen deren doppeltes Profil hervorbringt und großflächig-vereinnahmende Verallgemeinerungen zurückweist.

Ein »doppeltes Profil« des Werks von Christa Wolf wird der Leser im vorgelegten Band nicht finden. Es wird nicht problematisiert, inwieweit ihr Einklagen der im Geschichtsprozeß (phylo- wie ontogenetisch) verschütteten Möglichkeiten »Subjekt« zu werden, in einer nachrevolutionären Gesellschaft wie der der DDR unmittelbar strukturverändernd wirksam werden kann — während dessen unvermitteltes Übertragen in das anders konditionierte historische Feld »BRD« möglicherweise im individuell-unverbindlichen und damit auch nicht-geschichtlichen Raum nur spielerisch nachahmt, was unter anderen Bedingungen geschehen kann. — Auch ein Stoff für Christa Wolfs feinen Sinn für geschichtliche Unmöglichkeiten.

Gerhard Friedrich (Turin)

Schulz, Genia: »Die Ästhetik des Widerstands« — Versionen des Indirekten in Peter Weiss' Roman. Metzler Verlag, Stuttgart 1986 (170 S., br., 28,- DM)

»Es wird in dieser Arbeit nicht der Anspruch erhoben, die 'Ästhetik des Widerstands' als Gesamtheit zu deuten, sondern diejenigen Elemente in ihr, die sie als einen Text ausweisen, an dem etwas über die Situation der Moderne zu zentziffern ist.« (26) Schulz fragt nach »dem Konflikt zwischen dem ästhetischen Mechanismus und dem ideologischen Projekt« (15); sie will jenen Elementen nachspüren, die die Identität des Textes sprengen, sucht nach dem Anteil des Unbewußten an der künstlerischen Produktion, der sich zur Intention des Autors querstellt.

Als »ideologisches Projekt« von Weiss erkennt sie en passant die »Aneignung und Besetzung des (antifaschistischen) Widerstands und der Realität des Ästhetischen von einer humanitären Sozialismusauffassung her« (15); Weiss ist »auf der politischen Ebene« ein Vertreter der »Ideologie der Einheitsfront« (16). Die vagen und spärlichen Charakterisierungen zeigen schon, daß Schulz den Anstrengungen von Weiss nicht zu folgen bereit ist, Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung ausfindig zu machen. Kunst ist ihr das letzte Refugium des Subjekts, Politik ein von den böartigen Viren der Macht verseuchter Schreckensbezirk. Ohne die komplexe Theorie der Vermittlung von Kunst und Politik, von Ratio und Imagination zu erfassen, die im Zentrum der »Ästhetik des Widerstands« entwickelt wird, reduziert sie den Autor auf den einerseits naiven Wunschdenker und andererseits artifiziellen Poeten, dessen Textpraxis letztlich seinem Konzept widerstreite, das »Kunst im pädagogischen Dienst der Politik« (24) begreift.

Solches Weiss in den Mund zu legen, verrät, daß nicht einmal sein Begriff von Kunst als einem autonomen Gegenlager zum politischen Diskurs nachvollziehbar war. Genia Schulz heißt in Weiss' Roman Rosalinde Ossietzky, deren Einwände diskutiert werden. Aber wie diese gelangt sie nicht auf die Höhe der Reflexionen, wendet sich vorher ab. Ihre Untersuchungen hinter dem Rücken des Autors sprechen von der Mühe, die es macht, fortwährend Erkenntnisse von Weiss integrieren zu müssen, die eigentlich im Unbewußten (und mithin schwerlich explizit formulierbar) subversiv seine Gutgläubigkeit in das Projekt der Aufklärung torpedieren müßten.

Aus diesem Dilemma rettet sie sich mit dem Argumentationsmuster von den unvereinbaren zwei Seelen in des Autors Brust. So kommt die Unzugänglichkeit der »Ästhetik des Widerstands« gerade recht, um hinter den konjunktivischen Konstruk-

tionen eine »Grammatik des Zweifels« (22) erkennen zu können, die die Gespaltenheit des Autors verrät (vgl. 34). Ein anderes Beispiel: Weil Schulz keinen Sinn in der Detailfülle mancher Passagen ausmachen kann, wird ihr die »Lust am Benennen« (103) zur geheimen Widersacherin der politischen »Mühe um 'Orientierung', Ordnung und Sinn« (ebd.). Womit Realität verstärkt werde, »um als Stofflichkeit präsent zu sein, statt zur bloßen Trägerin von Ideen degradiert zu werden« (102). Die durchaus bedenkenswerten Formbeobachtungen führt Schulz also stets auf das unzureichende Erklärungsklischee zurück von der »Verselbständigung der imaginären Prozesse über die diskursive Logik hinaus« (sic; 90), weil sie die zugrundeliegende ästhetische Theorie nicht in den Blick nehmen wollte. So enden auch die detaillierten Analysen der Gericault-Rezeption und weiterer Stileigentümlichkeiten unbefriedigend.

Ihrer Negativität ist alle Hoffnung suspekt, nachdem die Vernunft ihr Janusgesicht offenbart habe. Im verhängnisvoll verdrängten Unbewußten sieht sie nur asoziale Energien wirken (Todestrieb, »Lust an der Destruktion«; 28), für die im Bereich der Kunst ein Ausdrucksfeld gesucht werden (muß), damit es nicht in der Wirklichkeit gesucht wird« (ebd.). Gerade an diesem Punkt bemüht sich Weiss aber um einen ambivalenten und mithin auch die konstruktiven Seiten des imaginären Vermögens würdigenden Begriff der unbewußten Prozesse. Aus der Untersuchung der Poetik des Traums folgert er auf die vitalen, lebensbewahrenden Einflüsse der mnestischen Funktionen des Menschen, um daraus die Hoffnung auf eine Instanz zu begründen, die den archaischen, destruktiven Impulsen entgegenzuwirken vermag. Sein Projekt zielt auf die Bewußtmachung und Aktivierung dieser vorrationalen Erkenntniskraft; hier liegt der Sinn der ästhetischen Mittel des Romans verborgen, auf dieser Ebene wäre nach dem die Intentionen unterwandernden Diskurs zu fragen gewesen.

Der von Schulz verhandelte »Modus des Indirekten« (40) oder »der Stil des registrierenden Benennens« (101) hätte dann nicht länger als »selbstvergessener Wunsch des Ich« (103) gegen den Vorsatz, »Realität nach politischen Kriterien zu ordnen« (ebd.), gedeutet werden müssen. Weiss macht vielmehr das Problem des Erfahrungsverlusts im 20. Jahrhundert inmitten einer zunehmend komplexen, mehrschichtigen Wirklichkeit sinnfällig. So, wie sich das Ich des Romans mit Hilfe vermittelter, gefilterter Eindrücke im Pro und Contra der Diskurse zu orientieren sucht, muß sich auch der Leser im Gewebe des Textes um Erkenntnis mühen; die Ratio wird keineswegs unabsichtlich fortwährend auf Irrwege geleitet. Als ihr Komplement will Weiss die Phantasie mobilisieren, im Wissen darum, daß das schematische Denken der Welt nicht mehr gewachsen ist. Die Interpretationen von Genia Schulz arbeiten hinter ihrem Rücken dieser These entgegen.

Christian Bommert (Bremen)

Soziologie

Gennep, Arnold van: Übergangsriten (Les rites de passage). Aus dem Französischen von Klaus Schomburg und Sylvia M. Schomburg-Scherff. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1986 (264 S., br., 38,- DM)

Das 1909 erschienene und jetzt nach fast 80 Jahren endlich ins Deutsche übersetzte Hauptwerk des Ethnologen und Volkskundlers Arnold van Gennep gilt als Klassiker der Ethnologie; in zahlreichen Feldforschungen konnte die von van Gennep entwickelte Terminologie der »Übergangsriten« angewandt und die Drei-Phasen-Struktur, in denen sie ablaufen, bestätigt werden. Das Strukturschema der Übergangsriten

gehört heute zum ethnologischen Grundwissen. — Van Gennep ging davon aus, daß jede Gesellschaft sich aus einer Vielzahl voneinander getrennter sozialer Gruppen zusammensetzt: Alters-, Familien-, Orts-, Religions-, Berufs-, Geschlechtsgruppen usw. Doch ist das Zusammenleben der Gruppen nichts Statisches. Es gibt ständig Grenzüberschreitungen, die Individuen bewegen sich fort, sie wechseln ihren Aufenthaltsort, ihre Familien-, Status-, Berufs- und Altersgruppenzugehörigkeit. Alle diese Veränderungen aber gefährden das Ordnungssystem des sozialen Lebens und müssen, um die Gefahren zu verringern oder auszuschalten, von Riten begleitet werden, in denen diese Prozesse gesteuert und nicht nur für die Beteiligten, sondern auch für die Umwelt überschaubar und verständlich gemacht werden. Diese Übergangsriten laufen immer in drei Phasen ab: zuerst die Trennungsphase, die vom früheren Ort, Zustand, Sozialgefüge, Familienverband usw. ablöst, dann die Umwandlungs- oder Schwellenphase, in der das Individuum seinem alten Ort, Zustand oder Sozialgefüge nicht mehr und dem zukünftigen noch nicht angehört, und schließlich die Angliederungsphase, die den Menschen in neuer Zugehörigkeit wieder in die Gesellschaft eingliedert.

Für van Gennep gab es keinen Unterschied zwischen der Ethnographie europäischer und der nichteuropäischer Gesellschaften. Er hielt es für die Aufgabe der Ethnographie, die Bedingungen menschlichen Verhaltens generell zu erforschen, eine Vorgehensweise, die regional-ethnologischen Tendenzen zuwiderläuft. Van Gennep ging systematisch vor: Er verglich nur Zeremonialkomplexe gleicher Kategorie miteinander: Bestattungsriten mit Bestattungsriten, Hochzeitsriten mit Hochzeitsriten, Initiationsriten Jugendlicher mit ebensolchen; ein Verfahren, das der heute geforderten kontextgebundenen Interpretation kultureller Phänomene entgegensteht. Van Gennep kommt das Verdienst zu, die oft auch heute noch pauschal als Pubertätsriten bezeichneten Initiationsriten Jugendlicher analysiert und sowohl in ihren körperlich-pubertären als auch in ihren oft viele Jahre bis ins Erwachsenenalter hinein andauernden Lern- und Ausbildungszeiten transparent gemacht zu haben. Er rückte im Sinne seiner Erkenntnisinteressen Grundstrukturen menschlichen Handelns in den Vordergrund, ging davon aus, daß nur sie die Grundlage bilden, auf der das Besondere einer Kultur seine Erklärungen finden könne. Van Gennep übersah freilich in diesem Schematismus, danach zu fragen, ob die Übergangsriten eine ausreichende Behandlung der ihnen zugrundeliegenden Konflikte darstellen.

Als die »Übergangsriten« 1909 erschienen, wurde das Buch kaum gewürdigt und von den Kritikern abgeurteilt. Für seine unabhängige Haltung — van Gennep kritisierte Durkheims Theorie des Totemismus vernichtend und verteidigte seine eigenen Theorien — zahlte er einen hohen Preis: Ihm blieb eine Universitätskarriere und die wissenschaftliche Anerkennung versagt.

In der deutschen Übersetzung ist die Verweisliteratur auf den neuesten Stand gebracht und ein Nachwort der Ethnologin Sylvia M. Schomburg-Scherff beigegeben.

Ingrid Freitag (West-Berlin)

Bargatzky, Thomas: Einführung in die Ethnologie. Eine Kultur- und Sozialanthropologie. Helmut Buske Verlag, Hamburg 1985 (212 S., br., 19,80 DM)

Nach einer kurzen wissenschaftstheoretischen Einordnung der Ethnologie behandelt Bargatzky die Grundkategorien System, Symbol, Kultur und Gesellschaft. Dabei rückt er den Systembegriff in den Mittelpunkt und betont die Systemeigenschaften sozio-kultureller Phänomene, ein Paradigma, das später vor allem bei der Abhandlung kulturtheoretischer Fragen stark hervortritt. Im dritten Kapitel thematisiert er ausführlich die Verwandtschaftsethnologie. Er erklärt Grundbegriffe wie

Affinalität und Deszendenz, stellt die Verwandtschaftsterminologie dar und listet die verschiedenen Verwandtschaftssysteme auf. Das Kapitel schließt mit einem Blick auf den »Mythos vom Matriarchat« (80). Dieses Kapitel ist verwirrend geschrieben und unklar in der Begrifflichkeit, für Laien und Neulinge eher abschreckend, der schwächste Teil des Buches. Wesentlich besser ist das vierte Kapitel »Kulturtypologie«; es behandelt die politische Ordnung, die ökonomische Anthropologie und die Religionsethnologie.

Beim ersten steht die »band-tribe-chieftdom-state«-Typologie von Elman Service im Vordergrund; die Entwicklung politischer Strukturen und ihre Probleme werden diskutiert. Die ökonomische Anthropologie leitet Bargatzky mit der Kontroverse über Substantivismus — Formalismus ein. Hauptsächlich an Marshall Sahlins orientiert, werden die Formen des Austauschs, Produktion, Reziprozität und Markt erläutert.

Religion steht als symbolisches kulturelles System zur Debatte; es geht um die Frage nach Religion im sozialen Kontext, die Suche nach dem Wesen von Religion und die Formulierung von Universalkategorien hält er für den falschen Weg. Das anspruchsvolle Kapitel »Kulturtheorie« bildet den Schluß des Buches. Ausgehend von den synchronen und diachronen Paradigmen werden die verschiedenen Ansätze der Ethnologie vorgestellt: Funktionalismus, Evolutionismus, Kulturgeschichte und Kulturökologie. Bargatzky stellt eine Typologie der Kulturtheorien vor und diskutiert Stärken und Schwächen der »Technoökonomisch-ökologischen Theorien«, der »Sozialstruktur-Theorien« und der »Mentalistischen Theorien«. In der Klassifizierung und Diskussion, die (für ein deutsches Lehrbuch der Ethnologie) auf einem erfrischend modernen Stand ist, tritt des Autors eigene Meinung deutlich hervor: Er plädiert für eine integrierende Betrachtungsweise mit systemtheoretischem Denken (144f., 171). Im Anhang findet sich, außer Register und Bibliographie, eine nach den Kapiteln gegliederte kommentierte Liste weiterführender Literatur, schätzenswert vor allem für Studenten.

Heiner Goldinger (Mainz)

Zinser, Hartmut (Hrsg.): Der Untergang von Religionen. Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1986 (340 S., br., 58,- DM)

»Der Untergang von Religionen« war Thema des internationalen Kongresses der »Deutschen Vereinigung für Religionsgeschichte«, der vom 1. bis 5. Oktober 1984 in West-Berlin tagte und zusammen mit dem Religionswissenschaftlichen Institut der Freien Universität Berlin ausgerichtet wurde. Die dort gehaltenen Vorträge sind in überarbeiteter Fassung in dieser Aufsatzsammlung zusammengefaßt. Anhand von Beispielen, die man grob in die Bereiche der antiken Religionen, sogenannten Stammesreligionen, Religionen der Neuzeit sowie religiösen Intentionen in Kunst- und Naturwissenschaft gliedern kann, wird vorgeführt, wie sich Religionen derart verändern können, daß von einem »Untergang«, zumindest aber einer Transformation, deren wesentlichstes Element die Veränderung der spezifischen religiösen Substanz bis zur Unkenntlichkeit hin, gesprochen werden kann.

Eine allgemeine theoretische Reflexion zum Untergangsbegriff bietet der Eröffnungsvortrag von Carsten Colpe. Unter der Fragestellung, wann und unter welchen Kriterien ein Untergang im Sinne eines völligen Verschwindens zu konstatieren ist, wirft Colpe Probleme der religiösen Identität sowie der Bedeutung von Religion innerhalb einer Gesamtkultur auf und diskutiert verschiedene Varianten des Untergangsprozesses, ein Vorgang, den er in enger Verbindung mit historischen, kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen sieht.

Aus dem Bereich der antiken Religionen sei der Beitrag von Hubert Cancik her-

vorgehoben, der die römische Religion thematisiert. Untergang meint hier das Ende einer religiösen Institution. Im 4. Jh. n. Chr. wurde durch eine Reihe sakralrechtlicher, finanzieller und administrativer Maßnahmen die römische Religion abgeschafft. Gleichzeitig erging der Befehl an »alle Völker« (65), die römisch-katholische Religion anzunehmen. Das Verbot führte jedoch nicht zum völligen Verschwinden der römischen Religion. Während desintegrative Teile in Rückzugsgebieten weiterlebten, andere Elemente im Bildungswesen, Brauchtum oder Kunstwerk umgeformt wurden, lag die wichtigste Transformation in der Romanisierung des Christentums.

Zum Thema Stammesreligionen sei das Referat von Karl-Heinz Kohl genannt, das sich auf indonesische Religionen bezieht. Anhand einer Schilderung sozialer, politischer und ökonomischer Veränderungen dreier Ethnien, stellt er verschiedene Möglichkeiten religiöser Transformation vor: Die Aufgabe der alten Religion bei gleichzeitigem Übertritt zum Islam oder Christentum, der nominelle Übertritt zu einer der beiden großen Offenbarungsreligionen unter Beibehaltung zentraler Elemente der überlieferten religiösen Weltanschauung und die universalistische Neuinterpretation der tradierten Religion mit dem Ziel, diese an die staatlich anerkannten Religionen anzugleichen. Hier wird vorgeführt, wie sich die alte Weltanschauung verändert, wenn sich die Kultur umwälzt oder auflöst. Da Stammesreligionen eng mit der sie umgebenden Kultur verbunden sind, kann von einem Untergang nur gesprochen werden, wenn sich die Religion gegenüber der Gesellschaftsstruktur verselbständigt.

Das letzte Referat beschäftigt sich mit religiösen Tendenzen innerhalb der physikalischen Forschung des 20. Jahrhunderts. Burkhard Gladigow nennt u.a. A. Einstein, M. Planck und J. Jeans als Vertreter einer Religiosität, die auf der Faszination von physikalisch beobachtbaren kausalen Zusammenhängen, der Einheit der Weltordnung und der Unbestimmtheitsrelation, die den Beobachter des Geschehens gleichzeitig als dessen Teilnehmer versteht, gründet. Die »kosmische Religiosität« (Einstein) ist mit der Ablehnung eines personalen theologischen Gottesbegriffs und der Kirche verbunden. Sofern Denken und Erkennen als Teilhabe an der kosmischen Totalität verstanden werden, gilt die Beschäftigung mit den Wissenschaften als Weg zum »kosmischen Geist«, d.h. als Heilsweg (»Gnosis von Princeton«).

Der Titel »Untergang von Religionen« scheint mir nicht glücklich gewählt zu sein, da die einzelnen Beiträge deutlich machen, daß von einem völligen Verschwinden, das der Begriff »Untergang« impliziert, nicht gesprochen werden kann. Die Veränderung einzelner Elemente einer Religion innerhalb eines historischen Gesamtprozesses ist die Regel. Daher wäre eine stärkere Bezugnahme auf die jeweilige kulturelle Situation, die religiösen Untergang begleitet, bei einigen Beiträgen wünschenswert gewesen.

Yvonne Karow (West-Berlin)

Gellner, Ernest: Leben im Islam — Religion als Gesellschaftsordnung. Aus dem Englischen von Susanne und Ulrich Enderwitz. Klett Cotta Verlag, Stuttgart 1985 (387 S., Ln., 78,- DM)

Unter dem irreführenden — vermutlich der Vorliebe für Anschaulichkeit Konzessionen machenden — deutschen Titel »Leben im Islam« (Originaltitel: »Muslim Society«), ist eine Aufsatzsammlung von Ernest Gellner in einer exakten und angenehm lesbaren Übersetzung zugänglich geworden. Sie stellt schon deswegen einen nützlichen Beitrag zum Problem der sozialwissenschaftlichen Erfassung von Gesellschaften aus dem islamischen Kulturkreis dar, weil diese in der deutschsprachigen Fachliteratur erst in den Anfängen steckt. Die Artikel Gellners aus einem Zeitraum von 17 Jahren zeigen im großen und ganzen zwei Wege der theoretischen Einordnung

religiöser Entwicklungen in islamischen Gesellschaften auf. Dort wo Gellner ein eigenes theoretisches System anstrebt, tut er dies mit Hilfe der kritischen Anlehnung an europäische philosophische und sozialwissenschaftliche Klassiker und mit Hilfe von Ibn Khaldoun, der allerdings der einzige »Nordafrikaner« ist, der zu Wort kommt. Dort wo die Ebene allgemeiner Aussagen verlassen wird und Gellner regionale Einzelercheinungen in einen theoretischen Rahmen einordnen will, tut er dies, indem er die Arbeiten zeitgenössischer Fachkollegen würdigt und auf noch zu lösende Probleme hinweist. Ein Aufsatz fällt etwas aus diesem Schema heraus: »Der unbekannte Apoll von Biskra: Die gesellschaftlichen Grundlagen des Puritanismus in Algerien«. Hier kommt kein europäischer Wissenschaftler zu Wort, sondern ein reisender Literat, den seine Identitätsprobleme innerhalb der eigenen Gesellschaft zur genauen Beobachtung einer fremden Gesellschaft anregen. Anhand von A. Gides Beobachtungen und der dazu im Kontrast stehenden Eindrücke heutiger Algerienpilger auf der Suche nach einer sozialistischen Gesellschaft zeigt Gellner, wie durch die Zentralisierungstendenzen der Moderne der »Gezeitenwechsel im menschlichen Glauben« für die islamische Religion beendet wird. Wenn auch sein theoretisches Modell heftig umstritten ist, bleiben seine Darstellungen und Enthüllungen scheinbar traditioneller Formen als Ausdruck moderner Entwicklungen aufschlußreich. Anregend ist die Vorführung des identitätssuchenden Europäers und seiner Eindrücke einer nichteuropäischen Gesellschaft, ein Beitrag nicht nur zur Klärung der eigenen Identität, sondern auch zur Aufklärung darüber, welche Phänomene und Entwicklungen in den nichteuropäischen Ländern dem Raster unserer Wahrnehmung entkommen.

Ludmilla Hanisch (West-Berlin)

Renner, Erich: Sozialisation in zwei Kulturen. Analyse autobiografischer Texte. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1986 (253 S., br., 52,- DM)

Migrationsprozesse werden vermutlich nie mehr solche Impulse für die sozialwissenschaftliche Forschung liefern wie einst in dem klassischen Einwanderungsland USA, aber immerhin gewinnen auch hier die jüngeren Prozesse der Arbeitsmigration Einfluß auf die sozialwissenschaftlichen Fragestellungen. Ein Beispiel ist die an autobiografischem Material gewonnene Studie von Renner über bikulturelle Sozialisationsprozesse. Der Verfasser geht der Frage nach, wie Menschen aus außereuropäischen Kulturen, aus einfachen Stammeskulturen, die Begegnung mit »modernen«, sprich: bürgerlichen Gesellschaften verarbeiten, welche Deutungsmuster, Lebensstile und welches kulturelle Selbstverständnis sie entwickeln, wobei der Verfasser die Schule als Sozialisationsinstanz sehr hoch bewertet. Diese nimmt auch tatsächlich in den von ihm herangezogenen 15 Autobiografien einen hohen Stellenwert ein. Die meisten Gewährsleute des Autors, überwiegend indianischer Herkunft, sind Opfer kolonialistischen Expansionsstrebens bzw. missionarischen Eifers und haben mit der Schule ihre leidvollen Erfahrungen gemacht, wurden nicht selten sogar der Schulerziehung zwangsweise unterworfen. Die Tatsache, daß sie ihr Leben aufgeschrieben haben, belegt sicher ein besonderes, keineswegs alltägliches Verhältnis zur eigenen Lebensgeschichte, ist aber für das Vorhaben des Autors ohne Belang, weil es ihm darum geht, grundsätzliche Konstellationen und Verlaufsgestalten zu erfassen. Ihm geht es um Fragen wie die, ob die Rekonstruktion autobiografischen Materials aus der Perspektive kultureller Selbstverständnisse typische Entwicklungsverläufe in zwei Kulturen erwarten läßt. Im ersten Kapitel diskutiert Renner Untersuchungen zur Entwicklung in zwei Kulturen und zur Akkulturation, speziell zur Akkulturationsleistung der Schule. Dabei wird auch problematisiert, was überhaupt unter Akkulturation zu verstehen sei (Änderung des Lebensstils oder innerer Pro-

zeß?). Daraus entwickelt der Autor die Grundlinie des analytischen Vorgehens. Er unterscheidet zwischen einer Entwicklungsphase I, den Bedingungen und Wirkungen der frühkindlichen und kulturspezifischen Sozialisation, der Entwicklungsphase II, welche die fremdkulturellen Einflüsse des Schulsystems umfaßt, und der Entwicklungsphase III, der nachschulischen Entwicklung und dem darin gebildeten kulturellen Selbstverständnis. Im zweiten Kapitel vergewissert sich der Verfasser der Regeln der biografischen Methode im Rahmen qualitativer Sozialforschung, wobei er dem Deutungsmusteransatz besondere Aufmerksamkeit widmet. Im dritten Kapitel werden dann die 15 Autobiografien nach einleitenden Bemerkungen zur Quellenlage und zur Auswahl und Vergleichbarkeit des Materials nach einem einheitlichen Muster (Selbstdeutungen, Deutungen der Lebenswelt, Deutungen in größeren Zusammenhängen, gegliedert nach den drei Entwicklungsphasen) analysiert. Das letzte Kapitel ist der Versuch einer zusammenfassenden Auswertung der Ergebnisse. Es werden Merkmalkombinationen der Entwicklung in zwei Kulturen und Kontexte der Merkmalkombinationen herausgearbeitet. Die zentralen Themen der Autobiografien werden sortiert und verglichen (Vorbilder, Umerziehungszwänge usw.). Abschließend konstruiert der Verfasser in der Auseinandersetzung mit der anglo-amerikanischen Modernisierungsforschung sieben verschiedene Versionen kulturellen Selbstverständnisses auf der Basis seines autobiografischen Materials. Die Spannweite reicht von rein traditionalistischen Orientierungen bis zur Praktizierung einer vollkommen neuen Lebensweise mit dem erfolglosen Versuch, Resttraditionen mit »kulturfremdem Gedankengut« zu verschmelzen (211). Ein Anhang mit kulturellen Steckbriefen der Herkunftsethniken der Autobiografen, mit einer Liste vergleichbarer Autobiografien und mit einem tabellarischen Überblick über ausgewählte Akkulturationsstudien bietet eine wertvolle Ergänzung zu dem Band. Renner stellt lineare und — oft trotz gegenteiliger Versicherung — am Kausalschema sozialer Prägung orientierte Sozialisationskonzepte in Frage, obgleich er selber noch einem kulturalistischen Muster verhaftet bleibt. Die Widersprüchlichkeit und Vielfalt der möglichen subjektiven Verarbeitungsweisen von Lebensbedingungen ist bei den vorgestellten Autobiografien unübersehbar. Renner hat für die Interpretation seines Materials nur den Deutungsmusteransatz und ein mehr oder weniger vages Wechselwirkungsmodell verfügbar. Vermutlich wäre ein radikalerer subjekttheoretischer Ansatz vonnöten. Bedauerlich ist, daß »Kultur« begrifflich unbestimmt und historisch abstrakt bleibt (ethnografisches Kulturkonzept). Nur indirekt und unbegriffen werden an den von der Modernisierungsforschung identifizierten Elementen von »Modernität« Bestimmungsmomente bürgerlicher Vergesellschaftung sichtbar. Anerkennenswert ist, daß der Verfasser sich die Mühe gemacht hat, die Herkunftskulturen seiner Autobiografen zu studieren und deren Darstellung mit der Sichtweise der Ethnologen zu konfrontieren. In jedem Fall ein beachtenswerter Beitrag zur Sozialisationsforschung, der auch für die aktuelle Diskussion über inter- oder bikulturelle Erziehung hierzulande bedeutsam ist. Georg Auernheimer (Marburg)

Erziehungswissenschaft

Hohmann, Joachim S.: Vom Elend politischer Bildung. Konservatismus, Nationalismus und Faschismus als Quellen staatsbürgerlicher Erziehung in westdeutschen Schulen. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1985 (206 S., br., 25,- DM)

Hohmann stellt sich die Aufgabe, »die häufig offenkundige geistige Verwandtschaft der Hauptströmungen politischer Bildung nach 1945 mit ihren ideologischen

Vorläufern aufzudecken und an einzelnen Autoren die Theorien politischer Bildung zu demonstrieren.« (8) Mit einer derart pointierten Fragestellung an die Analyse der politischen Bildung heranzugehen, sagt zunächst (wieder einmal) sehr viel über die politischen Konturen des Publikationsprogramms des Pahl-Rugenstein-Verlages aus. Natürlich muß — um einen Begriff von Hohmann aufzugreifen — »fortschrittlichen« Lesern ein Blick in Schulbücher für das Fach Sozialkunde gerade der 50er und 60er Jahre Betroffenheit auslösen: Allein ostpolitisch sind diese mit einer Fülle irrationaler Feindbilder versehen. Doch das Problem einer angemessenen sozialwissenschaftlichen Aufarbeitung und sozialkundlichen Weitergabe von sozialen und politischen Realitäten wird bei Hohmann vereinfachend zugespitzt: »Wer die Geschichte der Entnazifizierung in den Westzonen kennt, wird in den Schulbüchern insbesondere für das Fach Sozialkunde nichts anderes erwarten.« (113)

Die Lesart von Hohmann hat ihre Berechtigung. Jedoch wird deren Relativität nirgends verdeutlicht. Die Selektivität des ganzen Problemzugangs von Hohmann wird nicht angemessen reflektiert. Hohmann mag es im »Fall« (53) von Theodor Wilhelm, der »keinesfalls ein Einzelbeispiel« (67) ist, gelingen, die mangelhafte Entnazifizierung im westdeutschen Hochschulsystem nachzuzeichnen. Ansonsten fehlt es ihm an hinreichender Differenziertheit in der Skizze ideengeschichtlicher Strömungen und Traditionszusammenhänge. Allein der einleitende Bezug auf neuere (in ihren ideengeschichtlichen Kapiteln selbst hoch problematischen) Studien zum pädagogischen »Neokonservatismus« von Fend und Wanner (vgl. auch die Besprechungen vom Verfasser im *Argument* 152, 615ff.) ist in Hinblick auf (prä-)faschistische Ideentraktionen völlig deplaziert.

Typisch ist Hohmanns Rezeption von Spranger (70). Sprangers Kritik der »Verfassung« (und die entsprechende »Tugendlehre« zur Überwindung der »Kulturkrise«) steht vielmehr in der Tradition der liberalistischen Wohlfahrtsstaatskritik, die elitär, individualistisch und arbeitsethisch orientiert ist, steht der (kulturwissenschaftlichen) Bürokratiekritik von Max Weber näher als dem Faschismus. Gerade bei Spranger wird deutlich, wie theorielos, historisch-typologisch undifferenziert und plakativ Hohmann Etiketten wie »Konservatismus« (bei ihm ein Sammelbegriff für Grenzgänger zum faschistischen Ideengut) verteilt. Ebenso typisch ist die Rezeption des nationalliberalen Kerschensteiner, der als Vertreter der »imperialistischen Pädagogik« eingestuft wird (74). Die Vielfalt der Kerschensteiner-Forschung geht damit vollends verloren.

Das interessante Anliegen von Hohmanns Studie wird durch seine fragwürdigen ideengeschichtlichen Rückgriffe keiner Lösung zugeführt. Frank Schulz (Köln)

Herrmann, Ulrich (Hrsg.): Die Formung des Volksgenossen. Der »Erziehungsstaat« des Dritten Reiches. Beltz Verlag, Weinheim 1985 (348 S., br., 42,- DM)

Nimmt man Sammelwerke zum Indikator, so scheint die faschistische Epoche der deutschen Erziehungs- und Bildungsgeschichte als Forschungsfeld der Historischen Pädagogik inzwischen etabliert zu sein. Die von der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 1980 herausgegebenen Bände mit ihren dreißig Beiträgen (*Erziehung und Schulung im Dritten Reich*, 2 Bde., Stuttgart 1980) machen das ebenso deutlich wie der kürzlich von Herrmann im Rahmen seiner Reihe von Studienbüchern zur Geschichte des Erziehungs- und Bildungswesens in Deutschland vorgelegte Sammelband, der 22 Beiträge, darunter sechs autobiographische Texte, umfaßt, von denen die meisten in den 80er Jahren schon andernorts publiziert worden sind. Die erziehungswissenschaftliche Erforschung der pädagogischen Verhältnisse im deutschen Faschismus hat in den letzten

zehn Jahren erheblich an Breite und Differenzierung zugenommen. Doch steht eine die zahlreichen Spezialstudien auf dem gegenwärtigen Stand der Faschismuskonzeption verarbeitende Gesamtdarstellung noch aus. Ebenso stehen einer vorbehaltlosen Auseinandersetzung mit der eigenen Wissenschaftsgeschichte und den besonderen Voraussetzungen der NS-Pädagogik noch immer Barrieren im Wege. Die Erforschung des Widerstandes und der Emigration deutscher Pädagogen hat gerade erst begonnen.

Herrmanns Reader füllt diese Leerstellen nicht, ergänzt aber die von der Historischen Kommission vorgelegten Forschungsergebnisse thematisch (Hitlers Menschenbild, NS-Erziehungstheorien, BDM und Jugendopposition, Elternrolle und Alltag im Dritten Reich) und vor allem methodisch durch ihren sozialhistorischen Akzent. Dieser begrüßenswerte Anschluß an neuere Forschungsansätze in der Geschichtswissenschaft führt zur Berücksichtigung alltags- und regionalgeschichtlicher Fragestellungen sowie der lange übersehenen oppositionellen Bewegungen unter Jugendlichen und der offenkundigen Widersprüche der HJ-Sozialisation. Schließlich führt diese Vorgehensweise zur Frage nach der subjektiven Wahrnehmung und Verarbeitung des Faschismus, die in dem umfangreichen autobiographischen Textmaterial zum Thema wird. Wenn man auch fragen muß, warum Herrmann nur bürgerliche Lebensgeschichten präsentiert und weder die Erfahrungen der Opfer noch der Gegner des Regimes hier berücksichtigt, so sind die Beispiele doch geeignet, Identifikations- wie Distanzierungsprozesse sichtbar zu machen und allzu pauschale Annahmen über die Wirkung faschistischer Sozialisation zu modifizieren. Insbesondere die reflektierten Erinnerungen der Erziehungswissenschaftler Klafki und Henningsen gehören zu den raren Belegen für eine pädagogische Intelligenz, die, ihre Erfahrungen kritisch und selbstreflexiv verarbeitend, das Faschismusproblem nicht anekdotisch oder historisierend verharmlosen, sondern nachdrücklich auf Momente der Faszination, der Beunruhigung und des Unerledigten aufmerksam machen.

Machen die autobiographischen wie auch die sozialhistorischen Beiträge des Bandes recht anschaulich, daß mit einer Orientierung an Verführungs- und Totalitarismuskonzepten die widersprüchliche Realität des Dritten Reiches nicht zu erfassen ist, so muß doch bezweifelt werden, daß hierin die die Textauswahl leitende Absicht des Herausgebers bestanden hat. Schon die an NS-Selbstdefinitionen orientierten Titel des Readers sind irreführend und ignorieren die z. B. von Lingelbach schon 1970 überzeugend vertretene Einsicht, daß im Gegensatz zu früheren Arbeiten weder von einem monolithischen Führerstaat noch von einem geschlossenen System der NS-Pädagogik ausgegangen werden kann. Darüber hinaus grenzt Herrmanns Beschränkung auf die Jahre 1933 bis 1945 die für die kritische Faschismusforschung zentrale Frage nach Kontinuität und Diskontinuität aus, was der zunehmenden Auffassung, diese Epoche als abgeschlossene Vergangenheit zu begreifen, implizit entgegenkommt. Herrmann entledigt sich der Frage nach den Voraussetzungen, die die NS-Pädagogik möglich machten, durch die apodiktische These, diese sei als eine »*contradictio in adjecto*« zu begreifen und damit auf pädagogische bzw. erziehungswissenschaftliche Denktraditionen nicht beziehbar. Der Nichtbeachtung anderslautender Forschungsergebnisse entspricht die These, das, was im Dritten Reich »Pädagogik« geheißen und sie bestimmt habe, sei ohne das Menschenbild Hitlers und seine biographischen Voraussetzungen nicht zu verstehen. Sie läuft auf Hitlerismus im Gewande historischer Biographie- und Mentalitätsforschung hinaus, die sich mühelos mit obsolet gewordenen Annahmen des Totalitarismuskonzepts verbindet. Ein zusammenfassender Bericht des Herausgebers über den aktuellen For-

schungsstand bzw. der Versuch, die methodischen Ansätze und die Befunde der von ihm zusammengestellten Texte zu integrieren, wäre für eine Einführung in die Auseinandersetzung mit dem Thema sicher hilfreicher gewesen. Im übrigen wird nicht einsichtig, warum in einem Studienbuch zur faschistischen Epoche der deutschen Erziehungs- und Bildungsgeschichte Beiträge zu den personellen Umsetzern der NS-Pädagogik (Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter) und zu spezifischen Inhalten (z.B. der Schule), zur Lagererziehung oder zur Sozialarbeit — von den historischen Voraussetzungen abgesehen — fehlen.

Hasko Zimmer (Münster)

Otto, Hans-Uwe, und Heinz Sünker (Hrsg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Volkspflege und Pädagogik im Nationalsozialismus. Karin Böllert KT-Verlag, Bielefeld 1986 (537 S., br., 35,- DM)

Sozialarbeit im Nationalsozialismus — weder die Faschismusforschung noch die Forschung zur Geschichte der Sozialarbeit haben sich bisher mehr als peripher dieser Thematik zugewandt oder sich an diesem Schnittpunkt getroffen. Nachdem insbesondere mit Masons Arbeiten über die nationalsozialistische Sozialpolitik die Bedeutung der intermediären Instanzen für eine Erklärung des Phänomens Faschismus weite Anerkennung gefunden und nachdem im Zuge dieser Entwicklung unter den Titeln Alltagsgeschichte und Subjektgeschichte eine Such-Bewegung »nach unten«, also zur »sozialen Basis« (Jaschke) des Faschismus hin, stattgefunden hat, lag es nahe, nun auch die Sozialarbeit und Sozialpädagogik mit ihren Institutionen zum Gegenstand von Forschungsbemühungen zu machen. Diese Bemühungen können sich auf Erfahrungen und Erkenntnisse stützen, die im Rahmen von Arbeiten zur (Geschichte der) Professionalisierung der Sozialarbeit und im Rahmen von Frauenforschungsprojekten zur nationalsozialistischen Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik gewonnen wurden. — Der vorliegende Sammelband ist entstanden aus einer Tagungsreihe, die auf Initiative der Herausgeber von der Kommission Sozialpädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft in Zusammenarbeit mit der Heimvolkshochschule Haus Neuland veranstaltet wurde.

Wer sich mit der Frage beschäftigt, »in welcher Weise soziale Arbeit auf Grund ihrer Bedingungen wie ihrer Durchführung zur Herrschaftssicherung, zur Durchsetzung von normalen und terroristischen Standards im Nationalsozialismus beigetragen hat« (Otto, Sünker, XV) und nach Erklärungen für die Funktionalisierbarkeit ihrer Handlungsfelder für den Nationalsozialismus sucht, findet hier bemerkenswerte Antworten und weiterführende Anregungen.

Mit unterschiedlichen forschungsstrategischen Zugängen untersuchen die Autorinnen und Autoren Funktionsmechanismen und Handlungsformen von Sozialarbeit und Sozialpädagogik im Bereich der öffentlichen Fürsorge und innerhalb des Netzes der außerparteilichen NS-Organisationen sowie sozialpolitische Instrumente und Strategien im Bereich der Bevölkerungs-, Gesundheits- und Richtsatzpolitik. Es wird gezeigt, daß es offenbar ohne besondere Schwierigkeiten möglich gewesen ist, die Sozialbürokratie eines demokratisch verfaßten Wohlfahrtsstaats in einen Kontroll-, Selektions- und Repressionsapparat umzuwandeln, der als notwendiger Bestandteil der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie funktionierte.

Hierzu sind zunächst die Beiträge über das Jugendkonzentrationslager Moringen (Guse, Kohrs, Vahsen), über Praktiken im Bereich der Nichtseßhaftenfürsorge (Ayaß) sowie eine Regionalstudie über die Arbeit von Fürsorgerinnen in Hamburg (Knüppel-Dähne, Mitrovic) zu nennen. Sie lassen keinen Zweifel daran bestehen, daß »die aktive Beteiligung an der 'Ausmerze' von Asozialen, Kranken und Anders'rassigen' gerade zum Alltagsgeschäft der sozialpolitischen und sozialpädagogi-

schen Institutionen gehörte« (Peukert, 126). Durch die Ausgrenzung »rassisch« oder »biologisch minderwertiger«, »Arbeitsscheuer« und politisch Oppositioneller, die Unterstützungsleistungen nur noch in eingeschränkter Form, wenn überhaupt, beanspruchen konnten, wurde es möglich, solchen »Volksgenossen«, die den nationalsozialistischen Normalitätsvorstellungen entsprachen, relativ höhere Leistungen und Vergünstigungen zuzuteilen und gleichzeitig die bereits in der Weimarer Republik begonnene negative Umverteilungspolitik weiter zu verschärfen.

Die administrative Umsetzung dieser Sozialpolitik durch Institutionen der behördlichen Fürsorge ist jedoch erst die eine Seite sozialarbeiterischer Normalisierungsarbeit im Sinne des Nationalsozialismus. Als deren andere, dazu komplementäre Seite erweist sich insbesondere in den Beiträgen über die (Kultur-)Arbeit der NS-Volkswohlfahrt und der »Kraft durch Freude« (Vahsen, Schoen), des BDM (Klaus), der HJ (Klönne) und der spezifisch auf Frauenarbeit und Familie bezogenen NS-Organisationen (Czarnowski, Dammer, Reese-Nübel) die »Ausrichtung« auf fachistische Selbst- und Weltbilder mit den »eigentlich« pädagogischen Mitteln.

Die Autorinnen und Autoren haben sich nicht beschränkt auf eine zeitlich isolierte Betrachtung des Nationalsozialismus und Versuche des Nachweises einer totalen herrschaftlich-administrativen Unterwerfung des Berufsstands unter die Imperative des Nazismus, die man dann nur noch moralisch zu verurteilen braucht und vermag. Vielmehr wird soziale Arbeit im Faschismus deskriptiv und explikativ thematisiert als ein geschichtlich begründbares Aufeinandertreffen der spezifischen Formen und Zielbestimmungen faschistischer Herrschaft mit dem Stand der Entwicklung von sozialer Arbeit selbst, wie sie sich unter dem Einfluß der Denktraditionen von bürgerlicher Frauenbewegung, Jugendbewegung und Geisteswissenschaftlicher Pädagogik mit der wohlfahrtsstaatlichen Gesetzgebung und der damit einsetzenden Standardisierung und Verrechtlichung sozialarbeiterischer Interventionsformen in der Weimarer Republik als Profession und staatliche Instanz konstituierte. Mit diesem Ansatz gelingt es, Brüche und Kontinuitätslinien in der weiteren Entwicklung der sozialen Arbeit im Faschismus sowohl auf der Ebene ihrer Begründungen als auch auf der Ebene ihrer Handlungsformen sichtbar zu machen.

Die überwiegend theoriegeschichtlich und ideologiekritisch orientierten Aufsätze zum Verhältnis von Pädagogik und Faschismus leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Mit unterschiedlichen Akzentuierungen und Zugangsweisen untersuchen Kupffer, Rang und Richter die wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Positionen der Geisteswissenschaftlichen Pädagogik und ihrer Vertreter (Nohl, Spranger, Flitner, um nur die wichtigsten zu nennen) im Hinblick auf Affinitäten und Differenzen zum Nationalsozialismus. Im Mittelpunkt der Analysen steht der Nachweis, daß sowohl Geisteswissenschaftliche Pädagogik als auch die nationalsozialistische »Weltanschauung« in der Kontinuität einer deutschen Denktradition stehen, die sich als anti-intellektualistische und anti-individualistische Kulturkritik gegen Aufklärung und Moderne und deren die »Volkskultur zersetzende« Erscheinungsformen richtet und an deren Stelle Lebens- und Gesellschaftsformen einfordert, die die Herstellung einer harmonischen Gemeinschaft von Ungleichen realisieren sollen (vgl. 19f., 24, 50f., 103, 112). Gemäß den Grundpositionen solchen »organismisch-romantischen Denkens« (Otto, Sünker, XXI) kann als reale Basis dieser »Gemeinschaft« nur das »Volk« bzw. die »Nation« gedacht werden. Eine systematisch bedingte Anschlußfähigkeit pädagogischer Theorie solchen Zuschnitts an den für den Nationalsozialismus zentralen ideologischen Topos der »Volksgemeinschaft« und an die damit verbundenen Vorstellungen wird aus dieser Perspektive offensichtlich.

Stefan Schnurr (Bielefeld)

Paul, Gernot: Lehrerbildung und Politik. Eine Analyse der Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik. Hamburger Buchwerkstatt, Hamburg 1985 (449 S., br., 19,80 DM)

Politische Auseinandersetzungen um die Neuordnung der Lehrerbildung konnten nach 1918 nicht ausbleiben. Im Klassenschulwesen des Kaiserreichs waren die Volksschullehrer an Präparandenanstalten und Seminaren ausgebildet worden, die unmittelbar an die Volksschule anschlossen und den nicht vermögenden Schichten die einzige Gelegenheit zum Erwerb einer größeren, wenn auch nicht »höheren« Bildung boten. Als soziale Aufsteiger waren die Volksschullehrer dann — wie es ein bei Paul zitierter DVP-Abgeordneter einmal aussprach — »in Wahrheit die Träger des alten Staates gewesen« (143).

Indem die Weimarer Reichsverfassung bestimmte, daß die Lehrerbildung »nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln« sei, war die Frage einer Neuordnung der Lehrerbildung aufgeworfen. Das Reichsgesetz kam jedoch nicht zustande. Die hierfür, wie Paul glaubt, günstigste Phase (von Mitte 1919 bis Mitte 1920), in der auch das Grundschulgesetz verabschiedet wurde, wurde verpaßt. Nur damals verfügten SPD und DDP, die zusammen eine wissenschaftliche (und das bedeutete zugleich konfessionsfreie) Lehrerbildung hätten beschließen können, über eine Mehrheit im Reichstag. Trotzdem haben die deutschen Staaten — mit Ausnahme Bayerns — in Erwartung eines Reichsgesetzes bereits 1920 mit der Auflösung der Seminare bzw. ihrer Umwandlung in »Aufbauschulen« oder Deutsche Oberschulen begonnen, auf denen Volksschüler die künftig zum Besuch einer Lehrerbildungseinrichtung erforderliche höhere Bildung erwerben konnten. Durch den Abbau der Seminare drängte spätestens Mitte der 20er Jahre das Problem einer Neuordnung der *Volksschullehrerbildung*, wenn die Bildungsverwaltung schon in der Ausbildung der übrigen Lehrer alles beim Alten lassen wollte.

Inhaltlich ging es vor allem um die Frage einer wissenschaftlichen Lehrerausbildung. So wurde zumindest von den Volksschullehrerorganisationen ursprünglich die Formulierung der Reichsverfassung ausgelegt. Dabei machte ein Anschluß der Volksschullehrerausbildung an eine Universität oder Hochschule — wie in Hamburg oder Sachsen und zeitweilig auch in Thüringen — zugleich die konfessionelle Lehrerbildung unmöglich. Gerade aus diesem Grunde, so schließt Paul, wurde denn auch in Preußen eine besondere, eben nur »hochschulmäßige« Form gewählt — die Pädagogische Akademie. Bis auf eine Ausnahme (die Pädagogische Akademie in Frankfurt am Main) waren diese Akademien konfessionell.

Betrachtet man als Gradmesser für die Akzeptanz der verschiedenen Formen das Wahlverhalten der Lehrerstudenten aus den kleinen Staaten ohne eigene Lehrerausbildung, so zeigt sich, daß die angehenden Lehrer selbst die universitäre Ausbildung bevorzugten, obwohl sie davon keinen statusmäßigen Vorteil hatten. Beispielsweise studierten 1931 von 102 Bremer Studenten 98 an Universitäten und nur 4 an preußischen Akademien (428).

Auch wenn die Entwicklung in den einzelnen Staaten höchst unterschiedlich verlief, weist Paul doch nach, daß ihr keine pädagogischen Motive zugrundelagen. Selbst die vom maßgeblichen preußischen Bildungspolitiker Becker scheinbar im Alleingang geborene Idee der Pädagogischen Akademie, die sich anlehnt an Sprangers auf der Reichsschulkonferenz entwickelte Idee einer »Bildnerhochschule«, läßt deutlich die politische Absicht erkennen, zum Kompromiß mit dem Zentrum zu kommen. Und so kann Paul denn auch zeigen, daß überall dort, wo die wissenschaftliche Lehrerausbildung realisiert wurde, die Parteien links vom Zentrum in der

Mehrheit waren, und überall dort, wo das Zentrum als Mehrheitsbeschaffer in der Regierung saß, die konfessionelle Lehrerbildung durchgesetzt wurde. Daß die SPD dabei in Baden sogar die Kröte der konfessionellen Lehrerbildungsanstalt schluckte, zeigt, welchen Einfluß das Zentrum auf die Politik besaß, das zwar nie Mehrheitsfraktion, aber bis 1932 in allen Reichsregierungen vertreten war. Dort, wo SPD und DDP mehr oder weniger einflußlos waren, wie in Württemberg und Bayern, setzte das Zentrum dann im Bündnis mit rechten Parteien die Beibehaltung der Seminare sogar gegen die eigenen katholischen Lehrerverbände durch.

Eine weitere Schlußfolgerung von Paul lautet, daß das ständig in den Akten begegnende Argument mangelnder Finanzierbarkeit auch nur vorgeschoben worden sei. Das Problem bestand dabei nicht nur in den Kosten der Reform selbst, sondern auch darin, daß besser ausgebildete Lehrer eine entsprechend höhere Besoldung verlangen würden, obwohl die Lehrergehälter schon 1920 um zwei Besoldungsgruppen angehoben worden waren. Die Finanzbeamten fürchteten nun, damit würde das ganze überkommene Besoldungsgefüge »in Trümmer gehen« (255). Dagegen wurde bereits damals eingewandt, daß diese Kosten doch erst sehr viel später anfallen würden. Mir scheint jedoch, daß Paul bei seinem Bestreben, die gesellschaftspolitisch reaktionäre Orientierung der Ministerialbürokratie nachzuweisen, die ökonomische Logik bestimmter, selbstverständlich nicht herrschaftsneutraler Prozesse unterschätzt.

Interessant an Pauls außergewöhnlich gründlicher Darstellung scheint mir schließlich ein dritter Aspekt. Während die DNVP und der Bauernbund mit teilweise aberwitzigen Argumenten (221) für das alte System plädierten, versuchte die NSDAP, sich vor 1933 zum Fürsprecher der Lehrerinteressen zu machen. Gerade so, wie sich der NSLB in Schulreformfragen am Programm des Deutschen Lehrervereins orientierte (116). Auch die Umwandlung der verschiedenen Lehrerbildungseinrichtungen in zweijährige, nicht konfessionelle »Hochschulen für Lehrerbildung« nach 1933 konnte vielen als Fortschritt in der Lehrerbildung erscheinen. Vielleicht erklärt sich zu einem Teil auch daraus der überproportional hohe Anhang der NSDAP in der Lehrerschaft. Die Einrichtung von sogenannten Aufbaulehrgängen für Volksschüler im Jahre 1939 und die Abschaffung der Hochschulen durch »Führerbefehl« mit der Rückkehr zur fünfjährigen Lehrerbildungsanstalt im Jahre 1941 warfen dann freilich ein anderes Licht auf die Bildungspolitik der Nazis.

Durch Pauls mit vielen interessanten Tabellen versehene Veröffentlichung kann die Geschichte der Lehrerbildung in der Weimarer Republik als weitgehend erforscht gelten, schon allein deshalb gehört das Buch in die Bibliotheken aller Lehrerbildungseinrichtungen unserer Tage. Für andere Interessierte weist es den gleichen Mangel auf, wie viele unverändert im Druck erschienene Dissertationen; die Darstellung ist sehr breit angelegt, teilweise auch redundant. Schließlich wäre zur Erschließung eines so umfangreichen Werkes zumindest ein Personenregister nötig gewesen. Wie sonst soll der Leser eine so interessante Kleinigkeit, die er am Rande erfährt, wie die Auseinandersetzung um die Verbeamtung Hitlers in Braunschweig im Jahre 1931 (169f.), sonst wiederfinden?

Frank Neumann (Bremen)

Apel, Hans-Jürgen, und Michael Klöcker: Schulwirklichkeit in Rheinpreußen. Analysen und Dokumente zur Modernisierung des Bildungswesens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Böhlau Verlag, Köln 1986 (769 S., br., 115,- DM)

Im Rahmen der »sozialgeschichtlichen Wende«, die in der Geschichts- und in der Erziehungswissenschaft hierzulande in den späten 60er Jahren einsetzte, wird seit einigen Jahren verstärkt an einer »Sozialgeschichte« anstatt — wie bis dahin nahezu

ausschließlich — an einer »Geistesgeschichte« der Erziehung geschrieben. In diesem Kontext ist es für die Bildungsgeschichtsschreibung inzwischen unbestritten, daß regional und lokal spezifische Studien zur Geschichte der Institutionalisierung des modernen Schulwesens ein Defizit darstellen. Eine der Materiallücken, die dieses Defizit mit verursachen, geschlossen zu haben, ist die verdienstvolle Leistung des vorliegenden Bandes.

»Alltagsorientierte Forschung beabsichtigt die Erforschung der konkreten Lebensverhältnisse und damit also der lebensweltlichen und lebenspraktischen Erfahrungsbasis der Menschen einschließlich ihrer Schöpfungen (Werte, Normen, Rollen, Institutionen)« (3), und zwar so, daß zum einen die Bedingungen und Umstände des erzieherischen Alltags im engeren Sinne, darüber hinaus aber auch die gesamte gesellschaftliche Lebenswirklichkeit einschließlich ihrer sozialen, politischen, ökonomischen etc. Determinanten erfaßt werden müßten. Neben dem Kriterium der »Alltagsorientierung« stellt »Modernisierung« das zweite Kriterium dar, gemäß dem die Selektion des präsentierten Materials erfolgt. Da unter diesen Terminus erheblich voneinander abweichende theoretische Auffassungen über die Determinanten sozialen Wandels fallen, ermöglicht, so die Herausgeber, erst die regionale und lokale Ausrichtung der Modernisierungsforschung, Antworten auf die Frage nach den konkreten Wirkungen veränderter Sozialstrukturen: »Blickt man so z.B. auf die Rheinlande, so erweist sich, daß die Modernisierung des Bildungswesens lange vor der preußischen Staatssukzession und größtenteils auch vor der französischen Besatzungszeit fundiert wurde.« (15)

Das Buch versammelt Transkripte handschriftlichen Materials der Schulen und Schulverwaltungsinstanzen aus Archiven in Köln, Koblenz, Düsseldorf, Aachen, Osnabrück usw.; dazu kommen einige Nachdrucke aus heute ebenfalls nicht mehr ohne weiteres zugänglichen Schulprogrammen. Geordnet nach drei thematischen Hauptgesichtspunkten — niederer, mittlerer und höherer Bildungssektor — enthält der Band eine Vielzahl ausgewählter Dokumente über die Schulpraxis. Alle Dokumente datieren aus den Jahren 1814/15 bis 1848, umfassen also die Phase der »Restauration« nach dem Wiener Kongreß (1815 bis 1830) und den »Vormärz« (1830-1848).

Welchen theoretischen Stellenwert haben nun die eingangs genannten Kriterien »Alltagsorientierung« und »Modernisierung« für die Auswahl und Kommentierung der Quellen? Sie reichen meines Erachtens nicht hin. Wenn nämlich »grundlegende Impulse zu einer Modernisierung des rheinischen Bildungswesens ... insbesondere von der Reformation« ausgegangen sind (15), so stellt sich die Frage, warum dann das ausgewählte Material ausschließlich aus der Epoche der Institutionalisierung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens stammt. Sozialhistorischer Kontext und gesellschaftliches Subjekt der Etablierung »allgemeiner Bildung« kommen mit Hilfe der Modernisierungskategorie — entgegen der erklärten Absicht der Herausgeber — aber offenbar nicht in den Blick. Damit bleibt die für diesen Zusammenhang grundlegende Frage, wie sich »Modernisierung« vor von »Modernisierung« nach der Französischen Revolution, selbst in Preußen (oder vielleicht gerade dort), unterschieden hat, unbeantwortet. Der zeitliche Rahmen der ausgewählten Materialien ließe sich mit Hilfe der Kategorie »Allgemeinbildung« sehr viel stichhaltiger und auch ihre thematische Spannweite — die große Teile der Leserschaft vermutlich »erschlagen« wird — theoretisch angemessen begründen. Auf der anderen Seite wäre allerdings der pädagogischen Geschichtsschreibung zu wünschen, noch über sehr viel mehr Stoff der Art, wie sie in dem Band präsentiert wird, verfügen zu können.

Ingrid Lohmann (Hamburg)

Geschichte

Freier, Anna-Elisabeth, und Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte V. »Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen« — Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Pädagogischer Verlag Schwann-Bagel, Düsseldorf (480 S., br., 36,- DM)

B. Joeres, Ruth-Ellen, und Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte VI. Frauenbilder und Frauenwirklichkeiten — Interdisziplinäre Studien zur Frauengeschichte in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert. Pädagogischer Verlag Schwann-Bagel, Düsseldorf 1985 (352 S., br., 36,- DM)

Band V. enthält Beiträge des Historikerinnentreffens 1983 (Berlin). Mit ihm wird mehr bezweckt, als nur die Darstellung »vergessener Frauengeschichte« (9). Angestrebt ist eine »wissenschaftlich-kritische Interpretation der Frauengeschichte der Nachkriegszeit« (ebd.), die nicht nur ein akademisches Interesse befrieden soll, sondern — wie aus einzelnen Beiträgen ersichtlich — auch konkrete Lernziele verfolgt. Uneins sind sich die Autorinnen darin, ob die »grenzenlose Opferbereitschaft« in der Wiederaufbauphase eher als Ausdruck »weiblicher Stärke« oder — weil »typisch weiblich« — als »weibliche Schwäche« zu verstehen sei (10). Einem einheitlichen Konzept stellen sich die Unterschiede in methodischer und theoretischer Herangehensweise in den Weg: »Für alle Frauen stand fest, daß wir nicht von einem systematischen, verbindlich formulierbaren feministischen oder polit-ökonomischen Gedankengebäude her zu einer zusammenfassenden Gesamtinterpretation unserer bisherigen Ergebnisse gelangen können« (11). Der kleinste gemeinsame Nenner lautet: Einbindung der Frauengeschichte in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen. Die Frauengeschichte nach 45 berge »in sich Ansätze« zu einer »Gesellschaftsalternative« (12). Als »alternative Geschichte« sei sie mehr als »nur Not- und Ausnahme-geschichte bis zur lautlosen Machtübernahme der Männer nach der »Normalisierung« der westdeutschen Zustände« (ebd.). Frauen hätten gesellschaftlich festgefahrene Verhältnisse nach 45 entgrenzt, zugleich aber die Begrenzung der Frauenpolitik kennengelernt. Unhistorisch sei es aber, von einer »verpaßten Chance« reden zu wollen (13).

Die Beiträge sind in vier Themenblöcken zusammengefaßt: Frauen wirken in der Öffentlichkeit; die Arbeitswelt der Frauen; Frauen erinnern sich — ein Beitrag zur Bewußtseinsgeschichte der Nachkriegszeit; Frauen und Frieden.

Anna-Elisabeth Freier greift in »Frauenfragen sind Lebensfragen« die politischen Dimensionen weiblichen Handelns in der Nachkriegszeit auf: »Frauenhandeln war in diesen Jahren, indem sie Überleben durch übermenschliche Anstrengungen sicherten, das einzig relevante 'politische' Handeln (...)« (19). Frauen waren sich der Bedeutung ihres Handelns zwar bewußt, dennoch begriffen sie es als »nicht politisch« (ebd.). Dieses Verständnis unterwarf sich einem Politikbegriff, der die Beschaffung von Subsistenzmitteln und die Organisation des täglichen Lebens zur Privatsphäre deklarierte. In den politischen Parteien nicht verankert, wurden die Frauen mit der Reorganisation der caritativen und paritätischen Wohlfahrtsverbände beauftragt und als ehrenamtliche Helferinnen eingesetzt oder auch gelegentlich als Beraterinnen politischer Gremien zugelassen. Ihre Arbeit sei, wenn überhaupt, allenfalls im »politischen Vorfeld« anerkannt gewesen (vgl. 26). Gegen die Thesen auch kritischer Historiker behauptet die Autorin, daß der gesellschaftliche Wiederaufbau sich nicht bezahlter Lohnarbeit, sondern überwiegend der unbezahlten Arbeit von Frauen verdanke. Als quantitativer Beleg wird der hohe Frauenüberschuß genannt: 1946 gab es sieben Millionen Frauen mehr als Männer (vgl. 42). Ein wichtiges Argument bei

Freier ist, daß die Deutschen in den drei westlichen Besatzungszonen sich grundsätzlich weniger für Fragen der »großen Politik« und der gesellschaftlichen Neuorientierung interessierten (Beispiel: Unkenntnis über das Grundgesetz). Von daher müsse der Politikbegriff für die Jahre nach 45 anders definiert werden (vgl. 35).

Während A. Freier den Anteil der Frauen am Wiederaufbau herausstellt, inspiziert Annette Kuhn in ihrem Beitrag »Die vergessene Frauenarbeit in der deutschen Nachkriegsgeschichte« zunächst die vorhandenen methodischen Ansätze zur Nachkriegsgeschichte. Sie warnt vor einer Heroisierung der Frauen nach 45 und einer gleichzeitigen Enthistorisierung (außergewöhnliches Handeln in einer Notstandssituation) in der Alltagsgeschichtsforschung. Der in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichtsforschung (Niethammer/Huster/Abelshauer) vertretenen These vom »organisierten Kapitalismus«, der auch nach 45 nicht zusammengebrochen sei, schließt sich Kuhn zwar prinzipiell an, sie sieht aber durch die Reduktion auf die Produktionssphäre den für Frauen relevanten Bereich der Reproduktion ausgeklammert (172/173). Frauenarbeit werde hier allenfalls als »natürliches Opfer« gesehen (176). Gegen das Konzept der Familienökonomie konstatiert die Verfasserin Grenzen und Perspektiven: »Es gilt nicht nur die Reproduktionsarbeit der Frauen nach 45 zu berücksichtigen; es gilt die Familienökonomie in ihrer strukturellen, konflikthaltigen und ungleichen Beziehung zur Marktökonomie zu begreifen« (177). Als methodische Alternative tritt die »Theorie der dualen Ökonomie« (Subsistenzproduktion und industrielle Produktion) auf den Plan. Mit Hilfe dieser Theorie könne nachgewiesen werden, daß »die fast übermenschliche Frauenarbeit in der akuten Reproduktionskrise der Nachkriegszeit nicht als eine heroische Ausnahmetätigkeit, sondern als Ausdruck der kapitalistischen Krisen und der strukturellen ungleichen sozioökonomischen Lage der Frauen in kapitalistischen Gesellschaften zu werten sei« (197). Die Reproduktionssphäre sei 1947 nur deshalb in die Krise geraten, weil sich die Mehrarbeit der Frauen nicht beliebig erweitern ließ (185). Die Frauennachkriegsgeschichte wird von A. Kuhn in den historischen Kontext einer kapitalistischen Entwicklung gestellt, der die Frauen in der Tat vollends entheroisiert: »Der gesellschaftspolitische Blick für die Reproduktionsbedürfnisse der Gesellschaft blieb in der Nachkriegszeit trotz der akuten Not verstellt. Die stillen Überlebensarbeiten der Frauen deckten diese gesellschaftliche Bedürfnisbasis zu: sehr zum Nachteil der Frauen und der Erneuerungsmöglichkeiten der deutschen Nachkriegsgesellschaft« (198).

Elke Nyssen und Sigrid Metz-Göckel wollen in ihrem Beitrag »Ja, die waren ganz einfach tüchtig — Was Frauen aus der Geschichte lernen können« mit Hilfe der oral history die »unsichtbare Überlebensarbeit« der Frauen nach 45 darstellen. Obwohl erinnerte »(Lebens-)Geschichten kein wahrheitsgetreues Bild der Lebensgeschichte« (316) präsentieren, halten die Autorinnen die oral history für eine »angemessene Methode der Frauengeschichtsforschung« (ebd.). Berichte und Erfahrungen von Frauen zwischen 30 und 75 Jahren wurden wissenschaftlichen Analysen und historischem Filmmaterial gegenübergestellt. Im wesentlichen wird gezeigt, wie Frauen die Verhältnisse, ihre Mütter oder sich selbst wahrgenommen haben. Mit der Rückkehr der Ehemänner/Väter aus der Kriegsgefangenschaft oder aus dem Lazarett beobachteten die Frauen an sich oder ihren Müttern Veränderungen der positiv bewerteten Verhaltensweisen (Aktivität, intensives Mutter-Kind-Verhältnis). Die »Mütterfamilien« seien wieder in die Form tradiert, patriarchalisch bestimmter Familienstrukturen übergegangen (vgl. 327). Durch die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte seien Lernerfolge zumindest auf zwei Ebenen sichtbar geworden: zum einen hätten die Frauen das Mutter-Kind-Verhältnis neu überdacht und seien zu veränderten Identitäten

tifikationspunkten gelangt; zum anderen seien zukunftsgerichtete Interessen geweckt worden: an einer weiteren Aufarbeitung der eigenen Geschichte und für ein Engagement außerhalb der »privaten« Sphäre, z.B. für Fragen des Friedens (vgl. 341). Ob sich auch »Lerneffekte« in dem Bereich Ehe/Familie einstellen, läßt der Beitrag offen.

In Band VI. sind überwiegend Beiträge einer Konferenz an der Universität von Minnesota (USA) zum Thema »Condition and Consciousness« (April 1983) zusammengestellt.

Ein interdisziplinärer Dialog zwischen Geschichts- und Literaturwissenschaft sollte nicht nur zur Auswertung anderer Quellengattungen führen, sondern über eine erweiterte Quellenkenntnis eine fachspezifische Sichtweise von Frauenleben im 18./19. Jahrhundert verändern helfen (vgl. 7/8). Alle Beiträge bemühen sich um eine methodologische und wissenschaftstheoretische Klärung feministischer Forschung. Im ersten Abschnitt werden unter der Überschrift »Feminismus: Modelle, Forschungsansätze und Forschungsthesen« drei Beiträge vorgestellt, von denen der erste ein »feministische(s) Modell« aus der Tradition der Frauengeschichte (Katherine R. Goodman), der zweite und dritte die methodologischen und forschungsgeschichtlichen Beiträge von Richard J. Evans bzw. Bodo von Borries behandeln. Der zweite Abschnitt beinhaltet schwerpunktmäßig literarische, publizistische und künstlerische Produktionen von Weiblichkeitsbildern. Im dritten, sozialhistorischen Teil »Frauenarbeit und weibliche Lebenszusammenhänge — Von der Vielfalt der Systeme der Geschlechterbeziehungen« werden Lebenswege von Frauen nachgezeichnet, »die alle nicht in das vorgeprägte Bild der patriarchalischen Familie passen« (10).

Wer Frauenforschung betreiben will, müsse aber zunächst eine »ganz andere Perspektive wählen« und — so die beiden Herausgeberinnen des Bandes — dieser Perspektivwechsel verlange »die Fähigkeit, eine neue Subjektivität der Wahrnehmungen gegenüber vertrauten Wahrnehmungsmustern zu behaupten und somit bisher Vertrautes seiner Pseudo-Objektivität zu entkleiden« (11).

Katherine R. Goodmann greift in ihrem Beitrag »Mutterschaft und Berufstätigkeit: Das Konzept der mißbrauchten Frauenkraft« bewußt auf ein historisches Thema zurück, »um die Feministinnen wieder für eine Diskussion um die Mutterschaft zu interessieren und den kulturellen Auftrag der Frauen zu bekräftigen« (15). Sie fragt nach den Ursachen für die zeitgleich entstehenden Ausrichtungen der angelsächsischen Frauenbewegung »Wahlrecht für Frauen« und der deutschen »Mutterschutzbewegung« in den Jahren 1904/5. Zentrale Bedeutung komme dabei der Rezeptionsgeschichte der »schwedischen Feministin« Ellen Key zu. Key, die bereits 1895 das Schlagwort der »mißbrauchten Frauenkraft« prägte, vertrat die Ansicht, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sowohl den biologischen, sozialen als auch den intellektuellen Fähigkeiten von Frauen entspreche. Eine Überwindung des naturgegebenen Zustandes führe zum kulturellen Untergang (vgl. 16). Key befand sich »eindeutig in der Gesellschaft von Antifeministen« (19). Hedwig Dohm, Marie Diers, Gertrud Bäumer und Helene Lange unterstützten die Forderung Keys, »weibliche Feinfühligkeit« als kulturelle Aufgabe zu erhalten (23). Durch eine wohlwollende Rezeption Keys auch in der proletarischen Frauenbewegung (Klara Zetkin, Lily Braun), z.B. in der Frage der Gegensätze der Geschlechter, sei eine Neubestimmung des Geschlechterverhältnisses verhindert worden. Vergleichbar dem Revisionismus Bernsteins müsse eher die Rede von »Umformulierung der feministischen Theorie als von eine(r) feministische(n) Umdeutung von Kultur und Gesellschaft« sein (31).

Richard J. Evans plädiert in »Feminismus als Forschungskonzept: Anmerkungen

für die Praxis« für einen historischen, nicht für einen politischen Feminismusbegriff (39). Er warnt zugleich vor der Übertragung des heutigen Feminismusbegriffs auf die Historie. Feminismus bedeute in seiner ursprünglichen Interpretation »Entwicklung weiblicher Züge bei Männern« (35). Seit etwa 1890 werde er im englischen Sprachgebrauch — in Anlehnung an den französischen »féminisme« — mit »Vertretung der Rechte der Frau im Hinblick auf die Gleichheit der Geschlechter« definiert (35/36). In Deutschland dagegen habe sich die obsoleete Definition bis in die 1960er hinein behaupten können. Folgerichtig hätten sich die Vertreterinnen der deutschen Frauenbewegung wie Gertrud Bäumer, Marie Stritt und Anita Augspurg nie als »Feministinnen« oder ihre Theorie als »feministisch« bezeichnet. Sie im Nachhinein als »Feministinnen« zu deklarieren widerspreche, so Evans, der historischen Besetzung des Begriffs. In Analogie zur Geschichte des Sozialismus bestehe auch für die Feminismus-Forschung die Gefahr, unhistorisch zu verfahren (vgl. 39). Verständnis erwache erst mit dem Blick auf die Epochegebundenheit des Forschungsgegenstandes. Werde »Feminismus« als zeitüberdauerndes Ewig-Weibliches verstanden, so gelte dies ebenso für eine Beständigkeit des Patriarchats, und umgekehrt seien beide Begriffe auch zeitbegrenzt zu denken. Evans stellt eine Reihe von Begriffsdefinitionen aus den Reihen der Frauenbewegung und die von Historikern gewählte Typologisierung vor: Soziale, harte, gemäßigte, radikale, sozialistische, katholische, hausbezogene, jüdische und nationalsozialistische Varianten von Feminismus. Historisch habe sich die sozialistische und die feministische Frauenbewegung nicht auf einen Nenner bringen lassen.

Auch Mary Jo Maynes kommt zu dem Resultat, daß feministische Ansätze in den Autobiographien von sozialistischen Arbeiterinnen fehlen (vgl. 164). Das Auseinanderklaffen der Inhalte sozialistischer und nicht-sozialistischer Lebensbereiche führt bei Maynes zu der Frage, ob unterschiedliche Lebensläufe sich in unterschiedlichen Lebensbildern niederschlagen (vgl. 172f.). Das Fehlen feministischer Positionen wird mit der Eingebundenheit und Unterordnung der Frauenfrage unter die Arbeiterfrage beantwortet (vgl. 177).

Bei Jean H. Quataert geht es um die »Teamarbeit in sächsischen Handweberfamilien im 19. Jahrhundert: Eine einleitende Untersuchung zur Frage der Geschlechterrollen in der Arbeit«. Quataert möchte mit seinen Untersuchungsergebnissen Parallelen einer nicht arbeitsteilig organisierten Lebenswelt zwischen Oberlausitzer Handweberfamilien des 19. Jahrhunderts und afrikanischen Mbuti-Pygmäen aufzeigen. Die leitende Fragestellung gilt allerdings weniger exotisch den »lange aufrechterhaltenen Thesen von immerwährender männlicher Herrschaft und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung« (304). Mit Hilfe bisher nicht (oder nicht vollständig) ausgewerteten Quellenmaterials wird ein neues Bild der Lebens- und Arbeitsverhältnisse sächsischer Handweberfamilien gezeigt, das sich von bisherigen Forschungsergebnissen abhebt (vgl. 306f.). Detailliert werden die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen dargestellt, innerhalb deren sich die Handweberei etablierte. Die Produktionssphäre war auf das Haus des Webers beschränkt. Alle Familienmitglieder waren an der Herstellung der Produkte beteiligt. Mann und Frau tauschten dabei die Funktionen untereinander aus. Das betraf den Bereich der Produktion ebenso wie den der Versorgung des Haushaltes und der Erziehung der Kinder (vgl. 319). War einer der Eheleute mit dem Verkauf der Produkte außerhalb des Hauses beschäftigt (oft übernahmen die Frauen diese Aufgabe), so verrichtete der Partner die häuslichen Aufgaben. Ob diese Arbeits- und Lebenssituation unter anderen Gesichtspunkten (etwa den politisch-organisatorischen oder sozialen) auch positiv gesehen werden kann, sei dahingestellt. Die enklavenartige Situation der

hausarbeitenden Handwerkerfamilien brach stets dann auf, wenn einer der Eheleute außerhalb des Hauses seine Arbeitskraft verkaufen mußte. Mit der zunehmenden Industrialisierung sanken die Einkommen der Handwerker und die Männer nahmen in den Sommermonaten Saisonarbeit (Bau und Landwirtschaft) an, während die Frauen in den Wintermonaten schlecht entlohnte Fabrikarbeit verrichteten (323).

Dagmar Burgdorf (Bremen)

Soziale Bewegungen und Politik

Heinze, Rolf G. (Hrsg.): Neue Subsidiarität. Leitidee für eine zukünftige Sozialpolitik? Westdeutscher Verlag, Opladen 1986 (339 S., br., 48,- DM)

Spätestens seit Helmut Kohls Regierungserklärung zur »Wende« 1982 haben wir es mit einer verwirrenden Reaktualisierung des Subsidiaritätskonzeptes zu tun. Dieses, seit Pius XI. Enzyklika »quadragésimo anno« (1931) konstitutives Moment der katholischen Soziallehre und ihrer politischen Folgerungen wie z.B. der Betriebsgemeinschaftslehre im Austrofascismus 1934-38 wird von unterschiedlichen ideologischen Positionen und ökonomischen Interessenlagen her instrumentalisiert. Diejenigen Lobbies und Korporationen samt ihren »Kopflängern«, die hinter der Wiederbelebung der ordoliberalen Marktkonzeption und der entsprechenden geistig-moralischen Besinnung stehen, betonen die Reprivatisierungs- und Entstaatlichungsaspekte des Subsidiaritätsgedankens. Diese Idee, die einem Gemeinschaftsbild als Gesellschaftsbild entsprungen ist, das — in der Tradition von Tönnies und Nell-Breuning — jeglichen Antagonismus ausblendet, läßt sich hierzu, da inhaltlich weitgehend unbestimmt, mißbrauchen. Bedeutet doch Subsidiarität die Delegation von Steuerungsaufgaben von großen an kleine Einheiten, die Devolution von Kompetenzen in hierarchischen Gebilden und die Funktionsauslagerung an (relativ) autonome Gesellschaftssegmente. Solcherart Subsidiarität als Prinzip der Rücknahme des Staates aus der Gesellschaft interpretierend, sollen die — von Luhmann und Scholaren unentwegt behaupteten — kontraproduktiven Folgewirkungen der professionalisierten, ökonomisierten, monetarisierten und bürokratisierten staatlichen Sozialpolitik, die den *Bürger* lähmten, paralysiert werden, indem am Horizont der selbstverantwortliche, mündige *citoyen* als neues Leitbild wiederauferstehe. Neben diesen entweder »friedmanistisch« ordoliberal oder mit der »Ethik der Eigenverantwortung« Argumentierenden beansprucht eine Reihe von in ihrem Selbstverständnis linken Theoretikern der Sozialpolitik das Prinzip der Subsidiarität, um dem kapitalistischen Entfremdungszusammenhang eine neue Mitmenschlichkeit, Überschaubarkeit und Geborgenheit entgegenzustellen und aus einer Melange aus Marx, Freud, Marcuse und Gorz eine über die Grenzen des Bestehenden hinausweisende Entstaatlichungsstrategie einzufordern. Die in diesen linken Entstaatlichungsstrategien kombinierten Elemente sind, das zeigt der vorliegende Band sehr deutlich, zum großen Teil nur sehr schwer von den Strategemen der Wende-Ideologen abzugrenzen und müssen sich zum Teil vorhalten lassen, bestehende soziale Ungleichheiten zu dynamisieren.

Brunn (172ff.) führt anschaulich vor, daß die bestehenden Tendenzen zu Selbsthilfe, Laienkompetenz und Eigeninitiative gegen die behauptete »Unbeweglichkeit und Unvollständigkeit des Sozialstaates« eben an jenen sozialen Orten nachweisbar sind, wo ökonomisch abgesicherte, wenn nicht saturierte Mittelschichten sich aus dem »Entmündigungszusammenhang« zu emanzipieren trachten. *Deimer/Kaufmann* konstatieren (im Rahmen der neuen Bürgerbeteiligung) gestaltende Eingriffe in den unmittelbaren Lebensraum, bspw. die Selbstorganisation von Wohngemeinschaften.

Diese Bürgerbeteiligung sei, so Brunn (173), antietatistisch, antiinstitutionell und egoistisch, doch bemerkt die Autorin auch, daß merkwürdige Koalitionen mit konservativen Kräften eingegangen würden (ebd.). Eine Reihe von Beiträgen macht deutlich, daß die Ergänzung der professionalisierten und institutionalisierten Sozialleistungen durch nicht-professionelle Systeme nur in einer Koppelung mit dem »traditionellen« System sozialer Absicherung der Strategie der »Marginalisierung der Lohnarbeitslosen« nicht in die Hände spielen würde. Gross führt dies vor Augen, wenn er schreibt, daß »die Grenze zwischen Unschuld und Verantwortung, zwischen notwendiger Fremdhilfe und erwünschter Selbsthilfe (...) sich nicht abstrakt über die gesellschaftliche Topographie hinwegziehen (läßt)« (83). Wenn also Eigenverantwortung zum Merkmal einer Mittelschichtorientierung ökonomisch abgesicherter Intellektueller (Deimer/Kaufmann, 190) wird und zur Dynamisierung eines individualistischen Rückzugsverhaltens (Heinze, 27) führt, die informellen Netzwerke und Selbsthilfegruppen ihre »engagierte Selbst- und Mitbetroffenheit« scheinbar außerhalb des klassengesellschaftlichen Zusammenhangs praktizieren, muß ein linkes Subsidiaritätsprinzip in bezug auf seine Implementationsaussichten sehr genau »abgeklopft« werden, soll es nicht die aktuellen Probleme der Dauerarbeitslosigkeit, Pauperisierung und Marginalisierung bloß verschärfen. Zumindest kann festgestellt werden, daß die neue Subsidiarität die formelle, monetarisierte Seite des sozialpolitischen Leistungsangebotes nicht ersetzen, sondern ergänzen muß. Die redundante »Selbstüberforderung des Sozialleistungssystems« sowie die »Reflexivität selbstaktiver Felder und kommunikativen Handelns« (Pankoke) jedoch haben fürs Erste keinen Erkenntniswert, wenn sie nicht a) empirisch fundiert und b) mit einer ökonomisch, politisch und rechtlich realistischen Folgenabschätzung verknüpft werden. Blauäugig wirkt es meiner Ansicht nach, angesichts des Subsidiaritätsverständnisses der herrschenden Klasse und ihrer Chuzpe, »Nischen« einzufordern. Der vorliegende Band vereinigt, mit einigen Schwächen, die Standpunkte rund um eine Realisierung des Subsidiaritätsprinzips neben/anstelle der formell-monetarisierten Sozialpolitik. M.E. enthält er zu viele theoretische Spekulationen und »simple Wahrheiten« und rekurriert zu wenig auf faktische Entwicklungstendenzen.

Nikolaus Dimmel (Salzburg)

Glutz, Peter, Günter Kunert und Sozialistische Studiengruppen: Mythos und Politik. Über die magischen Gesten der Rechten. VSA-Verlag, Hamburg 1985

(147 S., br., 18,- DM)

Es geht um die Mythostheorie der Sozialistischen Studiengruppen (SOST), der eine Diskussion mit Glutz und Kunert angehängt ist.

Ausgangspunkt der SOST ist die Beobachtung, daß die »Verunsicherung in der Lebenslage« (7) infolge der in den siebziger Jahren einsetzenden gesellschaftlichen Krise, die auch als Sinn- und Wertkrise verstanden wird, zu einer Umstrukturierung und Verschiebung im Gesamtsystem der kulturellen Aneignungsweise der Lohnabhängigen (8) und zur Ausprägung der »sinnlichen Darstellungsformen der Individualität« (11) führe. Allerdings erst in der Artikulation mit einer rückwärts gerichteten »Romantik« werde diese Entwicklung zum Problem (15). Die »Sehnsucht nach dem Mythos« sei die Sehnsucht nach einer symbolischen Ordnung, die als »Lückenbüßer für die wachsende Leere, die die Krise ... im Bewußtsein hinterläßt, einspringen« (18) soll.

Allgemein gilt den SOST der Mythos als »Bewußtseinsform vorbürgerlicher Gesellschaften, die in der bürgerlichen Gesellschaft zwar zurückgedrängt wird, ohne dabei aber völlig zu verschwinden« (33). Früher seien die »sinnlichen Aneignungsformen« der gesellschaftlichen Realität noch völlig »unter den Mythos subsumiert« (43), dessen einheit-

liches Weltbild die »Klammer« zwischen den ungeschiedenen Bereichen des Überbaus und der gesellschaftlichen Basis bildete (40). Erst in der bürgerlichen Gesellschaft erfolge die vollständige Trennung von Basis und Überbauten. Die materielle Produktion werde zum »strukturierenden Zentrum des gesellschaftlichen Ganzen« (60), und alle sinnlichen, also auch die mythischen, Aneignungsweisen werden »als sekundäre Aneignungsformen in den Überbau abgedrängt« (ebd.).

In Krisenphasen zeige sich die Diskrepanz zwischen den »durch die Logik des Wertgesetzes bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen« (80) und den rationalen Aneignungsformen. Diese Diskrepanz, verbunden mit dem Verlust der in der Phase der Prosperität stabilisierten Wertmaßstäbe, erkläre die Sehnsucht nach Geborgenheit, nach dem Mythos. Die Neokonservativen konnten diese Wünsche erfolgreich bedienen. Sie stellten Individualität als individuelle Leistungsfähigkeit (Leistung muß sich wieder lohnen) in Opposition zum »Gedanken der Solidargemeinschaft« (81). Zur Lösung der »Widersprüche des Alltags« konnten die alten Identifikationsmöglichkeiten (Familie, Heimat, Nation etc.), neu definiert werden, die das Individuum in die mythische Geborgenheit »größerer Gemeinschaften« (84) stellten. Die linke Gegenstrategie müsse die verschiedenen Bereiche des Alltagslebens als »unterschiedliche Seiten eines Gesamtprozesses« (86) begreifen. Es wäre fatal, wenn die Linke wieder überheblich intellektualistische Saiten anschlagen würde, statt auf der »gesamten Tonleiter des Alltagslebens zu spielen«, um ihre »politische Programmatik im Massenbewußtsein zu verankern« (90).

Was leistet der Mythosbegriff bei der Analyse neokonservativer Politikformen? Um Mythen trennscharf zu fassen, vertreten die SOST einen »engen Begriff dessen, was Mythos ist« (33). Die behaupteten Vorteile dieses Begriffs werden aber weder an der Mythosforschung, noch am Material nachgewiesen. Gerade hier zeigt sich aber, daß dieser enge Begriff zu unspezifisch ist. Die Attraktivität der neokonservativen Politik besteht gerade in der Verknüpfung z.B. der Geborgenheit in der Heimat, der ökologischen Probleme, der neuen Partnerschaft und der Perspektive der »Informationsgesellschaft«. Es gilt, die Konstruktion dieses ideologischen Romans zu begreifen, statt ihn unter dem Begriff Mythos zusammenzufassen. Die SOST verdeutlichen auch nicht, wie sich der Mythos, als primär vorbürgerliche Bewußtseinsform, in Opposition zur Rationalität der bürgerlichen Gesellschaft begreifen läßt. Erschwert wird der Umgang mit dem Text dadurch, daß die SOST Theoriefragmente ihrer »Überväter« Hegel, Marx und Ernst Cassirer, die eher referiert als kritisch rezipiert werden, häufig unausgewiesen in ihren Text verweben.

Im Gegensatz zu den SOST, die die Grundlage der Mythen im Alltagsbewußtsein ernst nehmen wollen (86), faßt Glotz »Mythos« eher manipulationstheoretisch als »Technik der Verblendung« (142), die von den Rechten gezielt eingesetzt wird. »Wir hatten über anderthalb Jahrzehnte lang politisch — und kulturell und intellektuell — eine Periode der Aufklärung ... was wir jetzt erleben ist Gegenaufklärung, Gegenreform« (119). Dies soll das Beispiel »Heimat« zeigen, das ebenso wie »Familie« von den Rechten in ein »mythisch überhöhtes Leitbild« (120) transformiert wurde. Auf die Fragen und Probleme, die diese Politik bei denen produziert, die damit ausgegrenzt werden, sieht Glotz keine Antworten, denn »der Mythos ... gibt keine Antworten, weil er keine Fragen kennt« (123).

Glotz glaubt auch nicht an eine »lange Herrschaft des Mythos« (130), denn der »Realismus der Leute« (ebd.) werde die schnellen Antworten der Rechten auf die immer bohrender werdenden Fragen als mythisch entlarven (128). Er weiß aber auch, daß allein durch den Zerfall der Mythen die Linke noch nicht die kulturelle Hegemonie zurückgewinnt. Dies könne nur »über große Diskurse, große Verständi-

gungsprozesse über die Zukunftsfragen« erreicht werden. — Bewegt sich Glotz nicht auch in der Form des Mythos, wenn er mit den rationalen Diskursen, die von der »Gegenaufklärung« verdrängt worden seien, eine neue Phase der Aufklärung herbeiführen will? Beruht der Mythos nicht auch auf der Einteilung in zwei antagonistische Welten, wie Gut/Böse oder Aufklärung/Gegenaufklärung? Müßte nicht eine linke Gegenstrategie gerade in den »Mythos« intervenieren, ihn zerlegen und einzelne Teile besetzen, statt ihn zu entlarven?

Kunert begreift Mythos in seiner »letzten konsensfähigen Form«, der »Geschichte« (93), als notwendig, um der »Sinnlosigkeit und Rätselhaftigkeit des irdischen und kosmischen Geschehens« (ebd.) zu einem Sinn zu verhelfen. Nach der Entgötterung der Welt werde die »Sinnlosigkeit und Grundlosigkeit des eigenen Lebens« (97) nur durch den »kurzfristigen emotionalen Einklang mit einer besonderen aber insgeheim allgemeingültigen Position« (98) erträglich, der sich z.B. über die Literatur herstellt. »Das Gedicht erlöst keinen von der Sinnlosigkeit und Zufälligkeit des Lebens, aber es gibt dem Leser das Gefühl, in einen nur zu ahnenden Zusammenhang wiederaufgenommen zu sein« (98). Daß sich die Menschen nur über den Mythos in einem gesellschaftlichen Zusammenhang wähen können, stellt sich für Kunert nicht als Problem. Er verspricht sich auch nicht viel von einer Veränderung der Gesellschaft. Einzig darin, daß die Menschen ihr »methaphysisches Bedürfnis erkennen« (ebd.) und nicht mehr in Mythen ihr Heil suchen, sieht Kunert die Chance einer Veränderung: Er selbst hat, wie schon Max Stirner, der auch zusammen mit der Geschichtsphilosophie die wirkliche Geschichte über Bord warf, seine »Sache auf Nichts gestellt«, er findet seinen »Halt in der Sinnlosigkeit« (107).

Michael Stobbe (West-Berlin)

Greiffenhagen, Martin: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland. Mit einem neuen Text: »Post-histoire?« Bemerkungen zur Situation des »Neokonservatismus« aus Anlaß der Taschenbuchausgabe 1986. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. (437 S., br., 24.- DM)

Das ist das Buch von 1971, in dem die These vertreten wird, der Konservatismus sei prinzipiell inkonsistent: »Alle Konservativen argumentieren auf dem Boden der Aufklärung gegen sie.« (376) Die These samt ihrer reichhaltigen historischen Begründung hatte vielfältige Diskussionen ausgelöst, die Greiffenhagen schon in der Ausgabe von 1977 referierte und kommentierte. Niemand, der sich mit der Sache beschäftigt, kommt an diesem Buch vorbei. Statt es noch einmal zu besprechen (vgl. Lutz Wincklers Rezension in *Argument* 72), kommentiere ich das Nachwort von 1986. Es endet mit der Diagnose: »Der deutsche Konservatismus hat resigniert und ist objektiv an sein Ende gekommen.« (385) Greiffenhagen notiert noch einmal das Scheitern des technokratischen Konservatismus (Schelsky) mit seinen Illusionen einer sich selbst rechtfertigenden industriellen und bürokratischen Entwicklung. Der Konservatismus reagiert mit einer Verschärfung seines kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Kurses bei gleichzeitiger »Entkopplung des Industrie- und Kultursystems« (379). Die bewahrten und »bewährten« Normen werden von übergreifenden gesellschaftlichen Steuerungsfunktionen entlastet, sie bleiben gut für die höhere Weihe einer Gesellschaft, die sich der Bestimmung durch sie entzieht. Für Greiffenhagen geht damit der Konservatismus endgültig in ordinären Liberalismus über (385). Der Neokonservatismus, von dem also gar nicht mehr zu sprechen wäre, versuche vergeblich auseinanderzuhalten, was er früher habe vereinen wollen: die kapitalistische Industrie untergräbt, wie das Beispiel der Medien zeigt, die konservativen Werte, wie umgekehrt der »Wertewandel« dafür sorgt, daß die kulturellen Normen

der »Freizeit« das Industriesystem durchdringen und Veränderungen erzwingen, gegen deren emanzipatorische Konsequenzen sich die Konservativen gerade stemmen (vgl. 377).

Mir kommen Zweifel, wenn ein Quicklebender totgesagt wird. Die Zweifel mehren sich, wenn Peter Glotz Greiffenhagens Zeitdiagnose ein Vierteljahr vor der Bundestagswahl in der »Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte« abdruckt und im Editorial echot: »Wir behaupten: Der Neokonservatismus nähert sich ... seinem Ende.« (Oktoberheft, S. 868) Zweckoptimismus? Pfeifen im Walde?

Martin Greiffenhagen leistet dieser »einfachen Lösung« des Problems *Neokonservatismus* durch seine Kategorisierung Vorschub. »Konsistenz« ist die generelle Meßlatte seiner ideologiekritischen Analyse. Wenn aber die Ideologien nicht durch Konsistenz, sondern durch Inkonsistenz bzw. durch Widerspruchskapazität Wirkung entfalten? Ein weiteres Mal führt Greiffenhagen den »Eklektizismus« der Konservativen an — das war schon gegen den Faschismus ein schwaches Argument, denn der wäre vielleicht ohne »Eklektizismus«, ohne hegemoniale Kapazität gar nicht bis 1939 gekommen. Die ideologische Arbeit eines Lübke, eines Späth oder Biedenkopf wird in Greiffenhagens Perspektive zur *quantité négligeable*. Ihm kommt nicht in den Sinn, daß der Zynismus einer angeblichen »Entkoppelung von Industrie- und Kultursystem« mit dem Zeitgeist harmoniert, daß dies eben eine Verarbeitungsform des »Wertewandels« sein könnte, daß die neuen Konservativen »neue Werte« assimilieren. Neuere Diskussionen über den Konservatismus scheinen für Greiffenhagen nicht geführt worden zu sein, das Literaturverzeichnis bleibt auf dem Stand der 70er Jahre. In Greiffenhagens Kopf geht der Konservatismus im Liberalismus auf. Aber in der politischen Wirklichkeit wird die liberale Partei von der konservativen mit Leihstimmen alimentiert.

Peter Glotz sieht als neuen Gegner den Neoliberalismus (a.a.O.). Als sei der nicht längst eine Verbindung mit dem Konservatismus eingegangen: Das ist er ja eben, der Neokonservatismus. Die Erleuchtung »Konservatismus = Liberalismus« bildet einen toten Winkel aus, in dem zwei wichtige Prozesse verschwinden: die Aushöhlung des sozialdemokratischen Projekts durch irreversible Ergebnisse neokonservativer Politik und die mögliche Neuauflage des Sozialliberalismus als Verbindung von Sozialdemokratismus und Neoliberalismus. Wieland Elfferding (West-Berlin)

Briefs, Ulrich (Hrsg.): Anders produzieren, anders arbeiten, anders leben. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986 (236 S., br., 14,80 DM)

Eine Reihe von sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik (Frauen, Frieden, Umweltschutz) verfolgt Ziele, deren Bezug zur Arbeitswelt zwar nicht unmittelbar ins Auge fällt, deren Verwirklichung aber nur über eine Veränderung der herrschenden Produktionsverhältnisse möglich sein wird. Die Diskussion über eine alternative Produktionspolitik steht noch am Anfang. Dieses Buch soll einen Überblick über ihren Stand verschaffen, Erfahrungen vermitteln und konkrete Handlungsansätze aufzeigen. Die Palette der Projektberichte, Erlebensbeiträge und Vorschläge für eine alternative Produktion reicht von den individuellen Erfahrungen in einem Selbstverwaltungsbetrieb über konkrete Anregungen für die Schiffbau-, Rüstungs- und Stahlindustrie sowie die Informationstechnologie bis hin zur Schilderung des Versuchs einer Betriebsübernahme durch die Belegschaft.

Heiner Heseler zeigt am Beispiel der Schiffsbauindustrie, wie mit verschärfter Strukturkrise und dramatischem Personalabbau die gewerkschaftliche Politik von sozialpartnerschaftlicher Krisenregulierung in kämpferischen Widerstand umschlug und in der Besetzung von Großwerften kulminierte. Der Kampf um die Arbeitsplätze

sei von Forderungen nach alternativen Produkten außerhalb der traditionellen Herstellung von Zivil- und Militärschiffen begleitet gewesen, auch, um eine Wiederholung solch blamabler Szenen wie der des im Jahre 1980 vom Management unterstützten Streiks der Kieler Werftarbeiter für Rüstungsaufträge und -exporte zu vermeiden. Mehrere betriebliche Arbeitskreise seien entstanden und hätten anhand von zahlreichen Produktideen nachgewiesen, daß gerade die Werften über günstige Voraussetzungen für Produktionskonversion verfügten. Freilich habe sich sehr schnell gezeigt, daß — ohne Veränderungen betrieblicher Entscheidungsprozesse — die Umsetzung solcher Vorschläge von Konzernstrategien abhängig bliebe, egal ob es sich um private oder öffentliche Unternehmen handelte. Heseler folgert, daß die »Forderungen nach Alternativer Produktion ... eine sinnvolle und notwendige Ergänzung, aber kein Ersatz traditioneller Gewerkschaftspolitik und alternativer Wirtschaftspolitik« seien (116).

Etwas weiter gehen *Edgar Einemann* und *Edo Lübbing*, die ihre Position ausführlich in dem Buch »Anders produzieren. Alternative Strategien in Betrieb und Region« (Marburg 1985) dargestellt haben, in bezug auf Rüstungskonversion: Daß die Probleme der Produktionsumstellung keine technologischen Schwierigkeiten böten, sondern daß es dabei um politische Prioritätensetzung gehe, hätten schon die Kollegen von Lucas Aerospace nachgewiesen. Die über 15 betrieblichen Initiativen in der BRD, die sich bislang für die Umstellung der Waffenproduktion auf sozial nützliche Güter einsetzten, seien meist aus der Not drohender Entlassungen oder Betriebsschließungen geboren worden. Resultat ihrer Arbeit sei das »zunehmende Bewußtsein davon, daß die Erfolgsbedingungen im Betrieb an politische Rahmenbedingungen gebunden« (135), also an eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte und gesamtgesellschaftliche Veränderungen geknüpft seien. Allerdings begrüßen die Autoren die Arbeitskreise als Basisinitiativen, die innerhalb der Gewerkschaften neue Ansprüche stellten, traditionelle Gewerkschaftspolitik überwinden und die wegen ihrer über betriebswirtschaftliche Rentabilitätskalküle hinausgehenden prinzipiellen Betrachtungsweise, die sich an Vorstellungen der Friedens-, Umweltschutz- und Solidaritätsbewegungen mit der 3. Welt orientiere, eine nicht zu unterschätzende politische Sprengkraft darstellten.

Aus ihrem zweiten Beitrag über Alternativen in der Luftfahrtindustrie sei das Ergebnis einer Belegschaftsbefragung erwähnt, wonach die Teilnehmer größtenteils eine alternative Fertigung begrüßt, die zentrale Problematik aber auf der Ebene der Durchsetzungsmöglichkeiten erkannt hätten. Einemann/Lübbing setzen auf innerbetriebliche Aktivierung und Aufklärung, offensive Informationspolitik nach außen, gewerkschaftliche Bildungsarbeit mit mehr Betriebsnähe und Kontakte zum Wissenschaftsbereich, da bundespolitische Veränderungen nur vorstellbar seien »auf der Basis einer von realen Perspektiven getragenen Gegenmachtsbildung in den Betrieben« (205).

Die Strukturkrise in der Stahlindustrie kann nach dem Dafürhalten von *Hermann Bömer* nicht durch Produktkonversion, sondern nur durch eine alternative ökonomische Steuerung beendet werden. Konkret heißt das Verstaatlichung, Ausbau der Mitbestimmung und »demokratisch kontrollierte nationale Planung der Investitionen, der Produktion und der Beschäftigung« (159). Zur Verwirklichung dieser Ziele verweist der Autor auf die Strategie des »antimonopolistischen Kampfes«, wie sie von der DKP vertreten wird.

Günstige Voraussetzungen für eine Politik der alternativen Produktion macht *Ulrich Briefs* im Bereich informationstechnologischer Systeme aus, und zwar wegen deren spezifischer Entwicklungsweise sowie ihrer Gebrauchswerteigenschaften.

Briefs verläßt hier seine auf EDV-Laien leicht abstrakt oder unverständlich wirkende Darstellung und erläutert anschaulich betriebliche Anwendungen und alternative Benutzungsmöglichkeiten.

Über die problematischen Beziehungen zwischen herkömmlichen gewerkschaftlichen Positionen und der Realität selbstverwalteter Betriebe berichtet *Martin Kempe* am Beispiel der *taz*. Das Fehlen von Hierarchien und die autonome Arbeitsorganisation mache die Existenz eines Betriebsrates überflüssig, innerbetriebliche Gründe für gewerkschaftliche Organisation seien nicht gegeben; andererseits könne eine Unternehmen wie die *taz* schon aus ökonomischen Gründen tarifvertraglichen Ansprüchen nicht gerecht werden, so daß gewerkschaftliche »Mindestbedingungen« als Voraussetzung für die Unterstützung von Übernahmeprojekten unerfüllt bleiben. Zu Recht beklagt Kempe die gewerkschaftliche Unbeweglichkeit, die autonome Lohnfindung ablehne, ohne den geringeren Entfremdungsgrad in Selbstverwaltungsprojekten in Rechnung zu stellen.

Hartmut Schulz schildert den monatelangen Kampf der Belegschaft von *Mönninghoff*, deren Versuch der Betriebsübernahme zwar am Veto der Banken und an mangelnder politischer Unterstützung gescheitert sei, bei der Belegschaft aber einen Bewußtseinschub über die Realitäten des kapitalistischen Systems ausgelöst und die Möglichkeiten eigenen Handelns auch in scheinbar ausweglosen Situationen verdeutlicht habe.

Eingerahmt werden diese Beiträge durch Aufsätze von *György Széll* und noch einmal *Briefs*. Um das immer noch distanzierte Verhältnis der Gewerkschaften zur Alternativproduktion aufzubrechen, befürwortet Széll eine »Vernetzung« von Alternativsektor und einschlägigen gewerkschaftlichen Initiativen. Als Ansatzpunkte der Konversion sieht er fehlerhafte und gefährliche Produktionen bzw. umgekehrt die zu wünschende soziale Nützlichkeit der Produkte. Er bestimmt als eigentliches Ziel der Alternativproduktionen den Bedürfnisbildungsprozeß als einen bewußten gesellschaftlichen Akt. Zwar verbliebe die alternative Produktion in den Schranken der herrschenden Ökonomie, aber eben nur »solange, bis dann doch eines schönen Tages das Primat der Politik sich gegen das Primat der Ökonomie durchsetzt, indem das Bedürfnis nach sinnvoller, sozial nützlicher Arbeit zur materiellen Gewalt wird und die bestehenden Strukturen hinwegfegt« (43). Briefs, dem vom DGB wegen seiner Kandidatur für die Grünen gekündigt wurde, formuliert als nächstliegendes Ziel die Verallgemeinerung der Ansätze der Arbeitskreise alternative Fertigung in den Gewerkschaften, um produktionspolitische Konzepte entwickeln und propagieren zu können.

Udo Fedderies (Bischofsheim)

»Sind wir uns denn so fremd?« Dokumentation des 1. gemeinsamen Kongresses ausländischer und deutscher Frauen 23. bis 25. März 1984, Frankfurt/Main. Orlanda Frauenverlag. West-Berlin 1985 (240 S., br., 16,80 DM)

Oguntoye, Katharina, May Opitz und Dagmar Schultz (Hrsg.): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Orlanda Frauenverlag. West-Berlin 1986 (243 S., br., 29,- DM)

Neben einigen verstreuten Aufsätzen sind dies die einzigen Veröffentlichungen, die sich mit Rassismus und der Frauenfrage bezogen auf die bundesrepublikanische Situation befassen. Daß die Frage langsam für uns virulent wird, zeigt die Dokumentation des ersten bundesweiten Zusammentreffens ausländischer und deutscher Frauen: In einem der einleitenden Beiträge vertritt Maria Mies die These, »Ausländerfeindlichkeit« und Frauenfeindlichkeit sei dasselbe, denn die Angst vor Überfremdung werde immer als die Angst artikuliert, »unsere Frauen« zu verlieren. Alle

Frauen müßten deshalb zusammen kämpfen. Wassy Tesfa macht dagegen darauf aufmerksam, daß Rassismus auch in der deutschen Frauenbewegung existiere. In den Arbeitsgruppen, deren Diskussionsergebnisse im zweiten Teil des Buches dokumentiert sind, bricht dann der Konflikt zwischen ausländischen und deutschen Frauen offen aus. Für die deutschen Frauen unerwartet, setzen sich Migrantinnen gegen Versuche, sie zu emanzipieren, zur Wehr. Jahrelang angestauter Ärger über das, was sie als Bevormundungsversuche erleben, macht sich Luft. Deutsche Frauen sehen sich mit dem Vorwurf des Rassismus konfrontiert.

Farbe bekennen ist herausgegeben von einer Gruppe afro-deutscher Frauen. In einem historisch-theoretischen Teil werden die Wurzeln des deutschen Rassismus von der Kolonialzeit bis zum Faschismus gezeigt. In zwei Kapiteln werden Zusammenhänge zwischen Rassismus und Sexismus vorgeführt, die zu weiteren Forschungen anregen: die sogenannten Naturvölker wurden im 19. Jahrhundert als »passive weibliche Völker« klassifiziert, die »selbstgenügsam« und »ohne politische Ansprüche« leben. Später galten den Deutschen Juden, Italiener, Franzosen und Slawen als weiblich. (24f.) Wie bei den Frauen so wird auch bei anderen Völkern deren angebliche Minderwertigkeit biologisch begründet. (88ff.) In einem zweiten Teil des Buches berichten afro-deutsche Frauen aus mehreren Generationen über ihr Leben. Allen gemeinsam ist die Rolle der Außenseiterin: In dem Land, in dem sie aufwachsen, zu dem sie sich zugehörig fühlen, dessen Sprache sie sprechen, werden sie als Fremde behandelt. Sie werden abgelehnt oder als Exotinnen bewundert. In den Ländern ihrer Väter fühlen sie sich selbst fremd, es verbindet sie nichts oder kaum etwas mit deren Lebensweisen und Kulturen. Immer wieder wird in der für Frauen spezifischen Weise das Problem des »Aussehens« in den Biographien thematisiert: Aus den Schönheitsnormen fallen sie auf jeden Fall heraus, sei es, daß sie sich als häßlich empfinden oder gerade wegen ihrer außergewöhnlichen Schönheit bewundert werden. Noch weniger als andere Frauen können sie von ihrer äußeren Erscheinung abstrahieren, weil sie die Kommunikation mit anderen unweigerlich in immer dieselben Bahnen lenkt: Fragen nach der Herkunft, Erstaunen über ihr »gutes Deutsch«, Mitleid und/oder Bewunderung sind die Reaktionen, mit denen sie sich permanent auseinandersetzen müssen.

Im Vorwort und in einigen Berichten wird der Nutzen formuliert, den die Produktion des Buches vor allem für die Autorinnen hatte: Sie nahmen zum ersten Mal Kontakt auf mit anderen afro-deutschen Frauen und sie lernten, ihr persönliches Schicksal im Zusammenhang der deutschen und afrikanischen Geschichte zu begreifen. Das Buch hat auch schon andere Frauen angeregt, sich zu organisieren. In Mainz traf ich eine Gruppe afro-deutscher Frauen, die durch Anzeigen in den Medien allein in Mainz und Umgebung 40 »schwarze Deutsche« wie sie sich nennen, zusammengebracht hat. Es wäre schön, wenn in einem nächsten Schritt versucht würde, die spezifischen Lebenserfahrungen genauer zu analysieren, d.h., sie mit Erfahrungen und Theorien zu konfrontieren, in denen die Funktion von Frauenunterdrückung und Rassismus für die Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse deutlich wird. Das würde uns sowohl dem Begreifen der jeweiligen Lebenserfahrungen als auch dem Begreifen der gesellschaftlichen Verhältnisse näher bringen und weitere Handlungsmöglichkeiten eröffnen.

Nora Räthzel (Hamburg)

Verfasser/innen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

Albert, Claudia: siehe *Argument* 161

Anders, Günther: siehe *Argument* 161

Auernheimer, Georg, 1939; Prof. für Erziehungswissenschaft an der Univ. Marburg, Mithrsg. der Zeitschrift *Demokratische Erziehung*. V: *Alternativen für die Schule* (Hrsg., 1980); *Handwörterbuch zur Ausländerarbeit* (Hrsg., 1984). A: Lerntheorie, Bildungstheorie, interkulturelle Erziehung

Baab, Patrik, 1959; M.A., Studium der Pol. Wiss., Germanistik; Publizist. V: *Krise der Parteiendemokratie* (Mitautor, 1985). A: Literaturgeschichte und politische Theorie

Barrett, Michèle, Dr., geb. 1949; Dozentin für Soziologie an der City University, London; Mithrsg. von *Feminist Review* und *Socialist Review*. V: *Virginia Woolf: Women and Writing* (Hrsg., 1980); *The Anti-social Family* (zus. m. Mary McIntosh, 1982); *Das unterstellte Geschlecht* (1983). A: Feminismus, Ideologietheorie

Beermann, Stephan; Studium der Philosophie und Germanistik

Bommert, Christian, 1957; studiert Deutsch und Sport. A: Ästhetik des Widerstands

Bullmann, Udo, 1956; M.A., wiss. Mitarbeiter an der Univ. Gießen. V: *Lokale Beschäftigungsinitiativen* (Mithrsg., 1986); *Kommune als Gegenmacht* (Mithrsg., 1985). A: Kommunal- und Regionalpolitik. M: DVPW, ÖTV

Burgdorf, Dagmar, 1948; Dr.rer.pol., Lehrbeauftragte an der Univ. Bremen. V: *Blauer Dunst und rote Fahnen* (1984); *Wohn- und Lebensverhältnisse von Sozialhilfeempfängern* (1985)

Cockburn, Cynthia, 1934; Sozialwissenschaftlerin, z.Zt. Forschungsauftrag am Department of Social Sciences and Humanities, City Univ. London. V: *The Local State* (1977); *In and Against the State* (1980); *Brothers: Male Dominance and Technological Change* (1983); *Weibliche Aneignung der Technik*, in *Argument* 144 (1984). A: Staatstheorie, geschlechtsspezifische Auswirkungen neuer Technologien. M: National Union of Journalism

Dimmel, Nikolaus: siehe *Argument* 162

Efferding, Wieland, 1950; Lehrer. V: *Marxismus und Theorie der Parteien*, AS 91 (Mitautor, 1983); Aufsätze über neokonservative und rechtspopulistische Politik. A: Theorie der Politik und der Parteien. M: GEW, DVPW

Fedderies, Udo, 1956; Gymnasiallehrer (Geschichte/Sozialkunde). A: Politische Ökonomie, Soziale Bewegungen, Faschismus

Friedrich, Gerhard, 1948; Dr.phil., DAAD-Lektor, Univ. Turin. V: *Proletarische Literatur und Politische Organisation* (1981). A: Peter Weiss

Gitschmann, Peter, 1954; wiss. Mitarbeiter an der Univ. Gießen. V: *Kommune als Gegenmacht* (Mithrsg., 1985). A: Wirtschafts- und Sozialpolitik in der BRD. M: DVPW, GEW

Göbel, Eberhard: siehe *Argument* 161

Goldinger, Heiner, 1960; M.A. (Ethnologie). A: Kulturtheorie, Evolutionstheorie, Drogen

Hanisch, Ludmilla, 1947; Dipl.-Soz., Doktorandin. A: Theorie und Praxis der kolonialen Expansion; Soziale Umstrukturierung in Nordafrika

Hinz, Manfred: siehe *Argument* 161

Holzkamp, Klaus, 1927; Dr.phil., Prof. f. Psychologie an der FU Berlin, Hrsg. des *Forum Kritische Psychologie*. V: *Sinnliche Erkenntnis* (1973); *Gesellschaftlichkeit des Individuums* (1978); *Grundlegung der Psychologie* (1983/85). A: Individualgeschichte der Subjektivität. M: BdWi, ÖTV

Hüttmann, Ute, 1946; M.A., Medienwissenschaftlerin, z.Zt. freiberufl. Journalistin. V: *Arbeitshilfe — Medientechnik/Medienpraxis* (1975); *So entstand das Neue Testament* (1975). A: Medienwissenschaft, Kirche, Neue Technologien, Frieden. M: IG Druck und Papier, Friedens- und entwicklungspolitische Gruppen

Karl, Helga, 1950; Dipl.Soz., EDV-Organisatorin, Redakteurin des *Argument* und der Projektgruppe »Automation und Qualifikation. V: *Automation im Arbeiterleben*, AS 79 (Mitautorin, 1983); *Widersprüche der Automationsarbeit* (Mitautorin, 1986). A: Automationsforschung, Kulturarbeit, Frauen. M: GEW, Kulturpolitische Gesellschaft, SPD

Kindermann, Wolf: siehe *Argument* 162

Kühnert, Walter: siehe *Argument* 162

Langenberger, Melanie, 1911; Dipl.rer.pol. (Volkswirtschaft)

Lohmann, Ingrid, 1953; Dr.phil., wiss. Mitarbeiterin. V: *Lehrplan und Allgemeinbildung in Preußen* (1984). A: Historische und Systematische Pädagogik

Mücke, Hubert, 1955; Doktorand (Hist. Geographie) an der Univ. Bonn. A: Alltags-, Regional- und Umweltgeschichte. M: Geschichtswerkstatt, Init. Kulturwissenschaftler f. Frieden u. Abrüstung

Pelzer, Jürgen, 1949; Dr.phil., Literaturwissenschaftler. V: *Stereotyp und Vorurteil in der Literatur* (Mithrsg., 1978); *Kritik durch Spott* (1985)

Rätzfel, Nora, 1948; Dipl.-Päd., Mitarbeiterin in einem Kultur- und Beratungszentrum für Einwanderer. Redakteurin des *Argument*. V: *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein* (Mithrsg., 1986). A: Frauenbewegung, Rassismus

Ripalda, José-Marta, 1936; Dr.phil., Dozent an der Fernuniv. Madrid. V: *La Nación Dividida* (1978); *Hegel, Escritos de Juventud* (Hrsg., 1984); *Hegel, Filosofia Real* (Hrsg., 1984). A: Deutsche Philosophie (1770-1870)

Rodejohann, Jo, 1947; Dipl.-Pol., freier Publizist, Redakteur des *Argument*. V: *Rüstungsindustrie auf dem Weg in die Krise* (1985); *Ist der Frieden noch zu retten?* (Mitautor, 1986). A: Rüstungs- und Abrüstungsfragen

Sauer, Christoph: siehe *Argument* 161

Schiller, Hans-Ernst, 1952; Dr.phil., M.A. V: *Metaphysik und Gesellschaftskritik. Zur Konkretisierung der Utopie im Werk Ernst Blochs* (1982). A: Sozial- und Geschichtsphilosophie

Schnurr, Stefan, 1958; Student. A: Pädagogik, Sozialarbeit, Sozialstaat, Bildung. M: Die Grünen
Schulz, Frank, 1958; Dr.rer.soc., Wiss. Mitarbeiter am Seminar für Finanzwissenschaft der Univ. Köln. V: *Zur Dogmengeschichte der funktionalen Finanzwirtschaftslehre* (1986). A: Finanzwissenschaft, Sozialpolitik

Simon, Gerd, 1937; Dr.phil., Akad. Oberrat an der Univ. Tübingen. V: *Vorschläge zum Aufbau des Studiums für germanist. Linguistik* (1979); *Sprachwissenschaft und politisches Engagement* (Hrsg., 1979); *Wissenschaft und Wende 1933*, in *Argument* 158 (1986). A: Soziolinguistik, linguist. Hochschuldidaktik, Sprachwissenschaftsgeschichtsforschung, Bedeutungslehre. M: AHD, DGfS, AL, DS

Sölle, Dorothee: siehe *Argument* 161

Stobbe, Michael, 1959; Studium der Politologie an der FU Berlin

Szëll, György; Hochschullehrer für Sozialwissenschaften an der Univ. Osnabrück. V: *Vampyrismus oder Betroffenenforschung* (1980); *Rüstungskonversion, Alternativproduktion und Gewerkschaften*, AS 118 (Hrsg., 1987). A: Neue Technologien, Selbstverwaltung, Dritte Welt. M: ÖTV, Internationales Sekretariat Trade Unions for European Nuclear Disarmament

Stolcke, Verena, 1938; D.Phil., lehrt Sozialanthropologie an der Univ. Barcelona. V: *Marriage, Class and Colour in XIX Century Cuba* (1974); *Cafeicultura, Homens, Mulheres e Capital* (1986). A: Sozialanthropologie, Sozialgeschichte, Geschlechterverhältnisse

Thielen, Helmut, 1941; Dipl.-Soz., Dipl.-Ing., wiss. Mitarbeiter an der TU Berlin. V: *Der Verfall der »Inneren Führung«* (1970); *Anti-Wehrkunde* (Mitautor, 1975); *Agrarreform in Lateinamerika zwischen Ökonomie und Ökologie* (1985). A: Ökologische Ressourcennutzungsplanung und Agrarpolitik; Kritische Theorie und Theologie. M: ÖTV, Bund der Religiösen Sozialisten West-Berlin

Volker, Eckhard, 1948; Dr.phil., Studienrat. V: *Schriftsteller und Arbeiterbewegung* (1980); *Theorien über Ideologie* (Mitautor, 1979); *Faschismus und Ideologie* (Mitautor, 1980). A: Literaturtheorie, Ideologietheorie

Wolf, Frieder Otto, 1943; Priv.Doiz. an der FU Berlin, Mitglied der Grünen im Europäischen Parlament. Redakteur des *Argument*. V: *Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis* (Mithrsg., 1972); *Umwege* (1983); *Für eine subversive Praxis der Philosophie*, in *Argument* 137 (1983); *Grünes und alternatives Jahrbuch* (Mithrsg., 1986). A: Philosophie, Politik. M: Die Grünen, Alternative Liste

L80

42'87

Moskauer Frühling — Liberalisierung im Ostblock?

L. Kopelew: Man muß an Wunder glauben
 T. Garton Ash: Reise in eine verkehrte Welt. Schriftsteller und Intellektuelle in der ČSSR
 M. Šimečka: Normale Kinder der Normalisierung. Die junge Generation in der ČSSR
 L. Luks: Der Gorbatschow-Kurs in Polen
 G. Petri: Zeit der Kakteen und des Sandes
 H. Ch. Buch: Gedanken über die Dissidenz


Lyrik und Prosa von:

Boleslaw Fac, Jaroslav Hutka, Antoni Pawlak, Martin Pohl, Jan Polkowski, Sigmar Schollak, Piotr Sommer und Seszek Szaruga

12. Jg. 1987

Herausgeber: Heinrich Boll †, Günter Grass, Tomas Kosua, Carola Stern, Johano Strasser, Heinrich Vormweg. Redaktion: Johano Strasser, Franziska Sperr. — L'80 erscheint viermal jährlich. Einzelband 15 DM, Jahresabo 50 DM (zzgl. Versand). — L'80 Verlags-GmbH, Hansestraße 63a, 5000 Köln 90

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
 und sozialistische Politik 

67'87

Ökologie und Ökonomie

D. Groh: Strategien, Zeit und Ressourcen. Riskiminimierung, Unterproduktivität und Mußepräferenzen — die zentralen Kategorien von Subsistenzökonomien
 E. Altwater: Ökologie und Ökonomie. Modalitäten von Zeit und Raum
 F. Beckenbach: Möglichkeiten und Grenzen einer Ökologisierung der Ökonomie
 J. Martinez-Alier: Energieberechnung und der Begriff der »Produktivkräfte«
 R. Fücks: Alternative Regionalökonomie. Chancen kommunal-genossenschaftlicher Ansätze am Beispiel Bremen
 L. Mez: Mit einem dichten Netz von elektrischen Kraftwerken ... den Kommunismus aufbauen oder Die Energiepolitik der UdSSR

H. Gerstenberger: Vom Lauf der Zeit. Eine Kritik an Fernand Braudel

H. Ganßmann/R. Weggler/M. Wolf: »Krise des Sozialstaats« — Krise für wen?

16. Jg. 1987

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altwater, G. Gensior, Th. Hahn, S. Heimann, K. Hübner, Th. Hurtienne, L. Lappe, B. Mahnkopf, W. Spohn, M. Stanger, Ch. Watkinson. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 15 DM, im Jahresabo 12 DM. — Rotbuch Verlag, Postdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10

rote blätter

5'87

Titel

Friedensbewegung und bundesweite Demonstration am 13.6.

Hochschule

vds-Mitgliederversammlung: Ergebnisse, Einschätzungen, Dokumente
Wissenschaftsläden
Konkurrenz und Individualisierung im Studienalltag
Keine BRD-Staatsangehörigkeit für MSB-Mitglieder?

BRD

Hattingen-Report
K.Wanner: Gramscismus von rechts
J.Sommer: Die Linke nach Hessen

Frauen

E.Völlger: Entmündigung per Gesetz
P.Parnass: Steter Tropfen höhlt den Stein

Kultur

Im Interview: Julian Cope
Rezension: »Störfall« von Christa Wolf
dizz und dazz: Literatur aus der und über die Sowjetunion
17. Jg. 1987

TEXT+KRITIK

95 '87

Carl Einstein

H.Heissenbüttel: Auskunft über Carl Einstein
C.Einstein: Studie zu einem Gespräch. Mit einer Anmerkung von Wilfried Ihrig
M.Martinez-Seekamp: Ferien von der Kausalität? Zum Gegensatz von »Kausalität« und »Form« bei Carl Einstein
H.J.Dethlefs: Die Überwindung des Ästhetischen. Über Carl Einsteins Braque-Projekt
K.H.Kiefer: »BEB II« — Ein Phantombild
H.Oehm: Intellektuellenkritik und politische Ästhetik: Bertolt Brecht und Carl Einstein
W.Ihrig: Vita Carl Einstein
W.Ihrig: Biographie zu Carl Einstein
Notizen

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: Manfred Confurius (verantwortlich), Vera Kissel, Michael Rittmeier (Gestaltung). — Erscheint monatlich (außer März und August). — Einzelheft 2,50 DM, Jahresabo 24 DM. — Redaktionsanschrift: rote blätter, Postfach 2006, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 22 20 54. — Verlag: Plambeck & Co, Xantener Str. 7, 4040 Neul

Herausgeber: Heinz Ludwig Arnold. Redaktionelle Mitarbeiter: Ingrid Laurien, Otto Lorenz und Angelika Machinel. — Erscheint jährlich in vier Hefen. — Abopreis 38 DM (zzgl. Versand). — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

WECHSEL WIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

33'87

High-Tech und »Dritte Welt«

G.Thumser/J.Petersen: Wege ins goldene Zeitalter? Informationstechnologien und »Dritte Welt«

E.-M.Hartmann/G.Cyranek/R.Hutzenlaub: Auf der Suche nach sinnvollen Computeranwendungen in Ostafrika

B.Platz: »Byte ist right«. Computerpolitik in Indien

Arbeitskreis »Informatik und Dritte Welt« in der GI

A.P. Kachru: Wehre Dich, Du Frau, Du Schwarze

J.Meyer-Stamer: Zauberformel Informationstechnik. Schwellenländer im internationalen Wettbewerb

J.Scheer: Die implizite Ordnung. Zur Arbeit von David Bohm

U.Hoffmann: Cobol für Adam. Zur historischen Grundlage des »Männermythos« Computer

F.Rieß: Eines Tages im Jahr 1997. Gedanken zur Zukunft des Fahrrades

St.Connor: Die Robert C. Gallo Story

J.Scheer: Das Jahr 1 nach Tschernobyl

Th.Kirski/E.Rößler/B.Stein: Der verordnete Strahlenschutz. Zur Novellierung der Strahlenschutzverordnung

Aktiv gegen Strahlen. Die unabhängige Strahlenmeßstelle Berlin

9. Jg. 1987

Redaktion: Reinhard Behnisch (verantwortl.), Paula Bradish, Dagmar Kahnes, Herbert Mehrrens, Ralph Ostermann, Franz Plich, Elvira Scheich, Rainer Schlag, Rainer Stange, Erich Tegeler, Ulrich Tietze. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 6 DM, Jahrsabo 24 DM. — Verlag und Redaktion: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

wiener tagebuch

marxistische
monatsschrift

5'87

Z.Mlynář: Gorbatschow in Prag

Ch.Reinprecht: Zur Wirtschaftskrise in Ungarn

L.Spira: Die verflixten sieben Prozent: Antisemitismus in Österreich

E.Hackl: Brief aus Argentinien

R.Stadler: Kirche und Staat in Griechenland

B.Wagner: Der fünfzigste Todestag Antonio Gramscis

I.Pollack: Zum Tod von José Afonso

A.Achmatowa: Requiem

4'87

L.Spira: »Austria and Nazism«

W.Brus: Kann die Reform erfolgreich sein? Eine Antwort auf Z.Mlynář

Brief aus Warschau: Neue Armut in Polen

C.-W.Macke: Grüne Gretchenfragen

Ch.Reinprecht: Wie aktuell ist die Kritische Theorie?

I.Pollack: José Saramago — ein Erzähler aus Portugal

F.Keller: Mariátegui — der südamerikanische Gramsci

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuch«. — Geschäftsführender Redakteur: Leopold Spira. — Erscheint monatlich. — Einzelpreis ÖS 25.-; Jahrsabo ÖS 230.- (Ausland ÖS 280./DM 40.-); Studenten ÖS 130.- (Ausland ÖS 200./DM 28. — Verlags- und Redaktionsadresse: Belvederegasse 10, A-1040 Wien

Telos

A Quarterly Journal of Critical Thought

Issue No. 69

Fall 1986

SIEGEL	<i>Is Archie Bunker Fit to Rule?</i>
FRIEDMAN	<i>Moscow & Beijing, Together Again?</i>
HOHENDAHL	<i>Habermas on Modernity</i>
TORPEY	<i>Ethics & Critical Theory</i>
HORKHEIMER	<i>Materialism and Morality (1933)</i>

Comay: *Notes on Rorty*

Gonzalez: *Commentary on Tikkun*

Zavarzadeh: *Traditionalizing the Past*

Whitebook: *Autonomy and Redemption*

Gonzalez: *Against the Post-Marxist Pseudo-Left*

Reviews

James O'Connor, *Accumulation Crisis*
Tim Luke

Antonio Negri, *Marx Beyond Marx*
Paul Piccone

Anna Boschetti, *Sartre et "Les Temps Modernes"*
Eleni Mahaira-Odoni

Russell A. Berman, *The Rise of the Modern German Novel*
Leslie Adelson

Ernst Bloch, *Briefe: 1903-1975*
Rainer Rochlitz

John Fekete, ed., *The Structural Allegory*
Robert C. Ulin

Subscriptions cost \$22 per year for individuals; \$50 for institutions. Foreign orders add 10 percent. Checks must be in U.S. funds. No Canadian checks can be accepted. Back issues prior to No. 50 cost \$5.50 each; No. 50 and subsequent issues are \$6.00 each. Institutions pay \$15.00 for all back issues. For a full list of available back issues and to subscribe, write:

Telos, 431 East 12th Street, New York, NY 10009

Ruhrfestspiele Recklinghausen (Hg.)

**Ihr für uns
und wir für euch**

40 Jahre Ruhrfestspiele
Recklinghausen

Vom Tausch „Kunst gegen Kohle“ zum „linken Bayreuth“ (Walter Dirks): kein Jubiläumsband mit Wehrauch und verkümmertem Blick, sondern lebendiges Porträt dieser einzigartigen Einrichtung abseits von Massenunterhaltung und Elitekultur. Und ein prachtvoller Theater-Bildband dazu.

248 Seiten mit über 250 Abbildungen, davon 23 vierfarbig, dokumentarischer Anhang. Format 24 x 21 cm, broschiert 19,80 DM

Jan Foitzik

Zwischen den Fronten

Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils.

Reihe: PGG Bd. 16
364 Seiten, 58,- DM

Beatrix Herlemann
Auf verlorenem Posten

Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg
Die Knochele-Organisation

Die Untersuchung stellt innerhalb der bundesrepublikanischen Forschung die erste Monographie einer kommunistischen Widerstandsgruppe im Krieg dar.

Reihe: PGG Bd. 15
312 Seiten, 48,- DM

Michael Schneider

Demokratie in Gefahr?

Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958 bis 1968)

Schneider zeichnet die Debatte dieser Auseinandersetzungen nach, die nicht ohne aktuellen Bezug ist und deren Schlüsselbegriff „gesamgesellschaftliche Demokratisierung“ lautet.

Reihe: PGG Bd. 17
304 Seiten, 32,- DM

Ulrich Herbert
**Geschichte der
Ausländerbeschäftigung
in Deutschland
1880 bis 1980**

Saisonarbeiter – Zwangsarbeiter – Gastarbeiter
Mit der Hochindustrialisierung vor etwa 100 Jahren begann in Deutschland auch die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Ebenso alt sind die Probleme: Anwerbung und Abschiebung nach Bedarf, Rassismus und Angst vor „Überfremdung“. Es gibt keine bruchlose Kontinuität, aber unheilvolle Traditionen, die noch heute wirken.

Dietz Taschenbuch 19
272 Seiten, 16,80 DM

Ulrich Herbert

Fremdarbeiter

Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches 2., unveränderte Auflage 1986
488 Seiten, broschiert 38,- DM

 **J.H.W. Dietz Nachf.**  **Verlag Neue Gesellschaft**

AIB

2,50 DM

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Sonderheft 1/87

**Die Kunst des
Überlebens**

NICARAGUA

33% Rabatt ab 10 Expl.

AIB-Sonderheft 1/1987

NICARAGUA

Themen: Die Facetten der US-Aggression ● Contra-Krieg und Volksverteidigung ● Die Menschenrechtskampagne ● Soziale Bilanz der Revolution ● Der Weg zur Überlebenswirtschaft ● Die Amtskirche stößt auf Widerstand ● Die neue Verfassung ● Städtepartnerschaften ● Interview mit Sergio Ramirez ● Die Bonner Contra-Hilfe

Autor(inn)en: J. Hippler, H. Ballauf, R. Meyer, E. Wolf, S. Flaig, M. Schuck, W. Brönnert, N. Biver

36 Seiten (DIN A 4); 2,50 DM

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Kostenlose AIB-Probehefte anfordern!

Bezugsbedingungen: Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM (0,60 DM Porto je Heft beifügen)

Abonnement: 12 Nummern im Jahr, 33 DM!

AIB, Liebigstr. 46, D-3550 Marburg